

# Materialien des LV HH des SDS 1964-1968

Gesammelt (chronologisch) und eingescannt  
von  
Johannes Seifert  
2019

**„Türen auf - Türen auf“  
Deutsche Diskussion in der Greifswalder Universität  
Zeit, 5.6.1964**

Greifswald, im Juni

Um 20 Uhr am vergangenen Montag splitterte das hölzerne Tor der Greifswalder Universitäts-Aula. Sprechchöre dröhnten durch das alte Gebäude „Türen auf - Türen auf“.

Was dann in dem mecklenburgischen Universitätsstädtchen geschah, hat es bislang wohl nirgends im kommunistisch beherrschten Teil Deutschlands gegeben: Hamburger Studenten diskutierten vor rund 500 Greifswalder Kommilitonen mit FDJ-Vertretern. Nicht nur der Auftakt dieser Begegnung war dramatisch.

Eine Delegation des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) folgte einer Einladung der FDJ - nachdem vor einigen Wochen Greifswalder und Rostocker zu einem Seminar und einer Podiumsdiskussion nach Hamburg gekommen waren. Diese Aktion des Studentenbundes war und ist umstritten, sogar in den Reihen des SDS. Von den anderen Hamburger Studentengruppen schickte nur der Liberale Studentenbund (LSD) zwei Vertreter mit nach Greifswald. Der Verlauf der „gesamtdeutschen Begegnung“ in Greifswald sollte jedoch einige Bedenken gegen solche Kontakte entkräftet haben.

Die FDJ hatte entgegen den Abmachungen mit dem SDS statt eines 700 Menschen fassenden Hörsaals nur einen Raum mit 300 Plätzen zur Verfügung gestellt. Nun drängten sich fast 500 Greifswalder Studenten in der alten Aula. Sie applaudierten zunächst den Attacken der FDJ-Vertreter gegen die Politik der Bundesregierung, gegen Oberländer, die „Revanchisten und Militaristen in der Bundesrepublik“.

Der SDS-Vertreter Helmut Schauer wies seine Gesprächspartner darauf hin, daß eine in der Bundesrepublik als „linksradikal“ geltende Gruppe wohl kaum die Politik der CDU zu rechtfertigen habe - und ignorierte alle Umarmungsversuche. Statt dessen erklärte er, daß sich das politische Klima und die Außenpolitik der Bundesregierung erst ändern könnten, wenn sich die inneren Verhältnisse in der DDR gewandelt hätten.

Zwischenrufe aus den Reihen der Ehrengäste, gespannte Stille im Auditorium.

Dann das erste vorsichtige Beifallstrampeln vom Rang, als Schauer die Freilassung der politischen Häftlinge, insbesondere von Wolfgang Harich, als Schritt zur Entspannung in Deutschland bezeichnet. Beifall dann auch bei den Studenten zwischen den vielen „Offiziellen“ im Parkett. Zunächst zaghaftes, dann lautes Trampeln, als Schauer Informationsfreiheit fordert und feststellt, daß in der DDR die Schriften von nicht genehmen Sozialisten und Marxisten wie Kolakowski nicht verlegt werden.

Nichts als schallendes Gelächter bei den Hamburgern, in das ein Teil des Auditoriums einfällt, als ein Philosophieprofessor Bloch, Mayer und Lukacz „Konterrevolutionäre“ nennt. Es hat etwas Groteskes, wenn schließlich der junge Soziologiestudent aus Hamburg ergraute Professoren und Parteifunktionäre beinahe väterlich bittet, doch zu versuchen, wirklich zu diskutieren, auf Argumente einzugehen und nicht so zu tun, als müßten Revanchisten „agitiert“ werden. Am Ende der Diskussion spendete fast das ganze Auditorium dem Studenten aus Hamburg minutenlang Applaus.

Man sollte freilich aus dem Verlauf der Diskussionen mit den Hamburgern, die bis in den Morgen des nächsten Tages dauerten, keine falschen Schlüsse ziehen. Es herrschte alles andere als eine 17.-Juni-Stimmung. Nicht wenige, die begeistert applaudiert hatten, verteidigten ihre Gesellschaftsordnung vehement und kritisierten gleichzeitig die autoritären Maßnahmen der SED-Führung. Aber sie bekundeten eine unbändige Freude an der Diskussion.

Das Verdienst der FDJ-Vertreter ist es, daß auch die westdeutschen Sozialisten von einigen Illusionen befreit wurden. Der SDS war mit der Vorstellung nach Greifswald gefahren, mit den ostdeutschen Kommunisten in einem dreitägigen Seminar Fragen der Gesellschaftsstruk-

tur in beiden Teilen Deutschlands und der marxistischen Theorie auf wissenschaftlicher Basis diskutieren zu können. Am dritten Tag gaben sie diesen Versuch resigniert auf. Mit wenigen Ausnahmen kam nichts als törichte Agitation von den FDJ- Repräsentanten. Mit rührender Hilflosigkeit, mit dem Hinweis auf Krüger, Seeborn, die Nazi- Generale, den Monopolkapitalismus und das „Mehrparteiensystem der DDR“ reagierten sie auf die wissenschaftlichen Analysen der Hamburger Sozialisten, auf den Vorwurf, weder demokratisch, noch sozialistisch, noch marxistisch zu denken.

Auf alle Forderungen nach Demokratisierung antworteten sie stereotyp: „Was nützt es uns?“ Und sie werden auch nach dem Experiment mit dem SDS, dem in dieser Woche ein Besuch der Greifswalder Studentenbühne in Hamburg folgt, fragen: „Was nützt es uns?“ Sie werden wohl zu dem Schluß kommen, daß sie mit der trostlosen Mittelmäßigkeit ihrer politischen Führungsschicht in einer geistigen Auseinandersetzung hoffnungslos unterlegen sind.

Kai Hermann

### **auditorium 29, Juni 1964, S. 8**

#### **SOZIALISTEN IN GREIFSWALD**

Acht Vertreter des „Sozialistischen Deutschen Studentenbundes“ (SDS) und zwei Mitglieder des LSD fuhren - begleitet von einem „Zeit“-Redakteur - zu einem dreitägigen Seminar nach Greifswald. Thema: „Die gesellschaftlichen Strukturen der Bundesrepublik und der DDR“. Der formelle Abschluß dieses Unternehmens war eine Podiumsdiskussion.

Der erste Tag des Seminars verlief ruhig. Es galt gegenüber der Vielzahl von FDJ-Vertretern einige Hemmungen zu überwinden.

Doch am zweiten Tag ging es stürmischer zu, als der Referent des SDS eine kritische Analyse der bundesrepublikanischen Gesellschaft gab. Die Gegenseite versuchte immer wieder, mit Schablonenvorstellungen und Schlagworten der Situation im Westen Deutschlands beizukommen. Es kostete einige Schweißtropfen, den FDJ-Vertretern eine Ahnung von der westdeutschen Wirklichkeit zu vermitteln und ihnen gleichzeitig die schwierige Position der Linken klarzumachen. Die Greifswalder waren zwar gut, zu gut geschult, doch nicht unangreifbar. Oft genug fielen Worte wie „Monopolkapitalismus“, „Revanchismus“, „Kriegshetze“ etc. Doch waren diese Begriffe, wie sich herausstellte, sobald man nachfragte, nicht genügend reflektiert. Es klang, als handle es sich hierbei um ganz abstrakte Prinzipien und nicht um konkrete Gegebenheiten in einer von Menschen geschaffenen Gesellschaft.

Nicht umsonst sprach ein SDS-ler von einem „idealistischen Gesellschaftsbild“. Teilweise merkte man, daß es einer Organisation, die in ihrem Innern keine grundsätzliche Diskussion duldet, schwerfällt, nach außen vernünftig zu argumentieren. Erstaunlich war, daß man versuchte, klarzumachen, das Blockparteiensystem in der DDR lasse sich durchaus vergleichen mit der Ordnung einer bürgerlichen Demokratie. Die Frage ist, ob das auf einen Informationsmangel oder auf eine besonders geschickte Form des Understatements zurückzuführen ist. Zu Beginn der Podiumsdiskussion fielen die FDJler noch einmal in ihre gewohnten Deklamationen zurück. Allerdings bemühte man sich dann im weiteren Verlauf, sachlich und differenziert zu argumentieren. So wandte sich ein Seminarteilnehmer aus Greifswald entschieden gegen unsachliche Zwischenrufe (etwa: „Ernst Bloch und Hans Mayer sind doch Konterrevolutionäre“, oder „Nehmen Sie Stellung zu Seeborn in Nürnberg“) und bat um eine faire Diskussion. Schon bei den einleitenden Sätzen des SDS-Vertreters unterstützte ein großer Teil des Publikums die Opposition des SDS gegen die FDJ, Insbesondere bei der Forderung des SDS nach größerer Informationsfreiheit — „ich möchte kennen, was ich ablehne“ — wurde fast einhellig applaudiert. (Die SDS-ler sahen in der Informations- und Meinungsfreiheit in der DDR eine der wesentlichsten Voraussetzungen für eine Demokratisierung.) Ebenso stimmte der größte Teil des Publikums dem Protest des SDS zu, die Kritik an der DDR nicht mit dem Hinweis auf die Bundesrepublik abzuwürgen.

Nach der Diskussion, die nun allen bewiesen hatte, daß der SDS keinesfalls nach Greifswald gekommen war, um Lobeshymnen auf den Arbeiter- und Bauernstaat zu singen, konnten sich die Mitglieder der Delegation vor dem Ansturm der Studenten kaum noch retten. Das „Hotel am Wall“ - dem Quartier der Westdeutschen - wäre wohl binnen weniger Tage zum Zentrum der sozialistischen Opposition geworden, hätten die Hamburger Studenten mehr Zeit gehabt.  
Hartmut Dabrowski

## **SATZUNG des Landesverbandes Hamburg des Sozialistischen Deutschen Studentebundes [alt, im Kern von 1955]**

### § 1

Der Landesverband Hamburg des SDS ist die organisatorische Zusammenfassung der im Lande Hamburg bestehenden selbständigen Hochschulgruppen des SDS.

### § 2

Organe des Landesverbandes sind die Mitgliederversammlung und der Landesvorstand.

### § 3

Die Mitgliederversammlung, das oberste Organ des LV, tritt wenigstens einmal in jedem Semester zusammen und ist vom Landesvorstand mit 7-Tages-Frist und unter Angabe der Tagesordnung einzuberufen.

Es ist Aufgabe der Mitgliederversammlung:

- 1) Die Arbeitsweise des Landesvorstandes zu kontrollieren.
- 2) a) Den Landesvorsitzenden zu wählen.  
b) Den Kassierer des LV zu wählen, seinen Kassenbericht entgegenzunehmen und ihm Entlastung zu erteilen.
- 3) Die Revisoren (je Mitgliedsgruppe 1 Revisor und 1 Ersatzrevisor) zu wählen.
- 4) gestrichen

Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist auf Verlangen von mindestens 25 Mitgliedern einzuberufen.

Den Vorsitz in der Mitgliederversammlung führt jeweils der amtierende Landesvorsitzende.

### § 4

a) Der Landesvorstand besteht aus dem Landesvorsitzenden, aus dem Kassierer und den 1. Vorsitzenden der Gruppen; Stellvertreter sind die 2. Gruppenvorsitzenden.

Der Vorsitz des LV soll semesterweise zwischen den Gruppen wechseln.

b) Der Landesvorstand führt nach den allgemeinen Richtlinien der Delegiertenkonferenzen des SDS und den Weisungen der Mitgliederversammlung des LV die Geschäfte. Er kann zu seiner Unterstützung einen Sekretär und für besondere Aufgaben Referenten berufen.

Einer Einflussnahme auf die Arbeit der selbständigen Gruppen hat sich der Landesvorstand zu enthalten, jedoch die Arbeit des SDS nach Möglichkeit zu koordinieren.

Die Erweiterung der unter 4d) genannten Aufgaben des Landesvorstandes bedarf der Zustimmung der Mitgliederversammlung, Dies darf aber nicht gegen die Mehrheit der in der Mitgliederversammlung anwesenden Mitglieder einer Gruppe beschlossen werden.

d) Besondere Aufgaben des Bundesvorstandes im Interesse und im Aufträge aller Mitgliedsgruppen des LV sind;

1. Koordination der organisatorischen Arbeiten, soweit diese über den Rahmen und das Interesse der einzelnen Gruppen hinausgehen.

2. Der Landesvorstand übt die Finanzhoheit über die im LV zusammengeschlossenen Gruppen aus. Die Kassengeschäfte führt der Kassierer.  
Die Prüfung der Kassengeschäfte wird von den Revisoren durchgeführt. Sie hat wenigstens einmal im Semester stattzufinden,
3. gestrichen
4. Betreuung der Förderer des SDS in Zusammenarbeit mit der Sozialistischen Förderergesellschaft e. V.
5. gestrichen
6. Pflege der Zusammenarbeit mit befreundeten Organisationen, soweit das im Interesse aller Gruppen des LV liegt.

#### § 5

Der Landesvorsitzende vertritt den LV und führt die Geschäfte des LV zwischen den Landesvorstandssitzungen.

Der jeweilige Landesvorsitzende hat Treuhandeigentum am gesamten Vermögen des LV.

#### § 6

- a) Änderungen der Satzung können nur durch die Mitgliederversammlung mit 2/3 aller anwesenden Mitglieder beschlossen werden.
- b) Die Auflösung des LV kann nur mit 3/4 Mehrheit in einer mit 28-Tage-Frist während des Semesters durch Einschreiben einberufenen Mitgliederversammlung beschlossen werden.
- c) Bei Auflösung des LV fällt das Vermögen, den Mitgliederzahlen des vorhergehenden Semesters entsprechend, an die Mitgliedergruppen.
- d) Diese Satzung tritt mit Annahme durch die Mitgliederversammlung am 15. 12. 1955 in Kraft.

Durch Beschluss der Mitgliederversammlung am 22. 7. 1956 wurden die §§ 3 Ziff. 2,4 Ziff. a geändert sowie der § 4 Ziff. c gestrichen.

Durch Beschluss der Mitgliederversammlung am 19. 7. 1962 wurde § 4 a, b und d Abs. 2 und 4 geändert sowie die §§ 3 Ziff. 4 und 4 Ziff. d Abs. 3 gestrichen.

## **SOZIALISTISCHER DEUTSCHER STUDENTENBUND**

### **Satzung des Landesverbandes Hamburg, beschlossen von der Mitgliederversammlung am 24. 7. 1964.**

§ 1.) Der Landesverband Hamburg des SDS ist die Zusammenfassung aller im Lande Hamburg studierenden Mitglieder des SDS.

§ 2) Organe des Landesverbandes sind die Mitgliederversammlung, der Landesvorstand und der erweiterte Vorstand.

§ 3) Die Mitgliederversammlung, das oberste Organ des Landesverbandes, tritt wenigstens zweimal in jedem Semester zusammen und ist vom Landesvorstand unter Angabe der Tagesordnung mit 7-Tagesfrist einzuberufen. Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens 1/3 der Mitglieder anwesend ist.

Es ist Aufgabe der Mitgliederversammlung:

1. a) Den Landesvorstand zu wählen, ihm für seine Arbeit Richtlinien und Anweisungen zu geben und seine Arbeitsweise zu kontrollieren,  
b) Die Referenten des Landesvorstandes zu bestätigen.
2. Den Bericht des Landesvorstandes und seines Kassierers entgegenzunehmen und ihm Entlastung zu erteilen.

3. Mindestens zwei Revisoren zu wählen.

Auf Verlangen von mindestens 15 Mitgliedern oder auf Mehrheitsbeschluss einer Gruppe ist eine außerordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen.

Den Vorsitz in der Mitgliederversammlung führt jeweils der amtierende Landesvorsitzende.

§ 4) Nach Interesse und Bedarf werden vom Landesverband Arbeitskreise eingerichtet. Die Mitglieder des Landesverbandes sind verpflichtet, an einem dieser Arbeitskreise teilzunehmen.

Die Arbeitskreise sollen wissenschaftlichen Charakter haben, soziale und politische Kenntnisse, insbesondere durch die Mitarbeit ihrer Teilnehmer, vermitteln und zur öffentlichen Diskussion beitragen.

Über Zahl und Themen der Arbeitskreise beschließt die Mitgliederversammlung. Der Landesvorstand muß ihr hierzu jedes Semester Vorschläge unterbreiten, den Mitgliedern von den beschlossenen Arbeitskreisen Kenntnis geben und sie auffordern, sich für einen dieser Arbeitskreise einzuschreiben. Die Leiter der Arbeitskreise beruft der Landesvorstand; sie fungieren als seine Referenten. Die eingeschriebenen Mitglieder der Arbeitskreise können gegen eine solche Berufung Einspruch erheben und dem Landesvorstand einen anderen Leiter vorschlagen.

Die Arbeitskreise haben das Recht, ihre Tätigkeit im Rahmen der von der Mitgliederversammlung ergangenen Weisungen selbst zu gestalten.

Der Landesvorstand kann mit aufschiebender Wirkung bis zu einer Mitgliederversammlung gegen Themen oder Veranstaltungen Einspruch erheben. Der Einspruch muß vor der Mitgliederversammlung begründet werden; ebenso müssen ihr Differenzen wegen der Leitung eines Arbeitskreises vorgetragen werden.

§ 5 a) Der Landesvorstand besteht aus dem Landesvorsitzenden, seinem Stellvertreter, einem Verantwortlichen für Organisation, dem Kassierer und einem Schriftführer.

Die Gruppen des Landesverbandes müssen im Landesvorstand vertreten sein.

b) Der Landesvorstand führt nach den allgemeinen Richtlinien der Delegiertenkonferenzen des SDS und nach den Weisungen der Mitgliederversammlung des Landesverbandes die Geschäfte.

Er entscheidet mit der Mehrheit seiner Mitglieder.

Er kann sich zu seiner Unterstützung einen Sekretär und für besondere Aufgaben Referenten berufen.

c) Besondere Aufgaben des Landesvorstandes sind:

1. Politische und organisatorische Koordinierung der Tätigkeit der Arbeitskreise und Gruppen des Landesverbandes.

2. Der Landesvorstand übt die Finanzhoheit über die im Landesverband zusammengeschlossenen Gruppen aus. Die Kassengeschäfte führt der Kassierer. Er hat wenigstens einmal im Semester die Revisoren zur Prüfung seiner Geschäfte aufzufordern.

3. Pflege der Zusammenarbeit mit befreundeten und anderen Organisationen.

4. Kooperation mit benachbarten Gruppen und Einzelmitgliedern des SDS und deren Unterstützung.

5. Betreuung der ehemaligen Mitglieder und der Förderer des SDS.

§ 6 Der Landesvorsitzende vertritt den Landesverband und führt die Geschäfte des Landesverbandes zwischen den Landesvorstandssitzungen.

Der jeweilige Landesvorsitzende hat Treuhandeigentum am gesamten Vermögen des Landesverbandes.

§ 7 Der Landesvorstand und seine Referenten bilden den erweiterten Landesvorstand. Die Referenten werden vom Landesvorstand vorgeschlagen und müssen von der Landesversammlung bestätigt werden. Bei Entscheidungen von außerordentlichem Interesse, bei denen die Mitgliederversammlung nicht entscheiden kann, muss ihn der Landesvorstand konsultieren. Ansonsten soll er ihn soweit wie möglich zu seinen Entscheidungen heranziehen,

§ 8 a) Änderungen der Satzung können nur durch die Mitgliederversammlung mit 2/3 Mehrheit aller anwesenden Mitglieder beschlossen werden.

b) Die Auflösung des Landesverbandes kann nur mit 3/4 Mehrheit in einer mit 28-Tage-Frist während des Semesters durch Einschreiben einberufenen Mitgliederversammlung beschlossen worden.

c) Bei Auflösung des Landesverbandes fällt das Vermögen, den Mitgliederzahlen des vorhergehenden Semesters entsprechend, an die Mitgliedergruppen.

d) Diese Satzung tritt mit Annahme durch die Mitgliederversammlung am 24.7.1964 in Kraft. Sie ersetzt die Satzung vom 15.12.1955.

## **ISD + SHB + GSG + SDS RUFEN AUF ZU EINER DEMONSTRATION GEGEN DAS FRANCO - REGIME IN SPANIEN!**

Es ist 25 Jahre her, seit die geschlagenen Reste der republikanischen Armee Spaniens an der französischen Grenze entwaffnet und in Lager der französischen Republik gesperrt wurden. In der Behandlung dieser Gefangenen manifestierte sich am Ende eines dreijährigen Bürgerkrieges noch einmal das Versagen sämtlicher westlicher Demokratien, die tatenlos zugeschaut hatten, wie der Faschismus seine makabre Generalprobe inszenierte. Nur wenige Wochen nach Ende des spanischen Krieges fielen die ersten Schüsse des Zweiten Weltkrieges, wenn auch nicht die ersten Schüsse deutscher Truppen. Die Legion Condor war maßgeblich beteiligt an der Niederlage der spanischen Republik, Guernica, die erste "Ausradierung", totale Zerstörung einer modernen Stadt, geht hauptsächlich auf das Konto der deutschen Luftwaffe.

Doch seit 1939 herrscht Frieden in Spanien. "25 Jahre Frieden" feiert Franco, Frieden, wie er ihn sich vorstellt. Frieden, das bedeutet in Spanien: Die Ermordung Julian Garcia Gri-maus 23 Jahre nach Kriegsende, das bedeutet heute noch Militärgerichte für politische „Verbrechen“, Mißhandlung streikender Arbeiter. "Frieden" ist hier den Frieden des Generals.

Wer geglaubt hat, der Diktator, der mit Hilfe Hitlers und Mussolinis an die Macht kam, erlaube eine Liberalisierung in Spanien, hat sich getäuscht. Immer wieder gibt es Unruhen, die von der Polizei mit brutalsten Mitteln unterdrückt werden. 42000 asturische Bergarbeiter, die Arbeiter der baskischen Eisenindustrie, die Arbeiter in den Metallwerkstätten von San Sebastian und den Kohlengruben von Puerto Ilano befinden sich im Streik. Über die Methoden der Polizei schreibt das Hamburger Echo vom 11. Juni: „Die spanische Polizei hat in ihren Foltermethoden gezeigt, daß sie von der Gestapo gelernt hat. Zwei Bergarbeiter wurden verhaftet, und als sie nicht gleich das aussagten, was die Polizei ihnen vorgeschrieben hatte, wurden sie kastriert.“

Auch bei den letztjährigen Streiks kam es zu ähnlichen Mißhandlungen. 100 spanische Schriftsteller und Intellektuelle richteten deshalb einen offenen Brief an den Minister für Information und Tourismus, Manuel Ibarra. Sie schrieben u. a.: "Am gleichen Ort und Tag (Sama de langreo) wurde um 4 Uhr nachmittags der Bergarbeiter Zilvino Zapico kastriert....Dem Bergarbeiter Vicente Baragana - aus dem Ortsteil Iada (Sama de Tangreo, 3. September) - wurden die Hoden verbrannt....Everodo Castra, verheiratet und Vater von drei Kindern, ist nach erlittenen Folterungen irrsinnig geworden, und wird nun in der Provinz - Irrenanstalt von "Ia Cadellada" gefangen gehalten. Constantina Perez Martinez aus Ia Jacora und

Anita Brana aus Lada wurden mißhandelt und ihr Haar rasiert....Eine Frau, deren Name nicht bekannt ist, wurde in den Bauch getreten, als sie, um den Mißhandlungen zu entgehen, angab, sie sei schwanger. Der Kapitän äußerte beim Schlagen: 'Ein Kommunist weniger.' "

Aber Streiks und Unruhen gehen trotzdem weiter. Soziale Mißstände sind eben nicht durch Unterdrückung aus der Welt zu schaffen.

**ARBEITER STREIKEN STUDENTEN DEMONSTRIEREN AUS SOLIDARITÄT MIT DEN STREIKENDEN! SCHLIESSEN SIE SICH UNSERER DEMONSTRATION AN AM MITTWOCH, DEM 1. JULI, BEGINN 15<sup>00</sup> UHR, ECKE BENECKESTR./ FRÖBELSTR.**

**LIBERALER STUDENTENBUND DEUTSCHLANDS - SOZIALDEMOKRATISCHER HOCHSCHULBUND - GEWERKSCHAFTLICHE STUDENTENGRUPPE - SOZIALISTISCHER DEUTSCHER STUDENTENBUND - LANDESVERBÄNDE HAMBURG**

Stern, 27.9.1964

### **Das Fähnlein der 1031 Aufrechten**

#### **Unbequeme politische Töne aus Frankfurt / Von Erich Kuby**

Von den 56 Millionen Einwohnern der Bundesrepublik sind 1031 im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) zusammengeschlossen. Der SDS gab in seinem letzten Geschäftsjahr 28 061 Mark aus und nahm 28 842,30 Mark ein, so daß er einen Kassenüberschuß von 781,30 Mark besitzt, jeder bessere Kegelklub hat mehr Geld in der Kasse.

Wenn der STERN also von der Jahresversammlung dieses SDS berichtet, so muß das andere Ursachen haben. Es hat andere Ursachen. Wir haben es hier mit einer Gruppe junger Deutscher zu tun, die den Teufel in beiderlei Gestalt nicht fürchten: nicht in Gestalt des Kommunismus und nicht in Gestalt jenes Antikommunismus, welcher sogar verbieten möchte, den anderen Teufel sich näher anzusehen.

Die Bedeutung dieser Gruppe liegt darin, daß sie im Bereich deutscher Universitätsjugend, die einmal führende Positionen einnehmen soll, die einzige ist, die sich geistig so frei im politischen Raum bewegt, als gäbe es die vom Verfassungsschutz so ängstlich gehütete Grenze gar nicht, hinter der die halbe Welt und die zweite Großmacht dieser Erde den Kommunismus als gesellschaftliche Wirklichkeit geschaffen hat.

Als die SPD ihre ursprüngliche weltanschauliche Basis dem Kampf um die Macht im Staate opferte und sich trotzdem nicht spaltete, spalteten sich die sozialdemokratischen Studenten (und Professoren) in die parteitreuen und die aufsässigen, und beide haben ihre Organisation. Der aufsässige Teil, der SDS, selbst massiven Angriffen ausgesetzt, konnte nicht aus der Legalität hinausgedrängt werden.

Der eigentliche Zweck einer Jahresversammlung ist Abgabe und Annahme eines Rechenschaftsberichtes des amtierenden Vorstandes und die Wahl eines neuen. Wie immer, so vollzogen sich auch hier grundsätzliche Entscheidungen darüber, welchen Kurs der Bund für die nächste Zeit einschlagen soll, in Form von Verfahrens- und Personalfragen.

Das für den SDS aktuell im Vordergrund stehende Problem betrifft die Praxis seiner Beziehungen zur DDR, ist also genau dasselbe, das gegenwärtig in der Bundesrepublik so lebhaft diskutiert wird.

Der SDS sieht nicht die nationalen Belange im Vordergrund, sondern die ideologische Auseinandersetzung zwischen der „Neuen Linken“, für die der SDS in seiner Zeitschrift „neue kritik“ geistiges Rüstzeug entwickelt, und einem DDR-Marxismus, den man, gäbe es den Begriff, wohl als „Alte Linke“ bezeichnen dürfte.

Entsprechend der Frage: DDR-Kontakte - aber wie?, war das Referat über die Deutschlandpolitik thematisch das wichtigste. Man hatte dafür nicht einen Mann aus den eigenen Reihen gewählt, sondern ließ sich die Leviten von dem linksliberalen Publizisten Dr. Helmut Linde-

mann lesen, der kaum ein Sozialist und ganz bestimmt kein Marxist ist. Die Essenz seines Referates hatte er in die Form von zwölf Thesen gebracht. Hier einige im Wortlaut:

- Der heutige Zustand Deutschlands ist primär eine Folge deutscher Politik; daher ist seine Änderung primär eine Aufgabe der Deutschen.
- Die beiden deutschen Teilstaaten haben sich in fast zwanzig Jahren weit auseinander entwickelt; daher ist jede Deutschlandpolitik, die einfach den Anschluß des einen Teils an den anderen erstrebt, wirklichkeitsfremd.
- Solange die Bundesrepublik sich weigert, die DDR mindestens faktisch anzuerkennen, wird es keinen entscheidenden Fortschritt in der Deutschlandpolitik geben; die Anerkennung der DDR ist nicht Ende, »sondern Anfang jeder zukunftssträchtigen Deutschlandpolitik.
- Die Wiederherstellung eines deutschen Nationalstaates ist von untergeordneter Bedeutung; wichtiger ist die Erlangung von Freiheit und sozialer Gerechtigkeit in beiden Teilen Deutschlands und deren Eingliederung in eine europäische Arbeitsgemeinschaft. Geistig und politisch normal versorgte Bundesbürger, für die es eine Selbstverständlichkeit ist, daß links von der gegenwärtigen SPD politisch nur noch der Teufel wohnt, hätten im Frankfurter Studentenhaus geglaubt zu träumen, vielleicht sogar alpträumen. Auf weite Strecken hin hätten sie sich nicht auf der Versammlung einer politischen Gruppe gewöhnt, sondern in einem Seminar über Marxismus, Trotzismus, Neue Linke und so fort.

Eben darin liegt die Problematik des SDS. Im Grundgesetz ist es nicht verboten, über irgend etwas nachzudenken, also dürfen auch westdeutsche Studenten über die Fortentwicklung des Marxismus unter modernen Bedingungen nachdenken. Sie wollen aber nicht nur für sich selbst denken, sondern auch andere zum Nachdenken veranlassen.

Ein unvoreingenommener, geistig freier Mensch wird sagen, es könne nicht verboten werden, zum Nachdenken anzustiften, wenn Denken überhaupt erlaubt sei. Ob das immer die Auffassung der Staatsmacht sein wird, bleibt abzuwarten. Jedenfalls machten die leidenschaftlichen Diskussionen den Eindruck, als prallten sie nicht selten irgendwo an eine unsichtbare Glaswand und zerschellten dort.

Am Abend des dritten Tages wurde an Stelle des bisherigen ersten Vorsitzenden Manfred Liebel der 26jährige Helmut Schauer, Student der Soziologie, gewählt.

Sohn einer Arbeiterfamilie, deren Männer immer schon zur SPD gehörten und also heute politisch indifferent sind. Erlernt das Industriehandwerk des Werkzeugmachers und arbeitet als solcher rund um die Heimatstadt Stuttgart acht Jahre lang. Tritt mit 18 in die SPD ein (die ihn später hinauswirft) und übernimmt bald Funktionen auf der Ebene der Kreis-Organisationen. Gründet eine Gruppe der Wehrdienstverweigerer, wird in Köln vorübergehend „hauptberuflich“ Vorstandsmitglied und Geschäftsführer des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer. Wird in Hamburg in die Akademie für Wirtschaft und Politik aufgenommen, besteht nach zwei Jahren deren Abschlußexamen mit vorzüglichem Ergebnis und hat damit die Zulassung zur Universität. (1963.) Studiert in Hamburg und macht 1964 Schlagzeilen, weil er ein Treffen mit FDJ-Vertretern in dieser Stadt und den „Gegenbesuch“ in der DDR organisiert.

### **Studiobühne an der Universität Sozialistischer Deutscher Studentenbund**

Freitag, den 4. Dezember 1964, Auditorium maximum II - 20 Uhr

#### **Der Liedermacher Biermann singt**

ZYKLUS: BERLIN LIEGT IN DEUTSCHLAND

Mein Vaterland, mein Vaterland

Die Ballade von der weißen Sophie

Berlin, du deutsche deutsche Frau  
Himmelfahrt in Berlin  
Berliner Winter

#### DIS BUCKOWER BALLADEN

Ballade von den alten Weibern von Buckow  
Ballade vom Drainageleger Fredi Rohsmeisl  
Ballade von der Buckower Süßkirschenzeit  
Kleinstadtsonntag

#### VIER PORTRÄTS

Brecht  
Weigel  
Eisler  
Villon

#### ZYKLUS: FÜNF HETZLIEDER GEGEN DEN KRIEG

Ballade vom Panzersoldat und vom Mädchen  
Die Soldatenmelodie  
Mein Junge, du fragst mich  
Legende vom Soldaten im Dritten Weltkrieg  
Osterlied

[S. 2]

#### LAUT DIE WAHRHEIT AUSZUSCHREIN ...

Ein deutscher Kommunist  
Kleine Ermutigung  
Die Krähen  
Warte nicht auf bessere Zeiten  
Hohe Huldigung an die Geliebte

- PAUSE -

#### ANNA ' KARIN ' GARANCE ' BARBARA

Das Anna-Lied  
Das Karin-Lied  
Lied auf das ehemalige Grenzgängerfreudenmädchen Garance  
Ballade vom Biermann und der beißwütigen Barbara

#### TAGES- UND JAHRESZEITEN

Die Zeit der Trauben  
Ballade vom großen Winter  
Vorfrühling  
Frühzeit

#### SIE KÖNNEN DAS GERN HABEN!

Was verboten ist, das macht uns gerade scharf  
Keine Party ohne Biermann  
Ballade, in der Biermann ein schönes Mädchen um einen besseren Tod bittet  
Kunststück  
Die Ballade vom Briefträger William. L. Moore aus Baltimore

Freitag, den 4. Dezember 1964, Auditorium maximum II - 20 Uhr  
DIESER PROGRAMMZETTEL GILT ALS EINTRITTSKARTE!

## **Sozialistischer Deutscher Studentenbund Landesverband Hamburg**

### **Programm für das Wintersemester 1964/65**

Alle Veranstaltungen sind öffentlich!

#### I Arbeitskreise

##### 1. Abrüstung

Ort: Tagungsraum der Akademie für Wirtschaft und Politik, Mollerstr. 70

Zeit: Mittwochs (außer des ersten Abends), 20 Uhr

- |  |                    |
|--|--------------------|
| 12.11. Einführung, Literaturangab., die Genfer Abrüstungs-<br>verhandlungen    | Jürgen Küppers     |
| 25.11. Rüstungsideologie   | Hans-Jürgen Schulz |
| 9.12. Militärstrategie   | Deert Hinrichs     |
| 13.1. Politische und soziale Auswirkungen der Rüstung                          | Reinhard Hoffmann  |
| 20.1. ökonomische Probleme der Abrüstung                                       | Jürgen Küppers     |
| 3.2. Strategie der Abrüstungsbewegung  | Helmut Schauer     |
| 17.2. Ansatzpunkte für Abrüstungspolitik in der BRD/<br>Kampagne für Abrüstung | Karl-Heinz Gertz   |

##### 2. Demokratie und Sozialismus

Zeit Mittwochs (außer des ersten Abends ), 20 Uhr

- |  |                      |
|--|----------------------|
| 19.11. Demokratie und Sozialismus, zur politischen<br>Geschichte der letzten 150 Jahre (nach Arthur Rosenberg) | Karin Thierbach      |
| 2.12. Lenin  | Karl A. Otto         |
| 16.12. Rosa Luxemburg  | Jürgen Harrer        |
| 13.1. Der Stalinismus  | Jürgen Schaltenbrand |
| 27.1. Faschismus als Ausweg  | Manfred Liebel       |
| 10.2. Wirtschaftsdemokratie  | Reinhard Hoffmann    |
| 24.2. Sozialstaat und autoritärer Staat  | Suraiya Faroqhi      |

#### II weitere Veranstaltungen

(bitte auf Plakate achten)

##### 9.11. Mitgliederversammlung des Landesverbandes

Referat von Helmut Schauer (Bundesvorsitzender) über:

„Möglichkeiten sozialistischer Politik in der BRD“

##### 10.11. Kai Hermann (Redakteur der „Zeit“):

„Rechtsradikalismus in den USA“

##### 26.11. Ernest Mandel (Brüssel):

„Die Ökonomik der Abrüstung“

Die Termine der für Dezember geplanten Veranstaltungen stehen noch nicht fest

##### 10.1. Prof. Christian von Ferber (Uni Hamburg):

Thesen zur Technokratie und Bürokratie (ungefährtes Thema)

18./20.1. Mitglieder der Gruppe Dortmund 62 (Arbeiterdichtung) lesen aus eigenen Werken,  
u.a. liest Max von der Grün

einführendes Referat: Prof. K. L. Schneider (literaturwissenschaftliches Seminar der Uni Hamburg) Veranstalter sind ASTA und SDS

2./3.2. Fritz Lamm (Stuttgart):

Die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie

Außerdem werden im Februar noch Arno Klönne zu einem Abrüstungsthema und Kai Tjaden (Assistent bei Prof. Abendroth) über die Geschichte der KPD sprechen.

**sds Landesverband Hamburg**  
**RUNDSCHREIBEN**  
**Hamburg, den 17.2.1965**

Liebe Genossen!

Wir möchten Euch noch einmal auffordern, zum nächsten Gruppenabend Donnerstag 18.2.65 zu kommen.

Wir schlagen folgende Tagesordnung vor:

1. FDJ-Studienaufenthalt
2. Arbeitskreise und Arbeitsteams - Beschlüsse, welche eingerichtet werden, vorläufige Feststellung der Teilnehmer und Verabredung von Terminen zur internen Vorbereitung.
3. Vorschläge und Anregungen zum übrigen Programm SS '65, insbesondere öffentliche Veranstaltungen
4. Verlängerung der Verjährungsfristen
5. Ostermarsch
6. Auftreten des sds am 1.Mai
7. Sonstiges.

Denkt bitte daran, Eure Beitragsrückstände zu begleichen!

Der Landesvorstand,

gez. Sumser.

1.Vorsitzender: Hubert Sumser, HH Rahlstedt, Bartiner Weg 15

2.Vorsitzender: Christoph Thöl, HH 20, Kegelhofstr.12

Schriftführer: Rolf Schübel HH Bahrenfeld, Lysenstr.6

Organisation: Heike Möller HH 61, Sperlingsweg. 31

Kassierer: Friedrich Grän HH 33, Schwalbenplatz 16

Ich bitte alle Genossen, die Mitglieder im Studentenparlament sind, vom „jour fixe“ fern zu bleiben und statt dessen zu der äußerst wichtigen Parlamentssitzung um 19 Uhr in der kleinen Mensa zu kommen (AStA-Neuwahl !).

gez. Christoph Thöl

Beauftragter für Hochschulfragen

[Jürgen Harrer, HH Langenhorn, Krohnstieg 138, bei Jung, Tel. 598502]

AN ALLE ABGEORDNETEN DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES  
AN DIE GEWERKSCHAFTEN  
AN ALLE ARBEITER, PROFESSOREN UND STUDENTEN  
AN ALLE BÜRGER HAMBURGS

Bundesregierung und Bundestag planen, die Notstandsgesetze noch vor den Wahlen durchzupeitschen. Diese Gesetze enthalten die umfangreichste und gefährlichste Verfassungsänderung seit Gründung der Bundesrepublik. Für unseren Staat wie für jeden einzelnen würden sie einschneidende Folgen haben.

Bislang sind diese Gesetze fast nur hinter verschlossenen Türen beraten worden. Eine Diskussion im Parlament und in der Bevölkerung wurde dadurch verhindert.

Das Problem der Notstandsgesetze ist zu schwierig, als daß es in einigen Wochen mehr schlechter als rechter Beratungen noch in diesem Bundestag gelöst werden könnte.

Deshalb fordern wir:

**ÖFFENTLICHE DISKUSSION DER NOTSTANDSGESETZE!**

**KEINE NOTSTANDSGESETZE VOR DEN WAHLEN!**

Montag, 31. Mai 1965 19.00 Uhr KUNDGEBUNG,

Universität, Hörsaal B 20.30 Uhr

Demonstration (ab Moorweidenstraße) Schlußkundgebung

Es sprechen:

Werner Vitt (IG Chemie, Hannover) Prof. Heinrich Vogel, Berlin

Unterstützen Sie unsere Aktionen durch Ihre Teilnahme!

Humanistische Studenten-Union (HSU)

Liberaler Studentenbund Deutschlands (LSD) Sozialdemokratischer Hochschulbund (SHB)

Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS) Gewerkschaftliche Studentengruppen (GSG)

Dieser Aufruf wird persönlich unterstützt u. a. von

Werner Franke, Friseur (Fachgruppenvorsitzender) - Manfred Grunert, Betriebsratsvorsitzen-

der - Prof. Dr. phil. Dr. h. c. Wilhelm Gundert, Hamburg - Kai Hermann, Redakteur („Die

Zeit)" - Harry Herrling, Gewerkschaftssekretär der IG Chemie - Prof. Dr. Christian-Adolf

Isermeyer, Hamburg - Udo Jagow, 1. Vorsitzender der Naturfreundejugend, Hamburg - Hin-

rich Oetjen, Landesjugendsekretär der IG Chemie - Jürgen Schindicht, stellvertr. Ortsjugend-

leiter der Deutschen Postgewerkschaft, Hamburg - Gerhard Weber, Sekretär des CVJM

Verantwortlich: Karl Drewes, Hamburg 19 - Druck: M. Kristeller, Hmb.-Altona

**Zeitschrift „Positionen“, Nr. 1. Es blieb bei dieser einen Nummer.**

AN DEN LESER

POSITIONEN wird herausgegeben, vom Landesverband Hamburg des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS). Die veröffentlichten Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder. Sie sind nicht als offizielle Stellungnahmen des Verbandes aufzufassen, wenn sie auch meist das Ergebnis von Diskussionen innerhalb des SDS sind. POSITIONEN soll diese Diskussionen und die dadurch gewonnenen Einsichten aus der Sphäre der reinen Theorie herausheben, indem es sie nach außen vermittelt. Wir hoffen damit beizutragen, es einer relativ isolierten und trotz der Mannigfaltigkeit der Standpunkte ihrer Mitglieder in sich geschlossenen Gruppe zu ermöglichen, mit ähnlich Denkenden ebenso wie mit Gegnern in eine kontinuierliche Auseinandersetzung zu kommen. (Ab Anfang des nächsten Semesters werden wir deshalb regelmäßig auf die Veranstaltungen des SDS - vor allem Arbeitskreise und jours fixes - hinweisen.)

Nicht zuletzt ergibt sich dabei eine terminologische Schwierigkeit. Wissenschaftlich-sozialistische Begriffe sind dem hierzulande herrschenden Bewußtsein nicht nur unpopulär, sie werden oftmals auch falsch oder gar nicht verstanden. Deshalb haben wir diese Begriffe

oft durch unschärfere ersetzt, selbst auf die Gefahr hin, daß der zu beschreibende Inhalt dadurch verschwimmt.

Inhalt:

Erhards Kleinkrieg gegen die Intellektuellen	S.	3
Internationale Stimmen zur US-Außenpolitik	S.	4
Gerstenmaiers Liebe zur Wissenschaft	S.	8
1975: Dumm wie ein Deutscher!	S.	11
Parteienkartell und große Koalition	S.	14
Vier noble Generale	S.	19

Positionen

**Nr.1, Juli/August 1965**

**Herausgeber: Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS) Landesverband Hamburg,**  
Postfach 23, Universität, Hauptgebäude

Redaktion: Jürgen Harrer (verantwortlich), Manfred Liebel, Rolf Schübel

-3-

### **Erhards Kleinkrieg gegen die Intellektuellen**

Von schönem Intellektualismus wurde geredet, von Intellektualismus, der in Idiotie umkippe. Schriftsteller wurden als Banausen und Nichtsköner bezeichnet, ihre Kunst als entartet. Dies geschah in Deutschland. Aber nicht 1933, sondern 1965, im Jahre 16 westdeutscher Demokratie. Und nicht von Reichspropagandaminister Joseph Goebbels, sondern von Bundeskanzler Ludwig Erhard stammen diese Äußerungen. Die Geisteshaltung, die dahintersteht, ist allerdings dieselbe. Es ist jene kleinbürgerliche Mentalität, wie man sie in Deutschland seit eh und je findet; jene Mentalität, die Kritik als Verrat verketzert, denn Kritik ist ihr suspekt. Sie war der ideale Nährboden für die faschistische Ideologie.

Im Falle Erhard scheint noch ein besonderes Motiv dazuzukommen: eine Antipathie gegen Intellektuelle, die aus dem Wunsch entsteht, selbst Intellektueller zu sein, wozu es halt einfach nicht reicht. Bei einer Analyse der Erhard'schen Begriffe wird dies deutlich. Einer rationalen Prüfung halten sie nicht stand. Man denke an die "klassenlose und formierte Gesellschaft". Klassenlos, das heißt auch frei von Zwang, frei von Herrschaft, also freie Entwicklung seiner Fähigkeiten für jeden. Kann sich der für sprachliche Feinheiten Aufgeschlossene unter einer "formierten Gesellschaft" anderes vorstellen als: auf Vordermann ausgerichtet, jeder an seinem Platz, (dieser wird ihm von der Obrigkeit zugewiesen). Der Unterschied zur uniformierten Gesellschaft beschränkt sich auf eine Vorsilbe.

Die Erhardsche "Theorie" entspricht nur der Praxis der Diffamierung: "Neuerdings ist es ja Mode, dass die Dichter unter die Sozialpolitiker und die Sozialkritiker gegangen sind. Wenn sie das tun, dann ist das natürlich ihr gutes demokratisches Recht. Dann müssen sie sich aber auch gefallen lassen, so angesprochen zu werden, wie sie es verdienen, nämlich als Banausen und als Nichtsköner...". Das heißt nichts anderes als: Wir gestehen das demokratische Recht der freien Kritik zu, nur muss derjenige, der dieses Recht auch beansprucht, damit rechnen, nicht ernst genommen und diskriminiert zu werden.

Würden derlei Blüten nicht ausgerechnet im Kopf des Bundeskanzlers gedeihen, lohnte es sich kaum, sie zu zerpflücken. So aber muss man sie für das Symptom einer Politik halten. Es ist ein Symptom für die Restauration jener gesellschaftlichen Kräfte, deren einziger Ausweg einst der Faschismus war, damit auch jenes Denkens, das im Kern schon faschistische Gedanken enthält.

Mit Recht bemerkte Ernst Bloch zu den Äußerungen Erhards: "Die Sprache des Bundeskanzlers hat sich bis zur Kenntlichkeit verändert."

-4-

1933 wurden die Werke Brechts, Tollers, Mühsams, Tucholskys u.v.a. verbrannt. Oskar Maria Graf, dessen Bücher "verschont" blieben, protestierte mit folgenden Worten: ich ertrage diese Schande nicht, verbrennt mich auch. Erfreulicherweise gibt es heute nicht nur einen Oskar Maria Graf. Eine ganze Reihe prominenter Schriftsteller (u.a. Martin Walser, Uwe Johnson) haben sich auf die Seite von Hochhuth und Grass gestellt, denen die Angriffe des-Kanzlers in erster Linie galten. Dennoch werden wir auch in Zukunft mit Ähnlichem rechnen müssen, vielleicht sogar mit Schlimmerem, wie die Aktion "saubere Leinwand" befürchten lässt.

"Ein Risiko ist der Intellektuelle bereits, weil er institutionell nicht, zu orten ist. In einer Gesellschaft, die unter Kontrolle ist, macht seine, abweichende Phantasie ihn "suspekt."

Ulrich Sonnemann, Einübung des Ungehorsams in Deutschland, S.23.

j. h.

## **INTERNATIONALE STIMMEN ZUR US-AUSSENPOLITIK**

### **a) Santo Domingo**

Schlussfolgerungen aus' einer Analyse der nichtdeutschen Weltpresse,

1.) Die USA haben offen und vorsätzlich das Völkerrecht gebrochen; einseitige Intervention ist nach den von den USA Unterzeichneten Prinzipien der UNO und der OAS unzulässig. Sie haben damit die Institution der OAS zur Karikatur eines Staatenbundes gemacht (New York Times 8.-9.5.)

2.) Die USA haben das Recht auf Selbstbestimmung, dem ihr eigener Staat sich verdankt, mit Waffengewalt unterdrückt und damit sich selbst vor der ganzen Weltöffentlichkeit diskreditiert. Sie haben alle demokratischen Politiker Lateinamerikas gegen sich aufgebracht: "Der Impuls der Allianz für den Fortschritt ist verlangsamt, wenn nicht gar umgekehrt worden." (New York Times 19.5.)

-5-

3.) Die USA haben das Beispiel einer falsch informierten und falsch informierenden Politik gegeben und ihre eigene Öffentlichkeit davon überzeugt, dass die demokratischen Kontrollmechanismen der Verfassung versagen können, wenn antikommunistische Emotionen das politische Urteilsvermögen trüben. Die New York Times spricht von einer "Atrophie der demokratischen Debatte": "Die Kontrolle des Kongresses über Kriegsentscheidungen ist bis zum Punkte der Unsichtbarkeit ausgehöhlt." (10.5.) Die Eigenmächtigkeit der Botschaft und des CIA bestätigen die These des amerikanischen Soziologen C. Wright Mills vom "System organisierter Verantwortungslosigkeit". Immerhin hat die amerikanische und internationale Öffentlichkeit Johnson mit dem Argument zum Einlenken bewegen können, dass der "dicke Knüppel" ein Bumerang ist. Die deutsche "Weltpresse" hat daran keinen Anteil. Nach dem Vorbild ihrer Politiker praktizierte sie hier, ebenso wie in allen anderen Engagements der USA, blinde Gefolgschaft.

### **b) Vietnam**

In den Augen Jean Paul Sartres:

"Nach den ersten Bombardements (Nordvietnams) war es unvermeidbar, Verhandlungen aufzunehmen. Es war nicht mehr zu vermeiden, da der Konflikt allgemein geworden war. Doch seitdem ich sehe, dass die amerikanische Aggressionstätigkeit sich wiederholt und sogar noch zunimmt, muss ich feststellen, dass die USA zum Schlimmsten entschlossen sind, dass sie auch vor der Anwendung von Atomwaffen in Vietnam nicht zurückschrecken." (Aus einem Interview mit der italienischen Journalistin Maria Macciocchi).

"Das bedingungslose Verhandlungsangebot, das der Regierungschef so pompös machte, soll nur die Amerikaner und ihre Verbündeten täuschen, obschon Johnson betont hat, dass er bereit ist, mit jedem zu verhandeln, außer mit den Vietcong. Johnsons Vorschläge versuchen, unter einem Schleier von puritanischer Heuchelei den Willen zur Fortsetzung und Ausdehnung des Krieges zu verbergen." (Mondo nuovo, Nr.17, Rom).

"Das amerikanische Volk hat sich in Schweigen gehüllt, das einer Zustimmung gleichkommt. Sie scheinen immer noch zu glauben, dass ihr Präsident, den sie in freien Wahlen gewählt haben, lediglich einer Regierung auf der vietnamesischen Halbinsel helfen will, am Ruder zu bleiben oder sogar diese gegen "Unterdrücker" verteidigen möchte.

Sicher sind die Amerikaner unwissend, aber deshalb nicht weniger verantwortlich. Wie können sie die Zeichen der Zeit übersehen? Wie ist es möglich, nicht zu begreifen, dass die

-6-

USA Südvietnam in kolonialistischer Abhängigkeit halten und dort eine Diktatur errichtet haben, eine Scheinregierung, die einzig dazu bestimmt ist, zu verschleiern, dass dort ein ganzes Volk in Sklaverei gehalten wird?

Amerika möchte in Südostasien einen militärischen Stützpunkt haben, und um ihn zu behalten, ist es bereit, die Menschheit in das Risiko eines Krieges zu bringen. Das ist die Realität." (Sartre zu M.M.).

### **In den Augen amerikanischer Regierungsbeamter:**

"Vietnam? Es interessiert uns nicht als strategisches Ziel, nicht einmal als politische Basis; sondern als Probe aufs Exempel.... Wir suchen hier die Antwort, wie eine Macht wie die unsere in einem Konflikt dieses Typs den Sieg davontragen kann. Wie kann ein Staat, der über ein ungeheures militärisches und ein mittelmäßiges politisches Potential verfügt, an einem beliebigen Ort über einen Gegner siegen, der ungenügende militärische Mittel, aber große politische Kraft sein eigen nennt....wir müssen hier die Methoden lernen, damit wir dieses Problem in jedem Teil Asiens, in Afrika und vor allem in Lateinamerika lösen können."

Diese Äußerungen stammen von einem hohen amerikanischen Diplomaten, von einem der jungen "cracks" der Kennedy-Mannschaft, der seit drei Jahren an der Strategie der USA für den fernen Osten mitarbeitet. Allerdings sind sie noch aus dem September 1964. Damals hatten die Amerikaner ihre Kriegsführung noch nicht geändert.

Der einzige Diplomat aus der nächsten Umgebung Cabot Lodges, den Maxwell Taylor übernahm, meint: "Wir haben genug davon. Niemand sollte darauf hoffen, dass die amerikanischen Marinesoldaten und Flieger noch lange den Spielregeln der Vietcong folgen werden... Im Luftkrieg, im technischen Krieg sind wir stark genug. Also müssen wir den Krieg ändern. Wir werden unsere Mittel einsetzen. Und da wir in diesem verdammten Gelände des Südens keine geeigneten Waffen verwenden können, werden wir unseren Schlag gegen den Norden richten. Das Gebiet des Herrn Ho haben wir Meter für Meter photographiert. Wir wissen, wohin wir zu schlagen haben. Das hätte keine Wirkung? Das werde den Verlauf des Krieges nicht ändern? Vielleicht, aber wir werden zumindest die Befriedigung haben, nicht mehr allein die Leidtragenden zu sein, sondern nun unsererseits andere leiden zu lassen..."(Le Nouvel Observateur, Übersetzung Express International v. 17.5.).

Nur konsequent ist es, wenn das amerikanische Oberkommando in Südvietnam dem Verteidigungsminister McNamara eine Empfehlung übergab, die in Vietnam kämpfenden 83.000 US-Soldaten auf insgesamt 179.000 Mann zu erhöhen. (Vgl. Frankfurter Rundschau, 19. Juli).

-7-

### **In den Augen eines französischen Journalisten:**

"Sie (die Amerikaner) haben den sogenannten "faulen Hund" konstruiert, ein ungeheuer wirksames Schrapnell, eine mit Splintern gefüllte Zwei-Zentner-Bombe, die 10 Meter über dem Erdboden explodiert, den Menschen fürchterliche Verletzungen beibringt und gleichzeitig das Gelände mit gefährlichen Fallen bespickt. . , ...Sie haben die US-Hubschrauber mit einer Art

Sack bespickt, der 200 Granaten enthält und ein Areal von 2000 qm leerfegt... Ganz zu schweigen von der neuen Napalmbombe, die ihren Vorgängern ebenso überlegen ist, wie die neue Atombombe der Bombe von Hiroshima."

Die Infanteristen "verfügen jetzt über ein automatisches, ultra-leichtes Gewehr (leichter als ein Pfund), das so mörderische Geschosse mit derartiger Geschwindigkeit abfeuert, daß jede Verletzung fast automatisch den Tod herbeiführt. Das Fleisch wird buchstäblich zerfetzt und das Skelett völlig zerrissen..." (Jean Lacouture, Le Nouvel Observateur)

#### **In den Augen eines englischen Beobachters:**

"In Südvietnam sind gegenwärtig die Krankenhäuser überfüllt mit Zivilisten, die bei den amerikanischen Bombardements verletzt wurden. Was für Waffen haben die Verletzungen verursacht? Es sind Napalm, weißer Phosphor und der ‚faule Hund‘-, ich war Zeuge der Anwendung von Napalm. Ich überflog in einem Hubschrauber das Schlachtfeld und sah die furchtbaren Verwüstungen des Feuers. Es verbrennt auf den überschwemmten Reisfeldern noch den Reis. Ich sah auch ein Napalm-Opfer. Nur einmal. Ich habe kein krankes Nervensystem, aber ich zweifle daran, dass ich imstande bin, das noch einmal zu ertragen. Dieser Mann war von Napalm getroffen worden. Er brannte. Von Kopf bis Fuß löste sich die Haut von seinem Körper. Obwohl der Leib regelrecht in eine Fackel verwandelt wird, lebt das Opfer noch weiter, ...Es scheint, dass die Amerikaner jetzt begonnen haben, eine Politik der verbrannten Erde in Vietnam zu betreiben. Unfähig, die Vietcong durch Erdkampf zu besiegen, versuchen sie, sie nun mit Feuer auszulöschen. Ist das ein Mittel, Südvietnam den Frieden und die Sicherheit zu bringen? Oder ist es ganz einfach die Gelegenheit, unter Anwendung neuester wissenschaftlicher Methoden auszuprobieren, wie man in wenigen Wochen eine verbrannte Wüste, eine Erde ohne Bewohner schaffen kann? (Anthony Carthew in 'Sun', Übersetzung Express International, Nummer 21)

#### **In den Augen des HS-Senators Wayne Morse?**

"Am vergangenen Freitag hatte Morse den amerikanischen Kongreß aufgefordert, bis in den Herbst ohne Pause weiterzutagen,, um Johnson und das US-Verteidigungsministerium in ihren kriegerischen Aktionen in Vietnam zu bremsen. Morse beschuldigte eine Gruppe 'gefährlicher Männer im Pentagon, einen Präventivkrieg gegen Rotchina zu planen'. Er nannte diese Gruppe 'die gefährlichsten Männer in der ganzen Welt'. Morse verglich den

-8-

von den USA unterstützten südvietnamesischen Regierungschef, General Nguyen Cao Ky, mit Hitler, den er sich auch zum Vorbild genommen habe. Morse sagte 'Wenn sich die amtlichen Kreise auch nur noch im geringsten um das Schicksal des südvietnamesischen Volkes bekümmerten, würden wir es einem verdorbenen Charakter wie General Ky niemals erlaubt haben, mit der amerikanischen Regierung verknüpft und von dieser gefördert zu werden."

(Frankfurter Rundschau, 20. Juli)

r.s./j.h./m.l.

#### **Der unpolitische Student, oder Gerstenmaiers Liebe zur Wissenschaft.**

##### **Allgemeine Überlegungen auf Grund der Festrede Gerstenmaiers vor der Mitgliederversammlung des VDS in Mainz.**

Politik ist Dämonenspiel, gefährlich und undurchschaubar. Der Mensch tut gut, sich nicht in sie zu verwickeln, er sollte sich anderen Dingen zuwenden. Mit diesem Gedanken beginnt Herr Gerstenmaier seine Rede; er zitiert den römischen Philosophen Boethius: "Wie schön war es einst, als ich mit Dir (der Philosophie) die Geheimnisse der Natur und die menschlichen und die göttlichen Dinge erforschte... Aber da ich nach Platons und Deinem Geheiß mich in den Dienst des Staates stellte und allem Frevel entgegentrat, da verfiel ich dem Schicksal."

Obwohl dieser Gedanke nur zur Situation des Akademikers im Dritten Reich hinführen soll, ist er doch symptomatisch für Gerstenmaiers Denkweise, zumal er in abgeschwächter Form immer wiederkehrt. Leben und Politik werden einander gegenübergestellt. Die Beziehung zwischen Individuum und Gesellschaft wird idealisiert: "...daß das Studium, in erster Linie die Grundlage für einen Beruf schaffen soll, der einem Mann und denen, für die er zu sorgen hat, soviel Brot und Unabhängigkeit sichern soll, daß er sich als freier Mann im freiheitlichen Rechtsstaat bewegen kann."

Die These, ein Mensch sei dann frei, wenn er genug zu essen hat, scheint noch immer weit verbreitet. Außerdem setzt Gerstenmaier den Begriff Arbeit ganz abstrakt. Untersucht man die Bedingungen, unter denen im "freiheitlichen Rechtsstaat" gearbeitet wird, so stellt man fest, daß die Mehrzahl der Bevölkerung abhängige Arbeit verrichtet. Arbeit also, die der Verwirklichung von Frei-

-9-

heit wesentlich widerspricht. Ferner verkennt Gerstenmaier, daß die Inhalte unseres Bewusstseins gesellschaftlich vermittelt sind. Zu glauben, der Einzelne könne sich selbst und sein Denken souverän lenken, ist idealistischer Aberglauben. Er dient dazu, die gesellschaftlichen Ursachen falschen Bewusstseins zu verschleiern.

Zweifellos fühlten sich während der Naziherrschaft viele Menschen frei. Auch dann noch, als ihr Bewusstsein derartig manipuliert war, daß sie aus "freien Stücken" in den Krieg zogen. (Heute sind wir "freie" Antikommunisten).

Herr Gerstenmaier empfiehlt uns 1965 vor jedem politischen Engagement den "freimachenden Geist der Wissenschaften". Und dies, obwohl er 1934 über die Gleichschaltung der Universität erschüttert war: "Ihr Rang, ihre Leistungen, ihre Traditionen hatten sie nicht davor bewahrt, den Bedürfnissen des totalitären Staates unterworfen zu werden." Heute sagt er: "Die Hinwendung an das Studium ... bedeutet nicht (politische) Uninteressiertheit. Wiederbewaffnung und Grundrechtsfragen lösen auch in der Studentenschaft breite Diskussionen aus." Zweifellos löste vor dreißig Jahren auch das Ermächtigungsgesetz und die Gleichschaltung Diskussionen aus, sie verhüteten aber nichts; genausowenig wie vor einigen Jahren die Wiederbewaffnung durch Diskussionen verhütet wurde.

Durch ein "Liebesverhältnis zur Wissenschaft" (!), das uns Herr Gerstenmaier nahelegt, und durch vereinzelte Diskussionen bewahrten sich die deutschen Studenten nicht vor dem Hitlerregime und werden sich auch in Zukunft vor nichts bewahren. Deshalb sollte man das folgende Zitat umdrehen: "Es kann Lagen geben, in denen der Student als ein führender Teil der jungen Generation zum initiativen Handeln berufen ist. Aber diese Pflicht ist nicht die Regel sondern die Ausnahme." Es sollte gerade die Regel sein, daß Studenten politisch aktiv werden. Sie sollten versuchen, gesellschaftliche Zusammenhänge zu erkennen und zu handeln, solange Möglichkeiten dazu vorhanden sind.

Sehr interessant und bezeichnend ist die folgende Gerstenmaiersche Beobachtung der Zustände von 1934: "Von der Gesellschaft empfangen die deutschen Hochschulen, als es an die Gleichschaltung ging, so wenig ernsthafte Hilfe wie die Kirche." Hier ist wieder eine Beziehung verschoben worden, Es wäre die Aufgabe von Hochschule und Kirche gewesen, aufgrund ihrer besseren Möglichkeiten den Nationalsozialismus zu analysieren und die Gesellschaft davor zu warnen, Dies geschah nicht. Drang nach Autonomie und Glaube an die wertfreie Wissenschaft, die Konzeption der deutschen Universität von damals und heute, sind dafür verantwortlich.

Betrachtet man aus dieser Sicht das Problem der "inneren Emigration", so scheint sie eher der Rückzug von den Geschehnissen überfahrener Träumer zu sein, als die standfeste Haltung, die Herr Gerstenmaier in ihr sieht: "... es gab viele, die sich erbittert und von Sorgen zerfurcht in die geheiligten Bezirke ihrer Disziplinen zurückzogen. Nicht wenige hielten

-10-

sehnsüchtig Ausschau nach dem Tag, an dem der braune Spuk vorbei sein würde... "

Es klingt wie bittere Ironie, daß sich einige die Stirne zerfurchen und sehnsüchtig Ausschau halten mussten und also fähig waren zu sublimieren, während andere handelten und in die Konzentrationslager gingen, wo man sie zu Tausenden ermordete. Aber wie klärt uns Herr Gerstenmaier auf: "Ich habe die Erfahrung gemacht, daß gerade die relative Autonomie der Hochschule zwar nicht ihre Gleichschaltung verhindern konnte, daß sie aber doch noch Fluchtmöglichkeiten und leidlich unversehrte Räume für die Selbstbehauptung der eigenen geistigen Existenz bot, wie ich sie in jener Zeit sonst nur noch bei den Kirchen gefunden habe. Gerade diese traditionelle Struktur der deutschen Hochschule war eine Hilfe für das, was immer zu ihrer vordringlichsten Aufgabe gehörte, nämlich die Freiheit des Werdens zu schützen."

Uns sagt er heute, die "nobelste politische Zielsetzung", die "noch immer gültig und aktuell" sei, ist "ein in Freiheit und Einheit erblühendes Volk". Einem solchen nichtssagenden Programm kann sich natürlich ein jeder anschließen. Aber durch derartig unverbindliche Aussagen können die bestehenden Probleme nicht gelöst werden. Gerstenmaier ist also nicht grundsätzlich gegen ein politisches Engagement der Universität. Erwünscht ist aber nur ein Engagement im Sinne der Regierung.

Man will uns wohl glauben machen, daß heute alles "ganz anders" sei als damals, daß heute das "Liebesverhältnis zur Wissenschaft" genüge, weil er und seine Parteifreunde gute und rechtschaffene Menschen seien.

Wir sollten weniger glauben, dagegen mehr zweifeln und denken. Nur so können wir uns ein neues Fiasko ersparen.

r. s.

In der 'Neuen Kritik' des SDS "wird geschrieben, und es wird dort gedacht. Großartig, daß es in der Bundesrepublik noch Orte gibt, wo politisch gedacht wird."

Erich Kuby

Neue Kritik

Zeitschrift sozialistischer Studenten

herausgegeben vom Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS)  
Jahresabonnement 10.- einschl. Porto, für Studenten 7.- (7 Hefte) Verlag und Red.: Frankfurt/M.W 13, Kurfürstenstr.8, tel.77 64 22

-11-

### **1965: Dumm wie ein Deutscher!**

#### **Kein Vorschlag des SDS.**

Am ersten Juli haben mehr als 100 000 Studenten in der Bundesrepublik gegen den Notstand im Bildungswesen demonstriert. Sie haben damit Bundeskanzler Erhard gezwungen, der "akademischen Jugend" wenigstens zuzugeben, daß "im Bildungswesen noch einiges zu tun ist". (Erhard auf einer Kundgebung der Jungen Union am 4. Juli in Hamburg).

Die Studienförderung ist einer der zentralen Anlässe studentischer Kritik, Im folgenden Beitrag wird der Bildungsnotstand auf diesem Gebiet mit dem seit Jahren vom SDS geforderten Studienhonorar konfrontiert.

I

Die Konjunktur der Kritik am bundesrepublikanischen Bildungswesen verführt leicht zu einem Schwärmen vom großen Glück der großen Zahl, der nun endlich der Zugang zu den Bildungsgütern der Nation eröffnet wird. Die Konstatierung der Voraussetzungen dafür bleibt ein Akt der Selbstbefriedigung, wenn nicht auch die Widerstände gegen seine Verwirklichung genannt werden. Da Bildung schlicht sozialen Aufstieg oder zumindest Statussymbol bedeutet, ist nicht anzunehmen, daß die Interessen, die bisher dem möglichen sozialen Aufstieg der vielen entgegenstanden, auf einmal nicht mehr vorhanden sind. Eine Analyse der in Sozialstatistiken geronnenen Herrschaftsinteressen kann nicht bei materiellen Minimalforderungen

stehenbleiben. Uneigennützigkeit läge demnach nicht in der Allgemeinheit der Forderung, sondern in dem gezielten Angriff auf die Institutionen dieser Interessen. Der Gruppenegoismus der versammelten Studenten hätte darin bestehen müssen, exemplarisch für ihren Bereich diese Arbeit zu leisten.

Von einer Bildungskatastrophe konnte in dem Moment öffentlich gesprochen werden, als sie sich nicht mehr nur in überfüllten und unzureichend ausgestatteten Bildungsstätten für die akademische Jugend manifestierte, sondern die Vernachlässigung der Primär- und Sekundärbildung als Nachwuchsmangel für bestimmte Berufe in Erscheinung trat. Für die Behebung von Engpässen auf dem Arbeitsmarkt reichte die Förderung der obersten Stufe der qualifizierten Ausbildung nicht mehr aus - noch Honnef hatte sich ja zunächst auf die Förderung der Studierenden an wissenschaftlichen Hochschulen beschränkt! Diese Situation legt eine Bedarfslenkung nahe, wie sie sich z.B. in der gezielten Förderung der Zugangswege und Ausbildungsgänge bestimmter Berufe äußert. Gleichzeitig bietet eine solche Notlage aber auch immer eine Chance zur Demokratisierung, die zumindest gefordert werden muß. Erst wenn der Abbau bestehender ständischer Schultypen möglich und die Einrichtung neuer sozial diskriminierender Ausbildungszweige (die z.B. Ingenieure 1., 2., 3. Klasse hervorbringen) nicht mehr versucht werden kann, ist eine allgemeine finanzielle Sicherung der Ausbildung durch Gesetz politisch möglich - und wünschenswert.

Wenn man heute über eine Studienfinanzierung diskutiert, geht es nicht um die Interessen einer mit der Bezeichnung

-12-

"Elite" belasteten Gruppe, sondern um die Anwendung sozialstaatlicher Prinzipien auf ihren Lebens- und Arbeitsbereich.

## II

Für eine Studienfinanzierung müßte man also von folgenden Voraussetzungen ausgehen:

1. Die technologische Entwicklung in industriellen Ländern erfordert ständig mehr hochqualifizierte Arbeitskräfte und erhöht die Bedeutung der Institutionen für Ausbildung und Weiterbildung. Das bedeutet Ausschöpfung aller Begabtenreserven durch die Verwirklichung der Chancengleichheit.
2. Der Student ist ein Erwachsener, der von seinen Eltern finanziell unabhängig sein muß. Damit entfällt die Möglichkeit eines Einflusses auf die Entscheidung für das Studium überhaupt sowie über Studienwahl, -ort, -dauer und -gestaltung aus wirtschaftlichen Gründen und die Verlängerung der Unterhaltspflicht über die Volljährigkeit hinaus. Gleichzeitig wird damit der besonders den Eltern der unteren Einkommensschichten (Arbeiter und kleine Angestellte) abverlangte Konsumverzicht in einer konsumorientierten Gesellschaft zeitlich begrenzt
3. Die Förderung muß durch ein Gesetz geregelt werden, das einen Rechtsanspruch des Studenten begründet.
4. Die Förderung muß voll kostendeckend sein.
5. Die Förderung ermöglicht die Durchsetzung des wissenschaftlichen Leistungsprinzips in der Universität, da sie alle Studenten den gleichen Leistungskontrollen unterwirft.

Dem Kriterium der gesicherten, voll kostendeckenden Ausbildungsfinanzierung mit Rechtsanspruch haben bisher im bescheidenen Umfang nur die Kategorialförderungen (vor allem nach dem Bundesversorgung-, dem Lastenausgleichs- und dem Bundessozialhilfegesetz) genügt, während das Honnefer Modell keines dieser Elemente enthält und wegen der geringen verfügbaren Mittel auch nicht annähernd einen Ersatz für die allmählich erlöschenden Leistungen aus diesen Gesetzen darstellen kann.

Das einzige Modell, das die in den Kriterien angedeuteten kultur- und sozialpolitischen Zielsetzungen der Chancengleichheit, der Ausschöpfung der Begabtenreserven und der Durchsetzung des Leistungsprinzips gerecht werden könnte, ist das Studienhonorar. Das wichtigste Element in diesem Zusammenhang ist tatsächlich das wissenschaftliche Leistungsprinzip, da

es nur als- allerdings sehr wichtiger -Sicherheitsfaktor einen Beitrag zu Chancengleichheit und Ausschöpfung der Begabtenreserven auf dieser Ausbildungsstufe leistet.

- 13 -

### III

Im Jahre 1953 wurde das Studienhonorar mit dem Schlagwort begründet, "Studium ist Arbeit für die Gesellschaft". Die Bildungsökonomie hat zwar die enge Korrelation des Faktors Ausbildung mit der Produktivität bestätigt, aber es handelt sich eben genauso um eine Arbeit, die dem Akademiker ausschließlich zugute kommt, sei es in Form der geringeren Fremdbestimmung oder des sozialen Aufstiegs. Für die Finanzierung des Studienhonorars wurde aus dieser differenzierteren Betrachtungsweise zeitweise ein Modell entwickelt, das den Nutznießern des durch das Studium geschaffenen gesellschaftlichen Wertes die Kosten überträgt - dem Staat, den Arbeitgebern und den ausgebildeten Akademikern selbst. Um die Einrichtung neuer Institutionen mit neuen Verfügungsgewalten zu vermeiden, ließe sich aber auch an die schrittweise Einführung eines solchen Modells nach dem Beispiel Englands denken. Das Modell hat den Vorteil, daß es dem Leistungsprinzip von vornherein Rechnung trägt und sich gleichzeitig, in allerdings sehr großzügiger Form, an dem Einkommen der Eltern orientiert. Allerdings würden sich die Mittel dafür in der Bundesrepublik vermutlich erst bei einer anderen Einkommen- und Steuerpolitik (Besteuerung der höheren Einkommen) aufbringen lassen. Die gesamten Kosten einer sozial- und bildungspolitisch wirksamen Ausbildungsförderung sind schließlich wohl nicht aufzubringen, solange der Anteil der Rüstungskosten unverändert hoch bleibt.

Doch sollte man nicht vergessen, daß sogar beträchtliche Summen wie die 450 Millionen DM für das "Schülerhonorar" offenbar kurzfristig aufzubringen sind, wenn es den Gesetzgebern notwendig erscheint.

### IV

Das Studienhonorar ist nicht familienfeindlich, sondern es will die Belastung der Familie auf ein zumutbares Maß beschränken und zeitlich begrenzen. Es plündert nicht die Staatskasse, sondern wälzt die Kosten auf diejenigen ab, die sie zu tragen in der Lage sind. (Das werden im übrigen die Studenten auch als ausgebildete Akademiker zu tun haben.)

Daß diese Studienförderung nicht nur für die Empfänger, sondern auch für die staatliche Verwaltung kontrollierbar würde, muss eher als Fortschritt bezeichnet werden. Der Preis dafür wird nicht unbedingt eine Verschulung des Studiums sein; schließlich sind auch ohne Studienhonorar schon viele Studiengänge stark reglementiert. Eher schafft es die Voraussetzungen dafür, dass Studenten ihre Zeit wirklich ganz dem Studium widmen können. Es würde für eine andere soziale Zusammensetzung der Studentenschaft sorgen. Die Einführung des Leistungsprinzips würde im Moment einer Versachlichung des Studien- und Prüfungsbetriebes dienen insofern wäre, es ein progressives Element. Im Kampf der Ordinarien um die Erhaltung ihrer Privilegien mit den staatlichen Bürokratien haben momentan gerade Studenten die Möglichkeit, das demokratische Prinzip der Universität gegen seine stärksten Widersacher innerhalb und außerhalb der Hochschulen zu verteidigen. Das wissenschaftliche Leistungsprinzip erfordert den Abbau von Privilegien in der Personalstruktur der Universität, wie das

- 14 -

Studienhonorar soziale Ungleichheiten beseitigen will. Unter den Studenten ist die Einsicht in solche Zusammenhänge offensichtlich grösser geworden. Die Forderung der fünf politischen Studentenverbände: Sozialistischer Deutscher Studentenbund, Liberaler Studentenbund Deutschlands, Sozialdemokratischer Hochschulbund, Humanistische Studentenunion und Bundesverband Deutsch-Israelischer Studiengruppen nach dem Studienhonorar artikulierte das Unbehagen vieler Studenten nicht nur an der Politik des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS), sondern darüber hinaus an einer blinden Kultur- und Sozialpolitik.

Karin Monte

## **Parteienkartell und Grosse Koalition**

### **Einige Feststellungen vor den Wahlen**

Zu Beginn dieses Wahljahres sah sich ein weithin als seriös geachtetes liberales Blatt veranlasst, zu warnen: "Die Parteien hätten allen Grund, Niemöllers Vorschlag als Symptom ernst zu nehmen" (Süddeutsche Zeitung, 2.1.1965). Wie erinnerlich, hatte Martin Niemöller öffentlich aufgefordert, die kommenden Bundestagswahlen durch Abgabe ungültig gemachter Stimmzettel ihres demokratischen Heiligenscheins zu berauben.

Lässt sich in der Aufforderung einerseits ein Symptom sehen für die weiter ins Kraut geschossene autoritäre Entwicklung des bundesdeutschen Staatswesens, so andererseits das Eingeständnis der Ohnmacht durch diejenigen, die sich bislang der Anpassung an diese Entwicklung entzogen haben.

Die autoritäre innenpolitische Entwicklung zeigt sich heute vor allem an sechs Symptomen:

1. der staatlichen Finanzierung der staatstragenden Parteien, die im Bundestag vertreten sind;
2. der wachsenden Einmütigkeit oder, wie Karl Hermann Flach in der Frankfurter Rundschau (9. 1. 1965) es ausdrückte, "dem Kartell der drei Bonner Parteien";
3. der verbreiteten Unduldsamkeit gegenüber öffentlicher Kritik an geplanten oder vollzogenen Entscheidungen der zentralen Parteiinstanzen;
4. dem Abschirmen von Entscheidungen der Exekutive und der Parteiführungen vor der Öffentlichkeit;
5. der im Falle eines Wahlsieges der SPD wahrscheinlichen Großen Koalition;
6. den, zum Teil verabschiedeten, Notstandsgesetzen.

- 15 -

Die staatliche Parteienfinanzierung wäre beinahe vor den Bundestagswahlen in noch größerem Ausmaß gesetzlich legitimierter Brauch geworden. Nach Angaben des SPIEGEL "teilten sich die vier Bonner Bundeshaus-Parteien (1962) schon 20 Millionen Etatgelder; 1964 erhöhte man den Fonds um 90 Prozent auf 38 Millionen Mark... Die SPD empfing damit rund 26 Prozent, die CDU 45 Prozent und die FDP sogar 63 Prozent ihrer Einnahmen aus dem Bundeshaushalt" (DER SPIEGEL, Nr.6, 3.2.1965, S.20). Nun sollte der Betrag via Gesetz um weitere 135 Prozent auf 90 Millionen Mark erhöht werden. Zwar forderte die SPD, die Parteien sollte sich mit zweckgebundenen Staatszuschüssen für Sonderaufgaben begnügen, doch mit solchen Sonderwünschen lässt sich der Trend nicht aufhalten, der insgesamt symptomatisch ist für den Prozess der Identifizierung der Parlamentsparteien mit dem in der Staatsraison kulminierenden herrschenden Interesse.

Die SPD war in den ersten zehn Jahren der Bundesrepublik die einzige größere Partei, deren innere Struktur dem Postulat des Grundgesetzes nach "demokratischen Grundsätzen" (Artikel 21) noch annähernd entsprach. Ihr Selbstverständnis als Arbeiterpartei ermöglichte der Masse der Mitglieder, das politische Bild der Partei einigermaßen mitzuprägen. Ihr neues Selbstverständnis als Volkspartei führte sie nicht nur zur völligen Identifikation mit dem bürgerlichen Staat, sondern erlaubte ihr auch, an Maßnahmen sich zu beteiligen, die ihre eigene Struktur und innerparteiliche Willensbildung den autoritären Notwendigkeiten der spätbürgerlichen Gesellschaft anglich. Die staatliche Finanzierung in dem nach wie vor zu erwartenden Ausmaß vollendet den Prozess, der politisch selbständig denkende Mitglieder überflüssig macht. Glanzvolle Parteitagsschauen einmütiger Begeisterung für den rechten Weg der Führer ließen sich noch glanzvoller gestalten, wenn man sich entschlosse, zahlende Mitglieder durch bezahlte Statisten zu ersetzen.

Das Kartell der drei Bonner Parteien zeigt bereits Züge einer Großen Koalition oder, was kaum einen Unterschied ausmachte, eines "Nationalen Allparteienkabinetts". Sie wurden in dem Maße deutlich, in dem die SPD der ihr unzeitgemäß scheinenden Oppositionsrolle durch Anpassung und Anbiederung an die politischen Positionen der Exekutive, zu entschlüpfen suchte. Sie zeigten sich immer mehr auch in der Form der SPD-Stellungnahmen, die sich den

Anschein von Regierungserklärungen geben. "Bereits im 'Vorhof der Macht' sich wählend, vollzog die SPD auf dem Karlsruher Parteitag in Wort und Tat endgültig ihren nicht mehr zurückzunehmenden Einzug in das Allerheiligste der Macht bzw. sie handelte und redete bereits so, 'als ob' sie in dieses Allerheiligste der Macht eingezogen sei" (Theo Pirker; "Die SPD nach Hitler", München 1965» S.339 f.).

Das Gesicht der Großen Koalition zeigt sich weiterhin in den meist wirkungsvollen Versuchen, Kritik, die aus dem parlamentarisch gesteckten Rahmen fällt und Auswirkungen erwarten lässt, zu verfemen und, wenn möglich, wie in den öffentlich-rechtlichen Anstalten, zu unterdrücken. Man stelle sich einen Kommentar vor, der auf dem Bildschirm des Ersten oder Zweiten

-16-

«Deutschen Fernsehens die Anerkennung der DDR als vernünftige politische Alternative zur Hallstein-Doktrin empfiehlt.

Die Opposition gegen Kritik wird heute oft mit dem Argument zu rechtfertigen versucht, die Politik unterliege mehr denn je bestimmten Sachzwängen, die die politischen Alternativen zwangsläufig einengen, wenn nicht gegenstandslos machen müssten. Die ideologische Funktion dieser These wird besonders da deutlich, wo politische Entscheidungen, um Alternativen von vornherein ad absurdum zu führen, mit angeblich sachimmanenten Erfordernissen begründet werden, wie das zum Teil auch in der Notstandsgesetzgebung geschieht. So wurde zu ihrer Begründung behauptet, da in Notsituationen nur besondere Vollmachten das Weiterfunktionieren des Staates ermöglichten, sei bei einem Fehlen gesetzlicher Notstandsregelungen die Exekutive geradezu gezwungen, sich diese Vollmachten unter Umgehung des Grundgesetzes anzueignen. Abgesehen von der handfesten Drohung, die in dieser Behauptung steckt, wird hiermit der zum Dummen gestempelt, der 'überhaupt an Alternativen festhält.' Von hier bis zu dem Vorwurf ist nur ein Schritt, der hemme den Ablauf des Geschehens, die rationelle Perfektion, der Alternativen auf zeigt, die auf eine Beteiligung der Massen an der Macht und ihrem Schutz vor der berechneten Willkür hinauslaufen.

Die Einmütigkeit in der Entrüstung über nicht-institutionalisierte, öffentlich bedeutsame Kritik am Bestehenden oder zu Erwartenden bedarf bereits kaum irgendwelcher Koalitions- oder Parteiabsprachen mehr: das Spiel wird fast schon aus dem Handgelenk beherrscht und mit der Bevölkerung zum Zwecke politischer Reifung eingeübt. Noch gab es Pannen aus Ungeschick, wo die galoppierende Staatsraison ein zu auffälliges Tempo einschlug: bei Adenauers Fernsehplan, beim ersten Anlauf zu den Notstandsplanungen, zuletzt bei der Landesverratsplanung, deren vorläufiges Scheitern unter dem Signum SPIEGEL-Affäre in die bundesdeutsche Nachkriegsgeschichte einging, und bei der außerparlamentarischen Aufdeckung eines schon ausgebildeten, hemdsärmelig betriebenen Bespitzelungs- und Abhörsystems. Doch die zunächst noch leidlich erfolgreichen Widerstandsversuche nehmen immer mehr den Charakter von Affären an, worin die Kurzfristigkeit ihrer Wirkung zum Ausdruck kommen mag.

Nun könnte einer einwenden, öffentlichen, politischem Widerstand werde zwar mit Entrüstung, notfalls mit Lügen, statt mit Gegenargumenten begegnet, doch seien wir von ihrer Einmütigkeit innerhalb des Kartells noch immer entfernt. Der SPD-Wehrexperte Wienand hat schließlich den Verteidigungsminister (nicht die Grundzüge der Militärpolitik) angegriffen, Erler hat Verhandlungen über die „Ostgrenzen vor der Wiedervereinigung“ vorgeschlagen, und Brandt hat, ohne die Bundesregierung um Erlaubnis zu bitten, dem amerikanischen Außenminister einige Gedanken zur Ostpolitik aufgezeichnet, um die dieser gebeten hatte. Gab es da nicht Gefechte?

Es gab Gefechte. Doch der ihnen folgende Katzenjammer bei der SPD offenbarte, dass man selbst die dosierte Kritik noch vermieden hätte, wenn man ihre lautstarken Folgen geahnt hätte.

Der Mechanismus der mit Macht ausgestatteten Unduldsamkeit,

- 17 -

den die SPD hier noch einmal am eigenen Leibe erfuhr, wird ja ansonsten von der SPD kräftig mit ingang gehalten. Die Reaktion auf Niemöllers Aufruf war dafür ebenso typisch wie Wehners erneute Erklärung zum diesjährigen Ostermarsch. Niemöller bewegte sich nämlich ebenso außerhalb des Rahmens wie die Kampagne für Abrüstung oder der SDS.

Die Auseinandersetzung über die Verlängerung der Verjährungsfrist von NS-Verbrechen hat einen Hinweis darauf gegeben, dass es zu abstrakt wäre, diesen Rahmen lediglich im Parlament zu sehen. Sie hat gezeigt, dass das Parlament selber und die in ihm möglichen Entscheidungen im Rahmen der inzwischen etablierten autoritären Gesamtstruktur der bundesdeutschen Gesellschaft mit den ihr eigenen politischen Trends gesehen werden müssen, die auch im Parlament nur sehr bedingt von einzelnen Personen durchbrochen werden können. Ohne den massiven Druck des Auslandes, der die Bundesrepublik an ihrem weiter aufrechterhaltenen Anspruch demokratischen Neubeginns nach dem Zusammenbruch des faschistischen Staates erinnerte, wären weder der Antrag auf generelle Aufhebung der Verjährungsfrist noch die erste Debatte des Parlaments in der erlebten Weise zustande gekommen. Der scheinheilige Kompromiss, mit dem die Fraktionsführungen ganz im zu erwartenden Stil einer Großen Koalition hinter verschlossenen Türen die Debatte beendeten, bevor sie selbst zuende geführt war, war angesichts des allgemeinen Trends folgerichtiger als die letzten Endes illusionären Ausbruchversuche einzelner Abgeordneter.

Sehen wir im Deutschen Bundestag und seinen Mitgliedern eine Art Personifizierung des allgemeinen restaurativen, autoritären und zunehmend nationalistischen (cf. Heinz Grossmann: "Stichworte von rechts", neue kritik 28) Trends, so bewegten sich die Abgeordneten Benda und Arndt in der ihnen "am Herzen liegenden" Frage ebenso außerhalb dieses Rahmens, wie es außerparlamentarische Gruppierungen, einschließlich des Deutschen Gewerkschaftsbundes, seit Jahren tun, wenn sie auf der Aufrechterhaltung demokratischer Verhältnisse beharren und sich selbst als ein Stück Demokratie begreifen. Eine Partei wie die CSU, samt ihrem jüngst mit grösser Mehrheit wiedergewählten Vorsitzenden Strauss, bildet dagegen eine Art Avantgarde innerhalb des Trend-Rahmens. Wie sehr das ihre Aussichten im bundesdeutschen Staatsgefüge begünstigt - trotz aller Beteuerungen aus FDP und SPD, sie würden sich einer erneuten Regierungsbeteiligung des Franz Josef Strauss widersetzen - , zeigt beispielsweise, das der "stern" die Hoffnung, Strauss werde sich durch eigene Artikel selber in der Öffentlichkeit disqualifizieren, inzwischen begrub. Wie Wehner auch heute nicht zögern würde, Niemöller zu verketzern, hätte Brandt von sich aus nicht aufgehört, mit Strauss im "stern" zu koexistieren. Nicht eine Zeile Brandts, in der er mit seinem Ko-Autor Strauss wenigstens die Klinge gekreuzt hätte.

In diesem Sinne führten Brandts Assistenten Bahr und Schütz bereits im Januar mit Barzel Geheimgespräche über das Zustandekommen der Großen Koalition nach den Wahlen (siehe "Frankfurter Rundschau", 23.1.1965). Sie würde den Rahmen, indem sie ihn institutionalisierte, endgültig abdichten und den

-18-

Trend am Abbiegen hindern. Vorläufig sind den Absprachen zwischen den Parteien, zwischen Regierung und formaler Opposition da noch Grenzen gesteckt, wo öffentliche Kritik noch außerparlamentarisch sich durchsetzen und die Exekutive hindern kann, willkürlich Entscheidungsbereiche als staatliche Geheimnissphäre von jeder äußeren Einflussnahme abzuschirmen. Die Große Koalition mag der SPD erlauben, ein wenig weiter in die Geheimnissphäre einzudringen, die politischen Entscheidungen würden danach vollends in diesem Bereich vorbereitet und vollzogen. Mit der Grossen Koalition wäre eine weitere wesentliche Einschränkung der Öffentlichkeitssphäre selber erreicht. "Weder die öffentliche Meinung, falls eine solche unabhängig von den mit den großen Parteien verflochtenen Interessengruppen existieren sollte, noch die unbedeutende und oft doktrinäre Opposition aus Prinzip, hat genug Spielraum, Verwaltungskennntnis und Publikationsautorität, um ein Gegengewicht gegen die Abwesenheit einer wirksamen parlamentarischen Opposition abzugeben" - schrieb Otto Kirchhei-

mer 1957 zum Beispiel eines Parteienkartells in Österreich (Otto Kirchheimer: "Politik und Verfassung", Frankfurt 1964, S.136). Für die Bundesrepublik, muss diese negative Einschätzung außerparlamentarischer Oppositionschancen auf lange Sicht nicht zutreffen, doch gibt sie, gestützt auf die Erfahrungen in Österreich, eine Warnung, die Gefahren einer Großen Koalition nicht zu unterschätzen. Sie sind in einem Lande besonders groß, das mit seinen undemokratischen Traditionen nie radikal gebrochen hat und dessen politische und gesellschaftliche Struktur bereits ohne Große Koalition starke obrigkeitsstaatliche Züge trägt. Die Wahlentscheidung selbst lässt sich nicht isolieren von der Überlegung, welche Funktion generell dem Parlament der Bundesrepublik heute zukommen kann. Sie lässt sich nicht trennen von den Bedenken gegen eine weitere Verfestigung der Parteienstruktur im allgemeinen und eine Große Koalition im besonderen. Angesichts der Fünfprozentklausel und dem Nichtvorhandensein einer sozialistischen Parteien-Alternative ist sie kaum mehr als eine Demonstration. Immerhin jedoch eine Demonstration, die die gewiss geringe Chance hat, sich über einzelne aus dem Rahmen fallende Abgeordnete in der kommenden Legislaturperiode kontinuierlich und sichtbar am Leben zu erhalten, insofern erweist es sich als nicht sinnvoll, lediglich seinen Unmut inform ungültiger Stimmzettel zu zeigen, sondern Kandidaten oder Parteilisten, je nach den örtlichen Gegebenheiten, der DFU oder SPD die Stimme zu geben, die Unmutsäußerungen im künftigen Parlament erwarten lassen. Mehr ist von den Bundestagswahlen im Jahre 16der Bundesrepublik nicht zu erhoffen.

m. 1.

-19-

#### **Vier noble Generale**

##### **Einige Gedanken zu Rossifs Film "Sterben für Madrid"**

Am 17.Juli 1936 putschte die spanische Kolonialarmee in Marokko. Die meisten Garnisonen des Mutterlandes schlossen sich an. Ebenso die Guardia Civil und Teile der Guardia de Asalto. Überall leistete die Bevölkerung, vor allem das industrielle und das ländliche Proletariat, spontanen Widerstand. Da die republikanische Regierung jedoch zögerte, es zu bewaffnen, konnte sich der Putsch ausbreiten.

Dies war die Antwort der Armee und des Großgrundbesitzes auf den Versuch der republikanischen Regierung, das Hauptproblem Spaniens, die Agrarfrage, durch eine Bodenreform zu lösen und einige andere, längst fällige Reformen durchzuführen. Die Großindustrie arbeitete mit den vier putschenden Generalen, unter ihnen Franco, zusammen. Sie befürchtete, bei einem weiteren politischen Linksruck, wie er sich im Erfolg der Volksfront bei den Wahlen abgezeichnet hatte, könne es zu Sozialisierungsmaßnahmen kommen.

Obwohl die gewählte Volksfrontregierung einen gemäßigten Kurs verfolgte, putschte die Gegenseite, denn bei der angespannten sozialen Lage mußte jeder Widerspruch zum Grundwiderspruch werden, der eine Versöhnung der feindlichen Parteien ausschloß. Eine Agrarreform mußte auch gegen die Interessen der katholischen Kirche, des größten Grundbesitzers, verstoßen, ebenso die Aufhebung des kirchlichen Bildungsmonopols. Deshalb beteiligte sich der Klerus an der Verschwörung (rühmliche Ausnahme: der baskische Klerus).

Auf republikanischer Seite nahm man den Putsch zunächst nicht besonders ernst. Man versuchte sogar zu einer Verständigung zu kommen. Die republikanische Regierung wusste sehr genau, daß nur die für ihre eigenen Interessen kämpfenden unteren Klassen dem Aufstand ernsthaft Widerstand leisten konnten. Dies aber bedeutete die soziale Revolution. Spontane Sozialisierungen („die von der Regierung rückgängig gemacht wurden,“) in der Industrie und auf dem Lande bewiesen es. Vor dieser Konsequenz scheute die Regierung zurück.

Eine weitere Bedingung für die raschen Anfangserfolge der putschenden Generale war die massive Unterstützung durch die faschistischen Staaten. Die Westmächte dagegen schauten tatenlos zu, die sowjetische Hilfe für die Republik war ungenügend. So wurde Spanien zum

Übungsfeld deutscher und italienischer Truppen und Waffen vor ihrem Großeinsatz. Die Vernichtung der Stadt Guernica war die Generalprobe der deutschen Luftwaffe.

Trotz der riesigen technischen Überlegenheit ihrer Gegner leisteten die spanischen Bauern und Arbeiter drei Jahre lang zähen Widerstand im Kampf für eine Republik, welche selbst die soziale Revolution zu verhindern suchte. Unterstützt wurden sie nur von den Freiwilligen der internationalen Brigaden, darunter auch deutschen und italienischen Emigranten. Diese Frei-

wil-

-20-

ligen vertraten die fortschrittlichen Tendenzen ihrer Länder gegen jene, die zum Teil offen mit dem Faschismus sympathisierten.

Der in den USA lebende deutsche Sozialphilosoph Herbert Marcuse schreibt im Vorwort seines Buches 'Kultur und Gesellschaft' (edition suhrkamp) : "Auf den Schlacht- und Mordfeldern des spanischen Bürgerkrieges wurde zum letzten Male um Freiheit, Solidarität und Menschlichkeit in revolutionärem Sinne gekämpft. (Zum letzten Male in Europa. Das geschichtliche Erbe dieses Kampfes ist heute, in jenen Ländern zu finden, die ihre Freiheit im kompromisslosen Kampf gegen die neukolonialen Mächte verteidigen)."

Für die spanische Republik kämpften, und engagierten sich direkt bekannte Politiker, Künstler und Intellektuelle : John Dos Passos, Ernest Hemingway, Louis Fisher, Andre Malraux, Pietro Nenni, Luigi Longo, Stephen Spender, George Orwell, Ernst Busch, Peter Blachstein, Alfred Kantorowicz, Arthur Koestler, Egon Erwin Kisch, Gustav Regler, Ludwig Renn und viele andere.

Berühmte Kunstwerke sind über diesen Kampf entstanden. Um nur einige zu nennen: Eluards Ode 'La Victoire de Guernica', Gedichte von Aragon und Pablo Neruda, Brechts Stück 'Die Gewehre der Frau Carrar', Malraux Roman 'Die Hoffnung', Hemingways 'Wem die Stunde schlägt', Orwells Bericht 'Mein Katalonien', Spenders Gedichte, Picassos 'Guernica'.

Gute Filme zu diesem Thema gibt es sehr wenige. Neben Resnais "Guernica" (nach Picasso und Eluard) und "L'Espoir" (nach Malraux) ist Frederic Rossifs "Sterben für Madrid" einer davon. Die amerikanische Verfilmung von Hemingways "Wem die Stunde schlägt" kolportierte den Roman zum bloßen Abenteuerfilm. Der politische Hintergrund und das Engagement Hemingways gingen völlig verloren.

## **26 Jahre danach**

Das heutige Spanien lebt im bundesdeutschen Bewusstsein immer noch als Reiseland. Für gewisse Politiker ist es das große Vorbild.

Wie sieht es heute in dem Lande des Mannes aus, dessen Wandlung vom Phalangegeneral zum Staatsmann der Bundestagspräsident Gerstenmaler so sehr hervorhob?

Seit 26 Jahren herrscht Frieden in Spanien, Frieden im Sinne Francos. Das bedeutet: Die Ermordung Julian Garcia Grimaus 23 Jahre nach Kriegsende trotz weltweiten Protestes; das bedeutet: heute noch Militärgerichte für politische "Verbrechen"; das bedeutet.: Misshandlung streikender Arbeiter.

Wer geglaubt hat, der Diktator, der mit Hilfe Hitlers und Mussolinis an die Macht kam, erlaube eine Demokratisierung, hat sich getäuscht. In Spanien herrscht permanente Unruhe, die von der Polizei mit brutalen Mitteln unterdrückt wird.

- 21 -

Dennoch greifen die zahlreichen Streiks, die gegen die staatlich gelenkten Syndikate geführt werden (Koalitionsfreiheit gibt es nicht), immer weiter um sich. Von den Bergbaugebieten Asturiens haben sie sich ausgedehnt auf Katalonien und ganz Spanien, Die Unzufriedenheit hat auch breite Teile der Studentenschaft ergriffen, wie die letzt- und diesjährigen Protestdemonstrationen zeigen. Über die Methoden, welche die Polizei anwendet, um der Situation Herr zu werden, schrieb das "Hamburger Echo" vom 11. Juni 1964: "Die spanische Polizei hat in ihren Foltermethoden gezeigt, dass sie von der Gestapo gelernt hat. Zwei Bergarbeiter

wurden verhaftet, und als sie nicht gleich das aussagten, was die Polizei ihnen vorgeschrieben hatte, wurden sie kastriert."

Auch bei den Streiks der vorigen Jahre kam es zu ähnlichen Misshandlungen. 100 spanische Schriftsteller und Intellektuelle richteten deshalb 1963 einen offenen Brief an den Minister für Information und Tourismus. Sie schrieben u.a.:

Am gleichen Ort und Tag (Sama de Langreo, 3. September 1963) wurde um 3 Uhr nachmittags der Bergarbeiter Zilvino Zapico kastriert... Dem Bergarbeiter Vicente Baragana... wurden die Hoden verbrannt... Everado Castra, verheiratet und Vater von drei Kindern, ist nach erlittenen Folterungen irrsinnig geworden, und wird nun in der Provinzirrenanstalt von La Cadelada gefangen gehalten. Constantina Perez Martinez aus La Jacora und Anita Brana aus Lada wurden misshandelt und ihr Haar rasiert... Eine Frau, deren Name nicht bekannt ist, wurde in den Bauch getreten, als sie, um den Misshandlungen zu entgehen, angab, sie sei schwanger. Der Kapitän äußerte beim Schlagen: 'Ein Kommunist weniger!.' (vgl. DER SPIEGEL, Nr.52/1963)

Zu diesem Staat unterhält die Bundesregierung, unterhalten die Leute, die am lautesten gegen das "Unrechtsregime" tönen, "das unsere Brüder und Schwestern unterdrückt", die freundschaftlichsten Beziehungen. Sehen sie in den spanischen Arbeitern und Studenten etwa deshalb keine "Brüder und Schwestern", weil es sich hier um Spanier und nicht um Deutsche handelt, oder - weil sie sich dem Generalissimus Franco enger verwandt fühlen als der demokratischen Opposition?

j.h.

Wenn Sie sich für den SDS, seine Publikationen oder die Veranstaltungen des Landesverbandes Hamburg interessieren, hinterlassen Sie bitte Ihre Adresse im SDS-Postfach (Nr. 23) im Hauptgebäude der Universität, Edmund-Siemers-Allee 1.

Name: ..... Anschrift:.....

## **Hans Jürgen Schulz**

### **SDS Hamburg (Herbst 1965?)**

#### **Allgemeine Literatur zum AK: Imperialismus und Kolonialismus**

- |                   |  |
|-------------------|--|
| Paul A. Baran     | The Political Economy of Growth<br>2. Aufl. New York 1962 S.134 - 300  |
| Paul M. Sweezy    | Theorie der kapitalistischen Entwicklung<br>Bund-Verlag, Köln, 1959 S.242 - 260  |
| Hamza Alavi       | Imperialism old and new<br>in The Socialist Register 1964<br>S.104 - 126<br>und Monthly Review, New York                       |
| V. I. Lenin       | Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus<br>(in Ausgewählte Werke, Bd.1, Dietz Verlag, Berlin 1953)             |
| Fritz Fischer     | Griff nach der Weltmacht<br>Düsseldorf, 1961<br>S.15 - 55  |
| Frantz Fanon      | Studies in a Dying Colonialism<br>New York 1965<br>The wretched of the Earth<br>Les Damnes de la Terre<br>Paris, Maspero, 1961 |
| Einzelbeiträge in | Monthly Review   |

333 Sixth Avenue  
NY 10014  
und International Socialist Journal

Bibliotheken: Amerika-Haus, Weltwirtschaftsarchiv, Kommerzbibliothek (Handelskammer)

### **November 1965: Tagung sozialistische Politik in Frankfurt**

**Abfahrt: Samstag, 6.11., 6 Uhr, Gewerkschaftshaus, Fahrpreis: ca.15.-  
Eventuell Übernachtung: 10.- Anmeldung: 67 43 87 (Hans-Jürgen Schulz),  
möglichst bald.**

Sozialistischer  
Deutscher  
Studentenbund  
sds  
Bundesvorstand

Sozialistischer  
Bund (eingetragener Verein)  
Sitz: Frankfurt am Main

Wir weisen hiermit auf eine - sozialwissenschaftlich - politische -  
INTERNATIONALE DISKUSSION  
hin, zu der wir u.a. führende Vertreter der westeuropäischen Arbeiterbewegung eingeladen  
haben:

DER HEUTIGE KAPITALISMUS  
DIE RÜSTUNGSWIRTSCHAFT  
DIE WESTEUROPÄISCHE ARBEITERBEWEGUNG

Am 6. November 1965 (14 Uhr) bis 7. November 1965 (13 Uhr) im großen Saal des Gewerk-  
schaftshauses Frankfurt/M., Wilh. - Leuschner-Str. 69-77, (Nähe Hauptbahnhof)  
Leitung unter dem Vorsitz von W. Abendroth, Prof. Dr. jur. und O. Flechtheim, Prof. Dr.  
phil., Dr. jur.

Referenten:

Prof. Dr. E. März, Arbeiterkammer, Wien  
"DIE POLITISCHE ÖKONOMIE DES HEUTIGEN KAPITALISMUS", Probleme des  
Wachstums und des Gleichgewichts.  
Verfasser von - u. a. "Die Marxsche Lehre im Widerstreit der Meinungen"

Dr. Th. Prager, Arbeiterkammer, Wien  
"DIE BESONDERE SOZIALÖKONOMISCHE FUNKTION DER RÜSTUNGSWIRT-  
SCHAFT"  
Verfasser von - u. a. "Wirtschaftswunder oder keines"

E. Mandel, Chefredakteur v. "La Gauche" Brüssel  
"DIE WESTEUROPÄISCHE ARBEITERBEWEGUNG - IHR ZUSTAND UND IHRE  
MÖGLICHKEITEN"  
Verfasser von - u.a. "Marxistische Untersuchung  
der Ökonomie", 2 Bände; demnächst deutsch.

Tagungsbeitrag DM 3. - =Ausnahmen möglich= oder DM 5. - in Verbindung mit der Voraus-  
zahlung für die Publikation der Referate, einschließlich eines Berichtes über die Diskussionen  
- zum ermäßigten Preis. (Zur Unterstützung unserer Bemühungen bitten wir die Freunde von

dieser Möglichkeit großzügigen Gebrauch zu machen: Commerzbank Frankfurt, Zeil 39, Kto. 78343 Soz. Bund e. V. der Postscheck-Kto. 133489 Frankfurt (H. Brakemeier). Teilnehmer, die aus finanziellen Gründen in Heimen übernachten möchten, teilen dies bitte sofort dem Bundesvorstand/Sekretariat des SDS, Frankfurt/M., Wilhelm-Hauff-Str. 5, T. 77 64 22, mit.

### **Was kann die Diskussion schon bewirken?**

#### **(Kurzfassung von Thesen zu der geplanten internationalen - sozialwissenschaftlich-politischen - Diskussion)**

1. In den Gewerkschaften der Bundesrepublik Deutschland gibt es alte und überraschend viele junge Kräfte, die - gemäß dem Grundsatzprogramm des DGB - den Kampf für die freiheitliche und sozialstaatliche Demokratisierung der Bundesrepublik und der westeuropäischen Vereinigungen noch nicht aufgegeben haben. Sie treten weiterhin - trotz der zunehmenden Anpassung aller bestehenden parlamentarischen Parteien aneinander und an die herrschenden Verhältnisse - für eine neue gesellschaftliche Ordnung "jenseits des Kapitalismus" ein. An den gegenwärtigen und zukünftigen politischen Reifungsprozeß dieser Kräfte soll die geplante Diskussion vor allem anknüpfen. Sie kann dabei diesen Prozeß mit der Antikriegsbewegung und der antiautoritären Strömung in der Bundesrepublik in Beziehung bringen. Sie kann dazu beitragen, die heute noch weitgehend unausgesprochenen inneren Tendenzen in diesen gesellschaftlichen Prozessen eine Stufe höher, zum vollen Bewußtsein ihrer Ziele hin zu führen.

2. Obwohl die politische Aktivität dieser Kräfte in den Gewerkschaften nicht so sehr ihrem heutigen Willen und Bewußtsein sondern vielmehr konfliktgeladenen sozialökonomischen Prozessen entspringen wird, die über das heutige Bewußtsein hinweggehen - z. B. reaktionärer politischer Druck auf die Gewerkschaften infolge inflationärer ökonomischer Tendenzen -, obwohl deshalb auch noch einige Jahre der Passivität von der sozialen Linken ins Auge gefaßt werden müssen, sind doch die progressiven Tendenzen im DGB heute noch immer der hoffnungsvollste Ansatz für die Wiederbelebung eines sozial- bzw. kulturkritischen Bewußtseins mit einer wirksamen Massenbasis.

Der Stand der Entwicklung dieser Tendenzen begrenzt deshalb einerseits auch die Ziele einer neuen linken Aufklärungs-Bewegung. Andererseits gestattet die relative Unabhängigkeit den Veranstaltern der Diskussion, dem Zentrum der progressiven Tendenzen in der Bundesrepublik immer um einen kleinen Schritt voraus zu sein.

3. Gelingt es, die interessierten linksliberalen, pazifistischen, sozialdemokratischen und entschieden sozialistischen Kreise in einem gewissen Umfange für die Veranstaltung zu interessieren, gelingt es vor allem, bei aktiven Gewerkschaftlern ein aktives Interesse an der Diskussion und deren Ergebnissen hervorzurufen, dann kann dieses internationale Treffen bewirken, daß

a) der Mitglieder- und Freundeskreis des SDS und des SB in seinem inneren Zusammenhalt gefestigt wird. Das ist für die Förderung eines sozialkritischen Denkens in der Bundesrepublik gegenwärtig wichtig. Die Angehörigen dieses Kreises sehen sonst nur die Alternative, in das Privatleben zurückzugehen.

b) ein Ansatz zu einer Koordination der sozialen und politischen Linken in der Bundesrepublik auf einer neuen, gemeinsamen geistigen Grundlage geschaffen wird. Gleichzeitig kann damit die Übereinstimmung und Verbindung mit den größeren befreundeten Kräften der Linken in Westeuropa bewußt gemacht werden.

c) die Diskussion und das Zusammentreffen von Vertretern der westeuropäischen Linken die geistige Lebendigkeit in den Gewerkschaften fördert und ermutigt. Die Teilnehmer werden sich deshalb bemühen, die Diskussion einerseits auf der Höhe der gegenwärtigen sozialwissenschaftlichen Diskussion zu führen, andererseits aber die wesentlichen sozial- bzw. kulturkritischen, politischen Einsichten in dieser Diskussion den fortschrittlichen Tendenzen des DGB, der Antikriegsbewegung und den antiautoritären Strömungen verständlich zu machen.

[Dieses Flugblatt warb in Hamburg zur Teilnahme an der Diskussion am 6./7.11.1965. Das Protokoll der Tagung erschien 1966 als Band 1 der Reihe „Probleme sozialistischer Politik“ des Verlages neue kritik des SDS.]

## **SDS - Landesverband Hamburg**

**30.11.65**

Liebe Genossen,

auf der Mitgliederversammlung des Landesverbandes am 15.11.65 wurden folgende Beschlüsse gefasst;

1. Mitglieder, die bis zum 15.2.66 ihren Mitgliedsbeitrag für das Wintersem. 1965/66 oder den Solidaritätsbeitrag nicht bezahlt haben, verlieren bis zur nachträglichen Zahlung das Stimmrecht auf der Landesversammlung.
2. Die Beiträge für das jeweilige Semester sollen bis zum 15. Februar bzw. 15. Juli bezahlt werden.
3. Wer den Zahlungstermin versäumt hat, verliert bis zur nachträglichen Beitragszahlung das Stimmrecht auf der Bundesversammlung.
4. Als Nachweis für den bezahlten Beitrag gilt: Unterschrift des Kassierers mit Angabe von Betrag und Datum oder der Zahlungsabschnitt der Überweisung.

Hinweise;

1. Auf der Bundesdelegiertenkonferenz wurde beschlossen, dass jedes Mitglied einen Solidaritätsbeitrag von DM 5.- bezahlen soll, der an den Bundesvorstand abgeführt wird, um eine Vietnam-Ausstellung zu finanzieren.
2. Kassierer der Uni-Gruppe ist Hannes Seifert, 208 Pinneberg, R.-Köhn-Str.11, Tel.: 8621. Mitgliedsbeiträge können entweder direkt und bar an die Gruppenkassierer bezahlt werden, oder auf das Postscheckkonto Hamburg Nr. 244490 oder das Bankkonto bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Hamburg Nr. 36668 überwiesen werden,
3. Finanzreferent des Landesverbandes ist Heide-Marie Heitmann, Hamburg 63, Ballerstaedt-weg 2a, Tel. 591513. Die Solidaritätsbeiträge können entweder direkt an sie bezahlt werden, oder auf die angegebenen Konten des Landesverbandes überwiesen werden.

Die nächste Zusammenkunft des Arbeitskreises „Imperialismus und Neokolonialismus“ ist am 8. 12. 65, 20 Uhr, PI, Raum 05. Harald Vieth hält ein Referat mit dem Thema: „Kuba - Land einer erfolgreichen Revolution“.

Am Freitag, den 10.12., 20 Uhr, Wiso-Hörsaal hält Rechtsanwalt Dr. Heinrich Hannover einen Vortrag mit dem Thema: „Politische Strafjustiz - KPD-Verbot“.

Mit sozialistischem Gruß

Der Vorstand

Arbeitskreis „Imperialismus und Neokolonialismus“

WS 65/66, 14-tägig, mittwochs, 20 Uhr, Raum: 05, PI.

- |          |  |
|----------|--|
| 10.11.65 | Die farbige Welt erwacht - Geschichte der Kolonialrevolution.<br>Deert Hinrichs.             |
| 24.11.65 | Imperialismus und Neokolonialismus - die moderne Imperialismustheorie.<br>Hans-Jürgen Schulz |
| 8.12.65  | Kuba - Land einer erfolgreichen Revolution.<br>Harald Vieth.                                 |
| 12.1.66  | Angola, Mozambique, Guinea - koloniale Befreiungskriege.<br>Hubert Sumser.                   |

- 26.1.66 Der schmutzige Krieg in Vietnam - Beispiel eines imperialistischen Krieges.  
Jürgen Harrer.
- 9.2.66 Generale, Cabaleros, Campesinos - Brasilien, Neokolonialismus in einem halb-  
entwickelten Land.  
Peter Thaesler.
- 25.2.66 Indien - ein Subkontinent ohne Entwicklung.  
Alfred Dreckmann.

[Es folgt das im vorigen Text wiedergegebene Literaturverzeichnis.]

**SDS-Landesverband Hamburg  
Uni, Postfach 23**

**9.12.65**

Liebe Genossen,

am Montag, den 13.12.65 wird die Institution des Jour fixe einer zweiten Probe unterworfen, nachdem die erste am 22.11. eindeutig negativ ausfiel. Nach einer kurzen Einführung: "Marcuse und der Marxismus" von M. Koebel, soll diskutiert werden. Ort: Raum der Arbeitsvermittlung, Mensagebäude, Eingang C; Zeit: 2o Uhr.

Wer keine Mitgliedskarte hat, oder wessen Mitgliedskarte vollgeklebt ist, möchte sich bitte an Heike Möller, Vorsitzende, 2 Hamb.-Niendorf, Sperlingsweg 31, Tel.: 551 2o 78 wenden.

Andere Vorstandsmitglieder sind:

Friedrich Grän, 2. Vorsitzender, 2 Hamb. 33, Schwalbenplatz 16, 61 43 48.

Horst-Dieter C. Ebert, Schriftführer, 2 Hamb. 2o, Husumer Str. 1o, 46 12 79.

Michael Koebel, Organisation, 2 Hamb. 73, Rahlstedter Str. 11o.

Finanziers im vorigen Brief.

Mit sozialistischem Gruß

Der Vorstand

Sozialistischer Deutscher Studentenbund  
Landesverband Hamburg  
2 Hamburg 13  
Universität – Postfach 23

**Liebe Genossinnen, liebe Genossen!**

**Liebe Freunde!**

**Hiermit laden wir Euch zur außerordentlichen Mitgliederversammlung des Landesverbandes am Donnerstag, den 8. Dezember 1966 um 19 Uhr herzlich ein, Tagungsort ist das Pädagogische Institut der Universität Hamburg, 2 Hamburg 13, Von-Melle-Park; Raum 106 - 1. Stock.**

Für die Tagesordnung schlagen wir vor:

1. Bericht des Vorstandes
2. Diskussion über das Schulungsprogramm des SDS (liegt in den meisten Briefen bei)
3. Abstimmung über die Vorschläge des Landesvorstandes zum Schulungsprogramm
4. Diskussion über den Faschismusarbeitskreis
3. Neuaufnahmen

6. Neuwahl eines Organisationsreferenten (der bisherige Referent Hanns-Martin Zywiets ist zurückgetreten).

Angesichts des Wahlsieges der NPD in Hessen und Bayern ist es die gezielte Politik des SDS, ähnliche Entwicklungen in Hamburg zu verhindern. In gemeinsamer Aktion mit allen Studenten- und Jugendorganisationen, der Gewerkschaftsjugend und dem DGB werden wir auf jeden Versuch der NPD, Wählerstimmen zu gewinnen mit politischem Kampf reagieren. Vermutlich wird die NPD in der nächsten Zeit Versammlungen abhalten, wir bitten Euch, auf eventuelle Flugblattaktionen oder Plakate des Anti-NPD-Komitees zu achten und uns ggf. sofort tatkräftig bei Aktionen zu unterstützen!

(Achtung: Letzte Meldung siehe Rückseite PS!!!!!!)

Am 15. Dezember 1966 hält unsere Genossin Inge Jahnke einen Vortrag über ihre Erlebnisse beim Besuch der Volksrepublik China (mit Lichtbildern) im Pädagogischen Institut. Raum 106 im 1. Stock.

Daneben weisen wir nochmals auf folgende Veranstaltungen des SDS hin:

- Am Donnerstag, den 1. Dez. 1966 um 20 Uhr spricht Ernst Fischer, Wien, im Hörsaal des Rechtshauses zum Thema: „Entfremdung in Ost und Wort. Problematik der Demokratie der modernen Industriegesellschaft“.

- Am Montag, den 12. Dez. 1966 um 20 Uhr spricht Prof. Leo Kofler, Köln, im WiSo-Hörsaal zum Thema: "Die Dialektik des manipulierten und des integrierten Gewissens".

Die Finanzlage des Landesverbandes ist miserabel, wir ersuchen Euch dringendst, sofort beiliegende Zählkarte auszufüllen und die Beiträge für das Sommersemester und das Wintersemester einzuzahlen !!! Postscheckkonto Hamburg Nr. 24 44 90

Bank für Gemeinwirtschaft, Niederlassung Hamburg, Domstr. 18,  
Konto Nr. 36 66 8

Der Beitrag ist nach wie vor DM 6,-- pro Semester; davon müssen wir DM 4,-- an den Bundesvorstand abführen!!

Bitte nicht vergessen, mittels beiliegender Zahlkarte DM 1,-- pro Exemplar der SDS-Korrespondenz einzuzahlen!! (soweit sie beiliegt !)

Wir verfügen noch über eine Anzahl von SDS-Korrespondenzen über

1. Die 21. ordentliche Delegiertenkonferenz des SDS (SDS-Korrespondenz Nr. 3)

2. Rudolf Dutschke: "Ausgewählte und Kommentierte Bibliographie des revolutionären Sozialismus von Karl Marx bis in die Gegenwart".

Wir bitten Euch dringend, uns diese Exemplare bei der nächsten Mitgliederversammlung für DM 1,- pro Stück abzunehmen!!!

Nach wie vor finden alle 14 Tage Samstags Vorstandssitzungen mit Diskussion aktueller Ereignisse statt. Die Mitglieder sollen sich an diesen Veranstaltungen beteiligen!! Die nächste Diskussion ist am Samstag, den 3. Dezember um 15 Uhr in der Gaststätte "Hirschquelle", Hamburg 13, Durchschnitt (bei der Grindelallee).

"Ein bißchen Rote Garde könnte in der Bundesrepublik nicht schaden", Wolfgang Neuss.

In diesem Sinne grüßt herzlich

Der Vorstand

**WICHTIG !!!**

PS: Heute beschlossen die Hamburger Jugend- u. Studentenverbände, am Dienstag, den 29. 11. um 18 Uhr eine Demonstration und Kundgebung auf der Moorweide durchzuführen.

Treffpunkt 18 Uhr Moorweide, Kundgebung gegen 18 Uhr 30 auch auf der Moorweide. Es sprechen Senator Ruhnau und Axel Eggebrecht. Hinterher soll an der NPD-Großveranstaltung

**WICHTIG !!!**

im Winterhuder Fährhaus (Einlass ab 19 Uhr) teilgenommen werden. Bitte unterstützt uns und verteilt mit Flugblätter - können ab Freitag beim ASTA der Universität abgeholt werden.  
(Adalbert Kuhlwein)  
23. November 1966

2 Hamburg 13, Edmund-Siemers-Allee 1; Universität - Postfach 23

### **3. MITGLIEDERBRIEF**

**Liebe Genossinnen, liebe Genossen:**

**Liebe Freunde!**

**Leider konnte die gesamte Planung des SDS für die zweite Hälfte des Wintersemesters noch nicht vollständig zusammengestellt werden, wir bitten Euch also, auf die jeweils aufgestellten Plakate zu achten.**

Folgende Veranstaltungen des SDS stehen bis jetzt fest:

1. Grundarbeitskreis Marxismus

Ab Donnerstag, den 12. Januar 1967 jeden Donnerstag um 20 Uhr im Pädagogischen Institut der Universität, Raum 106. Thema des ersten Abends: Utopischer und wissenschaftlicher Sozialismus; Referent: Siegfried Reuss.

2. Freitag, den 13. Januar 1967 Beginn eines Dialogs zwischen Mitgliedern der Katholischen Studentengemeinde (KSG) und Mitgliedern des SDS. Der Dialog wurde von der KSG gewünscht. Grundlage des Gesprächs bildet der Aufsatz von Garaudy "Notwendigkeit und Möglichkeit des Dialogs", aus dem Taschenbuch rororo-aktuell Nr. 944 "Der Dialog" (Garaudy / Metz / Rahner). Beginn 20 Uhr in den Räumen der KSG, Rentzelstraße 17.

3. Mittwoch, den 18. Januar 1967, Raum siehe Plakate;  
Werner Vitt: "Gewerkschaften und Notstand"

4. Donnerstag, d. 5. Januar 1967 hält Inge J a h n k e einen Vortrag über die VR-China, Pädagogisches Institut, Raum 106, 20 Uhr.

5. Die nächste Sitzung des Landesvorstandes findet am Montag, den 9. Januar 1967 um 20 Uhr in der Gaststätte Hirschquelle, Durchschnitt (bei der Grindelallee) statt.

6. Der allgemeine Diskussionsnachmittag ist ab Samstag, d. 21. Jan. 67 wieder alle 14 Tage in der Gaststätte "Hirschquelle"; Beginn 13 Uhr.

Ferner plant der SDS auf Bundesebene Mitte Januar eine großangelegte Vietnamaktion, bei der wir die Beteiligung aller Mitglieder brauchen. Gedacht ist an Filmveranstaltungen, Sammlungsaktionen, einen Informationsstand etc.

Wir erinnern nochmals säumige Genossen daran, die Beiträge für das Wintersemester sofort auf eines der beiden Konten einzuzahlen: Postscheckkonto Hamburg Nr. 24 44 90

Bank für Gemeinwirtschaft., Hamburg, Domstr., 18, Kto. Nr. 36 66 8

In der Hoffnung auf bessere Zusammenarbeit im neuen Jahr grüßt Euch der Vorstand

**20. Dez. 1966**

Sozialistischer Deutscher Studentenbund - Landesverband Hamburg

2 Hamburg 13, Edmund-Siemers-Allee 1;

Universität-Postfach 23

### **4. Mitgliederbrief**

**Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde!**

I. Inzwischen nehmen unsere Vietnamveranstaltungen festere Formen an, wir bitten Euch also, folgende Termine zu notieren:

1. Dienstag, 24. Jan. 67, 20 Uhr Hörsaal C des Hauptgebäudes.

Peter Gäng (2. Bundesvorsitzender des SDS): „Befreiungskampf und US-Imperialismus“.

2. Montag, 30. Jan. 67, 20 Uhr Hörsaal A des Hauptgebäudes, Vietnamfilme (die Titel werden noch auf Plakaten bekanntgegeben)

Eintritt DM 1,50 zugunsten des Roten Kreuzes der F N L.

3. Donnerstag, d. 9. Febr. 67, 19 Uhr 30 in Logenhaus, Hamburg 6, Moorkamp 5 spricht Alma Kettig (Witten) über Vietnam. Ab 18 Uhr Besichtigung der Foto-Dokumentarerausstellung. Am Schluß der Veranstaltung findet eine Verlosung zugunsten der Aktion „Helft ihnen“ statt. Lose, die gleichzeitig zum Eintritt berechtigten sind zum Preis von DM 1,- beim SDS-Landesvorstand erhältlich. (Veranstalter: Westdeutsche-Frauen-Friedensbewegung).

4. Ab Montag, d. 13. Febr. 67 findet eine Straßensammlung zugunsten des Roten Kreuzes der FNL statt. Bitte füllt beiliegenden Abschnitt aus und sendet ihn an den SDS-Landesverband!

5. Freitag, d. 17. Febr. 67: Vietnamdemonstration. Ort und Zeit siehe bitte Plakate!

II ACHTUNG: Bis 30. Januar können sich noch Kandidaten für die Wahlen ins Studentenparlament melden. Meldungen Mo - Fr. 13-14 Uhr beim Präsidium des Studentenparlaments im Studentenhaus ASTA-Gang, Zi. 7.

Es stehen wichtige Entscheidungen bevor, betreffs Zwischenprüfungen, Zwangsexmatrikulation, Neuordnung des Studienplans, Numerus clausus etc. Wir bitten alle Genossen, sich an der Kandidatur zu beteiligen!

III. Der Grundarbeitskreis Marxismus findet jeden Donnerstag um 20 Uhr im Pädagogischen Institut, Raum 106 statt, Thema des Abends am 19. 1. ist der Aufsatz von Friedrich Engels: „Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ (u. a. im: Marx-Engels I, Fischer Bücherei, Band 764) Eine Einführung gibt Siegfried Reuss. Am 26. 1. fällt der Arbeitskreis wegen der Podiumsdiskussion im Audimax aus!

IV. Der Dialog zwischen Mitgliedern der KSG und des SDS wird am Mittwoch, d. 25. Jan. 1967 um 20 Uhr fortgesetzt. Tagungsort: KSG, Rentzelstraße 17, 2. Stock. Wir bitten um rege Beteiligung. Interessenten bitte beiliegenden Abschnitt ausgefüllt an den SDS-Landesverband einsenden!

Bitte wenden!!!

- 2 -

V. Heute, d. 18. Jan. 1967, 20 Uhr im WiSo-Hörsaal:

Werner Vitt (IG Chemie): „Gewerkschaften und Notstandsgesetzgebung“ .

VI. Der allgemeine Diskussionsnachmittag ist ab Samstag, d. 21. Jan. 67 wieder alle 14 Tage in der Gaststätte Hirschquelle, Durchschnitt (Nähe Grindelallee), Beginn 15 Uhr.

VII. Leider haben noch immer 32 Genossen ihren Beitrag für das WS 66/67 nicht bezahlt, wir können an diese Genossen bis zur Beitragszahlung keine neue Kritik versenden!

Unser Verband ist nur arbeitsfähig, wenn die Mitglieder wenigstens jedes Semester pünktlich die DM 6,- Beitrag zahlen!!

Deshalb bitten wir nochmals dringend, die Beiträge sofort auf die Konten einzuzahlen:

Postscheckkonto Hamburg 24 44 90

Bank für Gemeinwirtschaft, Hamburg, Domstr. 18, Konto Nr.

36 66 8

Bitte beteiligt Buch an den Vietnamveranstaltungen!

Mit sozialistischen Grüßen

(verantwortl.: Adalbert Kuhlwein) DER VORSTAND

[Abgetrennt: 2 Abschnitte zur Vietnam-Straßensammlung und zum Dialog KSG-SDS.]

2 Flugblätter: Vietnam-Demo am 17. Febr. in Hamburg vom Hamburger Bündnis, allgemein BuVo SDS Reimut Reiche.

[S. 1]

## **VIETNAM!**

### **Demonstrieren Sie mit uns!**

Westliche Journalisten (besonders Salisbury, New York Times) haben durch persönliche Erfahrungen in Nord-Vietnam festgestellt, daß die Darstellung der US-Regierung über den Vietnam-Krieg nicht der Wahrheit entspricht.

Die USA setzen die mächtigste Zerstörungsmaschinerie aller Zeiten gegen das ganze vietnamesische Volk ein:

Nicht allein militärische Ziele, sondern auch Wohngebiete, Schulen, Hospitäler werden bombardiert, Reisfelder durch Chemikalien auf Jahrzehnte vergiftet; Dämme zerstört, um die Reisernten zu vernichten. Mit Folterungen, Zwangsverschleppungen, Konzentrationslagern und free-kill-Zonen versuchen die USA, den Widerstand des vietnamesischen Volkes zu brechen. Mit Phosphor, Napalm und Giftgasen verwirklicht man die Taktik der verbrannten Erde. Gerade wir Hamburger kennen die verheerenden Wirkungen dieser Taktik und sollten schon allein aus humanitären Gründen dagegen protestieren. Das vietnamesische Volk lebt seit 25 Jahren im Krieg!

Die Bundesregierung unterstützt diesen Krieg der US-Regierung als einziges westeuropäisches Land, indem sie die Lügen der US-Regierung übernimmt und weiterverbreitet und darüber hinaus Milliardenbeträge an die USA zahlt (1,8 Milliarden am 29. 12. 1966). Das geschieht, obwohl die Mehrheit unserer Bevölkerung diesen Krieg verurteilt (siehe Gallup-Umfrage).

Als mündige Staatsbürger sind wir in dieser Situation gezwungen, unsere Meinung gegen die der Bundesregierung zu stellen und diese auch aktiv zu vertreten. Uns bleibt nur der Weg außerparlamentarischer Opposition — der öffentliche Protest.

Auch Papst Paul VI., U Thant, General de Gaulle, Martin Niemöller und viele andere namhafte Persönlichkeiten verabscheuen diesen Krieg und verlangen seine Beendigung.

[S. 2]

Zusammen mit der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung und anderen amerikanischen oppositionellen Kräften fordern wir:

1. Beendigung der Bombardierung Nord-Vietnams
2. Den Abzug aller ausländischen Truppen aus Vietnam
3. Die Anerkennung der südvietnamesischen Befreiungsfront (FNL) als einen rechtmäßigen Vertreter der Interessen des vietnamesischen Volkes bei Friedensverhandlungen
4. Selbstbestimmung und freie Wahlen für das vietnamesische Volk gemäß dem Genfer Indochina-Abkommen von 1954

### **Demonstrieren Sie mit uns!**

**Am Freitag, dem 17. Februar um 19 Uhr, Beneckestr./Fröbelstr.**

**(Nähe Universität)**

**Anschließend**

**Kundgebung im Von-Melle-Park**

**Es sprechen: Dr. Fritz J. Raddatz**

**Gerhard Weber (CVJM)**

**Pastor Paul Schulz**

**Ein Vertreter des SDS**

-----  
Freigeistige Jugend

Gewerkschaftliche Studentengruppe (GSG)

[S. 1]

**1. Der Vietnamkrieg ist ein nationaler und sozialer Befreiungskampf der südvietnamesischen Bevölkerung und zugleich ein Akt politischer Notwehr.**

Alle unvoreingenommenen wissenschaftlichen Untersuchungen über die politischen und sozialen Verhältnisse in Südvietnam stimmen darin überein, daß die Regierungen in Saigon nichts dafür getan haben, die elementaren Lebensbedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. In Südvietnam lebte stets und lebt auch heute noch eine winzige parasitäre Minderheit auf Kosten der übergroßen Mehrheit. Durch Korruption und Diebstahl eignet sich eine aus Großgrundbesitzern, Beamten, Offizieren, Großkaufleuten etc. bestehende Oberschicht die Ergebnisse der Arbeit der großen Masse des Volkes an.

Bereits im Kampf gegen die französische Kolonialherrschaft hatten die Vietminh — insbesondere durch eine Agrarreform — den Weg aus diesen unhaltbaren gesellschaftlichen Verhältnissen gewiesen. Aber der Abzug ihrer Truppen aus dem Süden des Landes und die Etablierung des Diem-Regimes in Saigon als Folge des Genfer Indochinaabkommens von 1954 brachte den südvietnamesischen Bauern die Rückkehr der in die Städte geflüchteten Großgrundbesitzer und die Wiederherstellung der alten feudalen Sozialstruktur auf dem Dorfe. Eine solche Politik konnte mit demokratischen Mitteln nicht durchgesetzt werden. Um ihre Privilegien zu erhalten, mußten die herrschenden Oberschichten die im Genfer Abkommen vorgesehenen Wahlen mit Gewalt verhindern. So wurde ein aus Armee und Polizei bestehender Terrorapparat aufgebaut, mit dem die gesamte innenpolitische Opposition ausgeschaltet werden sollte. Dieser blieb schließlich — als ihr die physische Vernichtung drohte — keine andere Wahl, als sich mit Gewalt zu wehren.

Der bewaffnete Widerstandskampf gegen das halbfaschistische Regime in Saigon ist erwie-  
nermaßen nicht in Hanoi ausgelöst worden; seine Wurzeln liegen in der unerträglichen Aus-  
beutung und Schreckensherrschaft, die das Diem-Regime ebenso wie alle späteren Saigoner  
Regierungen für die Bevölkerung bedeuten.

Die vietnamesischen Oberschichten wären aber niemals zur Versklavung der großen Masse  
der Bevölkerung imstande gewesen, hätten sie nicht von Anfang an die massive Unterstüt-  
zung der USA gefunden.

2. Der Vietnamkonflikt ist keine zufällige Einzelerscheinung, sondern ein Modellfall für ähn-  
liche — bereits sich entfaltende — Konflikte in den anderen halbkolonialen Agrarländern  
Asiens, Afrikas und Lateinamerikas,

Allen diesen Ländern ist ökonomische Stagnation und lebensbedrohende Armut gemeinsam,  
wofür vor allem die bestehenden Herrschaftsverhältnisse verantwortlich sind. Überall blockie-  
ren die gemeinsamen Interessen schwacher einheimischer Oberschichten und deren ausländi-  
scher Verbündeter den sozialen Fortschritt. Diese „unheiligen Allianzen“ eignen sich die ge-  
sellschaftlichen Reichtümer der Länder der „Dritten Welt“ an und verhindern die rationale  
Nutzung der vorhandenen Produktivkräfte. Diese Gegensätze zwischen den Völkern der  
„Dritten Welt“ einerseits und den einheimischen und ausländischen Oberschichten ander-  
seits verschärfen sich immer mehr. Der Anteil der „Dritten Welt“ an der Weltbevölkerung  
nimmt ständig zu — ihr Anteil am Welteinkommen verringert sich. Die diesen Ländern ge-  
währte „Entwicklungshilfe“ schafft keine Vorausset-

[S. 2]

zungen für ein schnelles wirtschaftliches Wachstum aus eigener Kraft. Die laufende Ver-  
schlechterung der Preise ihrer Rohstoffausfuhren, die gleichzeitige Verteuerung ihrer Fertig-  
wareneinfuhren, die diskriminierenden Zollpraktiken der westlichen Industrieländer, die lau-

fenden Kapitalabflüsse durch neokoloniale Extraprofite einerseits und die Flucht einheimischer Gelder ins Ausland andererseits führen zu wirtschaftlicher Stagnation und ständig wachsender Verschuldung jener Länder.

Die ökonomische Ausbeutung, die soziale Unterprivilegierung und die daraus resultierende politische und rechtliche Unterdrückung der Volksmassen der „Dritten Welt“ macht deren Emanzipation zur zwingenden Notwendigkeit.

Diese bedeutet aber für die herrschenden Klassen der kapitalistischen Industrieländer den Verlust umfangreicher ökonomischer und politischer Privilegien.

Von allen Beteiligten wird der Vietnamkonflikt als ein Modellfall kolonialer Revolution und Konterrevolution begriffen; in ihm wird bewußt das technische und taktische Instrumentarium gewonnen und vermittelt, das die erfolgreiche Bekämpfung sozialer Revolutionen nicht nur „hier und jetzt“, sondern „immer und überall“ ermöglichen soll.

Der Abzug der amerikanischen Truppen und die demokratische Regierungsübernahme in Vietnam durch die nationale Befreiungsfront wäre für andere Emanzipationsbewegungen ein neuerlicher Beweis für die Möglichkeit ihrer Befreiung und ein mächtiger Antrieb in ihrem Kampf. Diese exemplarische Bedeutung des Vietnamkonflikts haben die Machteliten der USA klar erkannt — sie ist der Hauptgrund für die Hartnäckigkeit, mit der die USA an ihrer Position festhalten.

3. Die Interventionspolitik der USA bedroht nicht nur die Existenz des vietnamesischen Volkes, sie widerspricht auch den elementaren Lebensinteressen der großen Mehrheit der Bevölkerung in den USA und den ihr verbündeten Ländern.

Schon heute fordert der Vietnam-Krieg auch vom amerikanischen Volk immer mehr Menschenleben, immer höhere Rüstungsanstrengungen und die verstärkte Militarisierung des öffentlichen Lebens. Maßnahmen für notwendige innere Strukturreformen wurden bereits zurückgestellt. Amerikanische Waffen stützen nicht nur in Südvietnam volksfeindliche Regime. (Wie die Landung von US-Truppen in der Dominikanischen Republik erneut zeigte, ist die Intervention in Vietnam keineswegs ein Einzelfall der Unterdrückung demokratischer Bewegungen.) Besonders in Lateinamerika mehren sich aber die Ansätze zu Volksbewegungen gegen die lebensbedrohende Ausbeutung durch die Allianz der großen US-Industriekonzerne mit den einheimischen Großgrundbesitzern und den von der Regierung der USA ausgehaltenen Militärs.

Ein Teil der Bevölkerung der USA hat inzwischen erkannt, daß die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts für andere Völker die eigene Demokratie gefährdet und mit gesellschaftlichem Fortschritt im eigenen Lande unvereinbar ist; daß das Selbstbestimmungsrecht für die armen Völker der „Dritten Welt“ auch dann anerkannt werden muß, wenn diese die zur Überwindung ihres Elends notwendigen sozialistischen Formen der Produktion entwickeln. Die Völker der reichen Industriegesellschaften des Westens sind nicht angewiesen auf wirtschaftliche Ausbeutung, politische oder militärische Beherrschung armer Völker. Allein für eine schmale Oberschicht von Industriellen, Financiers, Militärs und deren politische Interessenvertreter sterben US-Soldaten in Vietnam.

[S. 3]

4. Der Vietnamkonflikt hat die Tendenz, sich zu einem großen, allgemeinen Krieg auszuweiten.

Die Kampfhandlungen wurden bereits auf Laos, Kambodscha und Nordvietnam ausgedehnt. Ein Teil der Führung der USA fordert offen den Präventivkrieg gegen China. Der Versuch, die anwachsenden Emanzipationsbewegungen in der „Dritten Welt“ gewaltsam niederzuhalten, muß zu einer Verschärfung der weltpolitischen Spannungen führen. Eine solche globale Auseinandersetzung ist langfristig kaum lokalisierbar.

Mit der wirtschaftlichen und militärischen Anspannung der USA in Vietnam und an anderen Krisenherden wächst der Druck der US-Regierung auf ihre Verbündeten, sich an den Lasten

dieser Politik und ihren kriegerischen Folgen zu beteiligen. Weitere Mächte werden in diese Konflikte hineingezogen werden.

Das betrifft vor allem die mit den USA ökonomisch, militärisch und politisch eng verflochtene Bundesrepublik.

Durch ihre Wirtschaftshilfe an die Regierung des General Ky ist sie bereits — neben den USA — zur Hauptstütze eines Regimes geworden, das sich auf Adolf Hitler als Vorbild beruft. Ein derartiges Verhalten erhöht die Gefahr des Wiederbeginns des Kalten Kriegeuropa. Dies aber bedeutet die Verschärfung der mit den Notstandsgesetzen ohnehin schon offen geplanten Entdemokratisierung und Militarisierung der Bundesrepublik, die Verschärfung des Angriffes auf den sozialen Besitzstand der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Daher erklären wir uns mit den Forderungen der Nationalen Befreiungsfront Südvietsams und der amerikanischen Opposition solidarisch, die die Beendigung des Vietnam-Krieges durch den sofortigen Abzug der Truppen der USA fordern;

fordern wir die Einstellung jeder Hilfe der Bundesrepublik an das Saigoner Regime; wenden wir uns gegen jede Erhöhung der Rüstungsausgaben;

kämpfen wir für die in der Verfassung der Bundesrepublik festgelegten Prinzipien der politischen Demokratie, die die demokratische Bestimmung auch der Außenpolitik der Bundesrepublik ausdrücklich vorsieht und die daher den Ansatzpunkt bietet, mit demokratischen Mitteln einen entschiedenen Kampf gegen jede Beteiligung der Bundesrepublik an Angriffskriegen zu führen.

Verantwortlich: Reimut Reiche, 6 Frankfurt/Main, Wilhelm-Hauff-Straße5, Telefon 77 64 22 [S. 4]

In Südvietsam \_\_\_\_\_

kämpfen

375000 Soldaten der Vereinigten Staaten von Amerika

320000 Soldaten der Regierung in Saigon unter Nguyen Cao Ky

380000 Mann paramilitärische Einheiten

45000 Soldaten aus Südkorea

4500 Soldaten aus Australien

2000 Soldaten aus den Philippinen

1126500 gegen

112000 Soldaten der Nationalen Befreiungsfront Südvietsams (Vietcong) 113000 Partisanen der Nationalen Befreiungsfront Südvietsams 45000 Soldaten der nordvietnamesischen Volksarmee

270000

Helft einem Volk, das sich seit mehr als zwanzig Jahren auflehnt gegen Ausbeutung und Unterdrückung!

Helft einem Volk in seinem Kampf um politische und soziale Freiheit!

Helft der Nationalen Befreiungsfront Südvietsams!

Sozialistischer Deutscher Studentenbund 6 Frankfurt am Main, Wilhelm-Hauff-Straße 5 Post-scheckkonto Frankfurt am Main 31607

Spenden, die unter dem Kennwort „Vietnam“ eingehen, werden an das Rote Kreuz der Nationalen Befreiungsfront Südvietsams weitergeleitet.

Sozialistischer Deutscher Studentenbund –

Landesverband Hamburg

2 Hamburg 13, Edmund-Siemers-Allee 1, Universität-Postfach 23

**5. Mitgliederbrief vom. 9. Febr. 1967**

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde!

I. Hiermit laden wir Euch zur ordentlichen Mitgliederversammlung des Landesverbandes am Dienstag, den 21. Februar um 20 Uhr s. t. herzlich ein. Tagungsort ist das CVJM-Haus, Hamburg 1, An der Alster 40 (Nähe Atlantikhotel).

Vorläufige Tagesordnung.:

1. Wahl des Präsidiums
2. Bericht des Landesvorstandes
3. Kassenbericht
4. Aussprache über die Berichte
5. Neuwahl des Landesvorstandes
6. Wahl der Referenten des Landesvorstandes
7. Programmbesprechung für das Sommersemester 1967
8. Neuaufnahmen
9. Sonstiges

II. Am Freitag, d. 17. Februar findet eine große Vietnamdemonstration statt. Zeit und Ort: 19 Uhr Benecke -/Ecke Fröbelstraße (SDS-Genossen bitte um 18 Uhr 30 a. a. 0. versammeln!!) Gegen 20 Uhr Kundgebung im Von-Melle-Park. Weitere Einzelheiten siehe beiliegendes Flugblatt.

III. Vom Montag, d. 13. bis einschließlich Freitag, d. 17. Februar veranstaltet der SDS eine Straßensammlung für das Rote Kreuz der FNL. Wir bitten alle Genossen, sich daran zu beteiligen. Sammeldosen und Plakate können ab sofort bei dem Genossen Arwed Milz, HH 13, Johnsallee 41 (fünf Minuten von der Uni) abgeholt werden.

IV. Am Freitag, d. 24. Februar spricht auf Einladung des SDS (mit Unterstützung des Sozialistischen Bundes) Heinz Brakemeier zum Thema: „Wir brauchen eine sozialistische Opposition“. Universität-Hauptgebäude (Edmund-Siemers-Allee 1) 20 Uhr, Hörsaal M.

V. Arbeitskreis: Donnerstag, d. 16. 2, Lothar Lappe über die „Einleitung in die deutsche Ideologie“. Donnerstag, d. 23. 2. Wolfgang E. Bolz über "Klassenbegriff im sozialen Bewußtsein", Jeweils um 20 Uhr im Pädagogischen Institut, Von-Melle-Park 8, Raum 106.

VI. Der Sozialistische Bund (die Fördererorganisation des SDS) bittet alle Genossen um Inschriften von Sozialisten, die eventuell als Mitglieder des SB geworben werden können. Die Adressen bitte an den SDS-Landesverband einsenden.

VII. SDS-Zentrum: Ab Ende des Monats wird es ein SDS-Zentrum im Von- Melle-Park 15 geben. Näheres wird bei der MV bekanntgegeben.

VIII. SDS-Bundesseminar vom 5. bis 11. März 1967 in Hustedt bei Celle, Heimvolkshochschule. Thema: „Sozialgeschichte des Kapitalismus und Tendenzen der gegenwärtigen internationalen gesellschaftlichen Entwicklung“, Verpflegungs- und Übernachtungskosten übernimmt der Bundesvorstand. Anmeldungen bitte bis spätestens 16. Februar an den LV-Hamburg. (Interessenten erhalten noch ein ausführliches Programm).

IX. Der Vorstand bitten alle säumigen Genossen, ihren Beitrag bis spätestens 15. Februar auf eines der SDS-Konten einzuzahlen. Genossen, die bis zu diesem Stichtag keinen Beitrag bezahlt haben, sind lt. MV-Beschluß nicht mehr stimmberechtigt!!

Postscheckkonto des SDS:

Postscheckamt Hamburg 24 44 90

oder

Bankkonto des SDS:

Bank für Gemeinwirtschaft, Hamburg, Domstr. 18 Kto.Nr. 36 66 8

Mit freundlichen und sozialistischen Grüßen

Euer

Vorstand

(verantwortlich: Adalbert Kuhlwein)

SOZIALISTISCHER DEUTSCHER STUDENTENBUND - Bundesvorstand

6 Frankfurt

Wilhelm Hauffstr. 5 77 64 22

## **2. Bundesseminar des SDS (66/67)**

### **„SOZIALGESCHICHTE DES KAPITALISMUS UND TENDENZEN DER GEGENWÄRTIGEN INTERNATIONALEN GESELLSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG“**

**Ort: Hustedt bei Celle, Heimvolkshochschule**

**Zeit: 5. - 11. März 1967**

Kosten: Verpflegung, Übernachtung und ein Teil der Fahrtkosten werden vom BV übernommen

Teilnehmerzahl: 28

THEMEN:

Teil I: Ist der Imperialismus das letzte Stadium des Kapitalismus?

5.3. Einleitung

6.3. Spezialreferate zur Lenin-Kritik, neuere Imperialismus-Studien aus USA und BRD; Abrüstung und Automation

Teil II: Gegenwärtige Grundstrukturen der internationalen gesellschaftlichen Entwicklung

7.3. Gegenwärtige Entwicklungstendenzen der kolonialen Revolution

(Ref: Steinhaus, Marburg)

8.3. Gegenwärtige Entwicklungen im sozialistischen Staatensystem

(Ref: Meyer, Marburg)

9.3. Ökonomische Entwicklungstendenzen des Kapitalismus unter besonderer Berücksichtigung der BRD (Ref: Boris, Marburg)

10.3. Politische Entwicklungstendenzen des Kapitalismus unter besonderer Berücksichtigung der BRD

Pflichtlektüre:

für die Referate am:

7.3.: Lin Biao: „Es lebe der Sieg im Volkskrieg“  
Peking, 1966

8.3.: Zeitschrift "Arbeiterpolitik", Dezember 1966, Bremen

9.3.: Eduard März: "Zur politische Ökonomie des Neokapitalismus"

Probleme soz. Politik Band 1 Verlag-Neue Kritik, Frankfurt 1966  
10.3.: Elmar Altvater: "Wirtschaftsmodelle im Sozialismus. Das Argument, Nr.39.,  
Berlin 1966

Auf diese Mindestlektüre kann nicht verzichtet werden. Die Bücher resp. Zeitschriften können beim BV direkt bestellt werden.

Bei Bedarf weitere Exemplare des Programms bestellen. Rechtzeitig anmelden!

### **„POLIZEI“ - ein Problem der Gesellschaft**

Zwischen Studenten und Polizei bestehen seit langem enge Kontakte. Zweifellos wird es einige Kommilitonen geben, die die vielfältigen Relationen zwischen uniformierten "Zivilen" sowie unzivilisierten Uniformen einerseits und Sozial-listigen Deutschen Studenten andererseits zum Gegenstand bahn- und brechender Dissertationen machen werden. Als quasi-dialektische Themen bieten sich an: "Der SDS als Fördererverband der Polizei" der "Die Polizei als Ziehmutter des SDS" und "Die Polizei -ein Sorgenkind des SDS" oder "Der SDS - politische Schlagsahne der Polizei", "Demokratie als Fundament des SDS" , "Polizei als Untergrund der Demokratie".

Leidenschaftslos konstatieren wir, daß die Polizei in diesem Staat zuviel Oberwasser hat. Natürlich und biologisch hegen wir keinen Argwohn, wenn jeder einzelne männliche Polizist seinen eigenen Wasserwerfer besitzt, jedoch sind wir bestürzt von der Zweckentfremdung des Organischen, der Triebverirrung und hemmungslosen Aggressionslust an sich braver, biederer Beamter.

Der SDS weiß besser als jeder andere;

"Ordnung muß sein", "Befehl ist Befehl", "Kraft durch Freude", "Weißer geht's nicht", doch erfüllt es uns mit brennender Sorge und gummiknuppelhafter Niedergeschlagenheit, wenn Polizisten zu Hütern der öffentlichen Unordnung werden, nur weil sie sich im ehelichen Gemach nicht kraftvoll austoben können. Die häusliche Geordnetheit, das Herdmäßige, die Kissenschlacht können nicht darüber hinwegtäuschen, daß sexuelle Verklemmungen und dubiose Ehepflichtgefühle ihren Niederschlag gesetzmäßig in chaotischen Handlungen (z.B. kollektiven Wutausbrüchen), realisierten Minderwertigkeitskomplexen finden müssen. Friedliche Personen werden willkürlich festgenommen, harmlose Passanten belästigt, imaginäre Klappmesser und Fensterhaken bereitgehalten zur Rechtfertigung der eigenen Ungesetzlichkeit, eines tief verwurzelt berufsnahen Wesensmerkmals sogenannter Ordnungsmächte -

Die aus James Bond-, Karl Mai- und Wallace- Filmen übernommene Scheinwelt wird bedingungslos auf die realen Verhältnisse übertragen und als Realität postuliert. Kommen zu diesen Irrationalitäten noch die konkreten Anweisungen der politischen Behörden (Spezialität Abschiebung) mit ihrem faschistoiden Inhalt hinzu, so wird in geradezu idealer Weise mit den politisch-geistigen Instrumentarium der ‚Großen Symbiose‘ geprobt. -

Diese sporadische Untersuchung kann natürlich nur zu detaillierter Grundlagenforschung anregen, sie aber nicht ersetzen, Wir schlagen deshalb die Gründung eines Studentenverbandes oder Arbeitskreises vor: "Polizei-Politische Hochschulgruppe (Popohoch)". Als Einführungsthema bietet sich ein Referat an: ‚Ordnungshütung - Befohlene Identität‘ (OBI).

Verantwortlich: Karl Fabig. 2 HH 13.

**Erhard**

**Neckermann**

**HOCHSCHULPOLITIK in HAMBURG –**

**Thesen zum hochschulpolitischen Arbeitskreis des Hamburger SDS**

"Die deutsche Universität ist nicht in einer Krise, sondern in einem völligen Zerfall. Das kann nur noch durch eine Revolution geändert werden." (Prof. O. H. von der Gablentz)

## 1 Einleitung: Zum Stellenwert der Hochschulpolitik im Hamburger SDS

Für den Hamburger SDS bedeutet zielgerichtete und systematische Hochschulpolitik ein Novum. Wir müssen daher davon ausgehen, daß wir keine hochschulpolitischen Erfahrungen haben. Diese Ausgangslage bildet den Haupt Gesichtspunkt für die Gestaltung unseres hochschulpolitischen Arbeitskreises in den folgenden Semestern. Seine Aufgabe besteht in der Hauptsache darin, das Sammeln von Erfahrungen optimal und im kürzest möglichen Zeitraum zu gewährleisten und diese Erfahrungen in eine Theorie überzuführen, die der spezifischen Situation der Hamburger Universität gerecht wird.

Das erfordert ein besonderes Organisationsprinzip des hochschulpolitischen Arbeitskreises.

## 2 Zur Gestaltung des hochschulpolitischen Arbeitskreises

### 2.1 Das Organisationsprinzip

Um Erfahrungen an der studentischen Basis zu gewinnen, ist es erforderlich, den hochschulpolitischen Arbeitskreis in fakultätsbezogene, wenn personell möglich auch fachbezogene Arbeitsgruppen und Aktionseinheiten aufzugliedern. Die Auseinandersetzung dieser Gruppen mit den konkreten Studienbedingungen auf der Fachschaftsebene setzt einen Prozeß politischen Lernens in Gang, der die Stellung der Universität in der Gesellschaft und die Gesetzmäßigkeit dieser Gesellschaft uns begreifbar macht.

Die Aufgaben der fakultäts- und fachbezogenen Arbeits- und Aktionsgruppen sind vielfältig. Zunächst sind die fachspezifischen Bedingungen der Studenten zu untersuchen, latente Konflikte aufzuspüren, progressive Kräfte in der Professorenschaft und im akademischen Mittelbau auszumachen usw., usf. Die Untersuchungen am Arbeitsplatz der Studenten werden der Öffentlichkeit des hochschulpolitischen Arbeitskreises vorgetragen, dort diskutiert und theoretisch aufgearbeitet. Der theoretischen Aufarbeitung folgt die Umsetzung in die Praxis. Die theoretisch aufgearbeiteten Erfahrungen bestimmen die Methoden, wie die latenten Konflikte an der studentischen Basis einer breiten studentischen Öffentlichkeit einsehbar gemacht und mobilisiert werden können. Es ist denkbar, daß schon in den Anfängen der praktischen Tätigkeit der fakultäts- und fachbezogenen Aktionsgruppen politische Diskussionen in den Vorlesungen, Übungen und Seminaren über deren Gestaltung und Zielsetzung entfacht werden können.

Neben den fakultäts- und fachbezogenen Arbeits- und Aktionsgruppen besteht noch eine Parlamentsgruppe, die von den Genossen gebildet werden, die schon im Studentenparlament sitzen.

### 2.2 Die Theorie

"Erkenntnis beginnt mit der Praxis und muß auch wieder zur Praxis zurückkehren." (Mao Tse-tung, Über die Praxis, Peking 1964, S. 19)

Diesen marxistisch-leninistischen Grundsatz zu beachten, scheint besonders für den Hamburger SDS angezeigt, weil er es bisher versäumt hat, hochschulpolitische Erfahrungen zu sammeln und praktische Hochschulpolitik zu betreiben.

Das heißt nicht, daß die Erfahrungen der anderen SDS-Gruppen unberücksichtigt gelassen werden sollen, Der SDS Hamburg kann es sich einfach nicht mehr leisten, die Erfahrungen der anderen Gruppen selbst machen zu wollen. Er muß sie übernehmen, aufarbeiten und Schlüsse für die spezifische Lage der Universität Hamburg daraus ziehen. Um seine eigenen Erfahrungen und die der anderen Gruppen im richtigen Rahmen zu sehen, sind allseitig die Kenntnisse über die hochschulpolitische Konzeption des SDS zu akkumulieren. Das erfordert die Lektüre der wichtigen SDS-Schriften (s. Literaturangabe) und der wichtigen Schriften zur Studienreform (s. Literaturangabe.).

## 2.3 Der Arbeitsstil

Die Rezeption der für die hochschulpolitischen Konzeption des SDS und für die Studienreform-Diskussion wichtigen Schriften ist eine Frage des Arbeitsstiles im hochschulpolitischen Arbeitskreis. Der Hochschularbeitskreis soll kein Arbeitskreis im üblichen Sinne sein, also mit Referenten, konsumierenden Teilnehmern und schütterten Diskussionen, sondern ein Arbeitskreis, der einen optimalen Lernprozeß für alle teilnehmenden Genossen gewährleistet. Das macht eine gewisse Arbeits- und Diskussionsdisziplin wünschenswert. Sie läßt sich am einfachsten dadurch erreichen, daß an den verschiedenen Zusammenkünften des Arbeitskreises immer ein anderer Genosse die Leitung des Arbeitskreises übernimmt. So wird, jeder von uns in arbeits-, diskussionstechnischen und rhetorischen Praktiken eingeübt, die später sich dann bei der Parlamentsarbeit auszahlen werden.

Auch bei der Akkumulation des nötigen hochschulpolitischen Wissens ist der optimale Lernprozeß der Hauptgesichtspunkt. Stellungnahmen und Berichte über die wichtigen Schriften zur Hochschulpolitik und Studienreform werden kollektiv in den fakultätsbezogenen Arbeits- und Aktionsgruppen ausgearbeitet und der Öffentlichkeit des Hochschularbeitskreises vorgelesen und dort diskutiert.

Der Arbeitsstil bedarf der ständigen Verbesserung. Er muß daher des öfteren Gegenstand einer Diskussion im Hochschularbeitskreis sein. Dabei ist folgende Frage die entscheidende Richtlinie: Wie müssen die Arbeits- und Diskussionsverhältnisse beschaffen sein, damit sich die Produktivkraft jedes einzelnen Genossen optimal entfalten kann.

## 2.4 Das Programm für das Sommersemester

Nur wenn der hochschulpolitische Arbeitskreis permanent ist, ist "eine permanente und kontinuierliche Hochschulpolitik des Hamburger SDS möglich.

Er tritt wöchentlich zusammen. Er findet das erste Mal am Mittwoch, den 3. Mai 1967 statt. Das Thema des ersten Abends ist: Einleitung in den hochschulpolitischen Arbeitskreis an Hand der vorliegenden Thesen. Bis zum nächsten Termin am 10. Mai 1967 wird die philosophische Fakultätsgruppe einen Bericht über die hochschulpolitische Konzeption des SDS geben.

Die Thematik der folgenden Zusammenkünfte sind schon die ersten Untersuchungsberichte der einzelnen fakultätsbezogenen Arbeits- und Aktionseinheiten über die Studienbedingungen der Hamburger Studentenschaft. Daneben wird natürlich die Parlamentsgruppe ständig über die Arbeit im Parlament berichten.

## 3 Zur Parlamentspolitik

### 3.1 Die Parlamentsgruppe

Für den hochschulpolitischen Arbeitskreis ist die Parlamentsgruppe der Transmissionsriemen, mit Hilfe dessen er im Parlament wirken kann. Wenn wir jedoch die Funktion der Parlamentsgruppe im richtigen Rahmen sehen wollen, müssen wir uns zunächst klar werden über den Stellenwert einer Parlamentspolitik im Gefüge der Universität.

### 3.2 Der Stellenwert der Parlamentspolitik

"Der SDS kann sich weder mit den Institutionen (Studentenvertretung, Kommissionen, etc.) kritiklos identifizieren, noch kann er aus Furcht vor Integration es ablehnen, in diesen zu arbeiten. Vielmehr kann erst die Arbeit in den Institutionen den Widerspruch zwischen dem wissenschaftlichen und demokratischen Anspruch der Universität und ihrer Wirklichkeit, in die Konflikte verwandeln, in denen sich die irrational gewordene Autorität selbst entlarvt." (Resolution zur Politik des SDS Landesverband Berlin, in: SDS-Korrespondenz Nr. 3/67, S. 41)

### 3.3 Perspektiven

Die Politisierung der Studentenschaft ist nur über eine Politisierung des Studentenparlamentes möglich. Ein großer Schritt zur Politisierung des Parlamentes wäre die Einführung von Listenwahlen anstelle von apolitischen Fakultätswahlen. Das ist eine Perspektive, die Gegenstand einer Taktik-Diskussion sein sollte. Ein erster Ansatzpunkt zur Verwirklichung der Listenwahlen besteht darin, daß sich die Parlamentsgruppe im Parlament zu einer Fraktion zusammenschließt. Das müßte groß propagiert werden, um die anderen politischen Studentenvereinigungen auch zur Fraktionsbildung zu bewegen.

Von dieser Fraktionsbasis aus könnte nun versucht werden, die Selbstentmündigung der Hamburger Studentenschaft zu beseitigen, indem man im Parlament die Praxis eines politischen Mandates fordert. Von der Parlamentsgruppe ist auch die Diskussion auf die Tagesordnung des Parlamentes darüber zu setzen, ob es nicht notwendig ist, nach Berliner, Frankfurter und Göttinger Beispiel Vorlesungsrezensionen einzuführen.

## 4 Zur Strategie der Hochschulpolitik des Hamburger SDS

### 4.1 Die defensive Phase.

Die defensive Phase beschränkt sich vernehmlich auf das SS 67. Sie dient dazu, so rasch wie möglich die praktischen und theoretischen Erfahrungen und Kenntnisse, über die SDS-Hochschulpolitik und über die Studienreformpläne zu akkumulieren. Ansätze zur Aktivität in der defensiven Phase bilden die Fachschaftsräte. Möglichst viele Genossen sollten versuchen, von der Fachschaftsversammlung in die Fachschaftsräte und -leitungen gewählt zu werden. Weiterhin sollte schon mittels Flugblätter die Arbeitsweise und die Beschlüsse des Parlamentes kritisiert werden, um das Parlament aus seinem unpolitischen Loch hervorzuholen.

### 4.2 Die Übergangsphase

Die Übergangsphase wird eingeleitet durch die nächste Wahl zum Studentenparlament. Der Wahlkampf bietet Gelegenheit, für die Listenwahlen eine breitere studentische Öffentlichkeit zu finden. Indem der SDS Hamburg eigene Wahlversammlungen, eigene Wahlpapers herausbringt, zwingt er die anderen politischen Studentenvereinigungen, mit ähnlichen Aktionen nachzuziehen.

Zudem sind in der Übergangsphase schon Protestaktionen und radikale Minderheitsaktionen zu starten gegen autoritäre und restriktive Maßnahmen von Seiten der Universitätsbürokratie und von Seiten der Professorenschaft in den Seminaren und Übungen.

### 4.3 Die offensive Phase

Aufgabe der offensiven Phase ist es, aus den einzelnen Protestaktionen eine Politik der permanenten Universitätsrevolte zu machen. Die durch das Parlament und die Fakultätsvertretungen allein nicht herzustellende Öffentlichkeit kann nur durch politische Massenaktionen der Studentenschaft an der Universität Hamburg geschaffen werden.

"Diese Form der Öffentlichkeit ist unerläßliches Element des politischen Lernprozesses, der die Selbsttätigkeit der Studenten zum Ziel hat, und ist Bedingung für die Möglichkeit der Weiterarbeit in den Institutionen." (Resolution des SDS Landesverband Berlin, in: SDS-Korrespondenz Nr. 5/67, S. 41)

## LITERATURHINWEISE

### I. Zur Hochschulkonzeption des SDS

Hochschule in der Demokratie; Denkschrift des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes zur Hochschulreform, Frankfurt a. M. 1961

Nitsch, Gerhardt, Offe, Preuß, Hochschule in der Demokratie, Heidelberg 1965

Wolfgang Lefevre, Möglichkeiten für die Hochschulpolitik im SDS, in: neue kritik 38/39/1966

Resolution zur Politik des SDS Landesverband Berlin, in: SDS-Korrespondenz Hr. 5/67

II. Zur Studienreform

Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Neuordnung des Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen, Tübingen 1966

Stellungnahme des VDS zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates

Stellungnahme zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Neuordnung des Studiums, erarbeitet von der Beratungskommission für Fragen der Studienreform der FU, Berlin 1967

III. Zur Struktur der Studentenschaft

Habermas, Jürgen; Friedeburg, Ludwig von; Oehler, Christoph; Weltz, Friedrich: Student und Politik, Neuwied 1961

[Ein ähnliches Programm von Fabig/Oberlercher erschien im Kursbuch 14, August 1968, S. 115 ff. mit dem Entwurf für ein Hochschulgesetz, hier Feb. 1968)

SDS

- Landesverband Hamburg -

2 Hamburg 13

Von-Melle-Park 17

Tel. 41 43 88

Hamburg, d.[ ; • : , v] April 1967

**Mitgliederrundschreiben Nr. 1 - 1967**

Liebe Genossinnen und Genossen!

I. Der neue Vorstand des SDS Hamburg für das SS 67:

- |                  |   |
|------------------|---|
| 1. Vorsitzender: | Karl Fabig                                      |
| 2. "             | : Arwed Milz                                    |
| Kassiererin      | : Helga Beekhuis                                |
| Organisation     | : Peter Köll                                    |
| Schriftführerin: | Petra Sellenschloh                              |
| Referenten:      |   |
| Schüler          | - Peter Flak                                    |
| Ostermarsch      | - H. D. Eberth                                  |
| Ausländer        | - Ernst Zorer,                                  |
| Schulung         | - Siggie Heus, Hubert Sumser, Erhard Neckermann |
| Information      | - Reinhold Oberlercher                          |

II. 1. Mai

SDS und SB führen am 1. Mai eine aufwendige Aktion zur Agitation unter bewußten Arbeitern durch. Es sollen 35 000 Flugblätter verteilt werden. Ziel der Aktion ist es, die Sozialistische Oppositionsbewegung unter Arbeiter bekanntzumachen, deren Ziele und Programm zu verbreiten und bewußte Arbeiter für diese Sache zu aktivieren. Wir brauchen für diese Aktion 30 Flugblattverteiler und Diskutanten. Alle Mitglieder müssen sich beteiligen.

Vormittags agitieren wir in Bergedorf und Harburg, nachmittags vor Pflanzen und Blumen.

Treffpunkt im SDS-Zentrum: 9 Uhr und 13.30 Uhr.

III. Vorläufige Veranstaltungen

1) Arbeitskreis I: Einführung in die sozialistische Theorie

(Manuskript wird rechtzeitig an Interessenten zugeschickt; falls nicht, bitte den Vorstand benachrichtigen) jeden Montag, 20 Uhr, SDS-Zentrum, Von-Melle-Park 17,

1. Abend: 6.5.1967

## 2) Arbeitskreis II: Hochschulpolitik

jeden Mittwoch, 20 Uhr, SDS-Zentrum, Von-Melle-Park 17,

1. Abend: 3. 5. 1967

3) Demonstration und Kundgebung (s. Flugblatt)

4) 28.4. 20 Uhr: Abend mit Förderern des SDS im SDS-Zentrum

5) 28.4 1950 Uhr: Diskussion: "Kommunisten im Kreuzfeuer der Jugend 11

HH,57 Kieler Str. 647

6) 11.5., ? Uhr: Diskussion mit der IG Druck u. Papier - Jugend ü. "SDS-Politik auf der Straße"

7) 13. – 15.5. Pfingsttreffen der FDJ in Karl-Marx-Stadt (Anmeldung umgehend an den Vorstand)

8) Zum Besuch des Schahs (3. 6. 67 in Hamburg) wollen wir eine Aufklärungsaktion über die dritte Welt starten - Persien als Modell eines Entwicklungslandes. Vorgesehen sind:

a) Informationsstand in der Mensa

b) Kundgebung im Audimax

c) Flugblattaktionen

d) Kundgebung am Vorabend des Schahbesuchs

9) 7.6. Diskussion mit Polizeioffizieren (Uhrzeit ?)

10) 26.6 Diskussion mit der ESG: China und Mao (Uhrzeit?)

11) An jedem Samstag, 15 Uhr; "jour fixe" im SDS-Zentrum.

bw.

IV. Eigentlich ist es wohl kaum erforderlich zu diesen Daten noch lange Erläuterungen zu geben. Fehlende Uhrzeiten und Veranstaltungsorte geben wir Euch noch bekannt. Es liegt an Euch, wie stark der Hamburger SDS ist und in Zukunft sein wird.

Die Öffentlichkeitsarbeit wollen wir etwas einschränken und dafür umso aktiver die innerverbandliche Schulung betreiben.

Jeder von Euch sollte an einem Arbeitskreis teilnehmen, wichtig für unsere zukünftige Arbeit ist der Arbeitskreis II: Hochschulpolitik.

Die Referate des Arbeitskreis I werden vervielfältigt und Interessenten zu gesandt. Das erste ging nur an Mitglieder, die sich auf der letzten MV in den Arbeitskreis I eingetragen haben. Es sind aber noch genug vorrätig.

V. neue kritik (Zitat aus dem letzten Rundschreiben des BV) ...

"die neue Nummer (40) ist endlich erschienen. Sie wird bereits wie die folgenden, im Verlag erscheinenden Nummern, nicht mehr korporativ im Gruppenabonnement abgegeben. Wir haben Euch zur leichteren Kommunikation Pakete mit ungefähren Richtzahlen fertiggemacht; diese Hefte sind zum Preis von 2,-IM zu verkaufen und an uns abzurechnen ....

Einzelbestellungen in Zukunft nur mehr über den Verlag Neue Kritik

zum Preis von 3.- Dm ..."

D.h., die "neue kritik" ist nur noch für 2,-Dm beim Vorstand zu haben .

VI. Wichtig

Nehmt an der Demonstration gegen die Militärdiktatur in Griechenland teil!

Beteiligt Euch an der Flugblattaktion am 1. Mai!

Lest zur Information über Persien das Buch: "Persien - Modell eines Entwicklungslandes" mit einem Nachwort von Hans Magnus Enzensberger, von Bahaman Nirumand, rororo 9454

Mit sozialistischen Grüßen

Karl Fabig

Arwed Milz

**Flugblatt des SDS HH zum 1. Mai 1967**

ES DARF NICHT WAHR SEIN!

Der Vizepräsident von Bolivien Salina nimmt auf Einladung des DGB Hamburg an der 1. Mai-Feier in Pflanzen und Blumen teil.

Seine Teilnahme zieht den 1. Mai in den Dreck!

Denn er ist dafür mitverantwortlich, daß

1. Freiheitskämpfer in Bolivien mit Napalmbomben verbrannt werden (Aussage des Oberkommandierenden, General Jorge Belmonte, Dt. Panorama Nr. 8/67);
- 2, fast zwei Drittel aller Bolivianer am Rande des Hungertodes dahinvegetieren (tägliches Verbrechen des Bolivianers: 1200 Kal., Mindestbedarf: 2400 Kal.),
3. über die Hälfte des Volkes im Dunkel des Analphabetentums herumtappt. Der Anteil derer, die weder lesen noch schreiben können, nimmt ständig zu.
4. sich Bolivien von den USA Wirtschaftsverträge und Anleihen aufzwingen läßt, die die Abhängigkeit und somit den Hunger verewigen, "So fließen die Anleihen doppelt in die USA zurück. Lateinamerikas Schulden haben sich in zehn Jahren vervierfacht," (Spiegel Hr. 17/67; S. 141)

Es ist unglaublich, daß ausgerechnet dieser nach den Präsidenten Barrientos führende Repräsentant einer parasitären Oberschicht in Bolivien auf ausdrückliche Einladung des Herrn Höhne an den Maifeierlichkeiten teilnehmen darf. Durch diese Sympathiekundgebung mit dem zweithöchsten Vertreter einer Militärdiktatur wird die Solidaritätserklärung des DGB Hamburg mit dem griechischen Volk vollends unglaubwürdig.

Sozialistischer Deutscher Studentenhund, Landesverband Hamburg

[Rückseite]

A r b e i t e r u n d - i n n e n

Das Schiff gehört den Seemännern,  
das Fließband denen, die es krank macht.

Die Bergmänner werden von den Bergmännern  
entlassen. So ist es doch!

Die Sparkasse wird von den Sparern verwaltet,  
die Käufer stecken den Gewinn der Kaufhäuser ein,  
die BILD-Zeitung gehört den BILD-Lesern.  
Das ist gewißlich wahr!

Das Soziale ist eine gewisse  
Harmonie nach Karajan und Schiller,  
die streicht und streicht,  
Am Stiefel des Unternehmers glänzt  
der gewerkte Schaft,  
das Formierte verbreitet sich  
in den Besenbinderhöfen,  
Arbeitern und innen.

Das griechische Volk wird unterdrückt.

Die Militärdiktatur kombiniert nach iberischer und naheliegenderer Art die Wegnahme demokratischer Grundrechte mit der Zunahme der Gottesdienste. Ein Volk wird verurteilt, nach der Pfeife einer konstantinischen Junta zu tanzen. Makabrer Volkstanz!

In dieser Situation weiß der DGB Hamburg nichts Besseres, als einige noch-freie Griechen zur Augenweide wertfreier Armin-Dahl- und Höhne-Verehrer zu einem situations-makabren

Volkstanz zu animieren und mit einer schwachbrüstigen Griechenland-Resolution zu vertrösten. D.h. dem griechischen Volk Händchen halten, Daumen drücken.

Solo-darität

Verhöhne, o Höhne,

nicht Griechenland!

Die Resolution, ein DGBet!

Solidaritäten statt Solidari-Taten!

O Sozialdemokraten!

Die InterNATOnale,

der Staat, die Anwaltschaft der Generale,

besiegen alles Völkerrecht.

Proteste aus Milchzähnen, Papier,

errötende Schwärze der Drucker.

Heute und hier,

soziale Fugger, flehen wir:

erkennt Griechenland

nicht an! Schlagt euch

Korinthen und Rosinen

aus dem Kopf! Sanktioniert

olympischen Wein!

Kein Konstantan für Konstantin!

Dissoziiert,

was so frech EGeht,

das braune Hellas!

Verantwortlich: Karl Fabig (SDS), HH 13, Von-Melle-Park 17

Sozialistischer Deutscher Studentenhund

2 HAMBURG 13

Von-Melle-Park 17

Tel. 41 84 88

Hamburg, den 11.5.67

### **Mitgliederrundschreiben Nr. 2 - 1967**

Liebe Genossinnen und Genossen!

Hiermit laden wir Euch zur 1.Mitgliederversammlung des SDS- Landesverbandes Hamburg im Sommersemester 1967 ein:

Datum: 25. 5. 67 (Donnerstag)

Zeit: 19 Uhr

Ort: Raum 106 , Päd. Inst.

Tagesordnung:

1. Kritik des beiliegenden kurzen Berichtes des Vorstandes über die Tätigkeit des SDS in den Frühjahrs-Semesterferien 1967.
2. Bericht über den Stand der Persien-Arbeit (von Erhard Neckerman)
3. Planungsbericht des Vorstandes für das SS
  - a) Kritik des Berichtes
  - b) Vorschläge der Mitglieder
4. Neue Satzung des SDS-Hamburg

- a) Vorlage einer neuen Satzung
- b) Beschluß über die neue Satzung
- 5. Mitgliedsbeitrag
  - a) Diskussion über die Erhöhung des Mitgliedsbeitrags
  - b) Erhöhung des Mitgliedbeitrags
- 6. Neuaufnahmen
- 7. Verschiedenes

Der Vorstand  
Karl Fabig  
Arwed Milz

Es sei nochmals auf die Arbeitskreise hingewiesen:

Arbeitskreis I (Einführung in die sozialistische Theorie,  
wöchentlich Montag 20 h, SDS-Zentrum.  
Nächster Abend: 22.5.67)

Arbeitskreis II (Hochschule in der Demokratie  
Mittwoch 20 h, nächster Abend: 24.5.67)

### **Kurzer Bericht über die Tätigkeit und Untätigkeit des SDS Hamburg in den Frühjahrs-Semesterferien 1967**

Auf der Mitgliederversammlung am 21.2.67 wurde der Vorstand für das SS 67 gewählt. Er legt hiermit den Mitgliedern einen ersten Bericht vor.

Vorbemerkung:

- 1.) Die Tätigkeit des SDS Hamburg wurde dadurch erleichtert, daß wir im SDS-Zentrum, Von-Melle-Park 17, einen Treffpunkt, Arbeitsraum und Wohngelegenheit nahe der Universität besitzen, die - zwischen Kommune-Anspruch und Untermieterdasein ein Selbstverständnis suchend - relativ schnelle Aktionen und Reaktionen des SDS ermöglichen.
- 2.) Die relative Aktivität einer kleinen Gruppe im SDS beruht auf der relativen Inaktivität einer großen Gruppe im SDS.

Wenn die Karteileichen des SDS nicht bald auferstehen, müssen sie beerdigt werden!

Der Vorstand hat ein gerüttelt Maß Schuld daran, daß die Mehrzahl der Mitglieder nicht genügend mitarbeitet, weil sie keine konkreten Aufgaben bekommt oder sehen kann. Es ist also notwendig, eine weitreichende Arbeits- und Aufgabenteilung mit bestimmten Verantwortlichkeiten auszuarbeiten, um die Effektivität des Landesverbandes zu erhöhen.

Eine unserer rührigsten Genossinnen soll nicht unerwähnt bleiben: die Abzugsmaschine...

Bericht;

1. Am 15.3. hielt Georg Benz auf Einladung des "Aktionsausschusses Notstandsgesetzgebung" ein beachtetes Referat zum Thema "Notstandsplanung-Wirtschaft-Arbeitnehmer" -
2. Am Ostermarsch 67 in Hamburg nahmen einige SDS-ler teil. Auf Einladung der "Kampagne für Abrüstung" hielt Karl Fabig am 27.3. eine Rede auf der Zwischenkundgebung am Biederemannplatz. Die Rede löste einige Diskussionen aus.

In den VK-notizen zeigte sich der 1. Vorsitzende des VK Hamburg von der "Propagandarede für den Sozialismus" "peinlich berührt". Am 3.5. wurde dem VK-Vorsitzenden brieflich widersprochen.

3. Am 1. April verteilten SDS-ler an Polizisten ein umstrittenes Flugblatt "Polizei- ein Problem der Gesellschaft".

4. Am 2.4. besichtigten an den Landungsbrücken Hunderte von Schaulustigen und Marinefachleuten unter "Anleitung" des SDS- Flugblattes den US-Zerstörer "Mills".

5. SDS und SB (mit dem wir das SDS-Zentrum gemeinsam benutzen) veranstalteten am 3.4. gemeinsam einen Diskussionsabend mit dem Thema "Wir brauchen eine sozialistische Opposition".

6. Besuchern einer NPD-Versammlung drückten SDS-ler am Eingang des Veranstaltungsorts ein Kuvert mit der Aufforderung "Bitte erst während der Versammlung öffnen!" in die Hand. Inhalt: ein Flugblatt, das die anwesenden alten und jungen Kameraden im Ton und im Inhalt kaum ansprach.

7. An dem Hochschulpolitischen Seminar des BV in Berlin vom 11.-14. 4. nahmen teil:

Petra Sellenschloh  
Karl Fabig  
Erhard Neckermann  
Dirk Siefer

Ein kurzer Bericht über das unbefriedigende Seminar wurde am jour fixe, am Sonnabend, den 15.4. gegeben.

8. Der SDS meldete nach Bekanntwerden des Militärputsches in Griechenland in der Nacht zum 21.4. nach Besprechung mit der griechischen Studentenvereinigung eine Demonstration und Kundgebung gegen die Militärdiktatur an. Ein Eilbrief mit der Aufforderung zur Nicht-Anerkennung des Militärregimes und zum wirtschaftlichen Boykott Griechenlands wurde an das Bonner Außenministerium geschickt.

An der Demonstration bis kurz vor das griechische Konsulat nahmen etwa 500 Personen, vornehmlich Griechen, zu wenig Deutsche, teil. Auf der Kundgebung sprachen drei Griechen und ein SDS-ler. Anschließend wurde dem Vizekonsul von einer Delegation, der zwei SDS-ler angehörten, eine Protestresolution überreicht.

9. Am 24.4. wurde mit einem Spaziergang-Protest in die Innenstadt und mit einem Telegramm an Außenminister Brandt erneut auf die Vorgänge in Griechenland hingewiesen. Aktueller Anlaß war die Nachricht von der drohenden Hinrichtung Manolis Glezos.

Für die Teilnehmer - leider wieder zu wenig SDS-ler - hatten wir einige (7) Verhaltensregeln aufgestellt. Den nicht genehmigungspflichtigen Spaziergang kündigten wir der Polizei telefonisch an, ebenso die sieben Punkte.

10. Am 27. 4. hielt ein SDS-ler bei der Jugendgruppe der IG Druck und Papier ein Referat über "Vietnam - wie es dazu kam".

11. Der "Klub Störtebeker" veranstaltete am 28. 4. eine Diskussion zwischen Jugendlichen und Mitgliedern des "Initiativausschusses zur Wiederzulassung der KPD" im Gesellschaftshaus Lietz. Teilnehmer für den SDS: Karl Fabig.

11. Am 1. Mai verteilte der SDS drei Flugblätter:

a) Flugblatt des SB,

b) das Notstandsflugblatt des DGB, dessen Verteilung der DGB nicht wünschte,

c) ein Flugblatt des SDS gegen den Ehrengast des DGB auf dem Mai-Volksfest in Planten und Blumen, den Vizepräsidenten von Bolivien, Salina, gegen die schwachbrüstige DGB-Stellungnahme zu den Ereignissen in Griechenland und gegen die Formierung des DGB im Zeichen der Großen Koalition.

Der DGB-Vorsitzende von Hamburg, Adalbert Höhne, regte in einem Schreiben eine gegenseitige Aussprache an.

Parallel zu den mehr oder wenigen sporadischen Aktionen in den Semesterferien liefen die Vorbereitungen anlässlich des Schahbesuches.

Über die Persien-Arbeit wird auf der Mitgliederversammlung mündlich berichtet werden.

Der Vorstand

Karl Fabig

Arwed Milz

SDS

- Landesverband Hamburg -  
2 Hamburg 13  
Von-Melle-Park 17  
Tel. 41 84 88

Hamburg, d. 27.5.67

### Mitgliederrundschreiben Nr. 3 SS 67

Liebe Genossinnen, liebe Genossen!

In der folgenden Woche sind von uns allen sehr wichtige Termine wahrzunehmen:

1) Dienstag, 30.5.:

Vortrag von Dr. Bahman Nirumand „Die permanente Konterrevolution - Persien und der Westen“. 20.00 Uhr Auditorium maximum. Eintritt frei.

Bringt alle Freunde mit; das Audimax ist groß !

2) Freitag, 2.6.:

a) Schweigemarsch der iranischen Studenten. Beginn 15.00 vor der Mensa der Universität. Führt zum iranischen Konsulat in der Haynstr.

b) Solidaritätskundgebung mit dem persischen Volk unter dem Motto "Schah-Happening" (Veranstalter SDS ), Ort und Zeit: 18.30 Uhr Von-Melle-Park. Hauptredner: Rudi Dutschke, Berlin. Diese Veranstaltung ist für uns von besonderer Wichtigkeit, da sich bereits angesagt haben: NDR-Fernsehen, Bayrischer Rundfunk (Fernsehsendung „report“ ) und das Zweite Deutsche Fernsehen. Es hängt von uns allen ab, wie viele Schah-Gegner auf dieser Veranstaltung erscheinen.

3) Sonnabend, 3.6.:

a) 10.30 Uhr : Ankunft des Schahs auf dem Flugplatz Fuhlsbüttel

b) 19.06 Uhr : Ankunft des Schahs vor der Oper

Darüber hinaus wäre es wünschenswert, wenn jeder Genosse im Laufe der Woche mindestens einmal im Zentrum vorbeischauen würde. Es gibt viel Arbeit und außerdem läßt sich so besser die Initiative einzelner Genossen beim Empfang des Schahs koordinieren.

Das ausführliche Protokoll unserer Mitgliederversammlung am 26.5. wird im nächsten Rundbrief mitgeschickt. Zwei organisatorisch wichtige Beschlüsse seien aber schon jetzt mitgeteilt:

1) Der Mitgliedsbeitrag wurde auf 15,- DM pro Semester heraufgesetzt.

2) Mitglieder, die mehr als zwei Semester den Mitgliedsbeitrag ohne Erklärung schuldig bleiben, werden aus dem SDS ausgeschlossen.

Interessant: es waren ca. 20 Neuaufnahmen zu verzeichnen!

Mit sozialistischen Grüßen

- Der Vorstand -

P.S.: Es sei noch einmal an den regelmäßigen "jour fixe" an jedem Sonnabend 15.00 erinnert.

Unsere Kontonummern: Postscheckamt Hamburg Nr. 24 44 90

Bank f. Gemeinwirtschaft Nr. 36 66 8

**[Ende Ordner 1]**

auditorium Extrablatt Juni 1967

Der Schah gibt reichlich...

Holger Oehrens, Siebo Hagena, Ernst Zorer, Peter Schütt

SDS-BV, Presseerklärung 3.6.67

SDS-BV, 4.6.67 Rundschreiben Nr. 21 66/67

Kampagne für Abrüstung, 5.6.67, Peter Kreitz

Erklärung gegen Notstandsgesetze, Bundes BDIS, HU, LSD, SHB, SDS

Asta-Info 7.6.67

## **AStA-INFO**

### **Informationen des Allgemeinen Studentenausschusses der Universität Hamburg**

**SS 1967**

**Sonder-Info**

**7. Juni**

### **Der Akademische Senat empfiehlt: Kein Vorlesungsstop**

Beschämt nahm der AStA-Vorstand zur Kenntnis, daß zwar die Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden immer wieder beschworen aber, wenn es zur Entscheidung kommt, nicht praktiziert wird.

Der Senat ist der Meinung, zu einem laufenden Verfahren nicht mit Protest Stellung nehmen zu können. Aus diesem Grunde wird er sich dem spontanen Protest der Studenten gegen die Umstände und Gründe des Todes von Benno Ohnesorg nicht anschließen. Viele Professoren anderer Universitäten und, als einer der ersten, der Akademische Senat der Universität Göttingen, haben sich den Protesten ihrer Studenten angeschlossen.

Der AStA der Universität veranstaltet heute um 11.30 Uhr eine Trauer- und Protestkundgebung im von Melle Park, Bei dieser Kundgebung werden der AStA-Vorstand, Gerhard Weber vom CVJM und unser Studentenfarrer Erich Boyens sprechen. Der AStA bittet die Studentenschaft ihre Trauer und Solidarität durch ihre Anwesenheit bei der Kundgebung zu bekunden.

Er bittet Sie, der Bedeutung und Würde dieser Stunde durch entsprechendes Verhalten Rechnung zu tragen.

Der AStA bittet die Studenten, die während dieser Zeit in einer Vorlesung sind, an ihre Professoren mit der Bitte heranzutreten, die Vorlesung ausfallen zu lassen, damit allen Studenten ermöglicht wird, an dieser Kundgebung teilzunehmen.

### **Sternfahrt**

Am Tage der Beisetzung von Benno Ohnesorg, Freitag, den 9.6.1967, ist eine Sternfahrt nach Hannover geplant. Nähere Einzelheiten gibt der AStA noch bekannt.

### **Parlamentssitzung**

Am Donnerstag, dem 8.6.1967, findet am 19.30 Uhr, eine Sitzung des Studentenparlaments in Mensa II statt. Hauptthema: Nahostkrise.

Um zahlreiches Erscheinen von Gästen wird gebeten.

bitte wenden!

### **Offener Brief**

Hier der Wortlaut des Offenen Briefes des AStA an den Hamburger Bürgermeister, Prof. Dr. Herbert Weichmann:

"Betr.: Freiheit in der Freien Hansestadt Hamburg

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Am 1. Juni gab das Studentenparlament seiner Hoffnung Ausdruck, anlässlich des Schah-Besuchs werde in der Freien und Hansestadt möglich sein, was anderswo unmöglich war: die ungestörte politische Meinungsäußerung einschließlich Protestdemonstrationen der kritischen Bürger dieser Stadt. - Die Studentenschaft wurde bitter enttäuscht.

Studenten, die erregt über den gewaltsamen Tod ihrer Kommilitonen waren, Studenten, die die Meinung der geknebelten und gefolterten Opposition wenigstens hier dem Repräsentanten eines korrupten Regimes zu Gehör bringen 'wollten, - sie wurden auch hier geschlagen und verhaftet.

Wenn Sie, Herr Bürgermeister, von einem "schwarzen Tag in der Geschichte Hamburgs" sprachen und als Lebenselement, das durch diese "Störenfriede" gestört sei, "freundschaftliche Beziehungen" nannten, so fragen wir uns: Gibt es nicht weitaus schwerwiegendere Ereignisse, bei denen man mit Berechtigung von einem "schwarzen Tag für Hamburg" sprechen kann? Außerdem, wenn, wie Sie sagen, Freiheit ihre Grenze hat - wo haben freundschaftliche Beziehungen ihre Grenzen? Sie bezeichnen die "Diskussion als erlaubt. Wo fand eine Diskussion in Gegenwart der Presse - sei es mit dem Rektor der Universität Teheran, sei es mit dem Schah - statt? Wo fanden die Gruppen, die berechnete Kritik zu üben hatten, ein legales Forum? Glauben Sie nicht, daß es verbittert, wenn bestellte Hurra-Schreier mit Plakaten auch noch mit Bussen vorgefahren werden, während andere - von der Polizei weit abgedrängt - an der Phrase "freie Meinungsäußerung" irre werden?

Herr Bürgermeister, wir sind der Meinung, daß einer Freien und Hansestadt Hamburg eine lebendige Diskussion besser ansteht als der obrigkeitstaatliche Zeigefinger.

Jochen Steffens hat demonstrativ nicht am Empfang des Schahs teilgenommen. Sie haben - nach unseren Informationen - keine Stellung zu dem Todesfall in Berlin genommen.

Dürfen wir daraus schließen, daß Ihnen das gleichgültig ist?

Mit vorzüglicher Hochachtung

gez. Helga Bauer  
(1. Vorsitzende)

gez. Felix Willmeroth  
(2. Vorsitzender)

PS. Das Studentenparlament hat beschlossen, Sie aufzufordern, auf der Trauer- und Protestkundgebung am 7.6.1967 um 11.30 Uhr, auf dem von Melle Park zu Ihrer Pressekonferenz auf dem Flughafen Stellung zu nehmen. Die Studentenschaft weist Ihre Vorwürfe zurück. Wir fordern Sie auf, an der morgigen Veranstaltung teilzunehmen. Die Studenten erwarten ein klärendes Wort von Ihnen!

Niederlage oder Erfolg der Protestaktion, Erklärung des SDS (Bund)

SDS-BV, Erklärung zum Nahostkonflikt, Brief Abendroth

SDS-BV, 22 66/67

Oberbaumblatt Nr. 5, Juni 1967

## **9.6.1967, Abschlussresolution „Hochschulen in der Demokratie“**

### **" HOCHSCHULEN IN DER DEMOKRATIE "**

#### **Kongreß in Hannover - Resolution - Arbeitspapiere**

#### **Wir, die in Hannover am 9. Juni 1967 versammelten Studenten der westdeutschen und westberliner Hochschulen, stellen fest:**

Die Erschießung von Benno Ohnesorg ist kein tragischer Zufall. Sie markiert den vorläufigen Höhepunkt einer Entwicklung, die mit dem Ziel, jede oppositionelle Minderheit systematisch aus dem öffentlichen Leben auszuschalten, diese zuerst ignoriert, dann diffamiert, offen unterdrückt und schließlich mit physischer Vernichtung bedroht. Das Verhalten des Westberliner Senats, unterstützt von der Bundesregierung, und die Reaktionen der Westberliner und

westdeutschen Studenten darauf haben gezeigt, daß allein die solidarische Aktion der Studenten Widerstand leisten kann gegen diese Entwicklung,

Wir mußten aber auch erfahren, daß unser Widerstand den staatlichen Organen und parlamentarischen Repräsentanten nur einen erneuten Vorwand bot, die repressiven Maßnahmen gegen die Studentenschaft bis zur Verhängung des Ausnahmezustandes zu verschärfen. Dieser Konflikt macht die Schwierigkeiten sichtbar, die vor uns liegen.

Die Auseinandersetzungen zwischen den Studenten und der Universitäts- und Stadtbürokratie Westberlins haben die strukturelle Krise unserer Universitäten gezeigt. Diese Krise hat ihre Ursachen in der Verfestigung autoritärer politischer Machtpositionen in der Bundesrepublik und in Westberlin angesichts der weltpolitischen Erschütterung der hochindustrialisierten Länder durch den Befreiungskampf der Dritten Welt,

Die Universitäten werden immer mehr zu Betrieben, die eine möglichst große Zahl wissenschaftlicher Funktionäre für die höhere Technokratie einer autoritären Leistungsgesellschaft auszustoßen haben. Dabei werden die Studien reduziert auf das bloße Ansammeln von Faktenwissen, Den Studenten wird jede reale Möglichkeit genommen, auf die Organisation ihres Arbeitsprozesses an der Hochschule Einfluß zu nehmen. Selbst die Vertretung der Studenten in den verschiedenen Gremien der Freien Universität, die bisher als Modell einer demokratischen Universität verstanden wurde, macht den Studenten in jedem Konflikt ihre Ohnmacht erneut deutlich. Diese Ohnmacht der Studentenschaft wird umso größer, je mehr sich die Universität an die von der Gesellschaft geforderten Leistungsprinzipien anpaßt, ohne daß die Interessen der Studenten dabei berücksichtigt werden. Der Druck, dem die Universität von der Gesellschaft her ausgesetzt ist, lastet einseitig auf ihrem schwächsten Teil - den Studenten, Diese Situation ist die Basis für die Unruhe der Studenten,

Gleichzeitig liegen in der intellektuellen Arbeit der Studenten und in ihrer Orientierung an den Prinzipien der politischen Demokratie und der Humanität die ideellen Voraussetzungen für ihre Opposition gegen die autoritäre Struktur der Universitäten, gegen Notstandsgesetze in der Bundesrepublik, gegen die Unterstützung faschistischer und autoritärer Systeme durch die Bundesregierung, gegen den Krieg der USA in Vietnam. Ihr politisches Engagement bringt die Studenten in dem Maße in konkreten Widerspruch zur herrschenden Gesellschaftsordnung, wie in dieser die Stimme der Kritik schwächer wird. Sie werden damit politisch und psychologisch zum Objekt von Aggression breiter Bevölkerungsgruppen, In Westberlin wurde dieser Konflikt zwischen Bevölkerung und Studenten durch besondere politische Verhältnisse verschärft und aktualisiert.

Das in der Phase des Kalten Krieges angesammelte Aggressionspotential wird ständig mobilisiert durch die Springer-Presse, deren Monopol in Westberlin nahezu den gesamten Zeitungsmarkt beherrscht. Brutal haben sich in Westberlin nicht nur die Polizisten aggressiv nicht nur jene Bürger verhalten, die verletzten Demonstranten jede Hilfeleistung verweigerten, Brutal und unmenschlich haben sich auch die verantwortlichen

- 2 -

Politiker und Amtsträger verhalten, die am Schreibtisch und auf ihren Pressekonferenzen noch einmal das terroristische Exempel vollzogen, das ihre Exekutivorgane gegen die oppositionellen Studenten statuierten, nachdem sie und ihre Presse schon jahrelang die wachsende Studentenopposition diffamiert und ihre Bewegungsfreiheit mit allen beschränkt hatten.

In jedem demokratischen Land hätte das Aufgebot an Polizei, paramilitärischen Einheiten und Geheimdiensten, das hier für den Staatsbesuch eines Diktators bereitgestellt wurde und in Aktion trat, den organisierten Protest und entschiedene Gegenmaßnahmen einer parlamentarischen Opposition hervorgerufen. In der Bundesrepublik, die keine parlamentarische Opposition mehr kennt, werden auch noch die Opfer aufgeputschter und schlagwütiger Polizisten den Herrschenden zum Mittel, jede oppositionelle Regung zu unterdrücken.

Das Recht der freien Meinungsäußerung, die Freiheit der politischen Willensbildung nicht nur der Studenten ist in Gefahr. In Westberlin führen die Herrschenden seit Monaten vor, wie der

innere Notstand geplant, erzeugt und exekutiert werden kann. Was heute die Gehorsamsverweigerung der Studenten trifft, kann sich morgen - mit Arbeitsdienstpflicht und Einschränkung des Streikrechtes - gegen andere Berufsgruppen und ihre Organisationen richten. Die Vorfälle in Berlin sind ein Exempel, wie eine mit Notstandsgesetzen ausgerüstete Staatsgewalt, denn legalisiert, der Verschärfung der politischen und sozialen Konflikte begegnen wird. Wir, die hier versammelten Studenten, sind uns darüber im klaren, daß die jetzt aufgebrochenen Konflikte aus der restaurativen Entwicklung der Bundesrepublik und Westberlins in den letzten Jahren resultieren. Sie werden demokratisch nur gelöst werden, wenn sie aus dem Bereich der hinter einer schein-demokratischen Fassade herrschenden Bürokratien zurückgeführt werden in das Feld öffentlich politischer Auseinandersetzung, in dem keine Minderheit, gleich wie radikal sie ist, Gefahr läuft, Objekt und Opfer gesellschaftlicher Diffamierung und staatlicher Unterdrückung zu werden.

Darum fordern wir:

1. Den Rücktritt des Regierenden Bürgermeisters von Westberlin Heinrich Albertz, des Innensenators Wolfgang Büsch und des Polizeipräsidenten Erich Duensing. Wir fordern das Westberliner Abgeordnetenhaus auf, endlich das tatsächliche Geschehen am und nach dem 2. Juni zur Kenntnis zu nehmen und dem eingesetzten Untersuchungsausschuss den einzig angemessenen Auftrag zu erteilen, das Verhalten der Exekutive öffentlich zu prüfen.
2. Wir fordern die Aufhebung des Demonstrationsverbots und die Zurücknahme der Drohung mit dem Ausnahmezustand. Wir fordern die sofortige Haftentlassung des Kommilitonen Fritz Teufel.
3. Wir fordern die Allgemeinen Studentenausschüsse der Westberliner und westdeutschen Hochschulen auf, die Einladung des SPD-Vorsitzenden und Bundesaußenministers Willy Brandt erst dann anzunehmen, wenn dieser eindeutig vom Verhalten des Berliner Senats am und nach dem 2. Juni sich distanziert hat.
4. Wir fordern unsere Westberliner Kommilitonen auf, mit allen juristischen und politischen Mitteln für die Wiederherstellung ihrer demokratischen Rechte zu kämpfen. Wir fordern die westdeutschen Studenten auf, diesen Kampf mit solidarischen Aktionen zu unterstützen. Wir fordern den Verband Deutscher Studentenschaften auf, sich mit diesen Aktionen gegenüber den staatlichen Stellen zu solidarisieren.
5. Wir fordern die Studenten aller westdeutschen und Westberliner Hochschulen auf, Aktionsgruppen zu bilden, die innerhalb und außerhalb der Universität alle antidemokratischen und autoritären Übergriffe feststellen und mit allen juristischen, publizistischen und Politischen Mitteln verfolgen. Diese Aktionsgruppen sollen Zentren der rationalen und realdemokratischen Aufklärung und Aktion werden, durch die die verfestigten und politischen Verhältnisse in Bewegung gebracht und mit maximaler Beteiligung der Bevölkerung verändert werden können.
6. Wir fordern die Enteignung des die politische Meinungsbildung monopolistisch beherrschenden Springerkonzerns, weil allein eine informierte eine kritische Öffentlichkeit sein kann, in der das nach der Verfassung souveräne Volk wirklich seine gesellschaftlichen und politischen Konflikte selbst lösen kann.

## **SDS Hamburg, Öff. Arbeitstagung: Polizeistaat und Ordinariuniversität**

**Dienstag, 11.6.67, 19.00 Uhr, Mensa II**

ÖFEEENTLICHE ARBEITSTAGUNG DES HAMBURGER SDS:

Polizeistaat und Ordinariuniversität

1. Die bisherige Lage in Hamburg

- a) Die "Mitbestimmung" studentischer Vertreter in akademische Gremien (Wilmeroth 2. Asta-Vorsitzender)
  - b) Das "neue" Hochschulgesetz Helga Bauer 1. Asta-Vorsitzende
  - c) Wider ein politisches Mandat (Pätzhold, Polit-Refent d. Asta)
2. Antiautoritäre studentische Kampfmittel
- a) Boykott
  - b) Seminarräte
  - c) Räte-seminare
3. Ansätze zur Politisierung der Wissenschaften
- a) VWL und Politökonomie (E. Dogas, Mike, Zorer)
  - b) Wertfreie Medizin (Karl Fabig)
  - c) Germanistik und Deutschtum (Peter Schütt)
  - d) Apolitische Politologie und Sozioideologie (Jens Litten)
  - e) Pädokratik und Volksverdummung (Reuß, Oberlercher)
  - f) Napalm-Chemie (Peter Köll)

[Rückseite als Grafik eingescannt: 1967 Flugblatt Notstandsgesetze 26.6.67]

SDS Hamburg, Mitgliederrundschreiben Nr. 3 14.6.1967

Sozialistischer Deutscher Studentenbund  
 2 Hamburg 13  
 Von-Melle - Park 17  
 Tel. 41 84 88

Hamburg, den 14. 6. 67

### **Mitgliederrundschreiben Nr. 3 - 1967**

Liebe Genossinnen und Genossen!

Hiermit laden wir Euch zur 2. Mitgliederversammlung des SDS- Landesverbandes Hamburg im SS 1967 ein:

Datum: 21. 6. 67

Zeit : 19.00-24.00 Uhr

Ort: Mensa II, Studentenhaus im Von-Melle-Park

#### Tagesordnung:

1. Neuaufnahmen
2. Kurzberichte über den Schülerkongress in Frankfurt von 17.5. (Peter Flak, Peter Badekow)
3. Stellung des SDS an der Hochschule
  - a) Kurzreferat von Karl Fabig.
  - b) " eines Mitglieds der Akademiegruppe (NN)
  - c) Diskussion
4. Stellung des SDS in der Öffentlichkeit (Presse, Polizei usw.)
5. Organisationsdebatte
  - a) Kurzreferate von D. Siefer, P. Köll
  - b) Diskussion
6. "Kommune" - Diskussion
  - a) Kursreferate von E. Neckermann und Karin Zandt
  - b) Diskussion (Beitrag von Oberlercher)

## 7. Verschiedenes

(u.a. Diskussion über den Arbeitskreis I: Einführung in die sozialistische Theorie)

### Die Beschlüsse der MV vom 23.5.67

Der Mitgliedsbeitrag von 6,-DM pro Semester wird auf 15 DM pro Semester heraufgesetzt, (Bank für Gemeinwirtschaft 36560, Pschkto, 244490 - Hamburg)

Wer an 15. Februar oder 15. Juli eines Jahres mit seinem Beitrag mehr als ein Jahr im Rückstand ist, verliert seine Mitgliedschaft in SDS.

bw.

3. Es wird ein Aktionsausschuß gebildet. Aufgabe: Satzungsänderung und Ausarbeitung von Vorschlägen für eine effektivere Arbeitsorganisation des SDS.

Auf Vorschlag und freiwillig wollen im Aktionsausschuß arbeiten:

E. Zorer, D. Siefert, P. Badekow, E. Neckermann, M. Koebel und U. Keßner.

Wir erinnern an die noch geltenden Beschlüsse der MV vom 15. 11. 65:

(1) Die Beiträge für das jeweilige Semester sollen bis zum 15. Febr. bzw., 15. Juli bezahlt werden,

(2) Wer den Zahlungstermin versäumt hat, verliert bis zur nachträglichen Beitragszahlung das Stimmrecht auf der Landesversammlung,

Noch ein paar Hinweise:

Der Arbeitskreis I, Einführung in die sozialistische Theorie, wurde inhaltlich wie organisatorisch geändert, Wir richten uns hauptsächlich nach dem Arbeitskreismodell aus München, wie es in der SDS-Korrespondenz Nr. 6 beschrieben und detailliert aufgebaut ist. Näheres auf der MV, für Interessenten schon am Montag,

15.6.67

ab 10,00 öffentliche Parlamentssitzung in der Mensa II über die Vorfälle in Berlin und Hamburg anlässlich des Schahbesuchs.

ab 20.00 ins PI ein Podiumsdiskussion über die Vorfälle in Hamburg (einschließlich "Verhältnis Polizei - Studenten) mit dem Polizeipräsidenten Dr. Frenzel, Kommandeur der Schutzpolizei Leddin, 1. ASTA-Vors. Frl. Bauer, ex-Vize(-Präsident) Otto und ex-Asta- Vize H. Behlmer (Oberleutnant d. R. u, Demonstrationsspezie, s, auch auditorium),

16.6.67

ab 20.00 "teach-in" im Audi-max "Studentenverfolgung und Hochschulreform" (u. a. mit Knut Nevermann, Kai Hermann, Prof. Dr. Röder)

Unser "jour-fix" entfällt am 17. 6., der SDS macht sich ein schönes Wochenende.

In Köln findet ein Landeseminar statt (an der jeder teilnehmen kann), Thema: "Außerparlamentarische Opposition und sozialistische Politik". Es werden dort referieren:

1. Eberhard Dähne für die AS0

2. Horst Kapluck vom Initiativausschuss zur Wiederezulassung der KPD

3. Frank Werkmeister zum Verhältnis von SDS und Kampagne f. Abrüst.

4. ein Mitglied des Bundesvorstandes der LFU,

Übernachtung und Verpflegung für beide Tage (24. Juni 14 Uhr - 25. 6.) kostet: DM 10,50.

Ein Fahrtkostenzuschuss kann bis zu DM 10,- gewährt werden, Anmeldung und Informationen bei:

Elisabeth Bessau

5 Köln-Sülze, Zülpicher Str. 309

Eine Nahost - Erklärung des BV wird auf der MV verteilt!

Der BV arbeitet an einer neuen - ausführlicheren und sucht dazu Nahost-Spezialisten.

Bis zur MV mit freundlichen Grüßen  
K. Fabig  
A. Milz

SDS-BV, 23 66/67, 21.6.67

SDS Hamburg, Mitgliederrundschreiben Nr. 5 25.6.1967  
Notstandsgesetze und Vietnamkrieg  
Protokoll SDS-MV 21.6.67

Sozialistischer Deutscher Studentenbund  
-Landesverband, Hamburg-  
2 Hamburg13  
Von-Melle -Park 17

25.6.67  
Tel. 418488  
Pschkto. 244490  
BfG. 36668

### **Mitgliederrundschreiben Nr. 5 1967**

Liebe Genossinnen und Genossen:

In den nächsten Wochen wird der SDS-Landesverband Hamburg beweisen müssen, ob er zu geschlossenen politischen Handlungen fähig ist oder auf dem Stand der (auf der MV bewiesenen) verbalen Aktion stehen bleibt. Die Zeit Ende Juni - Anfang Juli wird unter zwei vorrangigen Themen stehen:

#### **NOTSTANDSGESETZE UND VIETNAMKRIEG**

Zu den NOTSTANDSGESETZEN:

1. Seit Donnerstag, den 23. 6. 67 steht vor der Außenwand des Wiso-Gebäudes ein Informationsstand (Wandzeitungen, Bücher, Broschüren u. Flugblätter) bis zum nächsten Donnerstag, und wird dann vom VIETNAM- Informationsstand abgelöst werden. SDSler bitte am Stand zu Verkauf und Diskussion einfinden (zwischen 10-30 und 18.30)!
2. Am Montag, den 26. 6. 67 um 20.00 Uhr wird im Wiso-Gebäude der ASTA, ein "Notstands- teach - in veranstalten. Teilnehmer, ASTA, HCDS, SHB u. SDS (Dirk Siefer).
3. Am 27.7.67 ab 16.00 Uhr wird der SDS sich an der "Beschlagnahmt" Aktion der Kampagne beteiligen (es werden polizeiverordnungsähnliche Zettel an den Windschutzscheiben der parkenden Autos geheftet). Außerdem werden Flugblätter und "Gasmasken" an die in die Innenstadt Spazierenden ausgestellt. Alle SDS'ler müssen an dieser Aktion teilnehmen. Jeder sollte andere Gruppen und Studenten zum Mitgehen auffordern; Treffpunkt: am Informationsstand, für Ausrüstung ist gesorgt.
4. Der Notstandsreferent des BV, K. H. Roth, hat uns bei seinem Besuch im SDS-Zentrum dringend gebeten- wie alle anderen SDS-Gruppen- am 28.6.67 in Bonn an einer großen Notstandskundgebung- und demonstration teilzunehmen. Wir müssen bereits um 9.00 morgens in Bonn sein. Die Fahrt beginnt um 0.30.vom SDS-Zentrum.  
Interessenten (PKW-Fahrer u.a., bis Dienstag um 14.00 bei A. Milz oder am Informationsstand melden). Dringend andere Studenten anheuern! Wir wollen für diese Fahrt einen Bus mieten.

Zu VIETNAM:

- I. Am Donnerstag, den 29.6.67 wird der Vietnam-Infostand errichtet. Verantwortlich ist dafür Peter Flak. Von Anfang der Woche an muß ein umfangreiches Material geordnet und analysiert werden. Die Texte müssen auf die Wandzeitung geschrieben werden. Außerdem müssen viele Schriften abgezogen werden; Schreibkräfte sind besonders gesucht,

II. Am Freitag, dem 30.6.67 wollen wir den amerikanischen Flugzeugträger "Essex" bewundern. Näheres im Laufe der Woche.

III. Prof. Abendroth, der als Völkerrechtler dem Vietnamtribunal in Stockholm teilnahm, wurde von uns zu einem Vortrag eingeladen. Die Zusage steht noch aus.

IV. Am 4. Juli um 19.00 Uhr wird eine Vietnam-Kundgebung auf dem Platz vor dem SDS-Zentrum stattfinden. Voraussichtliche Teilnehmer: Peter Schütt, Heike Scholz -Doutinee, Peter Rühmkorf, 1 SDS'ler.

Statt der gewünschten MV in 14 Tagen werden wir eine **ÖFFENTLICHE ARBEITSTAGUNG DES HAMBURGER SDS** abhalten, Thema:

"Polizeistaat und Ordinarienuniversität"

Themenkatalog siehe Rückseite des Flugblatts zum Notstands Info-Stand. Zeit; 11.7.67, Ort; Mensa II (wahrscheinlich), sonst siehe Plakat.

19.00 Uhr-0.00Uhr

Mit freundlichen Grüßen

K. Fabig, A. Milz

## **PROTOKOLL**

### **der Mitgliederversammlung vom 21.6.67**

von Petra Sellenschloh

1. (TOP 1) Neuaufnahmen: Günther Koch, Harald Ebbinghaus, Bärbel Kamler, Gustav Köhler, Hans-Joachim Kühn, Thomas Schwieger,

2. (TOP 2) Schülerkongreß: Bericht von Peter Badekow und eine Ergänzung von Hans-Martin Zywiets.

Peter berichtete über ein Grundsatzreferat, Seine Kritik ging dahin, daß der Schülerbund als ein sozialistischer nicht ausführlich und fundiert genug definiert wurde, Seiner Meinung nach lag das Schwergewicht der Forderungen, die auf dem Schülerkongreß diskutiert wurden, zu sehr auf dem Sexualunterricht und auf außenpolitischen Fragen, wie dem Vietnamkrieg; die rein innerschulischen Probleme, Demokratisierung der Schule, Mitbestimmung der Schüler in der Planung und Inhaltsgebung des Unterrichts wurden dagegen zu kurz behandelt.

Hans-Martin betonte, daß es seiner Meinung nach verfehlt sei, eine SDS-Diskussion über die Auseinandersetzungen zwischen der Sowjetunion und China in den Schülerkongreß zu tragen,

3. Diskussion: Es wurde hauptsächlich die Rolle des SDS in der AUSS diskutiert,

4. J. Litten (2.Bundesvorsitzender des SHB) verlas einen von ihm verfaßten Artikel (aus "Frontal"), der das Verhältnis zwischen SDS und SHB behandelt.

5. In der anschließenden Diskussion wurde über eine mögliche zukünftige Zusammenarbeit zwischen dem SDS und dem SIIB gesprochen. Hauptfragen an J. Litten betrafen die Möglichkeit der politischen Arbeit des SHB als Partei-integrierte Hochschulgruppe,

6. (TOP 3) Kurzreferat von K. Fabig über die Stellung des SDS in der Hochschule,

7. Diskussion: Rhetorisches Versagen einiger SDS-Mitglieder in öffentlichen Diskussionen. Es wurde hier und im Laufe des Abends Kritik an der falschen Konzeption oder Konzeptlosigkeit des SDS laut,

8. (TOP 3) Organisationsdebatte: a) Kurzreferat von P. Köll:

1. Einteilung der Mitglieder in Arbeitsgruppen.

2. Nicht die theoretische Schulung, sondern engagierte Aktionen sollten im Vordergrund stehen.

b) Kurzreferat von K. Fabig:

1. Um eine größere Effektivität des SDS zu erreichen, könnten Aktionsgruppen nützlich sein,

2. Themenvorschläge für die Aktionsgruppen

3. Arbeitsmethoden der Gruppen: (Sammeln von Literatur: Zeitungsausschnitte, Bücher, Kontakte mit anderen SDS-Gruppen, mit SDS nahe-

stehenden Organisationen, Hochschulgruppen und Professoren; regelmäßiger Rechenschaftsbericht der einzelnen Aktionsgruppen vor der Mitgliederschaft.

9. Kritik an der Bildung von Arbeitsgruppen.

10. (TOP 6) "Kommune"-Diskussion wurde aus Zeitmangel abgesetzt.

### **Unsere Notstandsgesetze sind in Gefahr (Flugblatt)**

AVO AVO AVO AVO AVO AVO ...

AUFRUF

Unsere Notstandsgesetze sind in Gefahr!

Die Kreise, die sich mit den Notstandsgesetzen kritisch befassen, sind bekanntlich kommunistisch unterwandert, ihnen angehörende Professoren meist gutgläubige Idealisten oder gefährliche Demagogen.

Die Behauptung, die Notstandsgesetze schränken die Grundrechte ein, ist unwahr, wahr ist vielmehr, daß uns zur Erhaltung der gegenwärtig in der Bundesrepublik Deutschland herrschenden Zustände kein Opfer zu groß sein darf.

Verkennen Sie nicht den Ernst der Lage!! Die Lage war noch nie so ernst! !

Unter dem Vorwand, Sie informieren zu wollen, werden Ihnen Teile der Notstandsgesetze zitiert, die zwar tatsächlich existieren, die aber - wie Sie leicht denken können - nicht so gemeint sind. Gehen Sie solcher Information aus dem Wege. Besuchen Sie auch keine "Podiumsdiskussionen" oder gar "Teach-ins", auf denen die Notstandsgesetze nur zerredet werden. (Dazu gehört beispielsweise auch das AStA-Teach-in mit Dr. Fritz J. Raddatz, Hinrich Oetjen (IG-Chemie!) und übrigens auch mit Beteiligung des SDS (!), das heute abend um 20 Uhr im Wi-So-Hörsaal stattfindet).

Sie geraten nur auf eine schiefe, undemokratische Bahn. Vertrauen Sie der Obrigkeit, die stets unser Bestes will, - oder wollen Sie auch nur Trittbrettfahrer unseres Staates sein?? Beweisen Sie Ihre positiv-konstruktive Einstellung, mißbrauchen Sie Ihre Freiheit nicht zu negativer Kritik, nörgeln Sie nicht!

Seien Sie großzügig, Ihre Freiheit wird am sichersten durch die Notstandsgesetze aufgehoben sein!

A V O

(Aktion Vertrauen zur Obrigkeit)

Ortsgruppe Hamburg

Teach-in Notstandsgesetze 26.7.67 WiSo-Hörsaal

**ASTA HH: Zeugenaussagen zum Schahbesuch**

ALLGEMEINER STUDENTENAUSSCHUSS DER UNIVERSITÄT HAMBURG

Sehr geehrte Damen und Herren!

Während des Schah-Besuchs in der Bundesrepublik und Westberlin kam es in fast allen Städten der Reise zu Ausschreitungen. In Berlin und Hamburg erreichten diese Ausschreitungen ihren traurigen Höhepunkt.

Über die Vorfälle in Berlin ist bisher so viel berichtet worden, daß wir uns auf die Vorfälle in Hamburg beschränken wollen.

In Hamburg demonstrierten Studenten und Bürger dieser Stadt auf dem Rathausmarkt und der Staatsoper sowohl für als auch gegen den Schah.

Sie werden aus den folgenden Zeugenaussagen ersehen können, wie es den Demonstranten erging, allerdings nur den Schah-Gegnern, nicht den Schah-Bejublern.

Beide Gruppen machten von ihrem legitimen Recht der freien Meinungsäußerung Gebrauch. Die einen wurden geschlagen, die anderen wurden begünstigt. Ist es noch demokratisch zu nennen, wenn bei gleichem Sachverhalt mit verschiedenem Maße gerichtet wird. Wir verurteilen deshalb die verantwortlichen Politiker und die Polizei für die Art ihres Vorgehens. Bisher konnten Sie aus der Presse nur die Stellungnahmen des Senats und der Polizei entnehmen. Aus diesem Grunde übergeben wir Ihnen diese Zusammenstellung von Zeugenaussagen.

## **DOKUMENTATION**

### **Zusammenstellung von Zeugenaussagen anlässlich der Vorfälle während des Schahbesuchs in der FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG**

#### ZUR INFORMATION DER PRESSE

Augenzeugenprotokolle anlässlich des Schahbesuchs am 3.Juni 1967

##### Nr. 1

Ich stand zusammen mit meiner Frau bei den Demonstranten an der Staatsoper. Wir waren als Passanten dort und gehörten nicht zu den Demonstrierenden. Die Demonstranten piffen, schrieten Sprechchöre, schwenkten Fähnchen, trafen jedoch keine Anstalten, den Polizisten gegenüber tötlich zu werden. Ich habe gesehen, daß die berittene Polizei und die Polizei zu Fuß plötzlich gegen die Demonstranten vorgingen, ohne daß zuvor durch Lautsprecher die Demonstranten zur Räumung des Platzes aufgefordert worden wären. Eine Lautsprecherwarnung: "Bitte räumen Sie den Platz" erging erst später, nachdem die Polizei bereits gegen die Demonstranten Gewalt angewendet hatte.

Utz Peter Reich, Dipl.-Phys.  
2 Hamburg 13, Werderstr.67

##### Nr. 2

Berittene Polizei ging plötzlich und ohne vorherige Warnung gegen das Publikum vor. Polizisten ritten mit ihren Pferden rücksichtslos in die Menschenmenge hinein, die keine Möglichkeit zum Ausweichen hatte. Als Protest gegen dieses Vorgehen ließ sich eine Gruppe von Demonstranten zu einem Sitzstreik nieder. Daraufhin ritten Polizisten wahllos in die sitzenden Menschengruppen hinein. Zwei Passanten, die versuchten, sich zu entfernen, wurden brutal niedergedrückt. Einer von ihnen mußte im Krankenwagen abtransportiert werden.

Andrea Wieland, stud.  
2 HH 5o, Bernstdorfstr. 159

##### Nr. 3

Ich stand in der Nähe der Staatsoper in der Menge auf dem Gehsteig. Eine Kette von Polizisten rückte gegen das Publikum vor. Plötzlich stürmte ein Trupp von sechs Polizisten nach vorne und begann wahllos, mit Knüppeln auf die Menschen einzuprügeln. Verschiedene kamen zu Fall, die Polizei ließ von den wehrlos am Boden Liegenden jedoch nicht ab, sondern prügelte barbarisch weiter auf sie ein. Einer von ihnen lag auf dem Rücken.

Dorothee Otte, stud. päd.  
2 HH 36, Pilatuspool 13

- 2 -

##### Nr. 4

Kurz nach 19 Uhr sprangen ohne jede Verwarnung plötzlich Polizisten über die Barrieren und schlugen rücksichtslos auf die Demonstranten ein. Die Menge wurde mit Hilfe berittener Po-

lizei in Richtung auf die Kreuzung Dammtorstr./Esplanade zurückgetrieben. Es wurde mit Gummiknüppeln geprügelt. Berittene Polizisten gingen gegen die Sitzenden vor.

Adalbert Kuhlwein, stud.

2 HH 2o, Bismarckstr. 167

b. Tautenhein

Nr. 5

Als die Kette der Polizisten ohne Warnungen gegen das Publikum vorrückte, wurde ein Bekannter von mir so gegen die Menge gedrängt, daß er nicht mehr weiter zurückweichen konnte. Ich sah, wie ein Polizist auf ihn zuing und ihn mehrmals mit den Pausten in den Leib schlug. Ich lief hinzu und rief meinem Bekannten zu: "laß Dir die Nummer geben." Der Polizist rief: "Haltet die Presse! Scheiß auf Dienstnummer!" und schlug noch mehrfach auf meinen Bekannten ein.

Wolfgang Schulze, stud.phil.

2 HH 13, Bornstr. 6 b. Speck

Nr. 6

Das Protestgeschrei der links und rechts von den Absperrungen dicht gepfercht stehenden Demonstrantenmenge hielt an. Die rechts vorgerittenen Polizeipferde werden nervös. Nach wenigen Minuten ohne jede Ankündigung löst sich der Polizeikordon vor der rechten Gruppe, macht den Reitern Platz, die sofort und ohne Warnung in die Menschenmenge hineinreiten. Infolge der Enge fallen viele, werden getreten, mitgeschleift. Manche retten sich kopfüber über die stehengebliebenen Absperrungen in die verbotene Zone. Während Polizisten zu Fuß den Pferden nachdrängen und mit Gummiknüppeln und Fäusten auf die Menschen einschlagen, die teilweise überhaupt nicht von der Stelle können,- spielen sich die übelsten Szenen hinten ab. Hier werden einzelne, die durch den Kordon getropft sind, oder sich zuerst über die Barrieren gerettet haben, von Polizisten sofort angegriffen, vereinzelt geschlagen und in den tobenden Kessel zwischen die Pferde und flüchtenden Menschen mit Judogriffen durch die Luft zurückbefördert. Ekelhaft ist dabei das Auftreten von Polizei in Zivil. Sie schlagen teilweise sofort zu, wenden Judogriffe an, die die Menschen zu Fall bringen. Die Betroffenen sind völlig verduzt. Selbst noch ganz benommen von

- 3 -

der Reiterattacke halten sich die Zivilisten ebenfalls für davongekommene Opfer, bis sie deren Paust im Gesicht haben.

M.B., Gerichtsreferendar Name u. Anschrift sind der Redaktion des "autitorium" bekannt)

Nr. 7

Die Menge stand hinter der Absperrkette, schwenkte schwarze Fähnchen und rief: "Nieder mit dem Schah-Regime", "Mörder", etc.. Plötzlich stürmte aus dem Hintergrund eine Gruppe von Polizisten, knüppelschwingend und boxend in die Menge der Demonstranten. Dabei wurden Demonstranten von der Polizei eingekeilt, einzelne wurden jeweils von mehreren Polizisten umringt, mit Knüppeln geprügelt und mit den Fäusten geschlagen. Ich sah, wie ein Polizist einen Demonstranten, der keine Anstalten traf, sich zu wehren, mit der Paust heftig ins Gesicht schlug, so daß ihm sofort das Blut aus der Nase lief. Derartige Vorstöße der Polizei in die Menge wiederholten sich, wobei mehrmals auch junge Mädchen überrannt und geschlagen wurden.

Dietmar Schmidt, stud. phil.

2 Hamburg 13, Von-Melle-P-ark 17

Nr. 8

Ich stand in der Nähe des Botanischen Gartens. Ich sah, wie eine etwa acht bis zehn Mann starke Polizeigruppe in die Menge vorstürzte und sich einzelne Demonstranten griff. Aus nächster Nähe beobachtete ich, wie einer der Polizisten einen der ergriffenen Demonstranten umherstieß und brutal mit dem Gummiknüppel auf ihn einschlug. Der Geschlagene leistete keinen Widerstand. Die Polizisten zogen sich kurz zurück, stießen aber gleich wieder vor und der betreffende Polizist prügelte erneut auf denselben hilflosen Demonstranten ein. an einer anderen Stelle wurde ich Zeuge, wie ein berittener Polizist und zwei Beamte einen jungen Mann an einen Pfosten drängten und ihn auf brutale Weise rücklings über ein Geländer schleuderten.

Uwe Wandrey, Wiss. Mitarb.  
2 HH 22, Oberaltenallee 72

Nr. 9

Uniformierte Polizisten gingen von den Absperrungen aus keilförmig in die Gruppen der Rufenden vor. Darauf nahmen sie anscheinend willkürlich Leute fest, die den Eindruck machen konnten, Ausländer zu sein. Die Pestgenommenen wurden jeweils von mehreren Polizeibeamten irgendwelchen Anlaß und ohne Gegenwehr brutal behandelt. An die Verhaftung eines iranischen Kommilitonen erinnere ich mich besonders. Er hatte sich durch nichts

-4-

hervorgetan, wurde von sechs oder sieben Polizisten gepackt, an den Haaren gezogen, ihm wurden die Ohren umgedreht, die Arme wurden ihm gewaltsam auf dem Rücken verschränkt, dazu wurden ihm noch gezielte Fausthiebe versetzt. Nach Dienstnummer befragt, lachten die Polizisten höhnisch, einer holte zum Schlag aus und sagte: "Die kannst du gleich haben." Ernst Zorer, stud.rer.pol 2 HH 33, Ruthsweg 8/III

Nr. 10

Ich befand mich vor den Absperrungen an der Ecke des Stephanskellers. Ich beobachtete folgendes aus nächster Nähe: Mehrere Demonstranten versuchten, mit einem Kriminalbeamten (kenntlich durch die blaue Nadel am Revers sowie durch dauernde Zusammenarbeit mit den uniformierten Polizisten sowohl vorher als auch nachher) ein Gespräch über das bisherige Vorgehen der Polizei und über den Anlaß der Demonstrationen im Allgemeinen zu führen. Es stellte sich heraus, daß an ein Gespräch nicht zu denken war, da der Beamte keinerlei sachliche Ausführungen machte, sondern nur heftig schimpfte. Der Wortwechsel wurde immer heftiger, ohne daß jedoch von unserer Seite ein Versuch unternommen wurde, die Barrieren zu übersteigen oder über sie hinweg den Beamten anzugreifen. Dennoch wurde er von Minute zu Minute wilder und wütender, bis er plötzlich mit der rechten Hand unter das Jackett griff, einen Revolver hervorzog, ihn entscherte und damit mehrmals drohend in unserer Richtung herumfuchtelte. Was er dabei rief, konnte ich nicht verstehen, denn beim Auftauchen der Pistole brachen die Umstehenden in Empörung aus. Der Beamte hatte inzwischen die Pistole wieder unter seiner Jacke plaziert, und wir versuchten, einen uniformierten Polizisten zu veranlassen, daß er gegen diesen Zivilbeamten einschreite. Er tat aber nichts dergleichen, sondern drängte ihn nur sacht einige Meter nach rückwärts hinter andere Beamte, sodaß er zunächst nicht mehr sichtbar war. Vorher (und auch nachher) gelang es jedoch ihm zu fotografieren.

Hans Peter Herbst, stud. phil 2 HH 13-, Schlüterstr. 74

Nr. 11

Zeuge: Siegfried Meuß, stud. päd. 2 HH 13, von-Melle-Park

Ich sah, wie vier Polizisten einen buh-rufenden Demonstranten mit gezückten Knüppeln umringten. Der Demonstrant traf keine Anstalten, Widerstand zu leisten oder zu fliehen. Die Po-

lizisten deckten ihn mit einem Hagel von Schlägen und kurzen Boxhieben ein, bis er zu Boden ging. Dann wurde er an den Haaren gerissen. und in einem brutalen Polizeigriff abgeführt.

-5-

Nr. 12

Ich beobachtete während der Demonstration einen Zivilisten, von dem ich den Eindruck gewann, daß es sich um einen Polizeibeamten in Zivil handelte. Dann sah ich, wie er plötzlich auf einen Passanten lossprang, ihm das Knie in den Unterleib stieß und ihn mit Fausthieben mißhandelte. Alle Bemühungen, Polizisten dazu zu veranlassen, seine Personalien aufzunehmen, blieben vergebens.

Helga Beekhuis, stud. phil. 2 HH 13, Johnsallee 41

Nr. 13

In meiner Nähe standen zwei Zivilisten, die ich nach ihrem ganzen Verhalten für Polizeibeamte in Zivil hielt. Als ich pfiFF, boxte mir einer von ihnen in den Leib. Der andere rief: "Diese Schweine sollte man umbringen". Am nächsten Tag sah ich bei der Abreise des Schahs am Dammtorbahnhof dieselben Zivilisten, als einer von ihnen einen Demonstranten verprügelte und zu Boden schlug. Der Angegriffene rief nach der Polizei um Hilfe. Diese kümmerten sich jedoch nicht um den Schläger, sondern verhaftete den Geschlagenen.

E.G., stud. theol.

Name und Anschrift sind der Redaktion des "auditorium" bekannt.

Nr. 14

Ein Polizist aus der Absperrkette trat mir auf die Füße. Ich sagte; "Gehen Sie von meinen Füßen herunter". Daraufhin boxte er mich zweimal gegen die Brust. Ich forderte ihn auf, seine Dienstnummer zu nennen. Daraufhin boxte er mich gegen den Kopf.

Joachim Wegener, stud. 17c 2 HH 33, Otto-Speckter-Str.

Nr. 15

Ich stand auf dem Gehweg vor dem Botanischen Garten bei einer kleinen Gruppe von Demonstranten. Zu Tötlichkeiten von Seiten der Demonstranten war es in meiner Umgebung nirgends gekommen. Es wurde nur geschrien und gepfiffen. Ich hatte eine Trillerpfeife und pfiFF. Unvermutet tauchten zwei Polizisten vor mir auf. Der eine, ca. 50 Jahre alt, schlug mir mit der Faust die Trillerpfeife zwischen die Zähne und schrie mich an: "Nimm das Ding weg."

Martha Christine Repp, Kunsthochschule 2 HH 39, Mühlenkamp 63

-6-

Nr. 16

Ein Polizist verbot mir das Pfeifen. Als ich trotzdem pfiFF, wurde sofort nach mir geschlagen. Ich verlangte die Dienstnummer. Daraufhin sagte der Beamte: "Ich werde Ihnen was husten". Matthias Rentsch Bremen, Wielandstr. 21 Punk-Redakteur

Nr. 17

Ich stand an einer Stelle, wo nur wenige Zuschauer die Barrieren säumten größtenteils ganz offensichtlich Passanten. Als der Schah vorbeifuhr, ertönten vereinzelt schwache PfiFFe. Ich sah, wie ein kräftig gebauter Mann auf ein junges Mädchen, eine Brillenträgerin zuschoß, und ihr mit wilder, unbeherrschter Gewalt ins Gesicht schlug. Der Schlag war so heftig, daß ich trotz des vom Rathausmarkt inzwischen herüberdringenden Lärms noch aus ca. 15-20 Meter Entfernung das Klatschen hörte. Ich versuchte sofort, die Personalien des Täters festzustellen.

Ich habe mindestens acht Polizisten deswegen angesprochen, Diese weigerten sich entweder sofort oder spätestens nachdem sie der Person des Täters ansichtig wurden, dessen Personalien aufzunehmen, stattdessen wurde das Mädchen von einem Beamten in Zivil festgenommen, Später erfuhr ich, daß auch der Täter ein Beamter in Zivil war. Er versuchte, mir vorzuspiegeln, er trage weder einen Ausweis noch ein anderes Legitimationsmittel bei sich. Später sah ich auf dem Rathausmarkt, wie ein Mann, der ganz offensichtlich als Pressefotograf dort war, von mehreren Beamten an Armen und Beinen festgehalten und in dieser wehrlosen Lage von anderen sinnlos geschlagen wurde. Ein Beamter trat nach ihm.

Kai von Brigalski, stud. iur., 2 HH 13, Bundesstr. 32.

Nr. 18

Die Demonstranten piffen und riefen Sprechchöre. Plötzlich stürmte ein Trupp Polizisten auf die Demonstranten zu, die sofort die Flucht ergriffen. Ich sah, wie einer der Fliehenden zu Pall kam. Sofort stürzten sich etwa fünf bis sechs Polizisten auf den am Boden liegenden. Sie traten ihn mit Füßen, zerrten an seiner Kleidung. Während er von anderen festgehalten wurde, schlug ein Polizist wütend mit dem Gummiknüppel auf ihn ein.

Dann wurde er hochgezogen und von mehreren Polizisten gleichzeitig mit den Fäusten geschlagen. Er wurde- in den Leib geboxt und erhielt gezielte Schläge an den Kopf. Ich würde schätzen, daß insgesamt über eine Minute auf ihn eingedroschen wurde, ohne daß er versuchte, sich zu wehren.

Erhard Neckermann, stud.phil.

2 HH 13, Von-Melle-Park 17

Nr. 19

Ein Trupp von Polizisten jagte Demonstranten über den Rathausmarkt. Ich sah, wie ein Foto-reporter von etwa fünf bis sechs Polizisten angegriffen und zu Boden geworfen wurde. Die Polizisten schlugen heftig und andauernd auf den Liegenden ein, der keinen Widerstand leistete. Ich sah, wie ihm das Blut aus der Nase lief.

Rolf Parpart, stud.

2 HH 68, Zinnkrautweg 10

Nr. 20

Bevor der Befehl zur Auflösung der Demonstration gegeben war, sah ich, daß Innensenator H. Ruhnau zu dem neben dem Portal postierten Einsatzwagen ging, von denen der Einsatz offensichtlich geleitet wurde. Daß der Befehl von seiner Seite ausging, bestätigte auch ein Gespräch, das ich mit einem der Polizeibeamten führte, der an der Räumungsaktion beteiligt war. Er sagte, der Befehl sei "von Gästen" gekommen, die durch die Demonstration "gestört" worden seien.

Nachdem der Rathausmarkt geräumt worden war, wurde ich von einem Beamten höheren Dienstgrades, der von mehreren Untergebenen begleitet wurde, zusammen mit einem anderen jungen Mann, der offensichtlich auf die Straßenbahn wartete, in handgreiflicher Weise von der Straßenbahninsel vertrieben, und zwar in Richtung zum Zebrastreifen längs des Reesendamms. Als sich der junge Mann beschwerte und fragte, mit welchem Recht der Beamte ihn überhaupt anfasse, antwortete dieser, indem er wiederholt zuschlug, das wollten "wir doch einmal sehen, wer hier ein Recht habe". Zuletzt wurden wir auf den Zebrastreifen gestoßen, vor dem eine Autokolonne wartete. Ich war kaum im ersten Drittel des Streifens angelangt, als der Beamte den wartenden Autos durch Pfeifen und Zurufe den Befehl zum Anfahren gab.

Obwohl die Autos nur langsam anfuhrten, konnten wir uns nur durch schnellstes Rennen auf den gegenüberliegenden Bürgersteig retten

Rüdiger von Hanxleden 2 HH 50, Königstr. 30 (als Zeuge: Hans-Peter Herbst 2 HH 13, Schlüterstr. 74)

Nr. 21

Ich befand mich auf dem Rathausmarkt in meiner Eigenschaft als Chef-Redakteur des " auditorium ", Hamburg, um Aufnahmen zu machen. Ich trug keine Transparente und beteiligte mich auch nicht an den Sprechchören. Bei dem Versuch, eine Festnahme zu fotografieren, wurde ich von dem daran beteiligten Polizisten daran gehindert, indem man mir die Hand vor das Objektiv hielt und mir den Arm wegschlug. Ich bat einen der Beamten um seine Dienstnummer. Dies wurde mir verweigert. Stattdessen wurde ich festgenommen, dabei rief ein Beamter: "Scheißpresse". Auf dem Weg durch den Innenhof des Rathauses versuchte ich, meinen Presseausweis vorzuzeigen. Ein Polizeibeamter entriß ihn mir und zerknüllte ihn. Ich wurde dreizehn Stunden ohne Erklärung festgehalten. Bei meiner Freilassung wurde mir mitgeteilt, ich hätte gegen § 103 StGB verstoßen. Auf der Revierwache 11 sagte ein Polizeibeamter: "Halten Sie's Maul, dumme Jungs. Das nächste Mal machen wir es wie in Berlin."

Holger Oehrens, stud. phil.

2 HH 61, Friedr.-Ebert-Str. 52

Chefredakteur des "auditorium"

Nr. 22

Ich stand an der Straßenbahnhaltestelle auf dem Rathausmarkt und wartete auf die Straßenbahn. Plötzlich stürzten in regelloser Flucht Demonstranten über den Rathausmarkt, verfolgt von einer Kette von Polizisten, die wild auf einzelne Demonstranten einprügelten. In meiner Nähe wurde ein Fotoreporter von mehreren Polizeibeamten angegriffen, geschlagen, an Armen und Beinen festgehalten und mit dem Gesicht auf die Erde geschleudert. Außerdem sah ich, wie in meiner unmittelbaren Nähe auch der Kommandeur der Schutzpolizei, Leddin, einen Demonstranten geschlagen hat. Gleich darauf wurde ich selber ebenfalls von Polizisten angegriffen. Ich versuchte zu erklären, daß ich nur auf die Straßenbahn wartete. Daraufhin wurde ich an den Haaren gezerrt und zu Boden geschleudert. Ein Beamter rief: "Verhaften, verhaften !"

Petra Sellenschloh, stud. päd.

2 HH 62, Goetkensweg 2

Nr. 23

Auf dem Rathausmarkt wurde ich Zeuge folgender Szenen: Ein Teil der Demonstranten hatte sich zu einem Sitzstreik auf dem Rathausmarkt niedergelassen.. Die Polizei griff sich aus den Demonstranten, die keinen Widerstand leisteten, gezielt einzelne heraus. Ich beobachtete, wie drei Polizisten einen Perser ergriffen und in heftiger Erregung auf ihn einprügelten. Sie liesen nach einer Weile von ihm ab, kurz darauf setzten sie ihm nach und schlugen ihn mit gezielten Boxhieben nieder. Der Liegende wurde von den Beamten sinnlos geschlagen; ich schätze, daß er in dieser hilflosen Lage noch über eine halbe Minute lang mißhandelt wurde.

Peter Köll, cand. chem.

22 HH 39, Sierichstr. 76

-9-

Nr. 24

Ich sah, wie ein Freund von mir von 4 Polizeibeamten an Armen und Beinen gepackt wurde. Einer riß ihm brutal an den Haaren den Kopf in den Nacken. Ich lief herbei und rief: "Lassen Sie das. Das ist falsch." Daraufhin fielen von hinten drei Polizisten über mich her. Sie schleiften mit an die Barriere; ich leistete keinen Widerstand. Ich wurde über die Barriere gezerrt

und von vier Beamten zum Rathaus getragen. Rathauseingang ließen sie mich los. Unvermittelt schlug mir einer der Beamten heftig mit dem Gummiknüppel in den Nacken. Ich verlor kurzzeitig das Bewußtsein. Während ich auf die Wache gebracht wurde und ich noch immer nicht wieder bei klarem Bewußtsein war, wurde ich getreten. Unterwegs stieß mich ein Beamter mit dem Kopf gegen eine Holzsäule. Ich wurde ca. 28 Stunden von der Polizei festgehalten; ein Grund wurde mir nicht angegeben.

Dierk Siefer, stud. rer. pol.

2 HH 4, Clemens-Schultz-Str. 90

Nr. 25

Ich befand mich in der Nähe des Botanischen Gartens. In unmittelbarer Nähe der Straße wurde mit Sprechchören demonstriert. Übergriffe von Seiten der Demonstranten konnte ich nicht beobachten. Ohne vorherige Warnung und ohne ersichtlichen Grund stießen Polizeitrupps plötzlich in die Menge und weit auf den Platz vor. Jeweils vier bis fünf Polizisten griffen Einzelne an und schlugen sie nieder oder knüppelten sie nieder. Ich sah auch wie zwei Beamte ein etwa 13 bis 14-jähriges Mädchen festhielten, ein dritter prügelte auf das Mädchen ein. Ferner beobachtete ich, wie ein alter, gehbehinderter Mann von hinten durch Tritte zu Fall gebracht wurde. Ich selbst wurde von 5 Polizisten angefallen, in den Unterleib geboxt und hinter einen Polizeiwagen gezerrt. Dort wurde ich von 4 Beamten mit Knüppeln, niedergeschlagen. Am Boden liegend wurde ich noch getreten.

Ich wurde so verletzt, daß ich noch heute, zwei Tage nach dem Ereignis unter Hör-Störungen leide. Mein Hinterkopf war geschwollen und blutig; ich hatte Magenschmerzen und mußte mich in ärztliche Behandlung begeben.

Kritische Szenen beschwor der m.E. unüberlegte, planlose Einsatz von Pferden herauf. Da ich selber Reiter bin, kann ich gut beurteilen, daß die Polizisten ihre Pferde keineswegs so unter Kontrolle hatten, daß sie zu jeder Zeit noch Herr des Geschehens geblieben wären. Besonders ein Pferd, das ständig scheute und sich aufbäumte, hätte in dieser Situation zurückgezogen werden müssen. Stattdessen wurde gerade dieses Pferd in gefährlicher Weise in der Nähe sitzender Demonstranten eingesetzt.

-10-

Ich kann bezeugen, daß Beamte in Zivil, die sich kaum die Mühe machten, ihre Schußwaffen zu verbergen, offenbar gezielt zu provozieren versuchten, mit Bemerkungen wie: "Dich schlage ich auch noch mal zusammen." und Ähnlichem.

Zu einem späteren Zeitpunkt bat ich einen, Beamten um seine Dienstnummer. Er antwortete: "Hau nur ab, sonst kriegst Du noch eins in die Fresse." Ein anderer Beamter rief: "Mensch, schlag dem Kerl doch die Zähne ein." Ich bat einen höheren Beamten, der zehn Schritt entfernt stand um Unterstützung. Er antwortete lakonisch: "Ich lasse mich auf keinerlei Diskussionen ein."

Dann stellte er sich taub.

Manfred Langehenning, stud. phil.

2 HH 73, Parchimerstr. 28

Nr. 26

Ich stand in der Nähe der Staatsoper, Ecke Post/Patzenhofer, in der Menge. Ich konnte nirgends beobachten, daß Demonstranten versucht hätten, über die Barrieren vorzudringen. Plötzlich, ohne ersichtlichen Anlaß und ohne daß eine Warnung zu hören gewesen wäre, wurden die Absperrungsbarrieren von der Polizei geöffnet. Polizisten drangen mit gezogenen Gummiknüppeln gegen die Menge vor, Menschen kamen zu Fall, Polizisten stürzten sich auf die am Boden Liegenden.

Später befand ich mich an der Ecke zum Botanischen Garten. Ich beobachtete immer wieder, daß Polizeitrupps mit Gummiknüppeln gegen herumstehende Gruppen vorgingen und Fliehende verfolgten. Tätliche Initiativen gingen dabei noch meinen Wahrnehmungen ausschließlich von Seiten der Polizei aus.

Peter Rühmkorf, Schriftst.

2 Hamburg 52 Ovelgönne 50

Nr. 27

Samstag, den 3\*6.67, befand ich mich ab 12 Uhr 15 auf dem Rathausmarkt. Die Vorfälle, die sich bei dem Vorgehen der Polizei ereigneten, beobachtete ich. Folgende Aussage kann ich zu einem "Einzelfall" abgeben:

Etwa in der Zeit zwischen 12 Uhr 25 und 12 Uhr 40 beobachtete ich, wie fünf deutsche Polizisten einen mir dem Sehen nach bekannten Perser aus der zusammengetriebenen Menge herausgegriffen. Es schien, als sollte ein (persischer) Zivilist ihn fotografieren. Die Polizisten hielten den persischen Studenten und zerrten ihn an Kleidung

- 11 -

und Kopf. Der Student schrie, er wurde geschlagen und an den Haaren gerissen, durch Abdrehen des Hemd- und Jackenkragens wurde er gewürgt.

Einen höheren Polizeioffizier, er leitete offensichtlich das Kommando, den ich auf die Mißhandlungen aufmerksam machte, griff mich dann tätlich an.

Hierfür kann ich mehrere Zeugen beibringen.

Hamburg, den 7.6.67 Klaus Bielefeld, 2 Hamburg 33, Otto-Speckter-Straße 17

Der Name des persischen Studenten ist Ahmed Haschewi.

Nr. 28

Hamburger Rathausplatz am 3.6.67, abends um 23.00 Uhr.

Nachdem die internationale Presse und das deutsche Fernsehen den Rathausplatz verlassen hatten, stürmten Polizisten ohne ersichtlichen Grund auf den Platz, auf dem sich zu dem Zeitpunkt circa 300 Passanten befanden. Geschlossene Demonstrationen, abgesehen von vereinzelten Rufen und Pfiffen, fanden nicht statt. Wir hielten uns mehr oder weniger zufällig auf dem Rathausplatz auf und wurden von den "diensttuenden" Beamten in die plötzlich ausbrechenden Vorfälle verwickelt, über den gesamten Platz gestoßen und geprügelt. Als wir Polizisten und Polizeioffiziere nach ihren Dienstnummern befragten, wurde uns die Auskunft verweigert ("was in eure Fressen könnt ihr kriegen", "bei Massenveranstaltungen können von den Polizisten keine Dienstnummern verlangt werden" - Aussage eines Polizeioffiziers).

Als wir einzelne Polizisten nach ihren Nummern befragten, wurden sie handgreiflich und in Kürze waren fünf und mehr Polizisten um uns versammelt, sie nahmen eine offensichtlich unzweideutig drohende Haltung ein. Warum tragen deutsche Polizeibeamte nicht nach englischem Vorbild ihre Dienstnummern außen an ihrer Uniform?

Friedrich Fenner Zeugen: 2 Hamburg 90

Karl Heinz Scharfe Mehringweg 2

2104 Hamburg 92 Telefon 7905473

Hogenbrook 566

Tel. 767552

Nr. 29

Samstag Abend stand, ich auf dem Rathausmarkt. Es wurde mit Parolen heftig demonstriert, Ausschreitungen irgendwelcher Art geschahen nicht. Gegen 23 Uhr sprangen die Polizisten plötzlich, ohne Vorwarnung über die Absperrungen. Die Demonstranten flüchteten. Ich blieb stehen, zwei Polizisten stürzten sich auf mich und packten mich an den Armen. Ich wehrte

mich instinktiv. Darauf griff mich ein Polizist in die Haare und riß mich daran zu Boden. Dabei bekam ich auch einen Schlag auf den Rücken. Als ich

-12 -

ich auf dem Boden lag, stürzten sich zwei weitere Polizisten auf mich, rissen mich hoch und führten mich ab. Ich verlangte ununterbrochen ihre Dienstnummer, als Antwort bekam ich nur, "Du wirst noch mehr von uns bekommen". Ältere Leute beschimpften mich heftig. "Das geschieht denen ganz recht. Verhaut sie nur ordentlich", zum Beispiel. Ich wurde auf die Wache geführt- im Rathaus - und erhielt trotz wiederholter Proteste nicht die Dienstnummern der beiden Polizisten. In der Wache saßen weitere fünfzehn verhaftete Demonstranten. Nach einer Stunde wurden wir wieder entlassen»

Zeuge: Hartmut Wolter            Jürgen Metzger  
HH 1, Koppel 5o                2111 Drestedt Str. 53

- 13 -

"So danke ich besonders der Polizei, daß sie mit einem großen Einfühlungsvermögen und mit einem vorbildlichen Takt und mit einer Mäßigung für die Ordnung gesorgt hat..."

Erster Bürgermeister Professor Doktor Weichmann in seiner Presseerklärung vom 4.6.1967

## **Elias Dogas, Über die Situation in Griechenland**

Elias Dogas

Über die Situation in G R I E C H E N L A N D

(Aus den Vorarbeiten zu einem Bericht über das gleiche Thema)

A. Kurze Analyse der ökonomischen Entwicklung

B. Die Regierung Papandreou

C. Der Militärputsch

D. Perspektiven nach dem Militärputsch

E. Chronologischer Überblick

Herausgeber, Druck

Sozialistischer Deutscher Studentenbund- Hamburg

2 Hamburg 13, von-Melle-Park 17

Elias Dogas

-1-

Über die Situation in Griechenland

### **A. Kurze Analyse der ökonomischen Entwicklung**

MONOKULTUR und ABHÄNGIGKEIT, sind die Hauptcharakteristika, die die griechische Wirtschaft nach dem zweiten Weltkrieg kennzeichnen. Monokulturell orientiert ist sie insofern, als sie auf der Produktion einer bestimmten Anzahl von landwirtschaftlichen Erzeugnissen basiert (Tabak, Oliven, Wein). Der Anteil dieser Erzeugnisse am Export beträgt ca. 80 % - die höchste Quote in Europa.<sup>1</sup> (Zwar sind die Importe von Produktionsgütern -in absoluten Zahlen - in den letzten Jahren gestiegen; sie haben jedoch die Struktur der Exporte nicht verändert). Der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten an der Gesamtzahl der arbeitenden Bevölkerung (über 48%) übersteigt bei weitem den Anteil der landwirtschaftlichen Produktion am Bruttosozialprodukt (28 %).<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> vgl. Revue International du Socialisme, Rom,11-12/1965, S.682

<sup>2</sup> ebenda, S. 682

Daraus kann man auf: 1. Unterbeschäftigung der Landarbeiter, 2. ein – wertmäßig - niedriges Niveau der Produktivität, u.3. einen niedrigen Grad der Mechanisierung in der Landwirtschaft schließen. Sonst ist die griechische Wirtschaft charakterisiert:

1. durch eine strukturelle Stagnation (die Frage des Wachstums "ist das wichtigste von allen Problemen, denen Griechenland konfrontiert ist".<sup>3</sup> Die Folge der für ein unterentwickeltes Land verhältnismäßig geringen Wachstumsraten ist eine chronische Arbeitslosigkeit (die Zahl der griechischen Arbeiter in westeuropäischen Ländern und Australien wird auf über 800.000 geschätzt).

2. durch das niedrige Niveau der Entwicklung der Produktivkräfte,

3. durch einen niedrigen Grad der Kapitalakkumulation des einheimischen Industriekapitals,

4. durch einen relativ niedrigen Grad der wirtschaftlichen Konzentration der einheimischen Industrie.

Die Einseitigkeit der Exportstruktur bedingt eine starke Abhängigkeit des Landes von den Abnehmerländern (hauptsächlich: USA und EWG-Länder).

-2-

Die starke Krisenanfälligkeit der landwirtschaftlichen Produktion (infolge klimatischer Veränderungen, Überproduktionskrisen, nicht zuletzt ruinösen Wettbewerbsbedingungen<sup>4</sup>) begünstigt diese Tendenz der fortschreitenden Abhängigkeit. Das gleiche gilt für den Export von Erzen (Bauxit, Chrom, Nickel) Sie werden im Ausland verarbeitet. Griechenland importiert die Fertigprodukte.

Der hohe Grad der Kapitalakkumulation und der wirtschaftlichen Konzentration von ausländischen (USA- und EWG-) MONOPOLUNTERNEHMEN verstärkt diese Abhängigkeitstendenzen, weil:

1. die einheimischen Unternehmen nicht imstande sind bei der Mechanisierung und Rationalisierung mit den ausländischen monopolkapitalistischen Unternehmen Schritt zu halten. (Investitionen in der Erdölverarbeitenden Industrie wurden in den letzten Jahren in der Höhe von mehr als 70 % der Investitionssumme vom monopolkapitalistischen Unternehmen Esso vorgenommen), und weil

2. die einheimischen Unternehmen dem verstärkten Wettbewerb mit den ausländischen Trusts und Konzernen nicht standhalten können.

3. andererseits wird der Einbruch des einheimischen Unternehmens in die monopolistische Sphäre umso schwieriger sein als ein monopolistisches Unternehmen sich durch stabile Existenzbedingungen auszeichnet.

(Einige Zahlen: Bei den 187 führenden Industriebetrieben sind 90 oligopolistischer und 27 monopolistischer Natur.<sup>5</sup> Und: "In zwölf Hauptindustriezweigen herrschen ein bis vier Unternehmen."<sup>6</sup> Die bereits existierenden griechischen Großunternehmen arrangieren sich auf verschiedene Art mit diesen marktbeherrschenden Unternehmen:

1. Entweder finanzieren sie gemeinsam Projekte, z.B. Produktions- und Verarbeitungsstätten,

2. oder produziert das griechische Unternehmen mittels Finanzkrediten von ausländischen monopolkapitalistischen Unternehmen,

3. oder finanziert und produziert das griechische Unternehmen im Auftrag von USA- und EWG-Gesellschaften.

-3-

In vielen Fällen steht am Anfang der Investierung keineswegs immer ein echter Devisenzuwachs für das Land. Die Primärinvestitionen bestehen oft nur aus Patenten und Lizenzen, die

<sup>3</sup> "Ikonomikes Tachidromos", 1.7.1965, S. 3, griechische Wirtschaftszeitung (konservativ), Athen.

<sup>4</sup> Aufgrund der durch Subventionen manipulierten Agrarpreise im EWG-Raum.

<sup>5</sup> vgl. A. Strogili, "Die Thesen von Herrn A. Papandreou", in "Avgi", (griechische Tageszeitung; linksgerichtet; von den Militärdiktatoren als verboten erklärt), 15.2.1967, S.1.

<sup>6</sup> A. Papandreou, zit. in "Avgi", 15.2.1967, S. 1

der Kapitalgeber vorstreckt, während das Betriebskapital in Griechenland selbst aufgebracht wird.

In allen Fällen ist eine Identität der Interessen der wenigen griechischen Großunternehmen mit jenen der USA- und EWG-monopolkapitalistischen Unternehmen festzustellen. Eine dünne Schicht von Einheimischen (aus der Großindustrie und der Großbourgeoisie) vertritt objektiv die Interessen der USA- und EWG-monopolkapitalistischen Unternehmen und fungiert als Anwalt und Lobbyist des Einflusses derselben auf die Wirtschaftspolitik und (im Allgemeinen) auf die Politik in Griechenland.

Das geschieht zum großen Teil mit Hilfe des Staates.

DIE ROLLE DES STAATES besteht darin, zwischen den Monopol-Unternehmen (die als Abnehmer oder Anbieter von Produkten oder Dienstleistungen auftreten) und den griechischen Großunternehmen zu vermitteln. Denn obwohl die griechische Wirtschaft unterentwickelt ist, ist der staatliche Monopolkapitalismus in einem Grad entwickelt wie es nur in einigen industriell und wirtschaftlich fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern der Fall ist.

Der Staat verfügt über:<sup>7</sup>

a) 26 % des gesamten Industriekapitals

b) 44 % des Anleihekaptals in der Industrie

Der Umfang des Staatshaushaltes wird auf ca. 30 %<sup>8</sup> des Bruttosozialproduktes geschätzt (der Staatshaushalt der BRD: ca. 14 % des Bruttosozialproduktes).

Da die griechischen monopolkapitalistischen Unternehmen und der Staat zu einem einheitlichen Mechanismus zusammenwachsen ("zumal sich der öffentliche Sektor immer mehr in den Wirtschaftsablauf, z.B. bei Infrastrukturvorhaben oder durch die Errichtung staatlicher und halbstaatlicher Gesellschaften einschaltet"<sup>9</sup>) erklärt diese Art der Verflechtung der Interessen die Wirtschaftstätigkeit des griechischen Staates, zugunsten ausländischer monopolkapitalistischer Unternehmen. Was einer der prominentesten

-4-

Monopolherren in Athen, Großreeder und Direktor von drei Banken, in einer von der EWG geförderten Zeitschrift schrieb, ist bezeichnend für diese Verflechtung der Interessen: "Die private Initiative, auch die der Ausländer, wird in Griechenland sehr gefördert. Das Gesetz schützt ausländische Investitionen und garantiert Zinsendienst und spätere Kapitalrückführung. Auch werden Steuervorteile gewährt."<sup>10</sup>

Daß die Tätigkeit des Staates wirtschaftspolitischer und (also) politischer Natur ist zeigt am deutlichsten

EIN BEISPIEL (unter vielen ähnlichen Fällen).

Es gibt einen Vertrag ("P.L. 480"<sup>11</sup>) zwischen der griechischen und der USA-Regierung, aufgrund dessen die griechische Regierung Agrarüberschüsse aus den USA auf Kredit importiert. Nach dem Vertrag muss 25 % des Wertes der Importe vorausbezahlt werden. Die Vorteile:

a) Rückzahlungstermin: 20 Jahre, b) Zins: 3 %

Gegenüber diesen Vorteilen der Kreditgewährung sind die Nachteile, die im Vertrag der griechischen Regierung auferlegt sind, schwerwiegend:

1. Das Land verpflichtet sich keine Agrarerzeugnisse zu exportieren, welche ähnlich (oder gleicher Art) den USA-Überschüssen sind. Wenn die griechische Regierung diese Bedingung

---

<sup>7</sup> Samara, G., "Die Gründe des Vorstoßes des staatlichen Monopolkapitalismus in Griechenland", in "Eliniki Aristera" (politische Monatszeitschrift der linksgerichteten EDA-Partei), Nr.30, S. 107.

<sup>8</sup> Bruttosozialprodukt, 1966: 141,1 Mrd. Drachmen; Staatshaushalt: ca. 41 Mrd. Dr. (vgl. "Neue Zürcher Zeitung", 29.4.1967, Blatt 10).

<sup>9</sup> Andreadis, S.G. Griechenland im Rahmen der europäischen Wirtschaft, in "Europa Brücke", Nr.6, Juni 1962, S.10, Frankfurt a.M.

<sup>10</sup> ebenda, S.10.

<sup>11</sup> vgl. "USA-Überschüsse und der Export griechischer Weizen", in "Nea Ikonomia" (monatlich erscheinend; liberale Wirtschaftszeitschrift), Athen.10/1965, S.831.

umgeht, ist sie verpflichtet, einen Betrag in der Höhe des aus dem Export eingenommenen Erlöses an die USA zu zahlen, d.h. den Kredit der USA-Überschüsse in der Höhe des Exporterlöses aus ähnlichen griechischen Agrarerzeugnissen einzulösen.

Diese Bedingung zielte eindeutig darauf, den für Griechenland unter günstigen Bedingungen gerade anlaufenden Handel und die Wirtschaftsbeziehungen mit den sozialistischen Ländern zu verhindern und ist Teil der Bestrebungen der imperialistischen US-Politik "die Handelsbeziehungen der unterentwickelten Länder den politischen Überlegungen des kalten Krieges unterzuordnen".<sup>12</sup>

-5-

2. Eine zweite Bedingung ist, daß das Land sich aufgrund der Vertragsbestimmungen verpflichtet, neben den Importen, die mit Hilfe des Kredites realisiert werden, eine bestimmte Quote ähnlicher Erzeugnisse auf dem USA-Markt zu kaufen.

3. Die USA-Regierung hat das ausschließliche Recht, den Termin der Importe bzw. Exporte zu bestimmen. "Zufällig" fallen die Importe (nach Griechenland) mit den Perioden, in welchen Preissteigerungen stattfinden, zusammen. So ist das Land gezwungen, zu Preisen zu kaufen, welche bedeutend höher liegen als die Preise welche sich in anderen Perioden im Welt-handel bilden.

4. Das wichtigste: das Land braucht diese Produkte nicht. So wurde z.B. vereinbart daß im Jahr 1965-1966 USA-Überschüsse (Agrarüberschüsse) im Wert von 13,8 Mill. Dollar eingeführt werden.<sup>13</sup> Von diesen 13,8 Mill. Dollar entfallen 3 Mill. Dollar auf den Import von 40.000 Tonnen USA-Weizen. Das Land selbst verfügt jedoch über beträchtliche Mengen an Weizen-Überschüssen so daß sogar Exporte in Frage kommen.

Eine nähere Untersuchung ergab daß der Import von USA-Agrarüberschüssen dem Land keine nennenswerten Vorteile bringt, weil die Deviseneinnahmen aus dem Export von griechischem Weizen bei weitem die geringen Vorteile der Kreditgewährung in der Form von Agrarüberschüssen übertrifft.

Dieses Beispiel zeigt deutlich daß die griechische Wirtschaft in die Kategorie der 'in Halsketten befindlichen Volkswirtschaften'<sup>14</sup> gehört und daß sie nicht das Stadium eines isolierten Monopolkapitalismus durchläuft, sondern daß sie eine Ökonomie peripherer Bedeutung im System des Imperialismus darstellt. Ihre Unterentwicklung (war und) ist bedingt durch die imperialistische und neoimperialistische Politik.

-6-

DIE USA- GELDER, die in den Jahren 1947-1963 nach Griechenland flossen, hatten nur die Funktion, die Wirtschaft unter Kontrolle zu bringen. Sie waren aufgeteilt in:<sup>15</sup>

	Mio. Dollar
A. Wirtschaftshilfe	1808,3
B. Kredite	269,3
C. Sonstige Wirtschaftshilfe"	127,1
D. Militärische "Hilfe" (in Rüstungsmaterial)	1653,7
insgesamt	3858,4

Mit Hilfe der "Kredite" und der "sonstigen Wirtschaftshilfe" finanzierten die USA, zum größten Teil, den Export ihrer Agrarüberschüsse. Zugleich haben sie das Land am Karren des US-Imperialismus gebunden (in der EWG-Sprache ausgedrückt: "der amerikanische Einfluß in Athen ist auf Grund der materiellen Hilfe in der Tat erheblich"<sup>16</sup>).

---

<sup>12</sup> Lange, Oskar, Entwicklungstendenzen der modernen Wirtschaft und Gesellschaft, Europa Verlag, Wien-Zürich, 1964, S. 78

<sup>13</sup> "Nea Ikonomia", Athen, 10/1965, S.832

<sup>14</sup> Von Ch. Bettelheim geprägter Ausdruck

<sup>15</sup> vgl. "Nea Ikonomia, Athen, Juni 1964, S.557

<sup>16</sup> "Europa Brücke", Juni 1962, S. 19 (Zeitschrift eines EWG-Arbeitskreises).

Die Militärhilfe (in Rüstungsmaterial) stellt den "dynamischen" Aspekt des amerikanischen Einflusses in Griechenland bloß.

Über die "Wirtschaftshilfe"<sup>17</sup> in Höhe von 1808,3 Mio. Dollar ist nur so viel bekannt: sowie sie nicht direkt in von US-Firmen übernommenen Betrieben investiert wurde, verschwand sie in den Kassen der 20 oder 30 größten griechischen Unternehmen als staatliche Kredite oder in die den Taschen der korrupten Politiker der faschistoiden Parteien ("Elinikos Sinagermos"- später „Nationalradikale Union", "Fortschrittspartei").

H E UTE liegt das Pro-Kopf-Einkommen bei ca.16.000 Dr. im Jahr (ca. 2.150 DM oder 540 US-Dollar). "Daraus ist der noch recht niedrige Lebensstandard ersichtlich; er tritt noch markanter hervor, wenn man bedenkt, daß das soziale Gefälle zwischen Stadt und Land erheblich ist und das Einkommen einer beträchtlichen Zahl von Menschen unter diesem Durchschnittssatz liegt.<sup>18</sup>

-7-

Es ist tatsächlich absurd, aus der Zahl (540 US-Dollar) ausgehend eine Aussage über den Lebensstandard des Stadt- und Agrar-Proletariats machen zu wollen, denn:

1. "ist das Soziale Gefälle zwischen Stadt und Land erheblich" und
2. hat das Einkommen der Großbourgeoisie (deren Anteil an der Gesamtbevölkerung auf höchstens 1 % geschätzt wird) einen hohen Anteil am Bruttosozialprodukt. Etwa 0,5 % der Gesamtbevölkerung verfügen über ca.7 % des Nationaleinkommens.<sup>19</sup>

Das ist besonders schwerwiegend. Denn es gibt Landstriche in Griechenland, wo "der Bauer jährlich nicht mehr als 240 DM (60 US Dollar) verdient."<sup>20</sup>

## **B. Die Regierung Papandreou**

Man kann feststellen daß die Regierung Papandreou, die das Land (nach der achtjährigen Herrschaft der rechtsradikalen-faschistoiden ERE-Partei, der Nationalradikalen Union) vom 16. Februar 1964 bis zum 15. Juli 1965 regiert hat, soziale Reformen angestrebt hat. Die realen Voraussetzungen zur erfolgreichen Durchführung von sozialen Reformen waren nicht gegeben. Die Zentrumsunion, die Regierungspartei, war in der Zusammensetzung ihrer Abgeordneten inhomogen - der starke konservative Flügel unter Repräsentanten der Finanzoligarchie versuchte, die von der Regierung eingeleitete Wirtschaftspolitik (an deren Formulierung der progressive bürgerliche Ökonom A. Papandreou maßgeblich beteiligt war) zu sabotieren. Die parlamentarische Basis der Regierung war zwar breit (im Parlament wurden die sozialreformerischen Intentionen der Regierung von den Abgeordneten der linksgerichteten EDA-Vereinigte Demokratische Linke-unterstützt); sie hat jedoch diese Basis politisch wenig effektiv wahrgenommen und war bereit, u.a. weil sie objektiv die Interessen des Bürgertums vertrat, im Hinblick auf die Realisierung von sozialen Reformen mit der reaktionären Oligarchie Kompromisse zu schließen.

Man kann trotzdem annehmen daß sich die Regierungspartei bemühen würde, allein der Festigung ihrer parlamentarischen Macht wegen, ihre Wahlversprechungen in Richtung sozialer Reformen, wenn auch in kleinem Maße, zu verwirklichen.

-8-

Dies wäre umso wahrscheinlicher als diese Maßnahmen

---

<sup>17</sup> Wo die Investitionen privaten Kapitals ökonomisch oder politisch "gefährdet" sind, übernimmt grundsätzlich der Staat (im Fall Griechenlands: die USA) die Rolle des Investors, er wird zum Träger des Kapitaleports. Langfristiges Ziel: die Herbeiführung von günstigen Bedingungen zur Investition privatmonopolistischen

<sup>18</sup> "Die Entwicklungstendenzen der griechischen Wirtschaft", in "Neue Zürcher Zeitung"(schweizerische Tageszeitung; liberal), 29.4.1967 (Fernausgabe), Blatt 10.

<sup>19</sup> vgl. "Nach offiziellen statistischen Daten" in "Athinaiki", (griechische Tageszeitung, linksliberal), Athen, 15.12.1964, S.3

<sup>20</sup> "Christ und Welt", (deutsche konservative Wochenzeitung), Nr.20, 15.5.1964, S.7, "Griechenlands stille Revolution".

1. nur ein Minimum an sozialpolitischen Entscheidungen zur Hebung des Lebensstandards in einem unterentwickelten Land darstellten und
2. sie objektiv auch im Interesse der Großbourgeoisie gewesen wären-in dem Sinne, daß sie die Herrschaftsverhältnisse konsolidieren könnten.

Die versprochenen sozialen Reformen umfaßten:

1. Reformen im Erziehungs- bzw. Bildungswesen
2. Einführung einer Altersrentenversicherung für die Agrarbevölkerung (staatlich; Versicherungspflicht)
3. Verbesserung der sozialen Leistungen für die Arbeiter
4. Verbesserung der arbeitsrechtlichen Stellung der Arbeiter

Von allen diesen sozialen Reformen wurde nur die des Erziehungs- und Bildungswesens teilweise erfolgreich durchgeführt.

In der Wirtschaftspolitik verfocht die Regierungspartei deutlich eine Politik der raschen Kapitalakkumulation und der Industrialisierung, ohne den Ausbau der Infrastruktur<sup>21</sup> zu vernachlässigen. Besonders die - wenn auch dilettantisch vorgenommene und unzulängliche - Unterstützung der Agrarbevölkerung sollte als Stimulans zur Steigerung der industriellen Produktion (mittels Steigerung der Kaufkraft der Massen) führen. Die reaktionären Kreise der Oligarchie, in ihren Privilegien bedrängt, witterten Gefahr: an das griechische Volk appellierend, sprachen sie von mangelndem Interesse der Regierung an sozialen Reformen. Zur gleichen Zeit behaupteten die führenden Politiker von rechts im Parlament und in Interviews mit ausländischen Zeitungen, daß die hemmungslose Ausgabenwirtschaft das Land ruiniert hätte. Die Repräsentanten der Rechtsparteien erklärten öffentlich, das Ausland schrecke vor Investitionen in Griechenland zurück, weil die politische Lage unstabil sei und weil es Nationalisierungen befürchte.

-9-

Zugleich appellierten sie an das Ausland, "die Regierung Papandreou nicht durch Investitionen (wenn auch indirekt) zu unterstützen".<sup>22</sup>

Wie sah es mit den Investitionen aus?

"Die öffentliche und die private Investitionstätigkeit haben nach einer Stagnation in den Jahren 1960 bis 1963 wieder einer deutlichen Dynamik Platz gemacht. Die Entwicklung verlief ab 1962, unterteilt nach öffentlichen und privaten Kapitalanlagen, wie folgt.

	Öffentliche Investitionen	Private Investitionen	Insgesamt (in Mrd. Dr.)
1962	8,98	16,89	25,87
1963	8,08	17,18	25,26
1964	9,03	23,99	33,02
1965	10,37	29,98	40,35
1966	12,10	33,75	45,85

Die Gesamtinvestitionen haben sich demnach innerhalb von fünf Jahren um 76 % erhöht. Zu diesem Anstieg trug die private Investitionstätigkeit, die sich in dieser Zeit verdoppelte, in entscheidender Weise bei. In den letzten Jahren machten die öffentlichen Investitionen nur noch wenig mehr als einen Drittel der privaten Kapitalanlagen aus".<sup>23</sup>

<sup>21</sup> Die frühere Regierung der rechtsextremistischen ERE-Partei hat das Gewicht auf den Ausbau der Infrastruktur gelegt. Darin offenbart sich die direkte Abhängigkeit der damaligen Regierung vom USA- und EWG-Imperialismus. (Investitionen werden seitens der monopolkapitalistischen Unternehmen in den unterentwickelten Ländern" zum Aufbau der ökonomischen Infrastruktur, beispielsweise des Verkehrswesens, der Häfen und anderer Anlagen getätigt, die man zur Aufrechterhaltung der Wirtschaftsbeziehungen mit den unterentwickelten Ländern benötigt." (vgl. Lange, O. a.a.O., S.65

<sup>22</sup> "Kathimerini", griechische Tageszeitung (rechtsgerichtet bis faschistoid), Athen, 5.8.1964, S.1

<sup>23</sup> "Neue Zürcher Zeitung", a.a.O., Blatt 10

Ein Vergleich der öffentlichen und privaten Investitionen in den Jahren 1962-1966 zeigt deutlich ein absolutes und relatives Ansteigen der privaten Investitionen in den Jahren 1964 und 1965. Da private Investitionen in nennenswertem Maße von ausländischen monopolkapitalistischen Unternehmen vorgenommen werden, muß man annehmen daß den letzten eine liberale Regierung, welche soziale Reformen plante um die Kaufkraft eines größeren Teils der Bevölkerung zu erhöhen, durchaus annehmbar war. Schließlich stieg die Beteiligung des Auslandskapitals an den Industrie-(samt Bergwerksindustrie-)Investitionen von 36 % im Jahre 1963 bis auf 67 % im Jahre 1965.<sup>24 25</sup>

-10-

Innenpolitisch müsste eine Erhöhung der Kaufkraft der Bevölkerung auch der heimischen Industrie zugute kommen. Der Ministerpräsident der bürgerlich-demokratischen Regierung hat dies auf unmißverständliche Weise ausgesprochen. Vor dem jährlichen Kongress der griechischen Industrie- und Handelskammer erklärte er im Winter 1964:

"Wenn die Kaufkraft der Agrarbevölkerung niedrig ist, wo werdet Ihr, sehr geehrten Herren Industrielle und Kaufleute, Eure Kunden finden? Wenn wir der Agrarbevölkerung mehr geben, so geben wir der Agrarbevölkerung mehr, damit die Industriellen dies erhalten".<sup>26</sup>

### **Warum wurde die Regierung Papandreou gestürzt?**

Die Politik der Regierung Papandreou war soviel und sowenig widerspruchsvoll und, in der Verfolgung ihrer Ziele, soviel und sowenig inkonsequent, wie es die Politik einer bürgerlich-demokratischen Regierung sein kann, die zudem unter dem Druck einer Militärjunta steht; diese hat nämlich ein anderthalb Dezennium lang die Politik mitbestimmt (zugleich stellte das Militär die Garantie für eine starke Einflussnahme des Königs auf die Innen- und Außenpolitik dar).

Die Regierung Papandreou leitete ein:

1. die innere Befriedung - 20 Jahre nach dem Bürgerkrieg in Griechenland wurde versucht, die autoritäre Basis der rechtsextremistischen Regierungen, den, sei es auch nur auf psychologischen Druck sich stützenden, Einfluss des Militärs abzubauen.

Gleichwohl ließ sich die Regierung Papandreou ("Wir wählen nicht unter Tyrannen-wir lehnen die Tyrannei ab") zu einem Gesetz<sup>27</sup> inspirieren, nach den Bestimmungen dessen jeder Schüler, der Mitglied der pazifistischen Jugendorganisation Labraki<sup>28</sup> war, aus der Schule entlassen werden konnte.

-11-

Es genügte daß ein Schüler an einer Musik-Veranstaltung der Labrakis-Jugendorganisation teilnahm, um von der Schule abgewiesen zu werden.

Die elementaren Versuche der Regierung zur "inneren Befriedung" haben die reaktionäre Bourgeoisie, das Militär und den König auf den Plan gerufen: diejenigen Kräfte also, deren Einfluß auf die Politik auf einen hysterischen Antikommunismus fußte, welcher in der Regierungszeit Papandreou zu einem Teil abgebaut wurde.

Schon zwei Monaten nach dem Regierungswechsel, im April 1964, standen in allen rechtsgerichteten Zeitungen ausführliche Berichte über die "sich nähernde kommunistische Gefahr".

---

<sup>24</sup> A. Strogili, a.a.O., S. 1

<sup>25</sup> woraus auch ersichtlich ist daß die bürgerlich-demokratische Regierung Papandreou den Interessen der ausländischen Monopole durchaus positiv gegenüberstand.

<sup>26</sup> zit. in "Athinaiki" (griechische Zeitung, bürgerlich-linksliberal), Athen, 15.12.1964, S.3

<sup>27</sup> "Gesetz Nr. 1010"

<sup>28</sup> „ANA“, (Abkürzung von "Dimokratiki Neolea Labraki" - "Demokratische Jugend Labraki), genannt nach dem unabhängigen, im Parlament mit der linksgerichteten EDA-Partei zusammenarbeitenden, Abgeordneten Labrakis: Organisator des Atomwaffengegnermarsches in Griechenland, wurde am 23. Mai 1965 in Thessaloniki von zwei Rechtsextremisten im Auftrag des amerikanischen Geheimdienstes CIA und der Regierung Karamanlis ermordet.

Wie sah diese "Gefahr" aus?

Nach der Einleitung formaldemokratischer Methoden im Staats- und Verwaltungs-Apparat (was zum Abbau des politisch-psychologischen Druckes beigetragen hat) ist es in Griechenland nach 8 Jahren faschistoiden Schreckensherrschaft zu einem Linksruck im öffentlichen Bewußtsein gekommen. In den Kommunalwahlen 1964 wählten die Athener einen EDA-Abgeordneten<sup>29</sup> als Oberbürgermeister. Mehr als 32% der Wähler stimmten für ihn. Die Kandidaten der Regierungspartei (der Zentrumsunion) und der rechtsextremistischen ERE-Partei erhielten, jeder ca. 31 %. Unter normalen Bedingungen hätte der Kandidat der linksgerichteten EDA-Partei den Oberbürgermeisterposten besetzen oder hätten Neuwahlen stattfinden müssen. Die Kandidaten der rechtsradikalen ERE-Partei und der Regierungspartei einigten sich auf einen "Kompromiss". Der ERE-Kandidat wurde Oberbürgermeister. Konservative Beobachter fürchteten, der Linksruck hätte "beunruhigende Aspekte", gaben aber zu, (von ihrem Standpunkt aus die linksgerichtete EDA als Kommunistische Partei apostrophierend) daß "Niemand glaubt daß die Kommunisten (EDA) eine Chance haben an die Macht zu kommen".

So war die "kommunistische Gefahr" die letzte Waffe der reaktionären Kreise in Griechenland und im Ausland gegen eine bürgerlich-demokratische Regierung in Athen, die Reformen zur Sicherung der bürgerlich-demokratischen Freiheiten einleiten wollte.

-12-

2. Die Normalisierung und der Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zu den sozialistischen Ländern.

Wirtschaftsabkommen mit sozialistischen Ländern zu für Griechenland günstigen Bedingungen (Garantien für die Abnahme festgesetzter Mengen griechischer Agrar- und Industrieerzeugnisse; Kredite zu niedrigen Zinssätzen; Lieferungen von kompletten Fabrikations- und Verarbeitungsstätten) wurden geschlossen, der Handel intensiviert - was auch aus geoökonomischen Gründen besonders sinnvoll ist. Der Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zu den sozialistischen Ländern stellte in Aussicht, dem Land eine gewisse Unabhängigkeit gegenüber den monopolkapitalistischen US- und EWG-Unternehmen zu verschaffen. Die imperialistische Finanzoligarchie, deren Aufmerksamkeit auf jedes Land gerichtet ist (möge das selbst von noch so peripherer Bedeutung sein), handelte dieses Faktum und verstärkte ihre Bemühungen in ökonomischer Majorisierung und Usurpation.<sup>30</sup> Dies umso intensiver, als am Anfang des Jahres 1965 zum ersten Mal die Frage nach der Kontrolle über die Wirtschaftstätigkeit monopolistischer Mammutunternehmen in Griechenland auch in den der Regierung nahestehenden Blättern ernsthaft diskutiert wurde.

Eine Regelung der Kontrolle über die Wirtschaftstätigkeit ausländischer Monopole durch Gesetze - mögen diese noch so unzulänglich gewesen sein - würde die Gefahren, die von der ökonomischen und politischen Macht dieser Unternehmen für das Land erwachsen, im Bewußtsein nicht nur des Proletariats sondern auch des liberalen und nationalen Bürgertums ins Bewußtsein bringen.

3. Eine Politik der Wahrung der nationalen Interessen

Im Zypernkonflikt mußte die Regierung Papandreou einem enormen politischen Druck seitens der US-Regierung standhalten. Wegen der heterogenen Zusammensetzung der Regierungspartei im Herbst 1964 hätte die Regierung zu dieser Zeit dem Druck nicht standhalten können, wenn nicht die zyprische Regierung sich souverän von den amerikanischen Plänen zur Lösung des Konfliktes distanziert hätte, welche weder dem türkischen noch dem griechi-

---

<sup>29</sup> N. Kitsikis, Professor (fr. Rektor) an der Technischen Hochschule in Athen. [GCS in Christ und Welt", a.a.O.]

<sup>30</sup> Die Interessen der USA- und EWG-Konzerne bestehen darin, die Marktanteile und damit ihre Profite zu sichern. (Die Einkommen von USA-Industrieunternehmen beliefen sich im Jahre 1959 auf 63 % des USA-Industrienettoeinkommens und mehr als die Hälfte - 54,6 % - ihrer Profite kam von Operationen außerhalb der USA. - vergl. Paul M. Sweezy, Leo Huberman: "The Theory of US-Foreign Policy", Monthly Review Press, New York 1960, S. 16).

schen Volk (entsprechend: weder dem türkischen noch dem griechischen Anteil an der Bevölkerung auf Zypern) genützt, sondern eher Verwirrung zum Nutzen des Yankee-Imperialismus gestiftet hätten.

Obwohl die Regierung Nato-'loyal' war, versuchte sie nach außen hin eine gewisse Distanzierung gegenüber der amerikanischen Vorherrschaft durchzusetzen ("Zwischen dem Sohn<sup>31</sup> des Ministerpräsidenten und einem amerikanischen Diplomaten kam es unlängst zu heftigen Wortwechseln,

-13-

die damit endeten, daß Papandreou junior dem Amerikaner die Tür wies"<sup>32</sup>.

Diese Distanz war jedoch eher als eine Taktik gedacht, um Strömungen innerhalb der Regierungspartei und des griechischen Volkes zu stören und zu täuschen, die, beunruhigt von der Intervention der USA in Vietnam, eine Überprüfung der Zweckmäßigkeit der Nato-Mitgliedschaft forderten.

Die Diskussion über dieses Thema hat die Militärkaste umso ungerner vernommen (da sie sowohl organisch wie auch personell von der US-Militärmaschine gelenkt wird)<sup>33</sup> als die Regierung Papandreou.

3. die "Demokratisierung der Armee" anstrebte.

Die höheren Ränge im Militär waren schon ohnehin mit rechtsradikalen Militärs besetzt, welche bei Wahlen Wahlfälschungen zu Gunsten der rechtsradikalen ERE-Partei vorgenommen haben.<sup>34</sup>

Die Regierung Papandreou erkannte zwar (wenn auch nicht in ihren gesamtgesellschaftlichen Zusammenhängen) die Gefahr, die aus der starken Stellung des Militärs<sup>35</sup> für die Durchführung von Reformen in Richtung Demokratisierung des politischen und wirtschaftlichen Lebens erwuchs.

<sup>36</sup>

-14-

Sie hat einige hohe Posten umbesetzt. Andererseits hat sie mehrmals dem Druck des Militärs und des militärfreundlichen Hofes nachgegeben, bis sie am 15.7.65 gestürzt wurde.

Daß die Regierung eher das Spiel um die Macht mit den reaktionären Kräften zu spielen bereit war<sup>37</sup> als sich an die Massen zu wenden, zeugt von dem bürgerlich-konservativen Charak-

---

<sup>31</sup> Gemeint ist Prof. A. Papandreou, Koordinationsminister im Kabinett Papandreou.

<sup>32</sup> "Christ und Welt", a.a.O.

<sup>33</sup> Wie aus dem Aspida-Prozess - gegen 28 Offiziere - hervorgeht.

<sup>34</sup> Am eklatantesten während der Wahlen von 1961.

<sup>35</sup> 20 von 1000 Griechen sind Soldaten (24 Monate). In allen anderen Ländern der NATO: 11 von 1000 (vgl. "Avgi", Strogili, a.a.O.)

<sup>36</sup> 2a. Die Tätigkeit der USA-Militär- und Geheimdienstmaschinerie beschränkt sich nicht nur auf Einmischung in innergriechische Angelegenheiten. Von Griechenland aus wird die Spionage in vielen Ländern im Nahen Osten gelenkt, wobei das griechische Militär die personellen Helfersdienste leistet.

Ein Fall, der in der internationalen Presse bekannt wurde: Ein Oberst der griechischen Armee, St. Tsilikoudis, wurde von dem CIA in den griechischen Geheimdienst eingeschleust. Danach wurde er im Auftrage des Chefs des griechischen Geheimdienstes, Nantsina, im Jahre 1959 nach Ägypten geschickt, um ein Spionagenetz für den CIA aufzubauen. Das Spionagenetz, welches teils aus in Ägypten lebenden Griechen bestand, flog auf. Siebenundzwanzig Griechen kamen vor das Militärgericht in Kairo. Einige wurden zum Tode der Rest zu Gefängnisstrafe verurteilt.

Dieser Fall ist insofern typisch für die Einflussnahme der amerikanischen Militär- und Geheimdienstmaschinerie auf andere Länder, als die USA auch führende Verbündete der NATO durch ihren Geheimdienst kontrollieren und indirekt lenken

In diesem Sinne muß die von Erfolg gekrönte Forderung der französischen Regierung nach Einschränkung des USA-Botschaftspersonals in Paris verstanden werden. (Denn nachweislich ist mindestens jeder zweite Angehörige des State Departments ein verpflichteter Verbindungsmann des CIA.)

<sup>37</sup> Formal wurde die Regierung Papandreou nicht gestürzt (etwa durch ein parlamentarisches Mißtrauensvotum); der Regierungschef bot dem König seinen Rücktritt an, als der König der Umbesetzung des Verteidigungsministeriums nicht zugestimmt hat; als Verteidigungsminister fungierte ein Vertrauter des Hofes; der Minister sabo-

ter der Regierung Papandreou, die Politik als autoritären Auftrag und nicht als die Angelegenheit des Volkes verstanden hat, Die geschichtliche Entwicklung hat bewiesen daß diese Regierung, die formalpolitisch, jede Möglichkeit hatte das Land aus dem Elend und den Terror<sup>38</sup> zu befreien, versagte, weil sie die Interessen der Massen nicht wahrgenommen hat und sich stattdessen mit der reaktionären Bourgeoisie verbündete, um sich allmählich unter ihrem Stiefel zu beugen.

### C. Der Militärputsch

Der Militärputsch ist der vorläufige Höhepunkt der Eskalation, die vom Militär, dem König und ihren imperialistischen Drahtziehern vor zwei Jahren (15.7.1965) eingeleitet wurde.

Sowohl damals wie auch heute (eigentlich: wie immer wenn die reaktionären Kreise direkt durch militärischen Putsch die politische Macht übernehmen) haben sie behauptet, das Land stehe vor dem wirtschaftlichen Chaos und der Anarchie.

Stand das Land wirklich vor dem wirtschaftlichen Chaos?

In Wahrheit haben sich die privaten Investitionen im Jahre 1965, also nach dem Sturz der Regierung Papandreou, verringert. Im Jahre 1966 hat sich der Trend in Richtung Verminderung der privaten Investitionen verstärkt.<sup>39</sup> 1966 ließ die private Investitionstätigkeit - besonders diejenige der Industrie - erheblich

-15-

nach und nach offiziellen Schätzungen ist auch für 1967 nur mit einem Anstieg von 1 % zu rechnen<sup>40</sup>

Vergleicht man die Steigerungsraten der privaten Investitionen, so kann man eindeutig nachweisen daß dieser rezessive Zug in der griechischen Wirtschaft erst nach dem Sturz der Regierung Papandreou einsetzte. "Die wechselvollen<sup>41</sup> innenpolitischen Verhältnisse haben der griechischen Industrie seit 1965 zu einer gewissen Zurückhaltung Anlaß gegeben"<sup>42</sup>.

Die fünf vom König eingesetzten Regierungen, die der Regierung Papandreou folgten, haben die Investitionen im öffentlichen Sektor stark gesteigert, um die negativen Auswirkungen des Nachlassens der privaten Investitionstätigkeit zu verschleiern, welche eine Folge des politischen Coup war. (Unter den negativen Auswirkungen des Nachlassens der privaten Investitionstätigkeit mußte besonders der starke Preisauftrieb die Arbeiter, die Bauern und das Kleinbürgertum hart treffen).

So stiegen die öffentlichen Investitionen von 1965 bis 1966 um 20\$ (s.S•9)-mittlere Steigerungsrate in den Jahren 1965 bis 1965:ca.20 %. Damit kehrten die vom König eingesetzten Regierungen zur Wirtschaftspolitik der faschistoiden ERE-Partei zurück (geringes Wachstum, einseitige und unproportionierte Förderung der Infrastruktur-Politik). Korruption und Nepotismus (die die griechische Verwaltung und Wirtschaft während der Regierungszeit der faschistoiden ERE-Partei besonders stark strapaziert haben) bekamen von neuem Auftrieb..

Eine Delegation des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) berichtete aus Athen: "Die Politik von Papandreou, dem man Kommunistenfreundlichkeit nachsagte, obwohl er tatsächlich eine konservative Politik mit liberalen und sozialdemokratischen Zügen verfolgt hatte, erfuhr unter der Regierung Stephanopoulos<sup>43</sup> eine Kursänderung, die vor allem von der

---

tierte nachweislich die Regierungspolitik auf militärischem Sektor. Durch den Rücktritt des Ministerpräsidenten kam die Regierung zu Fall.

<sup>38</sup> Hinter der Regierung standen mindestens 53 % der Wähler. Bei Bestrebungen zur Durchführung von sozialen Reformen und Demokratisierung konnte die Regierung mit der Unterstützung der EDA (13 %) rechnen.

<sup>39</sup> "Zürcher Zeitung", "Entwicklungstendenzen ..." a.a.O.

<sup>40</sup> "Neue Zürcher Zeitung", a.a.O.

<sup>41</sup> Vom 15.7.1965-21.4.1967 wurden die Regierungen: Athanassiadis, Novas, Tsirimokos, Stephanopoulos, Paraskevopoulos und Kanellopoulos ein- und abgesetzt.

<sup>42</sup> "Neue Zürcher Zeitung", a.a.O.

<sup>43</sup> Die dritte unter den eingesetzten Regierungen.

ERE beeinflusst war. Besonders deutlich wurde dies auf dem Gebiet des Bildungs- und Erziehungswesens.“<sup>44</sup>

-16-

Auch stand das Land nicht vor der Anarchie, sondern der Vorwand wurde benutzt, um "die Gestaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit wieder stärker unter Grundsätze" zu stellen, "wie sie zu Zeiten der Regierung Karamanlis gegolten haben. Wenn man auch nicht direkt sagen kann, daß Griechenland zu einem Polizeistaat geworden ist, so deuten doch einige Erscheinungen darauf hin, daß zumindest Ansätze in dieser Richtung vorhanden sind"<sup>45</sup>

Der Militärputsch wurde also allmählich und von langer Hand vorbereitet.

Wie reagierten die demokratischen Parteien auf die Eskalation, die zum Militärputsch vom 21.4.1967 führte?

Während die linksgerichtete EDA (Vereinigte Demokratische Linke) versuchte, die Massen durch verstärkte Aufklärungskampagne und Massendemonstrationen zu mobilisieren (was ihr auch zum größten Teil gelang) und der Zentrumsunion ein gemeinsames offensives Vorgehen (unter anderem mit Hilfe von Streiks, Arbeitsniederlegungen, Arbeitskämpfen) mehrmals vorgeschlagen hat, hat die Zentrumsunion und ihr Parteiführer Papandreou einem antifaschistischen Widerstand den "Zwei-Fronten-Krieg" vorgezogen.

Erst anderthalb Jahre nachdem er abgesetzt wurde, d.h. Ende 1966 - Anfang 1967, und nachdem sich der König, im Gespräch mit dem Stellvertretenden Chefredakteur der "New York Times"- Sulzberger, für eine Militärdiktatur in Griechenland ausgesprochen hatte, sprach Papandreou von Widerstand, für den Fall, daß der König mit Hilfe des Militärs versuchen würde, nach den für den 28.Mai angesetzten Wahlen eine durch diese Wahlen bestimmte Regierung zu verhindern.

Bevor es zu den für den 28. Mai angesetzten Wahlen kam holten Offiziere der griechischen Armee im Auftrage der USA-Regierung und des Königs einen NATO-PLAN aus dem Panzerschrank, den "PLAN PROMETHEUS".

Für jedes NATO-Land gibt es Pläne, in welchen detailliert die Intervention des Militärs für den Fall des "Notstands" geregelt ist. Die Putschisten in Griechenland brauchten nur die auf den unbestimmten Zeitpunkt "X" geplanten Daten zu ändern.

17

Nur so konnte geschehen daß in 2 1/2 Stunden der Staatsstreich gelingen konnte.

Im Plan war vorgesehen: a) die Besetzung der Parteibüros, b) die Verhaftung aller politischen Exponenten, c) die Verschickung der politischen Exponenten in Konzentrationslager. .

Alles wurde durchgeführt. (Ein ähnlicher Plan für einen Staatsstreich in Italien wurde nach den Ereignissen in Griechenland in der gutinformierten Zeitschrift "Espresso" veröffentlicht. Nach diesem Plan- "E.S. "- würde der, vor. kurzem abgesetzte, damalige Leiter des Geheimdienstes und Generalstabschef der italienischen Armee, mit Hilfe des Militärs im Namen und mit Billigung des Staatspräsidenten Segni den Staatsstreich durchführen, falls es nicht zu einer Regierungskoalition der Christdemokraten mit den Nenni-Sozialisten kommen würde.<sup>46</sup> 1).

Warum wurde die Gorilla-D i k t a t u r eingeführt?

Am 28. Mai 1967 sollten Wahlen stattfinden. Im griechischen Volk wurde die Frage nach der Überprüfung der NATO-Mitgliedschaft intensiv diskutiert. Die Parteien mußten Stellung nehmen. Von den demokratischen Parteien hat nur die EDA die Aufhebung der Herrschaft der monopolkapitalistischen Unternehmen gefordert. Andreas Papandreou, der profilierteste Poli-

---

<sup>44</sup> Lindemann, Thomas: „Bericht über die Teilnahme zweier VDS-Beobachter am Prozeß gegen die Führer des griechischen Studentenverbandes EFEE in Athen vom 17.-23.5.1966“, Bochum, den 25.4.1966, S. 1.

<sup>45</sup> ebenda, S.1

<sup>46</sup> "Drohte auch Italien ein "Athen"?" in "Frankfurter Rundschau" (deutsche Tageszeitung; sozialdemokratischer Prägung, linksliberal), Frankfurt a.M ., 12.5.1967.

tiker der Zentrumsunion, und andere bürgerlich-demokratische Politiker forderten eine "Einschränkung" der wirtschaftlichen Macht der ausländischen monopolkapitalistischen Unternehmen durch Kontrolle ihrer Investitionstätigkeit.

In einem Bericht über das Treffen der Verteidigungsminister<sup>47</sup> der NATO in Paris heißt es: "Auch waren der NATO über diplomatische Kanäle Nachrichten zugespielt worden, wonach ein Verbleiben Griechenlands in der Integration (nach den Wahlen, d.V.) nur mit finanzieller Unterstützung möglich sein werde. Ein Aufrollen der griechischen Angelegenheit im Nato-Rat hätte darum eine delikate Lage herbeigeführt".<sup>48</sup>

-18-

Die NATO-Führungsmacht USA hatte also jedes Interesse daran, eine Debatte zu verhindern. Außerdem hat die Identität der Interessen der USA und des Hofes die Durchführung des Putsches und die Einplanung von Täuschungsmanövern hinsichtlich der Rolle des Königs begünstigt ("Andreas Papandreou hat die Hofkreise in den letzten Wochen in seinen immer radikaler werdenden Ansprachen nur noch als "Junta" bezeichnet. Er hat den Staatsstreich der Armee mehr als einmal prophezeit; denn er war überzeugt, die Rechtskreise würden es nicht zu den Wahlen kommen lassen, bei denen nach Lage der Dinge ein Sieg der Papandreous und ihrer Zentrumsunion mehr als wahrscheinlich war."<sup>49</sup>).

Hat das Militär die Diktatur eingeführt oder war es bloß das ausführende Organ des Staatsstreichs?

Schon im Herbst 1966 hat sich der König in einem Gespräch mit dem Stellvertretenden Chefredakteur der "New York Times", Sulzberger, für eine Militärdiktatur ausgesprochen.

Drei Tage vor dem Putsch berichtete die "New York Times" über Gerüchte von einem zu erwartenden Staatsstreich und riet dem König ab, sich daran zu beteiligen. Kann man annehmen, daß der "New York Times"-Kommentar durch keinerlei Nachrichten inspiriert wurde? Und, wer könnte schon Nachrichten solcher Art der "New York Times" zuspieren?

Die Rolle der CIA

Im Frühjahr 1965 fand in Washington eine Konferenz hoher Beamten des State Department statt, auf welcher beschlossen wurde, die subversive Tätigkeit der US-Geheimdiensten in den unterentwickelten Ländern zu intensivieren.<sup>50</sup>

Während der Regierungszeit der ERE-Partei wurden die Telefone des Außenministers Averoff und Ministerpräsidenten Karamanlis abgehört. Die Regierung Papandreou hat Personalumstrukturierungen im Geheimdienst vorgenommen. Während der Regierungszeit Papandreous wurden die Telefone des Ministerpräsidenten Papandreou, des Chefs des griechischen Geheimdienstes (KYP), Agorou, und des Vizechefs des Geheimdienstes, Papaterpou<sup>51</sup>, durch einen Geheimdienst im Geheimdienst abgehört.

-19-

- Im „Aspida“-Prozess gegen 28 hohe Offiziere des Geheimdienstes und der Armee (die Offiziere wurden beschuldigt einer Organisation-"Aspida"- anzugehören, die den Austritt aus der NATO und den Sturz des Königs zum Ziel hatte-in Wirklichkeit handelte es sich um eine Organisation, die als demokratisches Gegengewicht zu den starken rechtsradikalen Strömungen in der Armee gedacht war) wurde der technischer Direktor des griechischen Fernmeldeamtes ("OTE") vom Präsidenten des Militärgerichtes gefragt ob es Möglichkeiten gäbe, der fernmeldetechnischen Beschattung zu entgehen. Er antwortete: "Es gibt nur einen Weg: keine Telefongespräche zu führen".

---

<sup>47</sup> Das Treffen hat 2 Wochen nach dem Putsch stattgefunden.

<sup>48</sup> "Der Nato-Rat vermeidet Debatte über Griechenland" in "Frankfurter Allgemeine Zeitung" (deutsche Tageszeitung; rechtsgerichtet bis faschistoid), Frankfurt a.M., 8.5.1967, S.3

<sup>49</sup> "Militär übernahm Macht in Griechenland", in "Hamburger Abendblatt", bundesrepublikanische Abendzeitung; konservatives Boulevardblatt), Hamburg, 21.4.1967, S. 2

<sup>50</sup> vgl. Wall Street Journal, 16.5.1965, S. 1

<sup>51</sup> Später Angeklagter im "Aspida-Prozeß" (gegen 28 Offiziere)

- Nachdem der amerikanische Nobel-Friedenspreisträger Linus Pauling den amerikanischen (USA-) Geheimdienst CIA (Central Intelligence Agency) beschuldigt hatte, an der Ermordung des griechischen Abgeordneten Labrakis maßgeblich beteiligt gewesen zu sein, hat die "Kommission für nationale Sicherheit" im US-Kongress den früheren US-Botschafter in Athen, Briggs, vorgeladen. Seine Aussage:

"Bei meinem letzten Botschafterposten (in Athen, d.V.) habe ich festgestellt daß das Pentagon mit mehr als 70 Offizieren und Zivilbeamten vertreten war"<sup>52</sup>.

Beim technisch perfekt ausgeklügelten Netz der Geheimdienste, bei der technischen Vollkommenheit der Abhörgeräte, ist es kaum anzunehmen, daß die Informationen der "New York Times" aus anderen Quellen als aus jenen des State Department stammten. Ein Sprecher des State Department erklärte wenige Tage nach dem Putsch: " Der Putsch kam für uns nicht überraschend!<sup>53</sup> " Nach all dem wird klar: der Militärputsch in Griechenland stellt einen Akt des US-Imperialismus und seines Instruments, der NATO<sup>54</sup>, dar<sup>55</sup>. Was in Griechenland geschah, kann prinzipiell jederzeit in jedem von den USA abhängigen Land geschehen.

-20-

#### **D. PERSPEKTIVEN NACH DEM MILITÄRPUTSCH**

"Die Polarisierung der antagonistischen Kräfte von Klassengegnern erfolgt bis jetzt viel schneller als die Entwicklung der Widersprüche zwischen Ausbeutern bei der Teilung der Beute. Die Lager sind zwei: die Alternative wird klarer für jedes Individuum und für jede besondere Bevölkerungsschicht.“  
Ernesto Che Guevara<sup>56</sup>

##### **I. Bestandsaufnahme**

Das neue Regime in Griechenland ist eindeutig faschistisch. Eine Militärjunta regiert im Auftrag des Königs.

Das haben bestätigt:

1. Der Ministerpräsident der Junta, Kollias: "Selbstverständlich billigt und unterstützt der König die Regierung, an deren Spitze ich stehe. Der Beweis hierfür ist, daß wir vom König vereidigt wurden und daß er am Mittwoch persönlich an einem Kabinettsrat teilgenommen hat."<sup>57</sup>

2. Der König: "Ich bin gewiß, daß mit Gottes Segen und vor allem mit der Hilfe des Volkes, durch Ihre Bemühungen<sup>58</sup> schleunigst ein Zustand der Gerechtigkeit und wahrer und gesunder Demokratie geschaffen werden kann“.<sup>59</sup>

In einem Bericht heißt es: "Der griechische König Konstantin hat nach sechstägigem Schweigen der neuen Regierung seines Landes öffentlich seinen Beistand geliehen".<sup>60</sup>

Und in einem anderen Bericht: "In Hellas fügte sich die Krone dem Militärputsch gegen die Demokratie.“<sup>61</sup>

-21-

---

<sup>52</sup> Jannis Voultsepsis: "Ipothesi Lambraki" (Der Fall Lambrakis), Athen 1966, t.1., S. 16.

<sup>53</sup> "Georgios Papadopoulos, ein 48jähriger Oberst, ist der unangefochtene Führer der Putschisten“. Er "war Artilleriekommandeur und beim Geheimdienst" (H. Ullr. Kempfski in "Süddeutsche Zeitung, bundesrepublikanische Tageszeitung-liberal; 24.4.1967, S. 3, Sp. 3.

<sup>54</sup> Ein Sprecher der Junta: "Bei uns fehlt die neutralistische Komponente, wir sind uneingeschränkt für die NATO-bitte unterstreichen Sie das- ohne Vorbehalt für die NATO" (ebenda)

<sup>55</sup> „Die Vormacht des Atlantikpaktes führt, sei es auch fern im Osten einen blutigen, endlosen Krieg, um einen Staat zu stützen, der alles andere als ein Muster der Demokratie ist...“, "Frankfurter Allgemeine Zeitung", 8.5.1967, S. 1.

<sup>56</sup> E."Che" Guevara: "Partisanenkrieg-eine Methode", Facit-Reihe, 1, 1966, Köln-München, S.37

<sup>57</sup> "Das erste Interview mit Griechenlands neuem Regierungschef", in "Welt am Sonntag" (bundesrepublikanische Sonntagszeitung; rechtsgerichtet bis faschistoid), Hamburg, 30.4.1967, S.4.

<sup>58</sup> Hervorhebung d.V.

<sup>59</sup> zit. in "Konstantin rechtfertigt den Umsturz" in "Süddeutsche Zeitung", München, 28.4.1967, S.2.

<sup>60</sup> ebenda

<sup>61</sup> "Der Spiegel" (bundesrepublikanische Wochenzeitschrift; liberal) "Nacht der Loks", Hamburg, Nr.21, S.111

Nach diesem Staatsstreich hat der König jedes verfassungsmäßige Anrecht auf den Thron verwirkt und die "unsicherste Sitzgelegenheit Europas"<sup>62</sup> ist noch unsicherer geworden. Die Sprache der Repräsentanten der Militärjunta und die Maßnahmen, die sie ergriffen haben, lassen keinen Zweifel daran, daß sie ein klerikal-faschistisches Regierungssystem anstreben» Der Ministerpräsident der Junta, Kollias: "In unserem Lande wird es keine Rechte, keine Linke und keine Mitte mehr geben. Es wird nur Griechen geben."<sup>63</sup>

Innenminister (und "starke Mann" der Junta) General Patakos auf die Frage, ob auf dem Wege zur uniformierten Gesellschaft Blutvergießen vermieden werden könne:

"Das wünschen wir auf jeden Fall. Wir wünschen es uns und wollen es auch erreichen. letztlich hängt es aber von der Bereitschaft der Bürger ab, u n s e r e n Wünschen<sup>64</sup> Folge zu leisten".<sup>65</sup>

"Unser Programm basiert auf der ideologischen Grundlage der griechisch-christlichen Ideale"<sup>66</sup> und "Unser Programm wird vor allem auf christlichen Tugenden aufgebaut sein"<sup>67</sup>.

Einige der ersten "Maßnahmen" der Junta:<sup>68</sup>

"Nach dem 21. April wurden - nach offiziellen Angaben der Regierung - 6509 Personen verhaftet, von denen 6138 noch in Haft sind"<sup>69</sup>, "2534 Gefangene sind auf der fast unbewohnten Kykladeninsel Jaros interniert"<sup>70</sup>. Die Festnahmen sind "alle im Zuge des von langer Hand<sup>71</sup> vorbereiteten "Falken-Planes"<sup>72</sup> erfolgt". Auch ausländische Touristen wurden als "die öffentliche Sicherheit gefährdende Personen" klassifiziert und verhaftet<sup>73</sup>.

-22-

Sonst: "Im Telephon knackt es, und noch immer klopft es nachts an vielen Türen. Jeder Bürger kann ohne Begründung und ohne Haftbefehl auf unbestimmte Dauer festgesetzt werden"<sup>74</sup>.

Was droht den Verhafteten und Internierten?

- Etwa 200 Gefangene auf der Insel Jaros wurden freigelassen. Sie trafen am 17.5.1967 im Hafen von Piräus ein. "Es handelt sich um Personen, die über 70 Jahre alt sind"<sup>75</sup>. Viele mußten direkt ins Krankenhaus gebracht werden, weil sie "sich bei der Landung (auf der Insel, d.V.) an den Felsen verletzt hatten"<sup>76</sup>. Ein weiteres Beispiel: Der 65-jährige Sprecher der Parlaments-Fraktion der EDA, Iliou, darf nicht einmal die Medikamente erhalten, die für ihn als Zuckerkrankem, lebensnotwendig sind.<sup>77</sup>

- Alle Staatsbeamte wurden entlassen und ins Angestellten-Verhältnis übernommen.

- "Zuvor hatte das Regime die Einsetzung von Militärgerichten in zehn griechischen Städten bekanntgegeben, die künftig alle<sup>78</sup> Straftaten aburteilen sollen".<sup>79</sup>

---

<sup>62</sup> nach "Weltwoche"(schweizerische Zeitung; konservativ), zit. in "Der Spiegel", Nr.21, S.124

<sup>63</sup> "Welt am Sonntag", a.a.O. 23.4.1967, S.8

<sup>64</sup> Hervorhebung d. V

<sup>65</sup> "Spiegel-Gespräch mit dem griechischen Innenminister", in "Der Spiegel", Nr. 21, S.112-113, S.112, Sp. 3

<sup>66</sup> ebenda, S.112, Sp.2

<sup>67</sup> ebenda, S.112, Sp.2

<sup>68</sup> Im Rahmen dieser Arbeit ist es unmöglich, detailliert auf die "Maßnahmen" einzugehen.

<sup>69</sup> "Der Spiegel", a.a.O., S. 113, Sp.1

<sup>70</sup> Welt am Sonntag", 30.4. S.1

<sup>71</sup> Hervorhebung d. V.

<sup>72</sup> "Frankfurter Allgemeine Zeitung", 25.4.1967, S. 5 (vgl. "Der Spiegel", a.a.O. S. 114: "die Durchführung der Sonderaktion "Ierax" (Geier) zu unterstützen: die Festnahme von Politikern")

<sup>73</sup> vgl. "Frankfurter Allgemeine Zeitung", a.a.O., S.5

<sup>74</sup> "Der Spiegel", Nr. 21, S.111, Sp.3

<sup>75</sup> "Neue Zürcher Zeitung", 17.5.1967, Blatt 3 (Freilassung v. Gefang.!)

<sup>76</sup> nach einer Meldung in der Sendung v. 17.5.67, 20.15 des Bayerischen Rundfunks (Sendung für griechische Arbeiter in der BRD).

<sup>77</sup> vgl. "La Repression en Grece", in "Le Monde" (französische Tageszeitung; liberal), Paris, 12.5.1967, S. 1

<sup>78</sup> Hervorhebung d. V.

- Alle Kommunalverwaltungen wurden aufgelöst, alle Bürgermeister abgesetzt (einige von diesen - meistens Bürgermeister von kleinen Provinzstädten - wurden danach ins Angestelltenverhältnis übernommen).

Die Militärjunta des Hofes raubte dem griechischen Volk jede Möglichkeit, worin sich Selbstbestimmung äußert, um die Reaktionen seitens der Bevölkerung zu unterdrücken. Sie ließ;

- die EDA (Vereinigte Demokratische Linke)

- die Jugendorganisationen aller Parteien

- 279 Organisationen und Vereine, meistens Kultur- und Sport-Vereine (unter ihnen den Verband Griechischer Studentenschaften EFEE und die Jugendorganisation Labraki)<sup>80</sup> als aufgelöst und die weitere Mitgliedschaft an diesen Organisationen als verboten erklären

-23-

- Außerdem wurden alle Arbeiterorganisationen bzw. Gewerkschaften aufgelöst.

- Die "Heilige Synode", das höchste Organ der griechisch-orthodoxen Kirche, wurde ebenfalls aufgelöst, der Erzbischof abgesetzt.

"Seit Samstag (den 12.5.1967: d.V.) hat die Orthodoxe Kirche einen neuen Erzbischof... Ieronymos Kotsonis... Keine Athener Regierungsstelle war bereit, über die Hintergründe des gewaltsamen Eingriffs des Militärregimes in die kirchliche Ordnung Auskunft zu geben... Die Wahl des Archimandriten Kotsonis zum Erzbischof war nur möglich, weil das Notstandsgesetz auch die Nominierung außerhalb der Heiligen Synode stehender Kleriker mit entsprechenden Qualifikationen zuläßt... Kotsonis genießt als Hofprälat seit 1949 die Gunst des Königshauses."<sup>81</sup> Ein Indiz mehr für das gute Einvernehmen zwischen Hof und Junta.

- In der Wirtschaftspolitik verfolgt die Hofsjunta eine nunmehr offen arbeiterfeindliche „Politik. Sie nimmt die Interessen der griechischen und internationalen Oligarchie wahr.

Das faschistische Vokabular der Repräsentanten des Militärregimes entlarvt sie eindeutig als Diener der herrschenden Klasse, ihr Vorgehen (in der Wirtschaftspolitik) als Diener des Monopolkapitals. Sie wollen: "ehrliche Verwaltung", "Sorge (!) für die Bauern und die Arbeiter", "Schutz des produktiven aber nicht des unverschämten (!) Kapitals"<sup>82</sup>. "Ehrliches (!) Gewinnstreben werde von der Regierung als legitim anerkannt"<sup>83</sup>.

"Aus Äußerungen von Importeuren, Exporteuren und des Handels ist zu entnehmen, daß man der Regierung positiv gegenübersteht. Man erwartet, daß die Regierung "durchgreifen wird" und viele Mißstände behebt. Dazu<sup>84</sup> dürfte nach Ansicht dieser Kreise zunächst schon beitragen, daß Streiks verboten sind"<sup>85</sup>.

-24-

Typisch sowohl für die Funktionen der Militärjunta wie auch für den sozioökonomischen Hintergrund des Staatsstreichs ist der Abschluß eines Abkommens zwischen der Militärregierung und dem Trust (für Finanzierung und Durchführung von Großprojekten) Litton. Es handelt sich um ein Abkommen, nach dessen Bestimmungen der griechische Staat so eindeutig auf den Stand eines auch formal kolonialen Status (Tabakmonarchie, analog zu den lateinamerikanischen Bananenrepubliken) versetzt wird<sup>86</sup>, daß selbst die vom König nach dem 15.7.1967 eingesetzten Regierungen sich geweigert haben das Abkommen zu ratifizieren. Die

---

<sup>79</sup> "Süddeutsche Zeitung", 26.4.1967, S.5, Sp. 1

<sup>80</sup> vgl. "Der Spiegel", Nr.21, S. 111, Sp.3

<sup>81</sup> „Das griechische Militärregime und die Kirche " in "Neue Zürcher Zeitung", 17.5.1967, Blatt 3, Sp.1

<sup>82</sup> "Die griechische Regierung hebt die Sperrstunde auf", in "Frankfurter Allgemeine Zeitung", 28.4.1967, S. 3

<sup>83</sup> ebenda, S. 3

<sup>84</sup> Unterstreichung d. V.

<sup>85</sup> "Kollias für liberale Wirtschaftspolitik" im Wirtschaftsteil der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung", 8.5.1967

<sup>86</sup> Auf die Bedingungen des Vertrags wird der Verfasser in einer längeren Arbeit ("Bericht über die Situation, in Griechenland") eingehen.

Gesellschaft verpflichtet sich im Laufe von 12 Jahren 830 Mio. Dollar (3,3 Milliarden DM)<sup>87</sup> in Infrastruktur-Projekten zu investieren; dafür erhält sie Privilegien wie andere US-Trusts in lateinamerikanischen Bananenrepubliken erhalten.

Nach einer anderen Meldung hat der Thyssen-Konzern der Militärjunta bereits einen Kredit in der Höhe von 50 Mio DM zur Verfügung gestellt.

Wie stehen die Aussichten für eine Konsolidierung des Militärregimes?

Der Innenminister kündigte "eine Volksabstimmung über die neue Verfassung an, die von einer von der Regierung berufenen Kommission "unabhängiger" Juristen ausgearbeitet werden soll. Da Verfassungsfragen Machtfragen sind, wird diese Kommission mit Sicherheit politische Direktiven der Regierung erhalten."<sup>88</sup>

Die Möglichkeit einer "milden Diktatur, mit auf Ihren Leib zugeschnittenen Verfassung, darf nicht unterschätzt werden.

Die antifaschistischen Kräfte müssen alle Möglichkeiten der Entwicklung in ihre Überlegungen und Handlungen einbeziehen Sie müssen mit der Möglichkeit rechnen, daß ein kleiner Teil der Zentrumsunion-bürgerlich-Demokraten, deren Interessen mit den Interessen der Großbourgeoisie identisch sind, aus Sorge" über die wirtschaftliche Entwicklung, die Gorilla - Diktatur unterstützen<sup>89</sup>. Das Beispiel der Dominikanischen Republik, wo die USA die

-25-

Militärdiktatur durch eine "milde" Diktatur ersetzt haben, sollte uns griechischen Antifaschisten eine Warnung sein. "Die Putsch-Obristen in Griechenland manövrieren sich mehr und mehr in eine Zwangslage: Sie möchten zurück in die Legalität - ohne dabei ihre Macht zu verlieren. Sie versprechen eine neue Verfassung, scheuen sich aber vor allgemeinen Wahlen; sie beseitigen Vorrechte für Abgeordnete, unterdrücken jede Opposition und machen sich dadurch überall im Lande neue Feinde"<sup>90</sup>. Das heißt mit ihren "Maßnahmen" stoßt die Militärregierung in allen Bevölkerungsschichten auf Ablehnung. Daran werden auch die sozial demagogischen "Maßnahmen" nichts ändern können, die das Ziel haben, die Agrarbevölkerung an das Regime zu binden<sup>91</sup>. Und "auch die Fortdauer des Belagerungszustandes, der der Regierung die diktatorischen Befugnisse gibt, bleibt für sie problematisch!"<sup>92</sup>

Denn: "Das Militärregime, das im eigenen Land keinerlei Kritik laut werden läßt, die Presse wie den Rundfunk auf die offizielle Propagandawelle gleichgeschaltet hat und versucht, die kritischen Stimmen aus dem Ausland nicht über die Grenzen dringen zu lassen, scheint erste Anzeichen von Opposition verspürt zu haben"<sup>93</sup>. So wurden bis am 16.5.1967:

99 Arbeiter, Bauern und Intellektuelle "wegen Verbreitung von Gerüchten gegen den griechischen König und die griechische Regierung und wegen Verteilung von Flugblättern" zu Gefängnis- und Zuchthausstrafen von 1 bis 5 Jahren verurteilt. Allein in Iannina, Hauptstadt der Provinz Ipiros, wurden 15 Studenten der dortigen Universität unter der Anklage der Verbreitung. von Gerüchten...etc." zu Gefängnisstrafen von 1 bis 2 Jahren verurteilt).

---

<sup>87</sup> "Eleftheros Kosmos" ("Die Freie Welt"), griechische Tageszeitung; faschistisch; die einzige griechische Zeitung, die die Militärdiktatur seit 2 Jahren propagiert hat (kann nicht festgestellt werden ob sie zensiert oder unzensiert erscheint), Athen, 5.5.67, S. 1

<sup>88</sup> Lothar Ruehl, "Finden die Putsch-Obristen wieder zurück in die Legalität?" in "Die Welt, (bundesrepublikanische Tageszeitung; stark rechtsgerichtet) Hamburg, 10.5.1967, S.5

<sup>89</sup> vgl. "Le Monde", 29.4.67, S. 2

<sup>90</sup> Lothar Ruehl, a.a.O.

<sup>91</sup> Die angekündigte Erhöhung der Pensionen für die Landarbeiter um 60 % fällt für die wirtschaftliche Entwicklung kaum ins Gewicht und ist für die Kaufkraft der Massen kaum relevant, weil: die prozentuale Erhöhung (60 %) nichts über die absolute Höhe des Einkommens aussagt. Die Höhe der Alterspension für die Landarbeiter bis jetzt 100 Drachmen monatlich betrug, d.h.13,3 DM. Von jetzt an beträgt sie 160 Dr., d.h. 20 DM.

<sup>92</sup> Lothar Ruehl, in "Die Welt", a.a.O.

<sup>93</sup> ebenda.

Nach zuverlässigen Berichten aus gutinformierten Kreisen organisieren sich inzwischen alle demokratischen und

-26-

und antifaschistischen Kräfte unter der Leitung des bekannten griechischen Komponisten Mikis Theodorakis (Abgeordneter der EDA), der der Verhaftung entkommen, in der Untergrundbewegung gegen die Gorilla-Diktatur arbeitet.

Nach den gleichen Informationsquellen<sup>94</sup> leiteten die Faschisten in Athen und Umgebung umfangreiche Suchaktionen ein, um Theodorakis zu verhaften (zwei Briefe von ihm, Aufrufe an die Weltöffentlichkeit, im Untergrund geschrieben, wurden in italienischen Zeitungen veröffentlicht). Am 30.4.1967 (Ostersonntag des griechisch-orthodoxen Osterfestes) wurden Tausende von Flugblättern der EDA in Athen verteilt, die alle demokratischen und antifaschistischen Kräfte zum Widerstand aufriefen. ((Es war höchstwahrscheinlich nicht möglich (es sollte auch nicht möglich sein!) sich 2-5 Meter unter der Erde aufzuhalten und gebrauchten Vervielfältigungsmaschinen - unter dem Druck der Ereignisse - in diesen "primitiven Flugblättern" ('Der Spiegel', Nr ,20, "Griechenland") in intellektuellen Höhenflügen zu ergießen. Von Arbeiterführern verfasst die bei ihrer Verhaftung, aufgrund des Standrechts, mit der sofortigen Erschießung rechnen müssen - womit nicht alle, die gegen das Regime opponieren, rechnen müssen! -sind diese Flugblätter nicht etwa für diejenigen bestimmt, die sich in die "innere Emigration" und Meditation begeben, sondern für die, die entschlossen sind, die Junta mit allen Mitteln zu bekämpfen. Zum Widerstand im Inland kommt die Kritik vom Ausland als wertvoller Beitrag zum Kampf gegen die Diktatur in Betracht. Denn: "Auch im Ausland wächst die Kritik. Im Europa-Parlament und auch auf dem Internationalen Juristenkongreß in Genf wurde das neue Militärregime Griechenlands in scharfer Form verurteilt."<sup>95</sup>

In einem Kommentar hieß es: "Es wird ihnen (den Militärdiktatoren, d. V.) jedoch nicht gelingen, die Welt glauben zu machen, eine fürchterliche Linke aller Schattierungen habe Pläne ausgeheckt, die Griechenland nach den Worten der Obersten zerstört hätten".<sup>96</sup>

-27-

Unter diesen Anzeichen eines verstärkten Widerstands in Griechenland stellt sich die Frage II. Was tun?

a) Die historische Erfahrung lehrt uns daß es unrealistisch ist, die Gefahren, welche aus dem ökonomischen (also: politischen) und militärischen Druck resultieren, der den repressiven Zustand von Ländern unter dem Stiefel des Imperialismus und der heimischen reaktionären Großbourgeoisie kennzeichnen, zu unterschätzen oder gar zu ignorieren.

Genauso undialektisch, und jeder historischen Erfahrung widersprechend, ist es, die Kampfbereitschaft der Massen zu unterschätzen.

Wo die gemeinsamen Interessen aller Unterdrückten in einem Volk (hier: im griechischen Volk) sich durch einen gemeinsamen Kampf, auf der Basis der Volksfront, gegen die Unterdrücker artikulieren, wird der Widerstand, auf einer bestimmten Stufe der Entwicklung, in einen bewaffneten Widerstand umschlagen müssen.

Vorerst gilt es, die Forderungen für die augenblickliche Lage zu artikulieren. Sie können für den heutigen Stand der Entwicklung nur sein:

1. STURZ DER MILITÄRJUNTA MIT ALLEN MITTELN.

2. BILDUNG EINER REGIERUNG AUS ALLEN PARTEIEN (der Kommunistischen Partei Griechenlands - die seit 1949, aufgrund des Notstandsrechts, verboten ist - eingeschlossen), WELCHE WAHLEN DURCHFÜHREN SOLL.

b) Von außen her gilt es, die internationale öffentliche Meinung zu mobilisieren.

---

<sup>94</sup> Es handelt sich um griechische, dänische und schwedische Journalisten und um skandinavische Diplomaten.

<sup>95</sup> Lothar Ruehl, in "Die Welt", a.a.O.

<sup>96</sup> "Das Dilemma um Griechenland", in "Süddeutsche Zeitung", München, 29/30.4./1.5. 1967, S.4

Sympathie- und Solidaritäts-Kundgebungen für den Kampf des griechischen Volkes gegen die Militärdiktatur werden die außenpolitische Basis der Junta in Frage stellen.

Im Innern verschärft der permanente Notstand die antagonistischen Konflikte zwischen Unterdrückten und Unterdrückern!

Der Kampf gegen die Gorilla -Diktatur wird der Kampf des gesamten Volkes gegen die Junta und ihrer Herren, der griechischen Oligarchie, sein. Ein Kampf, der mit allen Mitteln geführt werden wird.

Bei der Abhängigkeit Griechenlands vom US-Monopolkapitalismus wird der Kampf der griechischen Patrioten im In und Ausland zugleich ein Teil des weltweiten Kampfes gegen den US-Imperialismus.

In der weltweiten Auseinandersetzung um Profit und effektive Selbstbestimmung, d. h. Unabhängigkeit im weltweiten Kampf der Völker gegen den Jankee-Imperialismus und die von ihm eingesetzten Hofkamarillen und Militärjuntas

WIRD ES KEINE ALTERNATIVE GEBEN ZWISCHEN BEDINGUNGSLOSER UNTERWERFUNG UND KOMPROMISSLOS EM FREIHEITSKAMPF, ZWISCHEN EINEM LEBEN IN SKLAVEREI UND DEM ENGAGEMENT FÜR DIE BEFREIUNG.

AM ENDE DIESER AUSEINANDERSETZUNG STEHT DER SIEG DES VOLKES

### **E. Chronologischer Überblick:**

- 1.9.1946. Durch eine Volksabstimmung wird die Monarchie restauriert. 1.2 Mill. Wähler stimmen für den Fortbestand der Monarchie; mindestens ebenso-viele enthalten sich der Stimme; 200 000 stimmen für die Einführung der Republik.
- 1.4.1947. König Georg II. stirbt, sein Bruder Paul I. folgt ihm auf den Thron.
- 1949 werden die englischen "Berater" der " Griechischen Nationalen Armee " durch amerikanische ersetzt und gleichzeitig die Militärhilfe intensiviert.
- Juni 1950 Der Bürgerkrieg (Armee der Nationalen Befreiungsfront gegen Griechische Nationale Armee) ist beendet.
- 28.10.1951. Der liberale General Plastiras bildet eine Koalition der bürgerlich-demokratischen Parteien. Der konservative General Papagos geht in die Opposition.
- 16.11.1952. Nach vorangehenden Wahlen bildet Papagos die neue Regierung.
- 5.10.1955 Papagos stirbt. Karamanlis Nachfolger.
- 29.10.1961. Die ERE-Partei unter Karamanlis verliert (trotz Wahlfälschungen) zum erstenmal die absolute Mehrheit.
- 11.6.1963. Karamanlis stürzt.
- 3.11.1963. Papandreu Zentrumsunion bildet die neue Regierung.
- 24.12.1963. Rücktritt Papandreu.
- 19.2.1964. Neuwahlen. Papandreu gewinnt die absolute Mehrheit (53,0 %).
- 6.3.1964. König Paul I. stirbt. Sein Sohn Konstantin II. folgt ihm auf den Thron.
- 15.7.1965. König Konstantin entläßt Ministerpräsident Papandreu. Dieser verlangte den Rücktritt des Verteidigungsministers Garoufalas, der sich geweigert hatte, politisierende Offiziere aus der Armee zu entfernen. Der König deckte den Verteidigungsminister. Papandreu bietet seinen Rücktritt an. Eine Stunde und 15 Minuten später wird der neue Ministerpräsident vereidigt.
- 17.7.1965. In Athen schwere, blutige Zwischenfälle. Polizeiliches Vorgehen gegen Demonstranten.
- 5.8.1965. Das Parlament verweigert Ministerpräsident Athanasiadis-Novas das Vertrauen.

- 9.8.1965. Zentrumsführer Papandreou schlägt dem König vor, entweder Neuwahlen auszusprechen oder ihn wieder mit der Regierungsbildung zu beauftragen. Konstantin aber beauftragt den Zentrumspolitiker Stefan Stefanopoulos, eine Regierung zu bilden. Stefanopoulos scheitert.
- 16.8.1965. Die Politiker Stefanopoulos und Tsirimokos treten aus der Zentrumsunion aus.
- 29.8.1965. Auch Tsirimokos gelingt es nicht, eine Regierung zu bilden.
- 9.9.1965. Die Versuche des ERE-Vorsitzenden Kanellopuölos zur Regierungsbildung scheitern ebenfalls.
- 17.9.1965. Stefanopoulos wird zum zweitenmal mit der Regierungsbildung beauftragt.
- 25.9.1965. Stefanopoulos erhält mit 152 gegen 148 Stimmen das Vertrauen. Die ERE stimmt für ihn.
- 9.12.1965. Stefanopoulos bildet mit 45 aus der Zentrumsunion ausgetretenen Abgeordneten das Liberaldemokratische Zentrum.
- 14.11.1966. Der Aspida-Prozeß beginnt. 28 griechische Offiziere werden beschuldigt, eine Geheimorganisation zum Sturz der Monarchie gebildet zu haben.
- 21.12.1966. Stefanopoulos tritt zurück. Er war im Parlament bisher von den 45 Abgeordneten seiner Partei und von den Abgeordneten der ERE unterstützt worden. Der Führer der ERE, Kanellopoulos, entzieht ihm jetzt seine Unterstützung und schlägt Neuwahlen vor.
- 22.12.1966. Der Gouverneur der griechischen Nationalbank, Paraskevopoulos, bildet eine Übergangsregierung.
- 17.3.1967. Im Aspida-Prozeß werden die Urteile gefällt. 15 Offiziere erhalten wegen Hochverrats hohe Gefängnisstrafen. Die Verteidiger legen Berufung ein.
- 30.3.1967. Paraskevopoulos tritt zurück, nachdem im Parlament keine Einigung erzielt wird, wie die Immunität der Abgeordneten zwischen dem Ende der Legislaturperiode und den Neuwahlen gewahrt werden soll. Es geht um Papandreou's Sohn Andreas, der in die Aspida-Affäre verwickelt sein soll.
- 3.4.1967. Kanellopoulos wird zum Ministerpräsidenten ernannt.
- 14.4.1967. Kanellopoulos verzichtet darauf, im Parlament, die Vertrauensfrage zu stellen. Er löst das Parlament auf und schreibt Neuwahlen für den 28.5. aus.
- 21.4.1967. Militärdiktatur.
- Vgl. Süddeutsche Zeitung v.22/23.4.1967. S.3.

SDS-BV, Niederlage oder Erfolg der Protestaktion?

SDS-BV, 24 66/67, 1.7.67

SDS Hamburg, Mitgliederrundschreiben Nr. 6 13.7.1967

Sozialistischer Deutscher Studentenbund  
Landesverband- Tel. 418488  
2 Hamburg 13  
Von-Melle-Park 17 I

13.7.67  
Pschkto 244490  
BfG. 36668

### Mitgliederrundschreiben Nr. 6 - 1967

Liebe Genossinnen und Genossen!

I. Hiermit laden wir Euch zu einer außerordentlichen Mitgliederversammlung am 21.7.67, 19.00 - ca. 21.00, Mensa II ein. (siehe auch Rückseite).

Begründung (Hubert Sumser):

"Der SDS - Hamburg hat in diesem Semester in verschiedenen wichtigen Punkten versagt,  
- bei den Aktionen im Zusammenhang mit den Folgen des Schahbesuchs,  
- bei seiner darauffolgenden Vietnam-Aktion,  
- insbesondere bei den Wahlen,  
- in seiner internen Organisation.

Anstatt, z. B. das Wahlversagen auf seine Ursachen hin zu analysieren, wurde ein diffamierendes Flugblatt verfaßt und verteilt, das die Studentenschaft lächerlich macht und die Schuld am Wahlausgang der Blödheit der Studenten ohne jede Selbstkritik zuschiebt. Aktionen wie Flugblätter und Wandzeitungen werden ohne jede Diskussion zumindest ohne gründliche Diskussion von einzelnen initiiert und durchgeführt. Über entstehende Ausgaben besteht keine Kontrolle mehr, dafür wird der Beitrag erhöht. Über die Ausgaben wird keine Rechenschaft mehr abgelegt.<sup>97</sup>

Diese genannten Gründe machen gründliche Diskussionen notwendig. Eine Analyse des Versagens des SDS bei den Wahlen ist erforderlich.

Die Unterzeichneten fordern eine außerordentliche Mitgliederversammlung zum bald möglichen Zeitpunkt."

24 Unterschriften

Ein Teil der Unterzeichner stimmt mit der im Kopf geäußerten Meinung nicht überein, hält die Diskussion aber für erforderlich,  
b.w.

II. Hiermit laden wir Euch zur ordentlichen Mitgliederversammlung des Landesverbandes am 21.7.67, ca. 21.00, bis ... h Mensa II ein.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Wahl des Präsidiums
2. Kassenbericht (Beekhuis)
3. Bericht der Revisoren (Koebel/Reuss)
4. Rechenschaftsbericht des Vorstandes (Fabig/Milz)
5. Diskussion über unseren Verband
  - a) Thesen über die Lage des Hamburger SDS
  - b) Thesen über eine politische Konzeption
  - c) Thesen über die Arbeit für die nächst Zeit (einschließlich Programmdiskussion WS 67/68)
6. Neuwahlen
7. Wahl der Delegierten für die Bundesdelegiertenkonferenz des SDS Mitte September
8. Verschiedenes

Wir machen noch einmal darauf aufmerksam, daß Mitglieder die ihren Beitrag für das SS 67 bis zum 15. Juli nicht zahlen, auf der o. MV kein Stimmrecht haben.

Mit freundlichen Grüßen  
Fabig/Milz

SDS Hamburg, Mitgliederrundschreiben Nr. 7 23.7.1967

---

<sup>97</sup> Anmerkung des Vorstandes: Die Behauptungen über das finanzielle Gebaren des Vorstandes ist unwahr. Jederzeit können die Mitglieder in die Buchführung einsehen, die Kassiererin kann auch jederzeit ausführlich einen Rechenschaftsbericht abgeben. Dieses schafften die früheren Kassierer nicht mal zu den Mitgliedsversammlungen. Bisher waren permanente Rechenschaftsberichte im SDS auch nicht üblich, dieses geschah auf der MV; aber - wie schon gesagt - wir sind dazu jederzeit in der Lage,

SDS-Landesverband Hamburg  
2 Hamburg 13  
Von-Melle-Park 17  
Tel. 418488

23.7.67  
Pschkto 244490  
BfG. 36663

### Mitgliederrundschreiben Nr. 7 - 1967

Liebe Genossinnen und Genossen!

#### I. Anarchie oder Ansatz

Hysterische Austrittserklärung, Bedauern und Gleichgültigkeit sind unreflektierte Antworten auf die letzte MV,

Eine negative Einschätzung der Kernpunkte der KV offenbart das unpolitische Bewußtsein der Reagierenden. Aus dem Ansatz zur politischen Diskussion, der einen überraschend engagierten Willensbildungsprozess in Gang setzte, zogen viele die Schlußfolgerung, es sei die Anarchie ausgebrochen und zitierten die bürgerlichen Ordnungsschemata herbei. Der Mief der deutschen Kegelstube schlug einem entgegen.

Andere packte unbewußt die Angst, von zukünftigen politischen Entscheidungen ausgeschlossen zu sein und verbarrikadierten sich krampfhaft hinter Scheinargumenten.

Für die politische Arbeit des SDS ist nicht Mitgliedschaft, Sympathie oder Bekenntnis wesentlich, sondern Mitarbeit, Egal wie die formale Organisation geregelt ist, "Arbeit allein kann das Medium der Organisierung"<sup>98</sup> unserer Gruppe sein. D.h. jeder Genosse der will, kann mitarbeiten, mitentscheiden. Das beste Beispiel ist Erhard Neckermann, der im letzten Semester nicht dem Vorstand angehörte, aber sehr die politische Arbeit mitbestimmte und durchführte. Unabdingbar ist aber, daß die Mitarbeit (und sei sie auch nur beratend) über punktuelle Einsätze hinausgehen muß.

Sozialist sein, heißt vor allem, blinder Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung durch planvolles Handeln entgegenzuwirken, und planvolles Handeln - soll es erfolgreich sein - erfordert Kontinuität der Arbeit.

Die Fehleinschätzung der eruptiven Bewegung auf der MV kann leicht zu einer Stagnation und Isolierung eines Teils der Mitglieder führen, wodurch die SDS-Arbeit in Zukunft erschwert wurde.

Kein Genosse, keine Gruppierung sollte sich auf bestimmte Ansichten versteifen. Die Probleme werden in der Tat nicht durch „Re-Organisation“ gelöst. Politische Diskussion und politische Arbeit muß jetzt folgen -, für die Blinden sei gesagt: die Auseinandersetzung auf der MV, die eruptive Bewegung ist ein hoffnungsvoller Ansatz; hierbei muss von der bisherigen SDS- Wirklichkeit ausgegangen werden,

Wir müssen, trotz des Mangels an theoretischem Wissen und politischer Erfahrung die echte Diskussion für unsere politische Arbeit in der nächsten Zeit wagen.

#### II. Ergebnisse der.MV

1) Der alte Vorstand wurde entlastet

2) In das neu gebildete Führungskollektiv wurden gewählt:

- |                       |                          |
|-----------------------|--------------------------|
| 1. Badekow, Peter     | 7. Milz, Arwed           |
| 2. Beekhuis, Helga    | 8. Neckermann, Erhard    |
| 3. Deter, Michael     | 9. Oberlercher, Reinhold |
| 4. Ebinghaus, Harrald | 10. Schmidt, Eberhard    |
| 5. Koch, Günter       | 11. Siefer, Dirk         |
| 6. Fabig, Karl-Rainer | 12. Zorer, Ernst         |

---

<sup>98</sup> Th. v. d. Vrings, nk 32, S. 31

b.w.

3) Zum 1. Landesvorsitzenden wurde gewählt Arwed Milz.

Wegen Beschlußunfähigkeit der MV (die durch undemokratisches Verhalten einiger Genossen herbeigeführt wurde) wurde die weitere Wahl abgesetzt.

4) Die MV beauftragte den neuen Landesvorsitzenden innerhalb von 7 Tagen eine neue MV einzuberufen.

III. Hiermit laden wir Euch zur ordentlichen Mitgliederversammlung des Landesverbandes am 26. 7. 67, 19.00, Mensa II ein.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Wahl des Präsidiums
2. Ergänzende Wahl des Vorstandes.
3. Wahl der Gruppenvorstände
4. Wahl der Delegierten
5. Vorschläge des Führungskollektivs für die Semesterarbeit MS 67/63
6. Diskussion
7. Weitere Vorschläge
8. Zentrum sozialistischer Opposition
9. Neuaufnahmen
10. Verschiedenes

IV. Antrag zur Beschlußfassung

Um bestimmte und berechtigte Bedenken auszuräumen möge die MV beschließen:

"Das Führungskollektiv soll im Sinne der vorgelegten Thesen und Arbeitskonzeption in den Semesterferien und im WS 67/68 arbeiten. Es ist voll verantwortlich für die politische Arbeit des SDS-Hamburg für den bestimmten Zeitabschnitt,

Eine Satzungsänderung soll frühestens Ende WS 67/68 vorgenommen werden; sie ist erst nach dem Beweis der Funktionsfähigkeit des Führungskollektivs sinnvoll.

Ein Vorstand<sup>99</sup> wird laut Satzung gewählt, er hat die Aufgabe, daraufhin zu wirken, daß das Führungskollektiv im Sinne seiner Zielsetzung arbeitet. Der Vorstand ist verpflichtet, Anzeichen der Funktionsunfähigkeit und erhebliche Abweichungen von der auf der MV proklamierten Zielsetzung den Mitgliedern durch Rundschreiben mitzuteilen, nötigenfalls eine MV einzuberufen.

Der Vorstand ist im WS 67/68 ausschließlich für die formale Repräsentation gegenüber Institutionen verantwortlich.

Der Vorstand hat kein Recht, das Führungskollektiv in seiner Arbeit zu behindern, d.h. Mehrheitsbeschlüsse bezüglich der politischen Arbeit durch das Führungskollektiv sind für ihn bindend. Mindestens drei Mitglieder des Vorstandes sollten nicht dem Führungskollektiv angehören.

Die Rechte der Mitgliederversammlung werden nicht berührt, jede ordnungsgemäß einberufene (ordentliche und außerordentliche) MV kann das Führungskollektiv mit einfacher Mehrheit seiner Funktion entheben.“

V. Die 12 Mitglieder des Führungskollektiv werden hiermit gebeten, am 22.7. (Dienstag), 19.00 ins Zentrum - Von-Melle-Park 17 zu kommen. Es sollen der Punkt 5. der Tagesordnung der MV und Vorschläge über die innere Struktur des Führungskollektivs diskutiert werden.

---

<sup>99</sup> Der Vorstand besteht laut Satzung aus; 1. Vorsitzenden, 2. Vors. Organisationsreferenten, Kassierer und Schriftführer. Also aus 5 Genossen.

## VI. Über das Jour-fix am letzten Sonnabend

Leider vergaßen wir auf der MV bekanntzugeben, daß ein Vertreter der französischen Jugendorganisation "Revolte" ein Referat auf dem Jour-fix halten wollte. Trotzdem waren 17 Genossen anwesend und konnten sich über die Koordinierungs- und Organisationsversuche der revolutionären Linken in Frankreich aus erster Hand informieren. Das Referat und die sich anschließende Diskussion sollte auch wegweisend für die zukünftigen Treffen am Sonnabendnachmittag sein.

b.w.

## VII. Anmerkung zur Haftung im SDS

Eine allgemeine Anmerkung zur Haftung (da hierüber scheinbar bei den meisten Genossen Unklarheit besteht);

Der SDS ist ein nicht rechtsfähiger Verein, Er kann nur nach BGB<sup>100</sup> § 21 durch Eintragung ins Vereinsregister beim zuständigen Amtsgericht rechtsfähig werden.

Die Haftung des nicht rechtsfähigen Vereins ist in BGB § 54 geregelt;

§ 54 (Nichtrechtsfähige Vereine)

"Auf Vereine, die nicht rechtsfähig sind, finden die Vorschriften über die Gesellschaft Anwendung. Aus einem Rechtsgeschäfte, das im Namen eines solchen Vereins einem Dritten gegenüber vorgenommen wird, haftet der Handelnde persönlich; handeln mehrere, so haften sie als Gesamtschuldner."

Bis zur MV mit freundlichen Grüßen

A. Milz

## **SDS Hamburg, Arbeitspapiere für die MV am 26.7.1967**

SDS-Hamburg  
2 Hamburg 13  
Von-Melle-Park 17

24-7-67

Arbeitspapiere für die MV am 26.7.67

Zu Punkt 4. der Tagesordnung;

- DK-Vorbereitungsseminar

Zu Punkt 5. der Tagesordnung;

- I. Thesen zur Lage
- II. Thesen zur Organisation
- III. Programmvorschläge
- IV. Vorschläge zur Verbesserung der Kommunikation

Zu Punkt 8. der Tagesordnung;

- Gründungsprotokoll des Zentrums sozialistischer Opposition ZSO

---

<sup>100</sup> BGB = Bürgerliches Gesetzbuch

SOZIALISTISCHER DEUTSCHER STUDENTENBUND  
Hochschulgruppe Marburg

Rainer Neef/Martin Blöcher  
3350 Marburg/Lahn  
Beltershäuserstraße 1  
Weintrautstraße 27

Marburg, den 22.7.1967

Betr: DK-Vorbereitungsseminar in Marburg

Liebe Genossinnen und Genossen,  
unter dem Eindruck der Verschärfung gesellschaftlicher Antagonismen, die ihren sichtbarsten Ausdruck in der Wirtschaftskrise, ihrem politischen Korrelat, der Großen Koalition, sowie den Vorgängen an den Universitäten fanden, wurde die Diskussion in den einzelnen SDS-Gruppen intensiviert, wobei folgende Probleme im Vordergrund standen;

- 1.) Stabilisierungsversuche der Bundesregierung und der Unternehmer;
- 2.) Opposition an den Universitäten;
- 3.) Schülergruppen;
- 4.) die Arbeitskonferenz in Frankfurt zum Problem Sozialistische Opposition in der BRD.

Es sollte Aufgabe der DK sein, aus den Ergebnissen dieser gruppeninternen Diskussionen den politischen Standort des SDS neu zu bestimmen. Da es der BV bisher versäumt hat, die Diskussion innerhalb des Gesamtverbandes zu führen, halten wir eine klärende Diskussion noch vor Beginn der DK für unbedingt erforderlich und bereiten deshalb ein Seminar vor, zu dem wir Euch herzlich einladen. Dieses Seminar soll eine Vermittlung zwischen den Gruppendiskussionen und der DK herstellen. Wir bitten Euch, zu dem beiliegenden Programmwurf Stellung zu nehmen und Koreferate oder doch längere Diskussionsbeiträge vorzubereiten. Das von uns geplante Seminar wird an den beiden der DK vorangehenden Tagen stattfinden. Bitte meldet Euch möglichst bald bei Gen. Blöcher. Übernachtungsmöglichkeiten sind vorhanden.

Mit sozialistischen Grüßen  
(Martin Blocher)

Zu Punkt 5 der Tagesordnung;

I. Thesen zur Lage

(Arwed Milz)

1. Seit der Spaltung von der SPD war der Hamburger-SDS aktiv an der Konsolidierung und Grundsatzdiskussion des SDS auf Bundesebene beteiligt. Er war führend im DDR - Lobby. Nach dem Fortgang von H. Schauer (d.h. vor ca. 3 Jahren) bestand der SDS-Hamburg mehr oder weniger aus einem ein Mann-Betrieb. Die traditionelle Arbeit (Vortrag, Arbeitskreis u. Demonstration) lief mittelmäßig.
2. Die wesentliche Arbeit bestand in der Erhaltung des SDS. Einsicht und Wille zu mehr wurde scheinbar nicht aufgebracht.
3. Fehlende Mitarbeit und Beratung durch die älteren Genossen ließ keine kontinuierliche Arbeit aufkommen.
4. Der starke Mitgliederzuwachs führte zu keiner politischen Stärkung; denn der Hauptgrund für den Beitritt in den SDS, das emotionale Engagement, kann ohne theoretische Schulung nicht politisch effektiv gemacht werden.  
Die Folge war und ist, daß gerade jüngere Genossen Praxis über Praxis fordern.

5. "Es ist prinzipiell unmöglich, Theorie und Praxis als unabhängig voneinander für lebensfähige Formen zu deklarieren. Beide sind durch einander bedingt. Vernachlässigen wir die eine, ist es bald mit der anderen schlecht bestellt und umgekehrt." (Korrespondenz Nr. 6, S. 31)
  6. Wenn wir eine bestehende Gesellschaft ganz oder teilweise ändern wollen, wenn wir bestimmte Entwicklungen verhindern wollen, muß diese Gesellschaft, ihre Struktur und Funktion dieser Struktur zunächst begriffen werden. Dieses begreifen leistet die Theorie. Nur wenn ich weiß, nach welchen Prinzipien sich diese Gesellschaft weiterentwickelt, kann ich in diesen Prozeß eingreifen.
  7. Auch konkrete Erfahrung in der Praxis kann Bewußtsein über die Gesellschaft vermitteln, doch muß hier eine Ergänzung durch gesamtgesellschaftliche Analysen erfolgen.
  8. Das Fehlschlagen der gesteigerten Aktivität im letzten SS 67 lag an der mangelnden Erfahrung und dem geringen theoretischem Wissen der Aktiven. Das theoretische Niveau schließt die Fähigkeit eine Konzeption für den Hamburgs-SDS zu entwerfen ein.
  9. Die Einsicht über die Notwendigkeit von Theorie - und für sie etwas zu tun - ist vom emotionalen Engagement aufgeweicht.
  10. Der SDS Hamburg muß auf sich gestellt intensive theoretische Schulung und auch Forschungsarbeit leisten.
- Sicher geht dieses nicht durch Apell noch Erlaß, sondern nur über die Einsicht in die Notwendigkeit solcher Arbeit.

(Hubert Sumser).

1. Politisierung der Studentenschaft ist nicht durch eine outsider Rolle möglich.
2. Nötig ist: Arbeit in der Studentenschaft, die Universitätsreform muss über Fachschaft und stud. Selbstverwaltung erreicht werden. Nicht gegen die Studentenschaft arbeiten, sondern mit ihr. Dazu ist gewisse Integration notwendig. Zu vermeiden ist, dass Genossen in stereotyp-schaffende Rollen fallen.
3. Wichtig ist, daß Schweigen und Untätigkeit nicht schadet, aber daß jede Aktivität, die fehlschlägt und dadurch Vorurteile weckt, negative Auswirkungen für den SDS hat.
4. Für die Arbeit mit der Studentenschaft sollte man sich nicht scheuen selbst gewisse Rollen zu spielen, so den Stil eines integrierten Studenten und Parlamentariers benutzen und bürgerlich erscheinen.

(Peter Flak)

1. Es muß intensiver in der Fachschaft gearbeitet werden.  
So müssen die Kontakte zwischen SDP und Ordinarien und Mittelbau (Beispiel PI) ausgebaut werden.
2. Der SDS vernachlässigt zu sehr die Wirklichkeit an der Universität Hamburg. In der politischen Arbeit (speziell der politischen Argumentation) muß von dem Stand des gesellschaftlichen Bewußtseins ausgegangen werden.

## IX. Thesen zur Organisation

(Dirk Siefer)

1. Zentrales Organ aller organisatorischen und theoretischen Arbeit wird das Führungskollektiv sein, deren zwölf Mitglieder bereits von der MV gewählt wurden.
2. Das Führungskollektiv entscheidet durch Diskussion und Abstimmung über alle organisatorischen und theoretischen Fragen, Es ist verpflichtet, einen politischen Konsensus herzustellen und das individualistische Gepräge des SDS auf ein erträgliches Maß herabzudrücken. Dazu bedarf es einer Kontinuität der Arbeit, so daß sich alle Mitglieder des Führungskollektivs sehr über diese Aufgabe und Anforderung im Klaren sein müssen.

3. Das Kollektiv tritt wenigstens einmal in der Woche zusammen (Ich schlage vor: Sonnabends, um 14 Uhr, eine Stunde vor Beginn des Jour Fix). Dabei muß sich ein konzentrierter Sitzungsstil entwickeln, zumal neben der bisherigen ad-hoc-Organisation die Entscheidung über theoretische Fragen tritt (Z.B. Entscheidung über die Qualität von Referaten, die auf den Arbeitstagen gehalten werden sollen).
4. Getrennt von dem Führungskollektiv besteht nach Satzung ein fünfköpfiger Landesvorstand, dem mindestens drei Genossen angehören sollten, die nicht Mitglieder des FK sind (s.a. Vorschlag von Arwed Milz im Mitgliederrundbrief Nr. 7)
5. Die langfristigen Pflichten übernehmen Mitglieder des FK. (Finanzen, Archiv (Ablage, Zeitungen, Bücher) Protokollführer Genossen: Ausländer, Gewerkschaften, Schüler, Hochschulpol. Ref, des Asta, Pol. Ref, d. Asta).
6. Im Zentrum des SDS entsteht eine neue Arbeitskommune, voraussichtlich setzt sie sich zusammen aus den Genossen; Fabig, Schmidt, Dogas, Neckermann, Seifert, Siefer. Die Arbeitskommune verwandelt das Zentrum in ein arbeitsfähiges Organ der theoretischen Vorbereitung der Aktivitäten des SDS.
7. Über den neuen Arbeitsstil wäre zu sagen, daß die Kulminationspunkte sozialistischer Aktivität die Arbeitstagen sein werden, auf denen das Ergebnis der einzelnen Arbeitsteams der studentischen Öffentlichkeit vorgelegt werden. Die AT haben den Zweck, politische Zielsetzungen des SDS an Hand exemplarischer Beispiele theoretisch einsehbar zu machen, an einer Bewußtseinsrevolution innerhalb der Universität als organischer Bestandteil der Gesamtgesellschaft zu arbeiten.  
Das Kollektiv entscheidet über die Gestaltung einer Arbeitstagung.
8. Im Zentrum, wird im Laufe des WS - besonders wenn der Versammlungsraum im Keller und das dortige Büro dazu kommen - ein Archiv aufgebaut, um die theoretische Arbeit des SDS besser und effektiver zu gestalten.

### III. Programmvorschläge

1. Notstand (nach Möglichkeit sollte für diesen Punkt der Asta eingeschaltet werden).  
Zur Wiederaufnahme der Lesung des Notstandsgesetzes im Bundestag soll im Rahmen der Notstandsopposition mitgearbeitet werden. Ziel des Kuratoriums ist; fünf großen Demonstrationen in fünf Großstädten der BRD am 3. November.  
So wird zu Semesterbeginn die Arbeit unter den Zeichen der Vorbereitung dieser Demonstration stehen.
  - a) Zwischen dem 15. und 25. 10. eine Vortragsveranstaltung im Audi-max, vielleicht in Verbindung mit einer öffentlichen Parlamentssitzung des Studentenparlaments, Einladungen an; Heinrich Hannover oder Prof. Dr. Abendroth, Dr. H. M. Enzensberger, Prof. Dr. W. Fabian, Prof. Dr. C. Flechtheim, Prof. Dr. H. Ridder, Prof. Dr. Iring Fetscher.  
Anschriften und weitere Anschriften sind vorhanden.
  - b) Informationsstand zwischen dem 25. – 30.10.
  - c) Weitere Aktionen in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsausschuss ZSO. Flugblatt usw.
  - e) Sandwich-Demonstration am 1. u. 2. November.
 Für diese Arbeit muß eine Arbeitsgruppe mit einem Verantwortlichen gebildet werden.

### 2. Arbeitsgruppen

- Bevor näher auf die inhaltliche Thematik der Gruppenarbeit eingegangen wird, soll eine Vorstellung von der Arbeitsweise gegeben werden.
- a) Es sollen Arbeitsgruppen von 3-6 Genossinnen und Genossen gebildet werden. Sie beginnen - möglichst sofort- wissenschaftlich ein zusammenhängendes Thema zu bearbeiten, das Ergebnis soll entsprechend aus 3-6 Referaten bestehen. Die erste Arbeitsgruppe muß bis Mitte Oktober ihre Arbeit abgeschlossen haben.

b) Die Referate werden in einem 3-6wöchigen Arbeitskreis zur Diskussion gestellt. Die so diskutierten, kontrollierten und überarbeiteten Referate werden auf einer öffentlichen Arbeitstagung der studentischen Öffentlichkeit vorgetragen und mit ihr diskutiert.

Soweit möglich sind die öffentlichen Arbeitstagungen mit direkten Aktionen zu verbinden. Die Zusammenarbeit innerhalb der Arbeitsgruppen regelt die Arbeitsgruppe selbst. Es muß immer ein Verantwortlicher bestimmt werden, er ist dem Führungskollektiv und der MV verantwortlich.

Die Thematik soll Stoffe umfassen, die an der Universität Hamburg nicht oder einseitig gelehrt werden.

Es zeichnen sich folgende Rahmenthemen ab,

(1) Rüstung und Kapitalismus<sup>101</sup>

Verantwortlich; E. Schmidt

Bisherige Mitarbeit; A. Milz

(2) China (Feudalismus - Imperialismus - Aufbau d, Sozialismus)

Verantwortlich; E. Neckermann

Mitarbeit; K. Mellentin, R. Oberlercher

(3) BRD - DDR ein Vergleich

Verantwortlich; D. Siefer

Mitarbeit; H. Ebbinghaus, M. Deter

(4) Notstand

Diese Gruppe hätte mehr organisatorischen Aufgaben.

Zu jeder Arbeitsgruppe werden noch Mitarbeiter gesucht.

Die genauere Themenabgrenzung und inhaltliche Bestimmung kann erst nach der Konstitution und Vorarbeit der Gruppen erfolgen. Dieses sollte so schnell wie möglich geschehen. Die erste konstituierende Sitzung aller Gruppen ist am Sonnabend den 29.7.

Eine gewisse Vorarbeit ist schon in allen Rahmenthemen geleistet worden.

Sobald die Themen und Inhalte konkretisiert sind, werden sie auf einem Jour-fix (hierfür gibt es eine besondere Benachrichtigung) vorgetragen.

### 3. Arbeitskreise

Die Arbeitskreise sind jeweils 3-6wöchig, sie befassen sich mit den Ergebnissen der Arbeitsgruppen, d.h. an den Arbeitskreis 'Rüstung und 'Kapitalismus' schließt sich der Arbeitskreis 'China' an. Der Arbeitskreis wird statt des Jour-fix abgehalten (man müßte ev. darüber abstimmen ob er an einem anderen Tag stattfinden soll).

### 4. Öffentliche Arbeitstagungen

Es folgen die öffentlichen Arbeitstagungen in 3 - 4wöchigem Abstand.

### 5. Weitere öffentliche Veranstaltungen

Siehe Notstand -.....

(weitere Vorschläge?)

### 6. Die Arbeit in den Fachschaften sollte verstärkt werden.

Die Parlamentsgruppe muß ihren Einfluß auf den Asta und die Fraktion verstärken.

An der Hochschulpolitik interessierte Genossen sollen an dem Seminar "Probleme der Universitätsreform" 14 tägl. Roeder/Oehler (PI) n. V.

Hierzu näheres in der Diskussion!

---

<sup>101</sup> Grundlektüre ist; Vilmar, Fritz; Rüstung u. Abrüstung im Spätk.

7. Allgemein für den SDS werden folgende Vorlesungen im WS 67/68 interessieren:  
157 Einführung in die Wirtschaft der Volksrepublik China 2 st. Do 9 - 11 Wiso 07, GROß-  
MANN

303 Leninismus und westeuropäischer marxistischer Sozialismus 2 st. Mi 16-18 A. M.  
FRIEDRICH

306 Einführung in die polit. Ideengeschichte:

Marx, Lenin, Mao. 2 st. Mo 18 - 20 SSoz 514/15 DENNERT

157 wird wahrscheinlich nur die Arbeitsgruppe China interessieren.

303 sollte als Grundlage für einen wöchentlichen Diskussionsabend dienen - vielleicht spezi-  
ell für junge SDS-Genossen als Einführung in die Theorie,

306 wird kaum lohnend sein.

8. Jour-fix

Es würde im Semester als Arbeitskreis dienen.

Für die Ferien muß noch eine Regelung gefunden werden,

9. Mitarbeit im ZSO s. Punkt 8 der Tagesordnung,

10. Aktion "Presse-Konzern-Entflechtung" (mündlich); DK

IV. Vorschläge zur Verbesserung der Kommunikation

1. Im WS 67/68 ist alle 3 -4 Wochen ein MV einzuberufen.

Hier hat das Führungskollektiv und die Arbeitsgruppen über die geleistete Arbeit zu berich-  
ten.

2. Ein wöchentlicher Rundbrief soll alle Mitglieder umfassend über die Arbeit, Diskussion  
und Probleme des SDS informieren.

**Am Dienstag, dem 18. Juli 1967 konstituierte sich das "Zentrum der Sozialistischen Op-  
position in Hamburg"** und einigte sich einstimmig auf folgendes

**GRÜNDUNGSPROTOKOLL**

Sozialistischer Bund (SB), Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS), Vereinigung Un-  
abhängiger Sozialisten (VUS), Neusozialistischer Bund, Radikalsozialistischer Bund (RSB)  
und Initiativ-Ausschuß zur Gründung einer sozialistischen Partei (IA) schließen sich zu einem  
"Zentrum der Sozialistischen Opposition in Hamburg" zusammen, Ihr gemeinsames Ziel ist  
die Formierung der bisher zersplitterten sozialistischen Gruppen zur Verteidigung der Demo-  
kratie und des Friedens, eine Aufgabe, die dauerhaft nur durch die Schaffung einer sozialisti-  
schen Gesellschaft erfüllt werden kann.

Die Gruppen des "Zentrums" behalten ihre organisatorische Unabhängigkeit. Verbände mit  
spezieller Zielsetzung - wie der SDS - werden sie stets haben müssen.

Die einzelnen Gruppen verpflichten sich zur gegenseitigen Unterrichtung über ihre politi-  
schen Aktionen und die Grundzüge ihrer Verbandspolitik. Sie haben sich zusammengeschlos-  
sen, um durch gemeinsame Diskussionen und Aktionen für die gleichen Ziele der sozialisti-  
schen Arbeit eine breitere Grundlage und gleichzeitig die Voraussetzung für die Schaffung  
einer einheitlichen sozialistischen Bewegung zu schaffen. Diese Sozialistische Bewegung  
wird - anders als die großen Parteien der Bundesrepublik - demokratisch geführt werden und  
jeder Gruppierung das Recht zur Fraktionsbildung einräumen.

Die unmittelbaren Aufgaben bestehen in:

- gemeinsamer Diskussion über ein Aktions- und Grundsatzprogramm,
- sowie die Strategie der Sozialistischen Opposition.
- regelmäßigen öffentlichen Veranstaltungen,

gemeinsamen Aktionen.

organisatorischem Ausbau der sozialistischen Opposition.

Unterstützung der demokratischen Oppositionsbewegung in der Kampagne für Abrüstung und der Anti-Notstands-Bewegung.

Unterstützung der Arbeitsausschüsse der Sozialistischen Opposition als zentrale Einrichtung,

Das Zentrum Sozialistischer Opposition in Hamburg setzt sich zusammen aus, je zwei Vertretern des SB, des SDS und des RSB und aus je einem Vertreter des IA, des Neusozialistischen Bundes und der VUS. Eine Erhöhung der Zahl der Vertreter dieser Gruppen sowie die Aufnahme weiterer Einzelmitglieder oder Organisationen bedarf der Mehrheit von zwei Drittel der anwesenden Vertreter,

Die Zusammenarbeit erfolgt auf vertrauensvoller Grundlage, Umstrittene Fragen werden nach Möglichkeit solange diskutiert, bis einhellige Zustimmung vorliegt, lediglich in Ausnahmefällen sollte die politische Aktionsfähigkeit durch Mehrheitsbeschlüsse gesichert werden.

Gewählt werden: 1 Sprecher, 2 Stellvertreter des Sprechers, ein Schriftführer, 1 Kassierer. Die gemeinsame Arbeit wird vorerst durch Umlage der Mitgliederverbände finanziert,

SB Hans-Jürgen Schulz, Ragnar Lethi

SDS Arwed Milz, NN

RSB Dieter Schütt, Bolko Kahlhöfer

IA Berni Kelb

NSB Volker Mack

VUS Karl Brakemeyer

Gründungsprotokoll S, 2

Gewählt wurden einstimmig:

Sprecher: H.-J. Schulz (SB)

Stellvertreter: A. Milz (SDS)  
Karl Brakemeyer (VUS)

Schriftführer: B. Kelb (IA)

Kassierer: Bolko Kahlhöfer (RSB)

In der nachfolgenden Diskussion wurden folgende Beschlüsse gefasst:

In etwa sechswöchigem Turnus werden öffentliche Veranstaltungen durchgeführt.

1) Sozialistische Opposition (wir stellen uns vor)

8. September, Referent möglichst Heydorn.

2) Notstand

ca. 13. Oktober, Referent möglichst Hannover

3) Wirtschaftspolitik

4) Verhältnis zur DDR

eventuell, in Verbindung mit dem FDJ Seminar des SDS,

5) Konzentration und Freiheit der Presse.

Die Teilnahme an den Sitzungen des „Zentrums“ steht den Mitgliedern der beteiligten Gruppen offen.

Wir treten zur Aufnahme von Verbindungen persönlich an folgende Gruppen oder Personen heran:

Humanistische Union

eine Gruppe in Bergedorf

Horst Bethge

Möglichst alle Mitglieder der einzelnen Gruppen sollten Abonnenten der "Informationen" werden.

Die nächsten Sitzungen finden statt;

28.7. 19.00

21.8. 19.00

Eingeladen wird nicht hierzu.

Hamburg, den 19. Juli 1967

i. A.

B. Kelb

SDS-BV, 25 66/67, 31.8.67, Einladung zur 22. ord. DK

SDS-BV, 26 66/67, 27.8.67, TO 22. ord. DK

SDS Hamburg, Mitgliederrundschreiben Nr. 8 21.8.1967

Sozialistischer Deutscher Studentenbund

Hamburg, 21.8.67

-Landesverband Hamburg-

2 Hamburg 13

Von-Melle-Park 17

### **Mitgliederrundbrief Nr. 8 - 1967**

Liebe Genossinnen und Genossen!

Für diejenigen Mitglieder, die noch oder schon wieder in Hamburg sind, ein Überblick über die anstehenden Probleme und Aktionen. Seit der Wissman-Aktion ist hier nicht viel geschehen; doch einen Rückfall in die traditionelle Teilung - Semester und Ferien - können wir uns nicht leisten. So wird zur Ankurbelung der Aktivität am Sonnabend wieder das Jour Fix stattfinden. Es trifft sich etwas unglücklich mit einer anderen Aktion an der wir gleichzeitig teilnehmen wollen.

So soll auf dem Flohmarkt am 26. 8. ein ANTISPRINGERSTAND gegenüber dem Stand des Abendblatts errichtet, werden. Nun war das Jour Fix schon vorher mit einem Referenten - Marcel von "revolte" - abgesprochen. Wir müssen sehen wie wir es koordinieren,

1) Jour Fix, 26.8.67, 15.00, Zentrum

Marcel ("Mitglied der franz. Jugendorganisation "revolte", s.a.. Rundbrief Nr. 7) hält ein Referat über die Ergebnisse des internationalen Jugendtreffen (Kongress) in London.

2) Antispringerstand, 26.8.67, 16.00, Flohmarkt - vorher Treffpunkt im Zentrum, 14.30. Mitglieder, die am Jour Fix teilnehmen, können im Anschluß ja zum Flohmarkt gehen.

Verkauft werden linke Zeitungen (Sozialistische Hefte, Marxistische Blätter usw.), Bücher und Plaketten ...

(Peter Schütt, Inge Jantke, Ernst Zorrer, Sven Papcke u.a..)

3) Arbeitsgruppen

(1) Rüstung und Kapitalismus

Diese Gruppe trifft sich am Montag, 28.8.67., 20.00, Zentrum zur ersten Gruppenbesprechung,

(2) China

Über diese Gruppe haben wir momentan keine Informationen; es arbeitet scheinbar jeder für sich, Themen waren schon aufgeteilt.

(3) BRD - DDR

Das zum 17.8. abgesprochene Treffen dieser Gruppe war nicht sehr vielversprechend. Mit den Anwesenden besprach Dirk den jetzigen Stand, den Abwesenden schrieb er folgende Karten....

Gesamtthema:

Die DDR in Darstellung und Kritik;

Untergliederung:

a. Das herrschende Bewußtsein von der DDR innerhalb der Bevölkerung der BRD. DDR-Bild, SED-Bild ,Bild von der Bevölkerung. (Dorothea)

b. Die Verfassung und politische Ordnung der DDR und ihre Wirklichkeit, die Problematik eines sozialistischen „Grundgesetzes“ (Siefer)

c. Das Neue Ökonomische System (?)

Sozialismus-Kapitalismus in Deutschland

d. Die soziale Schichtung und die soziale Mobilität in der DDR (Seifert)

e. Modelle zur Lösung eines europäischen Problems (?)

f. Polytechnisches Unterrichtssystem - Aspekte (Sumser)

Ich schlage vor, daß sich die Genossen: Ebbinghaus, Fabig, Schütt, Koch, Seifert, Sumser noch einmal treffen, um die oben unbesetzten Themen zu verteilen oder um zu neuen Entschlüssen zu kommen... Es muß unbedingt im August noch zu einer vorbereitenden Sitzung kommen, sonst haben wir zu wenig Zeit für die Arbeit. Ende November muß die Arbeitstagung stehen! Ich bin bis zur zweiten Dezember Woche (DK in Frankfurt) nicht in HH.

Die Gruppe könnte sich auch am Montag den 28.8. 20.00, Zentrum treffen,

#### 4) 22. ORDENTLICHE DELEGIERTENONFERENZ

Die 22. o. DK des SDS findet vom 4.-8. Sept. in Frankfurt (Mensa der Universität) statt. Außer den Delegierten - Siefer, Schütt, Oberlercher - können und sollten möglichst viele Nicht-Delegierte teilnehmen. Wir haben noch pauschal 8 Plätze angemeldet. Die Interessenten melden sich bitte bei uns im Zentrum, vielleicht können wir die Fahrt organisieren und koordinieren.

Außerdem findet in Frankfurt ein Vorbereitungsseminar für die DK mit Dutschke und Krahl statt (2.-4. Sept.), auch hier sollten möglichst viele teilnehmen.

#### 5) Referenten.

In letzter Zeit traten immer häufiger Organisationen und Schulen an uns, heran und baten um Referenten. Wer will referieren über;

a), "SDS - Radikalsozialismus", CVJM - Harburg, an einem Freitag im Oktober (bis zum 26.8. entscheiden),

h) "Rassenunruhen in den USA", Gymnasium Rahlstedt, Zeit nach Vereinbarung.

c) "Ziele, der studentischen Opposition", DFU, Zeit nach Vereinbarung bis, zum 10.9.

d:) "SDS und außerparlamentarische Opposition", 27.9., 20,00, Internationale Buchhandlung,

e?) "Politisches Mandat der Studenten“, 26.9., 19,30, CVJM Poppenb.

Wir hoffen, daß einige Genossen von den aufgezeigten Arbeitsmöglichkeiten gebrauch machen.

Mit freundlichen Grüßen

Milz/Siefer

SDS Hamburg, Mitgliederrundschreiben Nr. 9 13.9.1967

2 Hamburg 13  
Von-Melle-Park 17 I

### **Mitgliederrundbrief: Nr. 9 - 1967**

Liebe Genossinnen und Genossen!

1. Am Sonnabend, 16. Sept. findet wie üblich unser Jour Fix statt.

Peter Schütt, Reinold Oberlercher und Erhard Neckermann werden etwas über die DK berichten. Es ist eine Art Vorbericht, natürlich findet Anfang des Semesters eine Mitgliederversammlung statt, auf der ausführlich berichtet wird.

Es ist aber schon jetzt notwendig die Schwerpunkte unserer Arbeit, die sich aus den Beschlüssen der DK ergeben zu besprechen, vor allem der Beschluß zur Springer-Aktion.

Das Jour Fix ist gleichzeitig eine Arbeitssitzung des auf der Mitgliederversammlung gewählten Führungskollektivs. Ihm gehören an: Badekow, Beekhuis, Deter, Ebinghaus, Koch, Fabig, Milz, Neckermann, Oberlercher, Schmitt, Siefer und Zorer. Für diejenigen die in Hamburg weilen, ist es selbstverständlich Pflicht zur Arbeitssitzung zu erscheinen.

2. Am Freitag wird Fritz Teufel wieder inhaftiert, falls es Mahler nicht gelingt, eine weitere Haftverschonung zu erreichen. In Berlin wird die Verhaftung mit einer Demonstration begleitet sein. Wir haben auch vor, ein Go-in in die Innenstadt zu machen; alle die Zeit und die Einsicht in die Notwendigkeit einer solchen Aktion haben, treffen sich um 15.30 im SDS-Zentrum.

3. Auch am Sonnabend, den 16. Sept. werden wir eine Sammelaktion in der Innenstadt von 11.00 - 14.00 machen. Zur Sammlung wird unsere mittlerweile vielleicht schon bekannte "GEGEN B i l d" verteilt. Die Sammlung soll Geld und Aufmerksamkeit für weitere Sprin-geraktionen bringen. Wer also auch am Sonnabend um diese Zeit mitmachen will, komme in der angegebenen Zeit zum SDS-Zentrum. "GEGEN B i l d" und Sammeldosen haben wir genug,

4. Einiges über die Arbeitskreise. Über den DDR Arbeitskreis könnt Ihr im letzten Rundschreiben ausführlich nachlesen. Da Dirk Siefer noch nicht in Hamburg ist, muß sich diese Arbeitsgruppe jetzt mal ohne Dirk treffen. Ich schlage vor: am Sonnabend nach dem Jour Fix, Für die anderen Arbeitsgruppen die auf den Arbeitsplänen angegebenen speziellen Daten.

Freundliche Grüße

### **Kurras und Springer rein, TEUFEL RAUS !!!**

Ihr habt es sicher alle in den Zeitungen gelesen: Teufel muß wieder in den Knast. Am Samstag wollte er sich freiwillig der Frankfurter Polizei ausliefern. Zwei Stunden saß er vor dem Polizeipräsidium und wartete auf seine Festnahme, doch die Polizei wollte nicht, also ging er mit seinen Freunden wieder weg. Unterwegs wollte auf einmal die Polizei, 7 Mannschaftswagen, 30 Polizisten, doch jetzt wollte Teufel nicht mehr. Die Polizei nahm den falschen fest, und Teufel machte sich auf nach Berlin, Da ist er jetzt in einer Wohnung. Am Freitag will er sich stellen. Viele Berliner werden ihn begleiten. Sie werden vor das Schöneberger Rathaus ziehen und dort ein Gegengericht abhalten. Albertz, Hoppe, Duensing, Dehnicke usw. sollen abgeurteilt werden.

Das geht uns natürlich auch in Hamburg etwas an. Schließlich hat auch hier die Polizei nach dem Schahbesuch versucht, Rädelführer, Widerständler gegen die Staatsgewalt usw. aufzubauen. Schließlich hat auch hier ein Bürgermeister gesagt: "So danke ich besonders der Polizei, daß sie mit einem großen Einfühlungsvermögen und mit einem vorbildlichen Takt und mit einer Mäßigung für die Ordnung gesorgt hat ..."

Und schließlich ist vor kurzem die Strafverfolgung gegen den Kommandeur der Schutzpolizei, Leddin, der kräftig beim Schlagen auf Demonstranten mitmischte, aufgegeben worden. Die Anschuldigungen waren angeblich nicht stichhaltig genug.

Also haben wir allen Grund, uns durch eine ähnliche Aktion, wie sie in Berlin am Freitag stattfinden wird, mit Fritz Teufel zu solidarisieren und zugleich gegen die Verschleppung und die Parteilichkeit der Hamburger Justiz in Sachen Ermittlung gegen Polizeibeamte zu protestieren.

Am Freitag um 16 Uhr, von der Mensa Eingang A aus, werden wir in die Innenstadt vor das Rathaus sickern, uns dort zu der Buchstabenreihe - Freiheit für Teufel - formieren und dann vor das Strafjustizgebäude ziehen. Dort findet ein Volksgericht gegen Herrn Leddin statt. Da die Justiz in der konzertierten Aktion mit dem Hamburger Senat ein Urteil gegen ihn scheut, werden wir ein Urteil fällen.

Leddin rein, Teufel raus: Freitag, am 15. 9. 67, um 16 Uhr,  
Mensa Eingang A !!!

**FREIHEIT FÜR TEUFEL**

Sozialistischer Deutscher Studentenbund - Gruppe Hamburg, 2 HH 13, Von-Melle-Park 17

## **Arbeitsgruppe: Rüstung und Kapitalismus**

### I. Bundeswehr

#### 1. Soziologie ihrer Entstehung und Entwicklung

(Organisation, Selbstverständnis, Strategie, Vorstellungen der: Öffentlichkeit, Bündnispartner)

#### 2. Rüstungsökonomie

(Einfluß auf die Konjunktur und das volkswirtschaftliche Wachstum)

-etwa 4 Genossen-

### II. Funktion der Rüstung und des Krieges in kapitalistischen Weltsystem (USA, Nato, OAS)

-etwa 4 Genossen-

### III. Rüstung im sozialistischen Weltsystem

- 1 Genosse-

### IV. Struktur und Konzeption derzeitiger Kriege

(Volksbefreiungskriege am Beispiel Vietnams, Lateinamerika, Arabiens, Afrika und Theorie des Volkskrieges nach Mao, Lin Biao, Giap, Guevara, Debray)

-etwa 2 Genossen - (A. Milz)

### V. Abrüstungskonzeptionen

-1 Genosse-

Grundlektüre ist Fritz Vilmar: Rüstung, und Abrüstung im Spätkapitalismus, das am 2. 10. 67, 20,00, SDS-Zentrum diskutiert werden soll.

Wer sich für diesen Arbeitskreis interessiert, außer den bisherigen Interessenten, kann sich bei Eberhard Schnitt melden im SBS-Zentrum

Arbeitsgruppe: Dritte Welt und die Metropolen –

Spezialthema: Zur Situation des China von heute

#### 1. Feudalismus

Bauernrevolten im alten China (Peter Müller)

#### II, Imperialismus

- a. Widerstandskriege gegen den Imperialismus
- b. Bürgerkriegsperioden

### III. Sozialismus

- 1. Der wirtschaftliche Aufbau Chinas seit 49 (E. Neckermann)
- 2. Dem Kampf gegen den Revisionismus
  - a) Die Theorie der permanenten Revolution (R. Oberlercher)
  - b) Die Große Proletarische Kulturrevolution
- 3. Das Erziehungswesen (Lore Häger)
- 4. Die Außenpolitik Chinas sein 1949
- 5. Der chinesisch-sowjetische Konflikt. Zwei Weltrevolutionsmodelle

Die Arbeit der Projektgruppen steht in der Spannung zwischen Theorie und Praxis, zwischen Aufklärung und Aktion. Während der Semesterferien liegt der Schwerpunkt auf der theoretischen Akkumulation; während des Semesters wird die theoretische Akkumulation in der Aktion vermittelt, indem öffentliche Arbeitstagungen, Unterstützungsaktionen usw. durchgeführt werden.

Um die theoretische Akkumulation zu erleichtern und gegenseitig zu koordinieren, treffen wir uns am Montag, den 18. Sept. um 18 Uhr im SDS-Zentrum. Da noch einige Themen unbesetzt sind, sollten neue Interessenten ebenfalls kommen.

Lang lebe Mao Tse – tung

SDS Hamburg, Aktionshinweise 30.9.1967

## **ZENTRUM SOZIALISTISCHER OPPOSITION 2 HAMBURG 13, Von-Melle-Park 17**

Genossen, Freunde!

Seit dem Staatsstreich des Militärs am 21. April 1967 ist die Freiheit in Griechenland zertreten, sind Tausende verhaftet, deportiert und gefoltert worden. Kürzlich wurde der bekannte Komponist Mikis THEODORAKIS festgenommen, Abgeordneter des aufgelösten Parlamentes und Präsident der Lambrakisjugend. In Kürze soll Andreas Papandreou vor ein Militärgericht gestellt werden.

So wie einst das Schicksal von Carl von Ossietzky im nazistischen Konzentrationslager eine Solidaritätsbewegung in der ganzen Welt auslöste, so ist Mikis Theodorakis und Andreas Papandreou Symbol für das freie Griechenland geworden,

Hunderte Künstler und Politiker haben protestiert. Die italienische Regierung unternahm diplomatische Schritte. Allein in der Bundesrepublik haben sich bisher nur wenige dem angeschlossen. Die Bundesregierung der Großen Koalition unterstützt das faschistische Regime politisch und zahlt an Wirtschafts-, Entwicklungs- und Militärhilfe über eine viertel Milliarde DM.

Wir, die deutschen Demokraten, fühlen uns mit den verfolgte griechischen Demokraten verbunden. Darum rufen wir auf zur

**SOLIDARITÄTSKUNDGEBUNG**

für Mikis Theodorakis und Andreas Papandreou, für die griechische Demokratie am Donnerstag, dem 21. Sept. 1967, 20 Uhr, Moorkamp 5 (Guttemplerhaus) Nähe U-Bahn Schlump.

Wir veranstalten die Kundgebung gemeinsam mit dem Komitee für den Kampf gegen die Diktatur in Griechenland, dem Zusammenschluß aus Vertretern aller demokratischen griechischen Parteien in Hamburg.

Wir fordern alle auf, die beigefügte PROTESTERKLÄRUNG zu unterschreiben und an uns zu senden. Wir werden sie an das griechische Innenministerium weiterleiten. Liebe Freunde und Genossen, bringen Sie Ihre Bekannten mit und sorgen Sie für einen vollen Erfolg unserer Veranstaltung!

Mit freundlichen Gruß  
Hans Jürgen Schulz Arwed Milz

HERR PATTAKOS!

Ich protestiere gegen die Festnahme von Mikis Theodorakis und Andreas Papandreou, gegen die Verhaftung tausender griechischer Demokraten, gegen ihre Folterung und Deportation, Ich fordere ihre Freilassung.

Ich protestiere gegen die Unterdrückung der Freiheit in Griechenland, gegen das faschistische Militärregime. Ich fordere die Wiederherstellung der Demokratie.

Nape: .....

Anschrift.....

Beruf: .....

**SDS-Landesverband Hamburg**  
2 HH 13  
Von-Melle-Park 17

**Hamburg, den 20. 9. 67**

Genossen, Genossinnen,

**in der nächsten Zeit zeigen sich folgende Aktionen/Veranstaltungen an:**

1. Unter dem Motto Aktion in der Agitation findet am kommenden Samstag zwischen 10.30 - 14.00 eine Sammlung für die Enteignung von Springer statt. Dabei wird die 2. Ausgabe der GEGEN-Bild-Zeitung unter die Massen gebracht, wer die Agitation in der Aktion lernen will, der nehme teil. Treffpunkt: Zentrum

2. Denkt bitte an die umseitig angekündigte Veranstaltung für Griechenland.

3. Am 2. Oktober 67 19.30 findet in der Gaststätte „Remter“, Rabenstraße 27 eine Grundsatzdiskussion über das Thema „Aufklärung und Aktion, Notwendigkeit oder Hinfälligkeit einer Partei“ statt.

Als Diskussionsbeiträge stehen bisher fest:

Gleissberg (VUS)

Schulz (SB)

Neckermann/ Schütz (SDS)

„Die Pflicht eines Revolutionärs ist es, Revolution zu machen.“ (Fidel Castro)

Erhard Neckermann

SDS Hamburg, Mitgliederrundschreiben Nr. 1 WS 67/68, 18.10.1967

Sozialistischer Deutscher Studentenbund 18,10,67  
Landesverband – Tel. 418488  
2 Hamburg 13 t  
Von-Melle-Park 17 I

**Mitgliederrundbrief Nr. 1 - WS 67/8**

Liebe Genossinnen und Genossen!

I. Hiermit laden wir Euch zur ordentlichen Mitgliederversammlung des Landesverbandes (und beider Gruppen) am 31.10.67, 19.00, Mensa II ein.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Bericht über die Bundesdelegierten Konferenz (Neckermann, Oberlercher, Schütt)
2. Kurzer Bericht über die SDS-Arbeit in den Semesterferien 67 (Milz)
3. Voraussichtliche SDS-Arbeit im WS 67/8
4. Hochschulpolitischer Arbeitskreis. (Roth)
5. Noch ausstehende Wahl der beiden Kassenrevisoren
6. Wahl des Vorstandes der Akademie-Gruppe
7. Klärung der Finanzierung eines Wochenendseminars der Akademiegruppe im SS 67
8. Verschiedenes

II. Genosse. Harald Vieht verbrachte seine Ferien in Kuba. Er wird am Montag den 23, 10, im PI, Raum 08 um 20,00 einen unkonventionellen Bericht über seine dreiwöchige Reise durch Kuba geben, Er hat auch einiges Material (Bücher, Zeitschriften, Plakate) mitgebracht. Nur für SDS'ler und Interessenten.

III. Am 20.10. (Freitag) macht die Kampagne für Abrüstung eine FACKELDEMONSTRATION (trotz polizeilichen Verbots) gegen die amerikanische Aggressionspolitik in Vietnam, Treffpunkt um 19.00, Schlüterstraße - Studentenhaus. - Kundgebung um 20.30 auf der Moorweide

IV. Arbeitskreise (Methode und Aufgabe siehe Arbeitspapiere für die MV am 26.7.67)

(1) Rüstung und Kapitalismus

Drei einführende Sitzungen von E. Schmidt: "Marxistische Theorie der kapitalistischen Entwicklung", "Imperialismus- und Monopolkapitalismustheorien", "Struktur und Entwicklung des Weltmarktes",

Die 1. Sitzung findet am 9.11. im SDS-Zentrum 15.00 - 17.00 statt. Nach Interessentenab-sprache wird dann ein günstiger Termin vereinbart. Alle Auskünfte im SDS-Zentrum,

(2) China (SDS intern)

1. Sitzung am Montag 6.11., PI, Raum 08, 20,00:

"Der wirtschaftliche Aufbau Chinas seit 49 (Neckermann)

Weitere Themen werden auf der MV bekannt gegeben, sonst ebenfalls alle Informationen im SDS-Zentrum.

V. Vor der Mensa II steht ein SDS-Informationsstand über Vietnams! Wer Zeit hat, kann dort die Genossen mal ablösen.

VI. Die Zeit drängt für die Zusammenstellung eines ANTISPRINGERSTANDES, Wer mitarbeiten will, melde sich im Zentrum!

Freundl. Grüße/Milz

## **Gründung Republikanischer Club HH, 25.10.67**

REPUBLIKANISCHER CLUB HAMBURG

Liebe Hamburger!

Wie stehen Sie zu folgenden Fragen?

Ist die Große Koalition der Totengräber der Demokratie?

Sollen die Notstandsgesetze den Weg in die Diktatur ebnen?

Kämpfen die USA in Vietnam für die Freiheit?

Halten Sie ein faschistisches Griechenland im zukünftigen Europa für tragbar?

Kann eine wirtschaftsabhängige Presse unabhängig und objektiv sein?

Wir alle empfinden bei diesen Problemen ein Unbehagen; besonders, weil jeder für sich unfähig ist, sich mit ihnen wirkungsvoll auseinanderzusetzen und etwas dagegen zu tun. Wenn die staatliche Ordnung Unrecht sanktioniert, wird Widerstand zur Pflicht. Sporadische Auflehnung gegen die kompakte Macht der bürgerlichen Ordnung ist sinnlos. Die zersplitterten und deshalb machtlosen sozialen und sozialistischen Kräfte brauchen ein gemeinsames Forum. Daher haben sich in Hamburg kritisch Denkende zusammengefunden, um ein Zentrum ausserparlamentarischer Opposition zu gründen. Dieses Aktionszentrum will der Republikanische Club Hamburg sein. Der Republikanische Club wird daher Räumlichkeiten schaffen, in denen sich die politisch frustrierten Oppositionellen zusammenfinden können, um anhand von Schriften, in freier Diskussion oder durch gezielte Aktionen ihren Widerstand zu formulieren. Wir laden Sie ein zur zweiten (konstituierenden) Versammlung:

Mittwoch, 25. Oktober 1967 19. 30 Uhr im Curio-Haus.

Verantwortlich für den Inhalt: Werner Baufeldt

Fortgesetzte Tippübungen zur psychischen Rekreation des seines Amtes als geschäftsführender Vorsitzender des Allgemeinen Studentenausschusses der Staatlichen Hochschule für Bildende Künste entbundenen Dieter Hesse anhand einer Tonbandaufzeichnung eines Vortrages von Bazon Brock am einunddreißigsten Zehnten Neunzehnhundertsiebenundsechzig in der Aula der Staatlichen Hochschule für Bildende Künste unter dem Thema:

Die Reformation der Feinde der Demokratie

Enteignet Springer

Roter Morgen 1, Nov. 1967

## **SDS Hamburg Rundbrief für Aktive**

**4.11.67**

Liebe Genossinnen und Genossen,

entgegen unserem Beschluss, Rundbriefe abzuschaffen, sehen wir uns heute gezwungen. Euch auf eine wichtige Veranstaltung hinzuweisen:

1.) Rektoratswechsel

Am Donnerstag, dem 9. November 1967, 10 Uhr  
im Auditorium maximum

Es wurde immer deutlicher, daß derartige Veranstaltungen einer Umfunktion bedürfen, die wir versuchen werden, am Donnerstag zu erreichen. Folgendes Programm ist vorgesehen:

Einzug des Lehrkörpers (Einzug des Studentenkörpers)

Bach: Orchestersuite Nr. 1 c-dur (-----)

Bericht des scheidenden Rektors (-----)

Feierliche Immatrikulation (-----)

Ansprache des 1. Vorsitzenden des ASTA, Pätzold (Beifall)

Festvortrag des neuen Rektors Professor Dr. Rer. pol. Werner Ehrlicher:

"Die wirtschaftliche Rezession der Jahre 1966/67 in der BRD"

(Hier soll durch gezielte Fragen eine Diskussion hervorgerufen werden)

(Teach-in)

Bach: s.o.

Auszug des Lehrkörpers (der u.U. schon vorher stattfinden wird)

Wir treffen uns zwecks Besprechung am Donnerstag vor der Veranstaltung um 9 Uhr pünktlich im Zentrum.<sup>102</sup>

2.) Am 15. November machen wir einen Einführungsabend für junge Semester mit dem Titel "Student und autoritäre Universität - Der SDS informiert über die Kritik an einzelnen Studiengängen" (oder ähnlich). Genossen halten Kurzreferate von 2 DIN A4 Seiten, die bis Donnerstag (nach dem Rektoratswechsel) fertig und im Zentrum besprochen sein müssen.

Peter Thaessler und Arwed machen bitte das Fach Soziologie und Politologie

Dirk Siefert die Volkswirtschaft

Doris Krause Anglistik

Rudi Physik

Peter Köll Chemie

alle anderen Kurzreferate wurden auf dem jour fixe am 4.11. von Genossen übernommen, die sich alle am Donnerstag im Zentrum treffen. Die Genossen, die diesen kleinen Auftrag nicht übernehmen können, rufen bitte schnell im Zentrum an und hinterlassen einen Vermerk.

Bis Donnerstag 9 Uhr, denn der Tag ist vorlesungsfrei

gez. Inge Jahnke

Oberbaumblatt Nr. 7

ASTA, Wer kritisiert, wird rausgeschmissen (Wenck)

### **[2 Seiten Durchschläge]**

### **Springt, Mäuse, rein - holt Springer raus!**

Nachts schleicht Axel durch die Straßen und stellt Fallen. Große, kleine Mäusefallen. Die Wühlmäuse nisten im Springerhaus. Schaffen und graben.

Unterhöhlen den ganzen Konzern.

Axel, Axel Springinsfeld,

den man für den Springer hält.

Husch, die Maus

springt heraus.

Wer will mit Axel Kammerjäger sein?

Sie sitzen überall. Gestern hatten sie sich noch darauf beschränkt, das viele Zeitungspapier anzunagen. Heute sah man sie schon in der Empfangshalle. Wo werden sie morgen sein?

Axel, Axel Springinsfeld,

den man für den Springer hält.

Husch, die Maus

springt heraus.

Wer will mit Axel Kammerjäger sein?

Springers Haus droht einzustürzen. Weil Fallen nichts mehr nützen, versucht er's abzustützen. Vorsicht, Axel! Kannst nicht mehr ohne Kammerjäger sein.

Axel, Axel Springinsfeld,

den man für den Springer hält.

Husch, die Maus

---

<sup>102</sup> Anmerkung: die Veranstaltungsumfunktionierung wird in Zusammenarbeit mit dem ASTA und SHB durchgeführt werden.

springt heraus.  
Wer will mit Axel Kammerjäger sein?

Enteignet Springer!

Wir haben nicht gegen alles Unmut, was Caesar allnächtlich in seine Zeitungen in Szene setzen lässt. Denn: Caesar bietet Abwechslung!

Von Oberschenkel fotogener Minimädchen findet er zarte Übergänge zu den feisten Gesichtern westdeutscher Notstandsmuffel, mickriger Industriekapitäne und dilettierender Halsabschneider. Letzteren wendet er besonders viel Sorgfalt zu:

er,

Oberhalsabschneider der westdeutschen Presse, die dank seiner Umtriebe im er spießerischer wird.

Keiner will Axel etwas zuleide tun. Wir wollen ihm unsere hübschesten Freundinnen schicken, damit sie ihm die Ohren küssen. Wir wollen mit ihm Friedenspfeife rauchen und am Kamin mit ihm plauschen über die schreckliche Zeit, da er die Volksmassen zu verdummen noch gezwungen war.

Noch aber ist es nicht so weit. Axel ist nicht dumm genug, als dass wir ihm länger Pardon geben könnten.

Doch Axel sagt, er sei stark. Wir wollen ihn schwach machen.

Wenn ihr das tut, sagt Axel, dann kommen meine Verbündeten.

Sollen sie kommen! Mit einer Enteignung allein ist es ohnedies noch nicht getan.

Nicht alle meine Verbündeten sind verbündet mit mir, weil sie Monopolisten sind wie ich, sagt darauf Axel. Hinter mir ist noch die Polizei und ihr Helfershelfer, die Sozialdemokratie. Auf den Abfallhaufen mit ihnen! Das alles behindert uns. Fort mit der Manipulation der Massen, der pro - imperialistischen Speichelleckerei! Und fort auch mit Axels Betriebsratsbonen, die aus den Rotationsmaschinisten apathisches Arbeitsvieh machen.

Wir haben keine Angst, Axel. Du hast nicht verhindern können, dass wir uns zu deinen Gegnern schlagen, wenn sie auch noch mickrig und ob deiner und deiner Kumpanen Despotie ganz verängstigt sind.

Du wirst zusehen müssen, wie aus deinem „Bild“ die große sozialistische Volksbildzeitung wird.

## **Vollversammlung 17.11.1967**

Antrag zur Vollversammlung am 17.11.1967

Weißbuch zur Professorenmoral

Die Studentenschaft der Hamburger Universität kann sich nicht darauf verlassen, daß diejenigen Professoren, die in der Zeit von 1933 bis 1967 nationalsozialistische und neofaschistische Ideen in Vorlesungen und Schriften vortreten haben, von selbst oder auf Drängen staatlicher oder universitärer Stellen ihre Lehrtätigkeit aufgeben.

Universität und Staat dulden nicht nur, sondern fördern die Tätigkeit solcher Professoren, solange diese anonym bleiben.

Die Vollversammlung beschließt daher:

1. Eine von Studenten und Assistenten gewählte Kommission erstellt ein "Weißbuch zur Professorenmoral", in dem die Vergangenheit und Gegenwart u.a. der Professoren Spuler, Wenke, Hofstätter, Hävernack, Schiller, Krüger... wissenschaftlich analysiert und dokumentarisiert wird.

2. Die Kommission erarbeitet eine Liste nazistischer Literatur in den Bibliotheken der Universität und sorgt für die Entfernung dieser Literatur, sofern sie nicht antifaschistischen Lehr und Forschungszwecken dient,

3. Diese Kommission ist heute zu wählen,

4. Vorlesungen von Professoren, die nationalsozialistische Ideen vertraten oder vertreten, worden von den Studenten zu Hearings über diese Professoren umfunktioniert. Nach den Hearings erfolgt die Abberufung der betreffenden Ordinarien, nach Vorlesungsboykott und publizistischer Aktivität,

Karl-Rainer Fabig

Petra Sellenschloh

Reinhold Oberlercher

Weitere Anträge des SDS:

Zwischenprüfungen, Numerus Clausus, Disziplinarrecht, Politische Polizei und Universität,

Kritische Universität, Funktion und Aufgabe von Vollversammlungen

SDS Hamburg Rundbrief 6.12.67

**Rundbrief**                      **SDS**  
-    **6.12.1967**

I) Solidarität mit Oberlercher !

Was zu tun ist, könnt Ihr aus dem beiliegenden Asta-Flugblatt entnehmen (bei dem erwähnten Kommilitonen handelt es sich um Oberlercher).

Alle SDS-Mitglieder sollten sich bei der angegebenen Vorlesung Wenkes Stellungnahme anhören,

II) Revolte wozu?

Am Freitag den 8,12,67, 19.00, Mensa B veranstalten wir einen Informationsabend über unsere Hochschulpolitik.

Arwed Milz wird einleitend die Ereignisse und Aktionen seit der Rektoratsfeier interpretieren, daran schließt sich ein Referat von Karl-Heinz Roth über die Perspektiven der Hochschulpolitik des SDS-Hamburg an. Karl-Rainer Fabig wird die Diskussion leiten

III) a.o. MV

Im Anschluß an obige Veranstaltung (Freitag) soll ab ca. 22.00 eine a.o. MV (als Vorbereitung zur nächsten o, MV) abgehalten werden. Tagesordnung:

1. Urabstimmung
2. Führungskollektiv/Jour Fix
3. Finanzen
4. Neuaufnahmen
5. Zimmer im SDS-Zentrum

IV) Das letzte Jour Fix beschloß:

"Jedes SDS-Mitglied ist verpflichtet an einem Sonnabend vor Weihnachten im Rahmen der 'Gegen-Bild' Aktion für den SDS zu sammeln Wer nicht sammelt, zahlt einen einmaligen Beitrag von 10.- DM."

Am Sonnabend den 9.12.67 kann ab 10.00 gesammelt werden.

Unsere Kasse ist leer - zahlt bitte Eure Beiträge!

Freundliche Grüße  
A. Milz

SDS Hamburg, 30.12.67. Im Januar 68 Einweihung neues SDS-Zentrum im Keller.

**SDS  
Landesverband Hamburg**

**Hamburg, den 30.12.67**

**Liebe Genossen, Dienstag,**

**am 6. (?) Januar 68 findet im Keller des Von Melle Park 17 -unserem neuen Zentrum-  
um 19.30 Uhr eine Mitgliederversammlung statt.** Weil das Manuskript des Rund-  
briefes mit der vollständigen Tagesordnung verloren gegangen ist, können wir euch im Mo-  
ment nur zwei Dinge angeben, die verhandelt werden sollen:

1. Mitgliedsbeiträge, also die finanzielle Situation des SDS (Sammlungen etc.) **GELD MIT-  
BRINGEN!**
2. Personelle Besetzung der freigewordenen Wohnräume im ehemaligen Zentrum.

**ACHTUNG wichtig! ACHTUNG wichtig! ACHTUNG wichtig;**

Für die Wenke - Vorlesung an Donnerstag, den 4.1.68 bedarf es noch einiger Vorbereitungen,  
damit der Stein, den er erhoben hat auf seine eigenen Füße fällt.

**DESHALB**

**AM DIENSTAG, den 2.1.68 Sonder JOUR FIXE um 18.00 Uhr im alten Zentrum.** (Das alte  
Zentrum ist für die, die noch nicht dagewesen sein sollten, im Von Melle Park 17 I.)

SDS-BV, 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7

# 1968

SDS-BV, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13

SDS Gruppe an der AWP HH, Thesen zum Selbstverständnis des SDS

**SDS-Gruppe an der Akademie für Wirtschaft und Politik  
Thesen zum Selbstverständnis des SDS**

I. Verantwortung des SDS

a) Innenpolitik

b) Außenpolitik

II. Rolle und Funktion des SDS

III. Organisation

IV. Internationale Solidarität

V. Schlußfolgerung

**THESEN ZUM SELBSTVERSTÄNDNIS DES SDS**

I. Der SDS versteht sich als einzige intakte unabhängige sozialistische Opposition in der Bun-  
desrepublik. Daraus ergeben sich weitreichende Konsequenzen für unsere Arbeit.

Der Kapitalismus unserer Epoche hat die Tendenz, den Staat autoritär oder sogar faschistisch  
zu organisieren. Dies deshalb, um Erfordernisse der wirtschaftlichen Planung auf kapitalisti-

scher Basis durchzuführen, und um der potentiellen Konkurrenz mit den sozialistischen Staaten zu begegnen.

a) In der BRD wirkte sich dieser Prozeß so aus, daß die Sozialdemokratie sich den Interessen des Großkapitals völlig unterwarf und diese Interessen in der Rezessionsphase 1966/67 mit ihrem Eintritt in die Regierung der Großen Koalition für jedermann sichtbar vertrat. Indem sie Kosten der Rezession auf die abhängig Beschäftigten abwälzte, schaffte sie mit die Voraussetzung für die Stabilisierung einer neofaschistischen Partei. Die Funktion dieser Partei besteht zunächst einmal darin, die Unzufriedenheit der Unterschichten im Rahmen des Kapitalismus zu kanalisieren. Deren Erfolge, auch bei Teilen der Arbeiterschaft waren nur möglich wegen des Fehlens einer funktionierenden sozialistischen Opposition.

b) Im Rahmen der konterrevolutionären Globalstrategie des USA-Imperialismus ist es möglich - ja sogar wahrscheinlich -, daß die Bundesrepublik als verlässlichster Verbündeter der USA in die Auseinandersetzungen mit der Kolonialrevolution einbezogen wird, d.h., daß sie den Kampf der USA gegen die Kolonialrevolution nicht nur materiell, wirtschaftlich und propagandistisch unterstützt, sondern sich auch, militärisch mit Truppen der Bundeswehr engagieren würde.

Alle Fragen sozialistischer Strategie und Taktik in der BRD müssen vor dem Hintergrund dieser beiden Hauptgefahren (Neofaschismus im Innern, globale Konterrevolution im Äußern) diskutiert werden.

Konkretisierung:

1. Verteidigung der Restdemokratie mit allen Mitteln, um die Plattform und Ansatzpunkt für
2. Strukturreformen auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet zu erhalten (siehe Mandel: Neokapitalismus)
3. Internationale Kooperation mit sozialistischen Organisationen, primär Westeuropas.

- 2 -

II.

Die von einigen SDS-Gruppen praktizierte aktivistische Konzeption brachte zweifellos Erfolge mit sich. (Durchbrechung der Isolation an der Universität)

Der nicht mehr theoretisch ( Marxistisch ) reflektierte Aktivismus birgt die Gefahr in sich, daß der SDS einmal - da seine Aktionen von der Mehrheit der Studenten nicht mehr verstanden werden - in eine erneute Isolation hineintreibt, zum anderen, daß er unfreiwillig als "wilder Haufen" an der Universität für diejenigen Kräfte wirkt, die die Hochschulen im kapitalistischen Sinne rationalisieren wollen (Dahrendorf).

Indem der SDS durch seine Aktionen die traditionellen Universitätsstrukturen durcheinanderbringt, macht er die Universitäts- und Staatsbürokratien für Vorstellungen der Reformer (a la Dahrendorf) empfänglich und hilft damit den "Rationalisatoren", die Universitäten völlig in Produktionsstätten von spezialisierter Fachintelligenz zu verwandeln.

Eine Hochschulpolitik des SDS sollte zweifellos nicht darin bestehen, sich zu Hilfstruppen von Dahrendorf u.a. zu degradieren. Auf diese Weise kann sich Scheinradikalismus in ein Hilfsmittel rechts-sozialdemokratischer Politik verwandeln., Dieses Problem hat Lenin in "Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus" deutlich gemacht.

Neben den in "Revolte wozu?" formulierten ad hoc-Reformvorschlägen wäre insbesondere die Konzeption der 'Kritischen Universität' als einer Institution des partnerschaftlichen Lehrens und Lernens von Studenten und Arbeitern usw. zu entwickeln. Diese Konzeption wäre als eine Stufe der Strukturreformen im Sinne Handels zu interpretieren, wobei nicht vergessen werden darf, daß eine sozialistische Umgestaltung der Universität nur innerhalb einer sozialistischen Gesamtgesellschaft zu verwirklichen ist.

Der SDS hat nicht nur Aufgaben an den Hochschulen, sondern auch innerhalb der gesamten sozialistischen Bewegung.

Eine der wichtigsten Funktionen - wenn nicht überhaupt die wichtigste - des SDS innerhalb der sozialistischen Linken in der BRD besteht darin, im Rahmen der wissenschaftlichen Tätigkeit an der Universität konkrete gesellschaftliche Analysen (Staat - Wirtschaft - Betrieb - Gesellschaft) zu erarbeiten und diese einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Nur auf dem Hintergrund solcher, an Konfliktmomenten besonders ansetzenden Analysen können Forderungen und konkrete Alternativen formuliert werden. (Siehe Marx' Brief an Ruge 1843: "Von unserer Seite muß die alte Welt vollkommen ans Tageslicht gezogen und die neue positiv ausgebildet werden.")

- 3 -

3

Solche Analysen erlauben erst, an die vorhandenen Bewußtseinszustände der Gesamtbevölkerung anzuknüpfen und zunächst durch gezielte Aktionen, (verstehbare Provokationen als Hilfsmittel zur Aufklärung, die unsere Hauptaufgabe bleibt) eine für sozialistische Argumentation zugängliche Öffentlichkeit zu schaffen. Außerdem sollten wir alle Bestrebungen (ASO, Sozialistisches Zentrum usw.) zur Formierung einer funktionsfähigen sozialistischen Opposition kritisch unterstützen oder mittragen.

III. Die notwendige Diskussion der Organisationsfragen müßte die Erfahrungen der Arbeiterbewegung mit Organisationsformen berücksichtigen. Besonders die Verselbständigung der Parteiapparate in der SPD und im Stalinismus zu berücksichtigen, die vom Mittel zur Durchsetzung von Zielen der Arbeiterbewegung zum reinen Selbstzweck wurden.

Es dürfte aber klar sein, daß politische Bewegungen ohne Organisation zum Scheitern verurteilt sind.

Nur gilt es, solche Formen zu finden, die folgende Prinzipien berücksichtigen:

1. Freiheit der Diskussion -

Das Recht auf Fraktionsbildung

2. Verbindlichkeit der Mehr[heits?]beschlüssen, besonders hinsichtlich der Durchführung von Aktionen.

Dieses Prinzip darf keinesfalls das Recht der Minderheit beschränken, ihre Meinung zu vertreten.

Diese bewußte Disziplin, die auch die Minderheit zu akzeptieren hat, leitet sich her aus der sozialistischen Zielsetzung, Einheitlichkeit in der Aktion potenziert die eigene Stärke und hilft, die an dem ganzen Kräfteverhältnis einer Situation gemessene faktische Schwäche zu relativieren.

Werden Mehrheitsbeschlüsse durchgeführt, die sich als fehlerhaft erweisen, so kann diese Mehrheit aus Fehlern lernen, wenn die Freiheit der Diskussion garantiert bleibt,

IV. Internationale Solidarität

muß sich äußern in Aufklärung über die Kolonialrevolution und deren Unterstützung durch uns, sowie in kritischer Darstellung der Entwicklung der sozialistischen Staaten und der sozialistischen Bewegungen in den kapitalistischen Staaten (Dänische Soz. Volkspartei, EU, PSIUP, KPF etc.).

Die wirksamste Solidarität mit allen progressiven Kräften in der Welt ist der Aufbau einer funktionsfähigen sozialistischen Opposition in der BRD, die durch ihren Kampf verhindert, daß sich die herrschende Klasse der BR an konterrevolutionären Abenteuern der Weltreaktion beteiligt.

Der Kampf gegen den Antikommunismus ist unbedingt weiterzuführen.

V. Schlußfolgerung

Der SDS versteht sich als Teil der sozialistischen Arbeiterbewegung und ist sich bewußt, daß nur durch Mobilisierung der Masse der abhängig Beschäftigten sozialistische Ziele erreichbar sind.

SDS HH zur Hochschulgesetzgebung

## **SDS zur Hochschulgesetzgebung**

### **Inhalt:**

#### **I. Vorwort (zu Satzungs- und Hochschulgesetz)**

#### **II. Satzung der Studenten**

#### **III. Hochschulgesetz**

### **VORWORT**

Der Entwurf einer Satzung der Studenten und eines Hochschulgesetzes

1.)

Der vorliegende Entwurf einer Satzung der Studenten entspricht dem gegenwärtigen Stadium der hochschulpolitischen Auseinandersetzung an der Universität. Er beseitigt die Strukturen, die eine kritische Aktivierung der Studenten verhindern. Deshalb ist er ein wichtiges Kampfinstrument für die inneruniversitäre Auseinandersetzung um eine demokratische Hochschule. Mittels direkter Demokratie werden immer mehr Studenten mobilisiert mit dem Ziel, ein Hochschulgesetz zu erzwingen, das eine studentische Selbstverwaltung nicht mehr enthält

2.)

Der Entwurf eines demokratischen Hochschulgesetzes zielt auf eine demokratische Gesellschaft. Eine demokratische Universität kann es nur geben, wenn die übrigen gesellschaftlichen Strukturen der Bundesrepublik gleichzeitig und gleichermaßen umgewälzt werden. Im gesamtgesellschaftlichen Demokratisierungsprozeß der Bundesrepublik ist die studentische Bewegung gegenwärtig die vorantreibende Kraft. Immer mehr Studenten haben die Erfahrung gemacht, daß sie fähig sind, durch Selbstorganisation und direkte Aktionen demokratische Strukturen in ihrem sozialen Bereich durchzusetzen.

In dem Maße, wie die Studentische Emanzipationsbewegung sich ausweitet und gesamtgesellschaftliche Bedeutung gewinnt, wird der vorliegende Entwurf eines Hochschulgesetzes seiner Verwirklichung und Weiterentwicklung entgegengehen.

Er selbst fixiert noch ein Übergangsstadium. Die studentische Selbstverwaltung, deren Machtstrukturen sich im Demokratisierungsprozeß notwendig verstärkten, fällt aber schon weg. Der Gegensatz zwischen Lehrenden und Leinenden bleibt jedoch in Form der strukturellen Parität vorübergehend erhalten.

Mit der Weiterentwicklung der studentischen Emanzipation hebt sich auch dieser letzte - funktionsbedingte- Antagonismus auf .

### **ENTWURF einer SATZUNG DER STUDENTEN**

#### **1. Allgemeines**

Artikel 1 (1) Die Studenten sind Mitglied der Universität. Ihre Satzung regelt die studentische Selbstverwaltung

(2) Die Studenten haben das Recht, sich mit Studenten anderer Universitäten zu einem Verband zusammenzuschließen.

Artikel 2 Jeder Student hat das Recht, an der studentischen Selbstverwaltung mitzuwirken.

Artikel 3 Die Studenten führen die studentische Selbstverwaltung auf universitärer und Fachschaftsebene durch.

## 2. Die Universitätsebene

Artikel 4 Die Vollversammlung bestimmt die Richtlinien der studentischen Selbstverwaltung.

Artikel 5 Sie wählt den AStA auf Vorschlag des Studentenparlaments und übt die Kontrolle über ihn aus.

Artikel 6 Sie kann zur Vorbereitung ihrer Entscheidungen gutachtlich tätige Untersuchungsausschüsse einsetzen.

Artikel 7 Sie kann zur Durchführung ihrer Entscheidungen Aktionsausschüsse einsetzen.

Artikel 8 Die Vollversammlung ist beschlußfähig, wenn mindestens ein Zehntel der Studenten anwesend ist. Reichen die dafür nötigen Räumlichkeiten nicht aus, findet sie unter freiem Himmel statt. Die Beschlüsse werden mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefaßt. Die Vollversammlung gibt sich einen Versammlungsleiter.

Artikel 9 Die Vollversammlung tagt als ordentliche Vollversammlung in jedem Semestermonat einmal.

Artikel 10 Als außerordentliche Vollversammlung tagt sie auf schriftliches Verlangen von mindestens 1/20 der Studentenschaft und auf Verlangen des Studentenparlaments.

Artikel 11 Resolutionsanträge sind einen Tag vorher bekanntzugeben. Spontane Initiativanträge sind möglich.

## Das Studentenparlament

Artikel 12 Das Studentenparlament ist Forum der politischen Auseinandersetzung.

Artikel 13 Das Studentenparlament schlägt aus seiner Mitte den AStA der Vollversammlung zur Wahl vor.

Artikel 14 Die Mitglieder des Studentenparlaments werden in allgemeiner, gleicher und geheimer Listenwahl auf zwei Semester gewählt. Jeder Student ist wahlberechtigt und wählbar.

Artikel 15 Das Studentenparlament tagt zweimal in jedem Semestermonat. Außerordentliche Tagungen können auf Antrag einer Fraktion einberufen werden.

Das Studentenparlament gibt sich in jeder Sitzung einen Verhandlungsleiter und einen Schriftführer.

Artikel 16 Das Studentenparlament ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend sind. Beschlüsse werden mit Mehrheit der abgege-

-S.2-

gebenen Stimmen gefaßt.

Artikel 17 Die Sitzungen des Studentenparlaments sind öffentlich. In jeder Sitzung ist eine Fragestunde anzuberaumen, in der jeder Student Rederecht hat,

## Der AStA

Artikel 18 Der Allgemeine Studentenausschuß (AStA) ist das Exekutivorgan der studentischen Vollversammlung. Er ist an die Beschlüsse der Vollversammlung gebunden und hat bei jeder ordentlichen und außerordentlichen Sitzung der Vollversammlung Rechenschaft abzulegen.

Artikel 19 Der AStA handelt kollegial. Artikel 16 findet entsprechend Anwendung.

## Die Ausschüsse

Artikel 20 Die Mitglieder der Aktionsausschüsse werden aus der Mitte der Vollversammlung gewählt. Über die Anzahl der Mitglieder bestimmt die Vollversammlung nach Bedeutung der Sache. Die Mitglieder der Aktionsausschüsse legen vor der nächs-

ten Vollversammlung Rechenschaft ab. Sie sind an die Richtlinien der Vollversammlung gebunden.

### 3. Die Fachschaftsebene

Die Fachschaftsvollversammlung und die Fachschaftsausschüsse.

Artikel 21 Die Fachschaftsvollversammlung bestimmt die Richtlinien der studentischen Selbstverwaltung auf Fachschaftsebene. Sie wählt aus. Ihrer Mitte den Fachschaftsrat und übt die Kontrolle über ihn aus. Artikel 6-11, 20-21 finden entsprechend Anwendung.

### Fachschaftsrat

Artikel 22 Der Fachschaftsrat ist das Exekutivorgan der studentischen Fachschaftsvollversammlung. Er ist an ihre Beschlüsse gebunden und hat vor ihr Rechenschaft abzulegen. Artikel 19 findet entsprechend Anwendung.

Artikel 23 (Kompetenzkonkurrenz) Die Kompetenz der studentischen Universitätsorgane besteht nur für Fragen, die allgemein politische oder gesamtuniversitäre Bedeutung haben. Im Streitfall entscheidet eine Kommission, die zu gleichen Teilen aus Mitgliedern beider Ebenen, besetzt ist. Jede Fachschaft entsendet einen Vertreter.

Artikel 24 Im Gefolge der Zusammenfassung, der Fakultäten zu Wissenschaftsabteilungen oder anderen Untergruppen gehen die Kompetenzen der studentischen Fachschaftsorgane auf entsprechend strukturierte Wissenschaftsorgane usw. über.

## Entwurf eines Hochschulgesetzes

Vorgelegt vom SDS-Landesverband Hamburg

### I. Definition der Universität

Art. 1 Die Universität analysiert den Prozeß der gesellschaftlichen Reproduktion in jeder Entwicklungsstufe und wirkt auf die Praxis dahin ein, daß sie dem gesellschaftlichen Fortschritt dient.

Art. 2 Der Wissenschaftsprozess der Universität ist so zu strukturieren, daß er in immer größerem Umfange kritisches Bewußtsein in der Gesellschaft erzeugt.

Art. 3 Die Durchführung des Wissenschaftsprozesses unterliegt allein der Entscheidung der Universität und ihrer Organe. Die dazu erforderlichen Mittel stellt der Staat zur Verfügung. Im Falle der Weigerung des Staates hat die Universität das Widerstandsrecht.

### II. Mitglieder der Universität

Art. 4 Mitglieder der Universität sind Lehrende und Lernende.

Art. 5 Jede Person mit vollendetem 18. Lebensjahr ist berechtigt, als Lernender Mitglied der Universität zu werden.

Art. 6 Der Lernende verliert seine Mitgliedschaft, wenn er es beantragt.

Im Falle seiner wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Disqualifikation wird eine Förderungskommission in Übereinstimmung mit dem Betroffenen Regelungen treffen.

Art. 7 Lehrender ist diejenige Person, die den Lernenden bei dessen wissenschaftlicher Arbeit anleitet.

Lehrender kann jede Person durch Berufung werden.

(Art. 6 findet entsprechende Anwendung)

### III. Organisationsformen der Universität

Art. 8 Die Universität nimmt verschiedene Aufgaben in verschiedenen Organisationsformen wahr.

- Art. 9 Forschung und Lehre werden im Rahmen von Instituten wahrgenommen. Die Zahl der Institute bestimmen sich nach den Wissenschaftszweigen.  
Mitglieder eines Institutes sind Lehrende und Lernende, die die Forschungseinrichtungen für ihre Ausbildung, Forschung und Lehre benötigen.
- Art.10 Abteilungen sind temporäre Zusammenschlüsse für Forschungs- und Lehrprojekte, die über den Rahmen des Institutes hinausgehen.
- Art.11 Die wirtschaftlichen Belange der Universitätsmitglieder werden durch besondere Einrichtungen (Universitätswerk) wahrgenommen, die nach genossenschaftlichen Gesichtspunkten wirtschaften.
- Art.12 Für Angelegenheiten, die im mittelbaren Zusammenhang mit dem Wissenschaftsprozess stehen (Auslandsstelle) etc, kann die Universität die erforderlichen Einrichtungen schaffen.

#### IV. Willensbildungsorgane der Universität

- Art.13 Die Institutsvollversammlung ist die Versammlung aller Lehrenden und Lernenden, die einem Institut angehören,
- Art.14 Die Universitätsvollversammlung ist die Versammlung aller Mitglieder der Universität.
- Art.15 Die Institutsvollversammlung legt die bei der Durchführung des Wissenschaftsprozesses zu beachtenden Richtlinien fest. Sie wählt aus ihrer Mitte den Institutsrat, der ihrer Kontrolle unterliegt.  
Zur Durchführung ihrer Beschlüsse setzt sie Aktionsausschüsse ein.  
Sie wählt sich für jede Sitzung einen Versammlungsleiter.
- Art.16 Die Universitätsvollversammlung behandelt alle Angelegenheiten, die die gesamte Universität betreffen. Sie ist zugleich das Forum der politischen Auseinandersetzung. Sie setzt Aktionsausschüsse ein.

#### V. Exekutivorgane der Universität

- Art.17 Die Institutsräte führen die Richtlinien der Institutsvollversammlung aus. Sie nehmen die Berufung der Lehrenden wahr. Sie entscheiden in allen Institutsfragen.  
Sie setzen Förderungskommissionen ein.
- Art.18 Die Institutsräte bestehen zu gleichen Teilen aus Lehrenden und Lernenden.  
Für jede Sitzung wählen sie sich einen Verhandlungsleiter.
- Art.19 Die Organisation des Wissenschaftsprozesses aller Lehr und Forschungsveranstaltungen des Institutes hat den Vorschriften der Artikel 15 Absatz 1, 2; 17 Satz 1 und 18 zu entsprechen.
- Art.20 Der Abteilungsrat übernimmt für die Dauer der Errichtung der Errichtung die Leitung. Er wird von den Mitgliedern der beteiligten Institutsräte gewählt und ist ihnen verantwortlich.  
(Art. 18 findet entsprechende Anwendung)
- Art.21 Die Vollversammlung der Institutsräte wählt den Universitätsrat.  
(Art. 18 findet entsprechende Anwendung)
- Art.22 Der Universitätsrat koordiniert die einzelnen Wissenschaftsabteilungen und regelt die gesamtuniversitären Belange, Der Universitätsrat bestimmt ein Komitee, um die Universität nach außen zu vertreten.  
(Artikel 18 findet entsprechende Anwendung)
- Art.23 Wenn der Demokratisierungsprozeß dahin realisiert ist, daß der in diesem Gesetz noch vorausgesetzte Gegensatz zwischen Lehrenden und Lernenden nicht mehr besteht, entfällt Art. 18 Absatz 1.

**SDS - Landesverband Hamburg**

**11.2.68**

**Die Mitgliederversammlung an letzten Dienstag behandelte nicht alle vorgesehenen Tagesordnungspunkte, deshalb wurde beschlossen eine 2. MV am kommenden Mittwoch; 14.2. 20.00 Uhr im Zentrum zu machen.** Den bei der letzten MV anwesenden Mitgliedern sollte keine neue Benachrichtigung mehr zu gehen. Auf der Tagesordnung stehen noch;

1. Beschluß des Landesverbands über das Arbeitspapier "Stellungnahme zur Organisation einer sozialistischen Opposition" und Wahl der Delegierten zur a.o. Delegiertenkonferenz des SDS in Frankfurt (29.3. – 31.3.)

Die SDS Gruppe an der Akademie für Wirtschaft und Politik wählt 2 Delegierte; die Universitätsgruppe 4 Delegierte.

2. Kassenbericht
3. Organisationsdiskussion und Beschluß einer neuen Satzung
4. Wahl des neuen Landesvorstandes

Beachtet auch das beiliegende Flugblatt zum Vietnamkongreß in Berlin, Anmeldungen umgehend an das Zentrum.

Arwed Milz

Vietnamkongress

**Vietnamkongreß in Berlin 17./18.2.**

**Mit**

**J. P. Sartre, P. Weiß, R. Dutschke**

**Die Konferenz beginnt am Sonnabend, den 17. Februar um 11 Uhr,**

**Samstag, den 17. Februar:**

**Kongress zu dem Thema**

**Der Kampf des vietnamesischen Volkes und die Globalstrategie des Imperialismus .**

**Forum I: Die Vietnamesische Revolution**

**Forum II: Lateinamerika und die Vietnamesische Revolution**

**Forum III: Der anti-imperialistische und anti-kapitalistische Kampf in den kapitalistischen Ländern**

Forum I 10-13 Uhr, Forum II 15-18 Uhr, Forum III 18-21 Uhr

Veranstaltungsort für alle Foren: Auditorium Maximum der Technischen Universität

Für die Referate und Korreferate sind vorgesehen:

Kurt Steinhaus, Jeannete Habel, ein Vertreter der FNL, ein Vertreter des ZK der Kubanischen KP, Ernest Mandel, Gaston Salvatore, Rudi Dutschke und Vertreter verschiedener ausländischer Delegationen.

Samstag Abend werden Filme über die vietnamesische und lateinamerikanische Revolution gezeigt.

Sonntag den 18. Februar:

14.00 Uhr: Großveranstaltung, zu der J.P. Sartre, L. Basso, P. Weiß, Rudi Dutschke u.a. erwartet werden.

Anschließend eine angemeldete Demonstration zu den US-Kasernen.

## Unterkünfte

Den Teilnehmern werden bei ihrer Ankunft Quartiere zugewiesen. Es stehen Jugendheime, Privatquartiere und mit Luftmatratzen ausgestattete Turnhallen. Kosten zwischen 6.- und 3.- DM:

## Hin- und Rückfahrt

1. Der SDS - Hamburg organisiert einen Mitfahrerdienst. Wer ein Auto hat mit freien Plätzen melde sich bitte im Zentrum.

2 HH 13, Von Melle-Park 17.

2. Je nach Beteiligung werden wir auch Autobusse mieten (Kosten ca. 30.- DM.

Für Selbstfahrer (s. auch Abschnitt unten):

SDS Berlin, 1 Berlin/ Kurfürstendamm 140.

Ich nehme an der Fahrt zum Vietnamkongreß in Berlin teil.

Name: \_\_\_\_\_ Anschrift: \_\_\_\_\_

Falls Autobesitzer: Wieviel freie Plätze?

An den SDS - Hamburg

2 Hamburg 13

Von-Melle-Park 17

## **PROGRAMM DER INTERNATIONALEN VIETNAMKONFERENZ – WESTBERLIN 1968**

### **17. Februar 1968**

Kongreß zu dem Thema:

Der Kampf des vietnamesischen Volkes und die Globalstrategie des Imperialismus.

Präsidium; Günter Amendt, Klaus Meschkat, Gaston Salvatore, Christian Semmler, K.-D. Wolff

Begrüßung: K.-D. Wolff

Forum I Die vietnamesische Revolution

Referate: Kurt Steinhaus

Walter Rudert

FNL Erklärung

Tarig Ali

Forum. II Die vietnamesische Revolution und die Revolution in der Dritten Welt

Referate: Robin Blackburn (New Left Review)

Perry Anderson

Gaston Salvatore

Vertreter der FUDE (Spanien).

Vertreter der Lambrakis-Jugend (Griechenland)

Vertreter der türkischen Sozialistengemeinschaft

Bahmar Nirumand (Persien)

OFFENE DISKUSSION

PAUSE

Forum III Der anti-imperialistische und anti-kapitalistische Kampf in den kapitalistischen Ländern

Referate: Ernst Bloch

Peter Weiss

Erich Fried

Rostango  
Rudi Dutschke  
Ernest Mandel

Einleitung der offener. Diskussion durch Beiträge von:

Vertreter von CLARTE (Schweden)

A. Krivine, JCR

Jean-Marie Vincent, PSU

H.J. KRAHL, SDS

Ein Vertreter des SDS Amerika

Dale A. Smith ??? (Black Pover)

Günther Amend SDS

Christian Semmler SDS

#### OFFENE DISKUSSION

Forum I 11 – 13.30

Forum II 14.30 – 16.30 h

Forum III 18.30 – 21.30 h

Offene Diskussion: 21.30 - 24.00 h

Veranstaltungsort für alle Foren:

Auditorium Maximum der Technischen Universität Berlin

#### **DIE DEMONSTRATION FINDET STATT**

Seit Wochen verschärfen Senat und Manipulation ihre Hetze gegen alle real-demokratischen Kräfte in und außerhalb der Universität. Die politische Offensive des antiautoritären Lagers gegen die Senatsclique, gegen den Springer-Konzern und gegen den verbrecherischen Krieg der US-Machtelite gegen das Vietnamesische Volk führt bei der ersten zu hysterischen Reaktionen. Der Senat versucht das Scheitern seiner Politik, die abzielt auf eine ökonomische und politische Sicherung von Westberlin, dadurch zu yerschleiern, daß er seine einzige wirkliche Opposition zum Systemfeind Nr. 1 erklärt. Er verbietet angemeldete Demonstrationen ohne Rücksicht auf die Verfassungswidrigkeit dieses. Tuns. Er droht mit dem brutalen Einsatz seiner Repressionsmittel, um Unsicherheit in unsere Reihen hineinzutragen. Damit, hat er jedoch keinen Erfolg: Das Gegenteil ist eingetreten. Seit Tagen bildet sich bei den Diskussionen und Großveranstaltungen bei dem überwiegenden Teil der Anti-Autoritären das kritische Bewußtsein von der Notwendigkeit, dem Versuch der Abschaffung aller demokratischen Grundrechte entschiedenen Widerstand zu leisten. Es entsteht die klare Überzeugung, daß wir

1. die Demonstration auf dem Kurfürstendamm zwischen Olivaer Platz und Joachimsthaler Straße genau um 13.30 Uhr beginnen werden, indem wir von allen Nebenstraßen gleichzeitig und massiv in den Ku-Damm hineinströmen,
  2. daß wir der organisierten Repression nicht in chaotischer, sondern in bewußt organisierter Form entgegnetreten werden,
  3. daß allein die Selbstorganisation unserer politischen Interessen in Form von Initiativ-Gruppen (IG) die Gefahr, zum reinen Objekt politischer Willkür zu werden, aufheben können.
- Als taktisch-organisatorische Leitsätze für die (verbotene) Demonstration ergeben sich:
1. Die IGs organisieren mit Hilfe von Megaphonen, Sprechhören und kurzen Reden ein diszipliniertes Hineinströmen in den Ku-Damm. zu einem verabredeten Zeitpunkt.
  2. Zersplitterte Auseinandersetzungen mit Polizeikräften sind ebenso wie Fluchtversuche in Nebenstraßen u.Ä. als äußerst gefährlich abzulehnen.
  3. Bei brutalen und massierten Übergriffen der Polizei haben die IG's klare Parolen zu einem organisierten Rückzug zu geben, um Panik zu vermeiden.

4. Auf dem Ku-Damm vereinigen sich alle Demonstranten, wobei die IGs fest gegliederte Positionen im Zug einnehmen, um damit Geschlossenheit und Effektivität der Demonstration zu gewährleisten.

5. Die IG's bilden mit den Demonstranten feste Reihen, in welchen die Einzelnen die Aufgabe haben, die Nebenleute nicht zu verlieren, sie im Falle des Angriffs von Greiftruppen oder Polizisten zu verteidigen, bzw. ihre Festnahme zu verhindern.

6. In Augenblicken persönlicher Gefährdung durch besonders brutale Provokationen der Polizei sind die Stangen als Abwehrmittel zu benutzen!

verantwortlich: Emil Moletz

#### JOACHIMSTALERSTRASSE

200 JCR, KRAZLER  
360 Mannheim  
Alle FU-Studenten  
2o SDS FU-Studenten  
HOTEL AM ZOO  
30 JCR  
72 Erlangen  
2o SDS

#### FASANENSTRASSE

100 FDJ JÜDIGEMEINDE  
alle Lehrer  
50 Österreicher  
70 Saarbrücken 2o SHB  
UHLANDSTRASSE  
150 Bremen  
100 Italien 20 SDS  
25o Frankfurt alle Schüler  
100 Persische Konföderation  
KNESEBECKSTR.  
20 Schweden 20 SDS  
90 Dänemark alle Industriearbeiter

#### BLEIBTREUSTRASSE

50 Aachen  
150 Hamburg 20 SDS  
SCHLUETERSTRASSE  
150 Kölner  
Falken Berufsschüler  
WIELANDSTRASSE  
20 Mainz 25 Münster 2o SDS

100 JCR  
60 Göttingen  
50 Bochum  
2o SDS

#### MEINECKESTRASSE

30 Jeune Garde 100 FDJ 2o SDS  
70 Freiburg 100 Frankreich

#### FASANENSTRASSE

100 Lambrakis Jugend  
200 Kampagne für Abrüstung  
20 SDS  
alle Pfarrer

#### UHLANDSTRASSE - CINEMA PARIS

40 JCR 400 FDJ  
20 SDS 40 Bonn 20 Chile alle TU-Stud.  
50 Arab., Irak, Türkei

#### KNESEBECKSTRASSE

40 Gr. Brit. (RSA) 5 Norweger  
14 Niederlande 150 Bremen 20 SDS

#### BLEIBTREUSTRASSE

15 Hann. 60 Kiel 50 Köln 20 SDS

#### SCHLUETERSTRASSE

150 München 20 SDS

#### WIELANDSTRASSE

70 Stuttgart

#### HALENSEE

DIE SPONTANEN ORGANISATIONSFORMEN DER DEMONSTRANTEN, DIE SELBSTERNANNTE INITIATIVGRUPPEN VON FREUNDEN UND GRUPPEN AUS GEMEINSAMEN INSTITUTEN, SCHULEN UND BERUFSSCHULEN UND ARBEITSKOLLEGEN WERDEN IN LETZTER KONSEQUENZ ÜBER DEN POLITISCHEN ERFOLG DER DEMONSTRATION ENTSCHEIDEN!

Termine: Sonntag, ab 10 Uhr Verteilung von Flugblättern an die lohnabhängige Bevölkerung der Stadt. Verteilerzentralen sind die Asten der FU, Garystr.2o, und TU, Strasse des 17.Juni.

Sonntag, ab 12 Uhr Konzentration der Agitation auf die Umgebung des Kurfürstendamms.  
Sonntag, gegen 13 Uhr legen internationale Delegationen am Denkmal für die Opfer des Faschismus am Steinplatz Kränze nieder.

13 Uhr 30 BEGINN DER DEMONSTRATION durch allgemeines, allseitiges Einströmen in den Ku-damm, wobei die Demonstranten an der Joachimstalerstrasse sich ohne längere Zentralisation in Richtung Uhlandstrasse bewegen, während die Demonstranten am Olivaerplatz sofort in Richtung Uhlandstrasse gehen. In dieser Weise geht die Vereinigung und Formierung der Demonstranten zu einem Zug vonstatten, der sich von dort aus in Richtung Halensee in Bewegung setzt. Vor 14 Uhr 30 darf der Marschblock Olivaer Platz die Leibnizstrasse nicht in Richtung Halensee überschreiten!

Alternative I: Annahme: Das Einströmen wird durch massive Polizeikräfte verhindert. 14 Uhr Entscheidungen aller Gruppen, ob Einströmen erfolgreich war. Vorgehensweise: Kurzfristige Agitation vor den Polizeiketten, Abmarsch zum neuen Sammelpunkt zwischen Olivaerplatz und Joachim-Friedrichstr. Bis 15 Uhr neuer Sammelversuch.

Alternative II: Annahme: Erneuter Sammelversuch misslungen. Vorgehensweise: Neuer Sammelplatz: 13. 30 Uhr U-Bhf. Thielplatz, bzw. Ihnestr. bis Garystr.

Zu erreichen mit: Buslinie A 10 und U-Bahn

## **DIE DEMONSTRATION IST GENEHMIGT**

Neuer Organisationsplan:

SAMMELN WIE VORGESEHEN; Die Gruppen treffen sich wie geplant und gehen von den geplanten Treffpunkten aus auf den Kurfürstendamm in Richtung Olivaer Platz. Dort wird um 14 Uhr auf dem Kurfürstendamm zwischen Wieland- und Leibnizstraße auf der Höhe des Olivaer Platzes der Demonstrationzug gebildet. Route: Kurfürstendamm - Joachim-Friedrich-Str. - Holtzendorffstr. - Friedbergstr. - Windscheidstr. – Bismarckstr. - DEUTSCHE OPER.

KUNDGEBUNG VOR DER DEUTSCHEN OPER

PROGRAMM:

Verlesen der Resolution und Abstimmung

Es sprechen:

Vertreter der FLN

Sprecherin der amerikanischen Protestbewegung SUSAN EANET

Vertreter der Kirche: DR. FRIEDRICH WILHELM MARQUART

ERICH FRIED

Vertreter der IG Metall

RUDI DUTSCHKE

JOHANNES AGNOLI

ERNEST MANDEL

AUFLÄRUNGSAKTION MIT FLUGBLÄTTERN

Im Anschluß an die Kundgebung werden wir in kleinen Gruppen im amerikanischen Sektor Flugblätter verteilen.

Schwerpunkte: Zehlendorf, Steglitz, Schöneberg, Friedenau, Tempelhof, Neukölln, Dahlem. Die Flugblätter werden während und nach der Kundgebung ausgegeben.

Die auf Neubauers Befehl handelnde Polizei ist nicht das Objekt der Aktion. Daher: Keine Kranzler-Wasserspiele! WASSERSPIELE SIND FÜR DEN ANGESCHLAGENEN BERLINER SENAT DIE LETZTE MÖGLICHKEIT, SICH VOR DEM STURZ ZU RETTEN!

LSD HSU SHB ESG GSG SDS Republikanischer Club

18.2.68

## **E. Neckermann, Die Inszenierung verniedlicht**

Die Inszenierung verniedlicht -

Bis jetzt war unser Bild, das wir der westlichen Welt boten, Folklore, genauer: Exotik. Es ist notwendig, diese Situation zu ändern. In dem Mass, in dem das Theater sich als Schaustück versteht, ist es Ausdruck unserer Existenz. Und damit ist es auch - hauptsächlich - ein Instrument großer erzieherischer Wirkung." (Aime Cesaire)

Damit ist Cesaires Position für das Theater bestimmt. Sie müßte für jeden Regisseur, der sein Stück inszeniert, verbindlich sein.

Im Gegensatz dazu werden in der Inszenierung im Deutschen Schauspielhaus folkloristische Momente besonders betont, aus einem brisanten politischen Lehrstück, von Cesaire als Anklage der Dritten Welt gegen die Ausbeutung durch die hochindustrialisierten Länder Westeuropas und der Vereinigten Staaten gedacht, wird ein bürgerliches Unterhaltungsstück gemacht. Der Theaterbesucher findet auf der Bühne haargenau den Kongo wieder, den er aus dem kulturellen Beiprogramm der Kinos und aus der Berichterstattung der bundesdeutschen Presse kennt! Die politische Aussage des Stückes verliert an entscheidender Schärfe. Beunruhigt wird durch sie niemand. Das wird noch verstärkt durch Streichungen und Einfügungen, die am Wagenbach-Text (Quartheft) vorgenommen wurden. Diese Abänderungen bedeuten eine Verfälschung der historischen Ereignisse im Kongo.

„Wenn auf der einen Seite gestrichen wird: Aber warum zum Teufel hetzen alle gegen ihn? Bitte, ihre neueste Erfindung: Patrice ist Kommunist; und weil ich ihn beschütze, arbeite ich dem internationalen Kommunismus in die Hände.

Da kann ich ja nur lachen! Patrice Kommunist! Ich kann mich noch an sein Gesicht erinnern, als wir mit den Belgiern den größten Ärger hatten, und ich in einem schwachen Moment den Vorschlag machte: „Telegraphieren Sie an Chruschtschow.“ Und was glauben Sie, hat er mir geantwortet. „Unmöglich, Herr Präsident! Alle sagen doch, daß ich im Sold des Kremls stehe und wurden darin einen neuen Beweis sehen! Sie sind Christ, tun Sie es, wenn Sie wollen.

Und selbst dann wird es heißen, daß ich Sie manipuliert habe.“ (Kala, Wagenbachtext, S. 59) Wenn also einerseits ein Beleg dafür gestrichen würde, daß Lumumba kein Kommunist gewesen ist, und wenn auf der anderen Seite eine Stelle eingefügt wird, bei der ein ghanesischer UNO-Offizier Lumumba erschießen will, weil er ihn für einen Kommunisten hält, so wird im nachhinein die Imperialistische Intervention im Kongo noch einmal gerechtfertigt.

Wir bitten den Intendanten Herrn Professor Schuh, den Regisseur Herrn Launay sowie das Ensemble des Deutschen Schauspielhauses zur Diskussion darüber, warum aus dem Oesaire-Stück ein folkloristisches Unterhaltungsstück gemacht wurde und warum wichtige Veränderungen am Text vorgenommen wurden. Damit möglichst das gesamte Theaterpublikum an der Diskussion teilnehmen kann, schlagen wir vor, nach der Vorstellung im Foyer zu diskutieren. Verantw.: Erhard Neckermann, SDS-Hamburg, Vor-Melle-Park T7

## **SDS Hamburg Rundbrief 25.2.68, Einladung zur ao. MV**

SDS Landesverband  
Tel.41 84 88  
Pschkto 24 44 90  
BfG. 36 66 8

25.2.68

An alle Mitglieder und Kandidaten!

Einladung zur außerordentlichen Mitgliederversammlung am 2. und 3. März 68.

A) Das Arbeits-Jour-Fix vom 24.2.68 beschloß am kommenden Wochenende den 2. u 3.3.68 im Zentrum eine a. o. MV abzuhalten. Die zweitägige MV beginnt am Sonnabend den 2.3. um 10 Uhr (vormittags)

Tagesordnung:

- I. Aktionen und theoretische Basis (Zywitz, Neckermann)
- II. Außerordentliche Delegiertenkonferenz (Stellungnahme zur außerparlamentarischen Opposition). Es referieren alle Delegierten.
- III. Arbeitsprogramm (Kritik WS 67/68 und Perspektiven für d. SS 68)
  1. Organisatorische Fragen (Milz/Ebbinghaus)
  2. Hochschulpolitik
    - a.) Ergänzung zu "Revolte wozu" (Zywitz, Stöwsands, Hennis.)
    - b) Staatsmonopole und Hochschule (Ebbinghaus)
    - c) KU (Schütt)
  3. Schüler (Angela u. 2 Schüler)
  4. Arbeiter (Roth/Oberlercher) u. (Heikendorf/Lackmann)
  5. Bundeswehr - Polizei Notstand (Roth/Schmidt/Rolf S.)
  6. Springer (Thaesler/Milz/Rothe)
  7. Internationale Kontakte (Roth)
  8. Kirche (Nieth/Schütt/Mohn)

Diese MV soll allen Mitgliedern und Kandidaten Gelegenheit geben ihre Kritik und Fragen bezüglich der Politik des SDS-Hamburg ausführlich zu diskutieren. Nach diesem Klärungsprozeß sollen auf den folgenden A-J-F die Zielvorstellung des SDS Hamburg formuliert und entsprechende Aktionen vorbereitet werden.

B) Bericht über die letzte MV:

1. Die Stellungnahme des SDS Hamburg zu den Koordinierungsversuchen der außerparlamentarischen Opposition wurde mit Mehrheit angenommen
2. Für die a.o. DK in Frankfurt (29.-31.3) wurden als Delegierte gewählt (Unigruppe): Karl Heinz Roth (22 Stimmen), Arwed Milz (22), Erhard Neckermann (17), Peter Schütt (16) u, Reserve Harald Ebbinghaus (13).
3. Die KassiererIn Helga Milz wurde entlastet
4. Beiliegende Satzung für den Landesverband und die Universitätsgruppe ist als vorläufige Satzung angenommen werden. Auf der ersten ordentlichen MV im SS 68 soll neu über sie beraten und beschlossen werden
5. Es wurde die Projektgruppe Finanzierung gewählt: Kassierer -- Arwed Milz; Revisoren Karl Rainer Fabig, Petra Sellenschloh.
6. Entsprechend der neuen Satzung gibt es keinen Landesvorstand mehr; die Funktion des alten Landesvorstandes übernimmt die Projektgruppe Koordinierung, sie ist zum nächst möglichen Termin auf einem Arbeits-Jour Fix oder einer MV zu bilden.

C) Verkaufsstand in der Mensa

In den Semesterferien werden wir einen Verkaufsstand in der Mensa einrichten. Es werden Schriften und Bücher über Vietnam, Dritte Welt, Notstand und Studentenpolitik verkauft. Alle Genossen die mal zwischen 12 und 14 Uhr Zeit haben, melden sich im Zentrum. Dort wird unsere Literatur abgepackt zum Verkauf bereitstehen.

D) Verkauf des Extra-Blattes

Jeden Sonnabend ab 10 Uhr verkaufen SDS - Mitglieder, Kandidaten und Sympathisanten das „Hamburger Extra Blatt“ mit Gewinn für die SDS Kasse. Außerdem ist uns die Möglichkeit eingeräumt worden, regelmäßige Beiträge im Extra-Blatt zu bringen. Wer Sonnabend mal Zeit, hat, komme bitte im Zentrum vorbei zum Extra- Blatt Verkauf

#### E) Finanzen

Durch unsere Aktivität im WS 67/68 waren unsere Ausgaben entsprechend hoch; der Einbau der Gasheizung im Keller kostete alleine 593,60 DM. Unsere Einnahmen reichten nicht aus, die Ausgaben zu begleichen und so sind wir auch finanziell im Keller.

Etwa 50 SDS-Mitglieder haben im WS 67/68 noch keinen Beitrag gezahlt, holt es bitte schnell nach.

Schon vor längerer Zeit wurde der Vorschlag gemacht, alle SDS Mitglieder sollten mal einen Tag arbeiten gehen und den Verdienst dem SDS überlassen. So etwas kann auch unorganisiert geschehen. „Einen Tageslohn für den SDS“, sollte noch in diesem Semester verwirklicht werden

#### F) Mitgliedschaften erloschen

Folgende Mitgliedschaften sind nach dem seit 3 Semestern bestehenden Beschluß (er wurde in die neue Satzung in BN 4) übernommen) erloschen; Broch, Hubert; Bock, Günter; Dressel, Klaus; Plack, Peter; Faroqui, Swaiya; Gohl, Peter; Gohl, Heike; Hamm, Michael; Hebel, Karin; Hartung, Ivo; Heitmann, Heidi; Hinrichs, Deert; Jacob, Ilse; Reuss, Siegfried; Tiede, Michael; Wessels, Jutta.

Arwed Milz

### **Satzung des Landesverbandes Hamburg**

#### **Satzung der Universitätsgruppe Hamburg**

**(Beschlissen als vorläufige Satzung auf der MV am 14. 2.68)**

#### A) Willensbildung

1. Die Mitgliederversammlung
  - a) Die MV diskutiert und entscheidet über politische Grundsatzfragen.
  - b) Die MV nimmt neue Mitglieder auf und kann Mitgliedschaften entziehen.
  - c) Eine MV ist ordnungsgemäß einberufen, wenn sie den Mitgliedern eine Woche vorher bekannt gemacht wurde
2. Das Arbeits-Jour Fix
  - a) Das A-J-F bestimmt alle politischen Richtlinien und Aktionen.
  - b) Es tritt wöchentlich zusammen.
  - c) Es wählt aus seiner Mitte das Führungskollektiv; dieses durch die Bestätigung alter Führungskollektivmitglieder oder durch Neuwahl von Mitgliedern.
  - d) Es wählt die Projektgruppen (Ausnahme; Projektgruppe Finanzen).
3. Das Führungskollektiv  
Das Führungskollektiv ist Exekutivorgan des A-J-F.
  - a) Das F-K organisiert die Aktionen.
  - b) Es besteht aus mindestens 6 Mitgliedern und ist für eine Woche gewählt. Das F-K stellt ein wöchentliches Arbeitsprogramm auf, das im Zentrum ausgehängt wird.
  - c) Dis F-K kann Aufgaben delegieren.
  - d) Es trifft sich täglich oder nach Absprache.
  - e) Das F-K ist für alle Aktionen Flugblätter usw. dem A-J-F verantwortlich.
  - f) Im F-K sollten alle Gruppen des Landesverbandes vertreten sein.
4. Das öffentliche Jour-Fix
  - a) Das öffentliche J- F hat die Funktion über den SDS zu informieren.
  - b) Es kann jeder Student und jeder Nichtstudent teilnehmen.
  - c) Das öffentliche J-F findet wöchentlich statt.

d) Auf jedem öffentlichen J-F wird ein aktuelles Thema zur Diskussion gestellt; nach Möglichkeit soll das Thema von SDS-Mitgliedern vorbereitet werden.

5. Die Projektgruppen

a) Projektgruppen erarbeiten auf wissenschaftlicher Grundlage spezielle politische Themenkreise:

b) Aufgrund des erarbeiteten Materials planen sie Aktionen, die sie dem A J-F zur Diskussion stellen.

c) Daneben können Projektgruppen für organisatorische Aufgaben eingerichtet werden.

d) Die Projektgruppen sind dem A-J-F verantwortlich

Ausnahme

9) Die Projektgruppe Finanzierung (mindestens 1 Kassierer, 2 Revisoren) wird von der MV gewählt und ist ihr gegenüber verantwortlich (s. a. Anhang Projektgruppen),

B) Mitgliedschaft

1. Mitglied kann im LV-Hamburg jeder Student und Nichtstudent werden.

2. Der Mitgliedschaft geht eine Kandidatenzeit voraus. Die Kandidatenzeit beträgt mindestens 4 Wochen. In dieser Zeit muß der Kandidat aktiv im SDS mitarbeiten.

3. Die Vorstellung erfolgt auf einer MV, einem J-F oder auf einer Sitzung der F- K.

4. Die Mitgliedschaft erlischt bei Rückstand des Beitrages von mehr als 2 Semestern-

C) Finanzierung

Jedes Mitglied hat den mindest Beitrag von 15.- DM pro Semester zu entrichten.

D) Stimmberechtigung und Beschlüsse

1. Stimmberechtigt ist jedes Mitglied und jeder Kandidat, der seinen Semesterbeitrag für das SS bis zum 15. Juni und für das WS bis zum 15. Januar bezahlt hat.

2. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefaßt.

3. Beschlußfähig ist jede ordnungsgemäß einberufene MV, jedes A-J-F, an dem mindestens 6 Mitglieder teilnehmen.

Das Führungskollektiv ist mit 4 Mitgliedern beschlußfähig.

4. Alle Entscheidungsgremien geben sich einen Verhandlungsleiter und einen Protokollführer.

Anhang

Es bestehen die Projektgruppen (bzw. müssen noch gebildet werden):

K o o r d i n i e r u n g

Hochschule

Schüler

A r b e i t e r

UKE

Archiv

Korrespondenz

Arbeitskreis Rüstung und Kapitalismus

SDS Hamburg Rundbrief 10.4.68, mit Auszügen aus Anträgen zur ao. Bundes-DK

**SDS - Landesverband Hamburg  
Mitgliederrundbrief!**

**10.4.68**

A) Das Jour-Fix vom 6.4. hat beschlossen am 20.4. u. 21.4.68 eine zweitägige MV des Landesverbandes abzuhalten.

Die MV beginnt am 20.4. um 15.00 Uhr.

Gegenstand der MV sollen die Positionen und Ergebnisse der a.o. DK in Frankfurt sein.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Diskussion der sogen. „anti-autoritären“ Position
2. Diskussion der „traditionalistischen“ Position  
(einschließlich des KP-Programmes und des Aktionsprogrammes des Sozialistischen Zentrums)
3. Situation und Perspektive des LV-Hamburg
4. Diskussion der Suspendierung von Peter Schütt (s. groß C)
5. Endgültiger Beschluß über die neue Satzung (ist jedem vor etlichen Wochen zugegangen, sonst im Zentrum zu haben)
6. Berichte der Projektgruppen
7. Beschlüsse über künftige SDS - Politik

Als Pflichtlektüre für die MV sind zu lesen -<sup>103</sup>

- beiliegende Materialsammlung

- KP-Programm (liegt im Zentrum aus)

- "Gegen den Bürger im Marxpelz" – Facit Nr. 2 von Erich Eisner;

für 3.- DM in der Internationalen Buchhandlung, einige Exemplare liegen im Zentrum aus.

- Sozialistische Hefte Nr. 3/68 - ab Seite 151; ebenfalls im Zentrum

- soweit zu haben: Aktionsprogramm des Sozialistischen Zentrums (nicht ganz so wichtig, da es mit dem KP--Programm identisch ist)

- B) Der SDS beteiligt sich nur inoffiziell an der Griechenlanddemonstration am 19.4., ab 18.00 auf der Moorweide - Einzelheiten noch auf dem Jour Fix 13.4. – 15.00

C) Beschluß der Jour-Fix vom 6.4.:

"Peter Schütt wird für den Fall, daß sein Bericht über die a.o. DK des SDS in der Zeitung 'Blinkfüer' in der vorgelegten Form erscheint, solange von seiner Mitgliedschaft im SDS-Hamburg suspendiert, bis auf der MV am 20./21.4. über den Artikel diskutiert und beschlossen wird."

Führungskollektiv

Milz

Anhänge: [sind vorhanden, aber nicht gescannt]

- 1) Antrag Nr. 1 (Gruppe Köln)
- 2) Antrag Landesverband Berlin
- 3) Initiativantrag
- 4) Hamburg, Programm der KPD, Entwurf
- 5) Ergänzung des Resolutionsentwurfes
- 6) Ursula Schmiederer, Anmerkungen zur „Sozialistischen Februarkonferenz“
- 7) Rolf Schmiederer, Am Beispiel Bildung

## **SDS Hamburg Rundbrief 11.6.68**

---

<sup>103</sup> Zusätzlich: - Heiseler, Marxistische Blätter Nr. 2  
- Peter Schütts Bericht über die DK im Blinkfüer

11.6.68

Mitgliederrundbrief

Es scheint für den SDS Hamburg der Zeitpunkt gekommen zu sein, wo seine nach außen gerichtete Politik einer qualitativen Veränderung bedarf, soll nicht die APO ins Fahrwasser reformistischer Politik geraten. Die Frage nach einer revisionistischen Theorie und Strategie der neuen Linken wird immer hörbarer gestellt (s. a. Spiegel Nr. 24 die Buchbesprechung „Rebellion der Studenten...“)

Die wesentliche Ursache für die Schwierigkeit der veränderten Situation entsprechend politische Arbeit zu leisten, liegt in der Politik der letzten Semester. Ein Übermaß an heterogenen Aktionen hat eine einheitliche politische Tätigkeit und Bewußtseinsbildung im SDS Hamburg behindert. Das beträchtliche Gefälle zwischen theoretischem Wissen und praktischer Aktion führen momentan zu einer Schwächung der potentiellen politischen Kraft des SDS.

Resignativer Protest, der in dieser Situation laufend auftritt, hilft uns nicht weiter, wenn er nicht parallel läuft zu der Einsicht, selbsttätig werden zu müssen und nicht alle zukünftige Arbeit an den aktiven Kern des SDS zu delegieren,

Grundlage einer breiteren Mitarbeit sollte eine Arbeitstagung zur Klärung unserer Stellung in der politischen Situation hier und heute sein. Aus den hierauf aufbauenden Konzeptionen müssen wir schnellsten Handlungsanweisungen für die nächste Zeit gewinnen.

Arbeitstagung des SDS Hamburg vom 15.6 - 16.6.68, ESG-Heim Esplanade 15.

Samstag 10.00 Uhr

Kritik am parlamentarischen System (H. Ebbinghaus, F. Mallin)

Literatur: Agnoli, Deppe nk 44. Korrespondenz zur a.o. DK,

W. Euchner: Zur Lage des Parlamentarismus (in: Der CDU-Staat- SZCZENY Verlag),

Blank/Hirsch: Zum Verhältnis von Parlament und Verwaltung (ebenda).

14.00 Uhr

Zur Theorie des Faschismus (H. Zywitz)

Literatur: Argumenthefte

Sozialpsychologische Probleme des Faschismus (R. Hennes)

Literatur: Reiche, Massenpsychologie des Faschismus

Über den Syndikalismus (P. Pätzelt)

Literatur: Anarchismus, Guerin (Suhrkamp)

20.00 Uhr

Politik und Gewalt (K. Ebbinghaus u. Susanne)

Literatur: Habermas, Negt, Konkret, Marcuse: Kritik der reinen Toleranz

Sonntag, 10.00

Standort der Studentenbewegung (A. Milz)

Strategie des antiinstitutionellen Kampfs (R. Oberlercher)

Stellenwert der Hochschulpolitik (Neckermann, Fabig, Thielemann)

Da wir in finanziellen Schwierigkeiten stecken, bringt alle Eure Beiträge mit.

A. Milz

## **SDS Hamburg Rundbrief 8.7.68**

8.7.68

Mitgliederrundbrief

Einladung zur o. Mitgliederversammlung am Freitag, den 19. Juli 17.00.

Das jour-fix vom 6.7.68 beschloß folgende vorläufige Tagesordnung! (Reihenfolge beliebig)

- 1) Organisationsfragen
  - a) Doppelmitgliedschaft SDS/SHB
  - b) Führungskollektiv/Info-Büro/Archiv/Koordination/Jour-fix
- 2) Delegiertenkonferenz
  - a) Diskussion der Ziele des SDS Hamburg für die DK
  - b) Wahl der Delegierten
- 3) Finanzen
  - a) Kassenbericht für das SS 68
  - b) Klärung des Verbleibs von Spenden, die nicht über die Kasse gebucht wurden
- 4) Ausschlußantrag gegen H. M. Zywitz
- 5) Vorbereitung für das WS 68/69
 

Nach einigen Sonderbesprechungen (öffentlich) und Diskussionen auf dem letzten jour-fix haben sich folgende Arbeitskreise vorkonstituiert:

  - a) Hochschule (Milz, Malin, ua.)
  - b) Militarisierung der Gesellschaft (Roth, Ebbinghaus ua.)

Bis zur MV sollen diese Gruppen ein vorläufiges Konzept entwerfen, das auf der MV diskutiert wird. Die Arbeitskreise werden sich dann offiziell konstituieren. Weitere Arbeitskreise, bzw, Grundsatzdebatten (Kritik) für die MV sollten früh genug vorbereitet werden.
- 6) Neuaufnahmen
 

Die Mitgliedschaft folgender Genossen ist erloschen, da sie zwei Semester mit ihrem Mitgliedsbeitrag in Rückstand sind;

Altstaedt, Peter; Anders, Peter; Baufeld, Werner; Finke, Wolfgang; Grötschel, Klaus; Kamler, Bärbel; Kegelmann, Dieter; Kühn, Hans-J.; Krause, Doris; Langer, Sandy; Leinemann, Dieter; Mellenthien, Knut; Meyer-Ingwersen, Johannes; Müller, Peter; Martin, Napp; Parpart, Rolf; Perenz, Detlef; Rebstock, Andre; Rode, Renate; Rumler, Ursula; Runte, Gisela; Schwieger, Thomas; Schübel, Rolf; Säwert, Paul; Schüßler, Bergit; Schulz, Wolfgang; Schmitt, Schmitt, Eberhard; Thielemann, Thomas; Tietze, Uwe;. Winter, Klaus; Janssen, Thomas; Lutter, Angela.

Stimmberechtigt auf der MV am 19.7. sind nur Mitglieder und Kandidaten, die ihren Mitgliedsbeitrag für das SS 68 bezahlt haben.

Führungskollektiv

## **SDS Hamburg Rundbrief 29.7.68**

SDS Landesverband

Hamburg, den 29.7.68

Liebe Genossinnen und Genossen!

Auf der letzten MV konnten wir aus zeitlichen Gründen nicht alle Tagesordnungspunkte behandeln. Da noch wichtige Probleme bis zur DK anstehen, beschlossen wir, am Samstag die MV fortzusetzen.

Mitgliederversammlung,

Samstag 3.8.68, 15.00

SDS -Keller

vorgeschlagene Tagesordnung:

1. Organisationsdebatte (regional und überregional)
2. Doppelmitgliedschaften SDS /SHB
3. Funktion der Mitgliedschaft in SDS
4. Bericht der Hochschulprojektgruppe

5. Wahl der Delegierten für die Delegiertenkonferenz
6. DK Diskussion
7. Wahl eines Führungskollektivs (für die Zeit der Semesterferien)

Mit sozialistischem. Gruß  
(i.A. Angelika Ebbinghaus)

## **SDS, HH 68**

### **Einladung zur MV**

**am Sonnabend d. 31. 8. 15<sup>00</sup> Uhr im Zentrum**

Wichtigste Punkte der Tagesordnung:

1. Delegiertenkonferenz
  - Verabschiedung der Resolutionen
  - Wahl der Delegierten
2. Verabschiedung eines neuen Organisationsmodells für den SDS
3. Vorbereitung für das Wintersemester
  - Berichte der Arbeitsgruppen 'Hochschule' und 'Militarisierung'
4. Neuaufnahmen
5. Finanzen
6. Sonstiges

Anm. I: Unsere Arbeitsfähigkeit leidet sehr an akutem Geldmangel und unter der seelischen Belastung, die unser Schuldenberg uns verursacht. Die Genossen werden dringend gebeten, ihren Beitrag für das SS 68 zu bezahlen oder unsere Tätigkeit durch Spenden zu ermuntern. Stimmberechtigt sind nur Mitglieder, die ihren Beitrag bezahlt haben.

Anm. II: Am Sonnabend, 31.8. 10<sup>00</sup> Uhr läuft die zweite Sammelaktion für den Rechtshilfefonds. Am letzten Sonnabend sammelten acht Genossen in zwei Stunden 234,70 IM, Stellt Euch vor, was passiert, wenn zwanzig Genossen sammeln!

Führungskollektiv

2.9.68 Letzter Brief BV Wolff/Wolff  
12.-15.9.68 XVIII. ord. DK des SDS in Frankfurt  
Neuer Vorstand: Bärmann, Noth, Schmierer, verschiedene Mitgliederbriefe

Konkret Oktober 68

### **Helke Sander**

#### **Der SDS - ein aufgeblasener konterrevolutionärer Hefeteig**

Die Sensation der Delegierten-Konferenz des SDS in Frankfurt war der Auftritt der Frauen. Als ihre Argumente im allgemeinen DK- Tumult unterzugehen drohten, verschafften sie sich mit Tomaten Gehör. konkret druckt auszugsweise das Referat von Helke Sander (Aktionsrat für die Befreiung der Frauen).

Die Trennung zwischen Privatleben und gesellschaftlichem Leben wirft die Frau immer zurück in den individuell auszutragenden Konflikt ihrer Isolation. Sie wird immer noch für das Privatleben, für die Familie erzogen, die ihrerseits von Produktionsbedingungen abhängig ist, die wir bekämpfen. Die Rollenerziehung, das anerzogene Minderwertigkeitsgefühl, der Widerspruch zwischen ihren eigenen Erwartungen und den Ansprüchen der Gesellschaft erzeugen das ständige schlechte Gewissen, den an sie gestellten Forderungen nicht gerecht zu werden bzw. zwischen Alternativen wählen zu müssen, die in jedem Fall einen Verzicht auf vitale Bedürfnisse bedeuten.

Die meisten Frauen sind deshalb unpolitisch, weil Politik bisher immer einseitig definiert worden ist und ihre Bedürfnisse nie erfaßt wurden. Sie beharrten deshalb im autoritären Ruf nach dem Gesetzgeber, weil sie den systemsprengenden Widerspruch ihrer Forderungen nicht erkannten.

Die Gruppen, die am leichtesten politisierbar sind, sind die Frauen mit Kindern. Bei ihnen sind die Aggressionen am stärksten und ist die Sprachlosigkeit am geringsten. Die Frauen, die heute studieren können, haben das nicht so sehr der bürgerlichen Emanzipationsbewegung zu verdanken, sondern vielmehr ökonomischen Notwendigkeiten. Wenn diese Privilegierten unter den Frauen nun Kinder bekommen, werden sie auf Verhaltensmuster zurückgeworfen, die sie meinten, dank ihrer Emanzipation schon überwunden zu haben. Das Studium wird abgebrochen oder verzögert, die geistige Entwicklung bleibt stehen oder wird stark gemindert durch die Ansprüche des Mannes und des Kindes. Dazu kommt die Unsicherheit, daß man es nicht fertiggebracht hat, zwischen Blaustrumpf und Frau fürs Haus zu wählen, entweder eine Karriere aufzubauen, die mit einem weitgehenden Verzicht auf Glück erkaufte werden muß, oder eine Frau für den Konsum zu sein. D. h., es sind eben jene privilegierten Frauen, die die Erfahrung gemacht haben, daß der bürgerliche Weg zur Emanzipation der falsche war, die erkannt haben, daß sie sich mit den Mitteln des Konkurrenzkampfes nicht emanzipieren können, die erkannt haben, daß das allgemeine Leistungsprinzip auch zum bestimmenden Faktor innerhalb der Verhältnisse geworden ist, die erkannt haben, daß der Weg zur Emanzipation auch schon in der Methode liegt, mit der man sie anstrebt.

Diese Frauen merken spätestens, wenn sie Kinder bekommen, daß ihnen all ihre Privilegien nicht nützen. Sie sind am ehesten dazu in der Lage, den Abfallhaufen des gesellschaftlichen Lebens ans Licht zu ziehen, was gleichbedeutend damit ist, den Klassenkampf auch in die Ehe zu tragen und in die Verhältnisse. Dabei übernimmt der Mann die objektive Rolle des Ausbeuters oder Klassenfeindes, die er subjektiv natürlich nicht will, da sie ihm ja auch wiederum nur aufgezwungen wird von einer Leistungsgesellschaft, die ihm ein bestimmtes Rollenverhalten auferlegt.

Wir können die gesellschaftliche Unterdrückung der Frauen nicht individuell lösen, wir können damit nicht auf Zeiten nach der Revolution warten, da eine nur politisch-ökonomische Revolution die Verdrängung des Privatlebens nicht aufhebt, was in allen sozialistischen Ländern bewiesen ist.

Wir streben Lebensbedingungen an, die das Konkurrenzverhältnis zwischen Mann und Frau aufheben. Dies geht nur durch Umwandlung der Produktionsverhältnisse und damit der Machtverhältnisse, um eine demokratische Gesellschaft zu schaffen.

Da die Bereitschaft zur Solidarisierung und Politisierung bei den Frauen mit Kindern am größten ist, weil sie den Druck am meisten spüren, haben wir uns in der praktischen Arbeit bisher auf ihre Konflikte konzentriert. Das heißt nicht, daß wir die Konflikte der Studentinnen ohne Kinder nicht wichtig nehmen, heißt nicht, daß wir nicht trotz der gemeinsamen Merkmale aller Frauen in der Unterdrückung die klassenspezifischen Unterdrückungsmechanismen übersehen, es heißt lediglich, daß wir eine möglichst effektive Arbeit leisten wollen und uns einen Ansatzpunkt schaffen müssen, der es uns erlaubt, die Problematik systematisch und rational anzugehen.

Da die anfänglichen Bemühungen, die wir machten, diese Konflikte mit dem SDS und innerhalb des SDS anzugehen, scheiterten, haben wir uns zurückgezogen und alleine gearbeitet. Als wir vor einem halben Jahr anfangen, reagierten die meisten Genossen mit Spott. Heute nehmen sie uns übel, daß wir uns zurückgezogen haben, sie versuchen uns zu beweisen, daß wir überhaupt ganz falsche Theorien haben, sie versuchen, uns unterzujubeln, daß wir behaupten, Frauen brauchten zu ihrer Emanzipation keine Männer und all den Schwachsinn, den wir nie behauptet haben. Sie pochen darauf daß auch sie unterdrückt sind, was wir ja wissen. Wir sehen es nur nicht mehr länger ein, daß wir ihre Unterdrückung, mit der sie uns unterdrücken, weiter wehrlos hinnehmen sollen. Eben weil wir der Meinung sind, daß eine Emanzipa-

tion nur gesamtgesellschaftlich möglich ist, sind wir ja hier. Wir müssen hier nämlich einmal feststellen, daß an der Gesamtgesellschaft etwas mehr Frauen als Männer beteiligt sind, und finden es die höchste Zeit, daß wir die sich daraus ergebenden Ansprüche auch einmal anmelden und fordern, daß sie zukünftig eingeplant werden. Sollte dem SDS der Sprung nach vorn zu dieser Einsicht nicht gelingen, dann wären wir allerdings auf einen Machtkampf angewiesen, was wir lieber verhindern würden (für uns wäre es Energieverschwendung). Denn wir werden diesen Machtkampf gewinnen, da wir historisch im Recht sind. Die Hilflosigkeit und Arroganz, mit der wir hier auftreten müssen, macht keinen besonderen Spaß.

Hilflos sind wir deshalb, weil wir von progressiven Männern eigentlich erwarten, daß sie die Brisanz unseres Konfliktes einsehen. Die Arroganz kommt daher, daß wir sehen, welche Bretter ihr vor den Köpfen habt, weil ihr nicht seht, daß sich ohne euer Zutun plötzlich Leute organisieren, an die ihr überhaupt nie gedacht habt, und zwar in einer Zahl, die ihr für den Anbruch der Morgenröte halten würdet, wenn es sich um Arbeiter handeln würde.

Genossen, eure Veranstaltungen sind unerträglich. Ihr seid voll von Hemmungen, die ihr als Aggression gegen die Genossen auslassen müßt, die etwas Dummes sagen oder etwas, was ihr schon wißt. Die Aggressionen kommen nur teilweise aus politischen Einsichten in die Dummheit des anderen Lagers. Warum sagt ihr nicht endlich, daß ihr kaputt seid vom letzten Jahr, daß ihr nicht wißt, wie ihr den Stress länger ertragen könnt, euch in politischen Aktionen körperlich und geistig zu verausgaben, ohne damit einen Lustgewinn zu verbinden. Warum diskutiert ihr nicht, bevor ihr neue Kampagnen plant darüber, wie man sie überhaupt ausführen soll? Warum kauft ihr euch denn alle den Reich? Warum sprecht ihr denn hier vom Klassenkampf und zu Hause von Orgasmusschwierigkeiten? Ist das kein Thema für den SDS? Diese Verdrängungen wollen wir nicht mehr mitmachen ...

6

Regionalkonferenzen: RK Nord 11.-13.10.1968 Hamburg

### **Mitgliederrundbrief zur Regionalkonferenz Nord vom 11. bis 13.10. in Hamburg: Die theoretischen und organisatorischen Perspektiven der 23. DK d. SDS**

Genossinnen und Genossen, im Chaos - schreibt die bürgerliche Presse- habe die 23. DK des SDS geendet, nicht eine einzige Resolution sei verabschiedet, nicht einmal ein Bundesvorstand gewählt.

Der revolutionäre Ansatz und damit eine Perspektive der 23. DK ergab sich gerade aus den Initiativen, die überkommenen sozialdemokratischen Strukturen des Verbandes endlich auch auf Bundesebene ins Chaos zu stürzen; in Zukunft werden wir zudem auch vorwiegend mit jenen theoretischen Inhalten und politischen Konzeptionen beschäftigt sein, deren Natur es widerspricht, auf Konferenzen beschlossen zu werden.

Markantes Symptom für den Verfallsprozeß des SDS qua politischer Verband war die Verdrängung und Personalisierung des unmittelbaren politischen Problems im SDS selbst, die Verdrängung der Machtfrage, die sich für jede politische Bewegung in der Organisationsfrage konkretisiert. Vehikel dieses Verdrängungsmechanismus war das nicht inhaltlich geführte, folglich apolitische Ausschlußverfahren gegen 5 Genossen des KP-Flügels.

Als man schließlich doch auf die Organisationsdebatte kam, konnte man von einem Konsens ausgehen: nämlich dem, daß es so nicht weiter gehen kann und darf. Hier in der Organisationsdebatte erst wurden -jenseits der Scheinfraktionen von Traditionalisten und Antiautoritären- Fronten innerhalb des SDS deutlich: die etablierten Autoritäten der Gruppen Berlin und Frankfurt inclusive BV warteten jeweils mit zentristischen Organisationsvorstellungen auf - das Hamburger Delegierten Kollektiv stellte den Denkansatz über die Möglichkeiten eines Räte-Modells zur Diskussion. Das Frankfurter Modell wollte eine Dezentralisierung der Zent-

rale in BV-Sekretariate in den einzelnen Gruppen; Berlin propagierte die Kollektivierung und Mobilisierung der Zentrale über das den Verband bereisende Schulungskader. Beide zentristischen Modelle bedeuten eine vertikale Gliederung des Verbandes, eine Absetzung der Führung von ihrer Basis. Die Genossen aus Hamburg insistierten in Penetranz auf ihrer Forderung nach konsequent rätendemokratischen Strukturen des Verbandes, d.h. horizontale Koordination der bestehenden Projekte und Gruppen.

Anlaß des Hamburger Vorstoßes war weder ein abstrakt noch nur historisch abgeleiteter rätendemokratischer Anspruch, als vielmehr der Versuch, den an der Basis der Gruppen initiierten Projekte mit einem antizipatorischen Organisationsentwurf gerecht zu werden. Dieser Versuch stand vor dem Hintergrund einer plötzlich durchbrechenden kulturrevolutionären Erhebung aller Unterprivilegierten (kleine Gruppen, Frauen und junge Genossen) innerhalb des Verbandes gegen die etablierte Spitze. Auslösendes Moment war der Sturm, der in der Frauenemanzipationsfront organisierten Genossinnen gegen das Patriarchat der Genossen, der letztlich eine Anzahl beachtlicher Projekte an der Basis\_ (wie z.B. das Technologieprojekt, das Medizinprojekt, also berufsspezifische-syndikalistische Initiativen mit ermutigender Perspektive) der Gruppen aufdeckte, das es organisatorisch-kommunikativ zu koordinieren gilt.

Deshalb vertagte sich die 23. DK auf Mitte November mit dem imperativen Apell, bis dahin Regionalkonferenzen durchzuführen, um dann auf Grund der so gewonnenen Daten und Erfahrungen die Debatte über die Organisation und Strategie des Verbandes in Hannover konkretisieren zu können.

Die Regionalkonferenz Nord (Mitgliedervollversammlung aller in diesem geographischen Bereich arbeitenden Genossen) findet von

11. bis 13.10. in Hamburg im Wiso und RC statt.

Beginn Freitag 10 Uhr

b.w.

Ziel dieser RK ist;

1. Anregung ständiger Kommunikation zwischen allen Genossen dieser Region
2. Bildung von Projektgruppen, die in regionaler Kooperation Analysen und Aktionen vorbereiten, die sich als sozio-ökonomisch regional spezifisch erweisen.

Mittels der Berichte der einzelnen Gruppen über ihre Projekte, Analysen und Erfahrungen soll dann die Möglichkeit regionaler Aktionseinheiten diskutiert werden: nach unserer Meinung eine Möglichkeit die bestehende organisatorische und kommunikative Misere des Verbandes zu heben.

Für Hamburg bedeutet dieses Vorhaben neben den rein technischen Problemen, vor allem die Aufarbeitung der SDS Praxis der letzten beiden Semester, deren systematische Gliederung und die Ausarbeitung einer selbstkritischen Analyse der einzelnen Komplexe unter Entwicklung der aus der Analyse ableitbaren Perspektiven, Für diese Aufgabe werden dringend Mitarbeiter gesucht, die sich bitte bei den Genossen, die sich bereits dafür gemeldet haben, informieren sollen.

4 Projekte sind zu über und aufzuarbeiten:

Hochschule (Harald E., Reinold O., Susanne M.)

Massenaktionen (Arwed u. Helga M.)

Arbeiter (Arwed, Arne, Karl Schwarz ua.)

Die Sitzungstermine der einzelnen Redaktionsteams wurden im Zentrum angeschlagen!

Daneben arbeiten der Bundeswehrarbeitskreis, die Justizkampagne, das AUSS und DK Delegierten (Organisation) je ein eigenständiges Papier aus, wozu ebenfalls noch Unterstützung erwartet wird.

Ansonsten hängt im Zentrum eine Liste, in die jeder Genosse die Unterbringungsmöglichkeiten für auswärtige Genossen für den Zeitraum der RK eintragen möchte, wer hat außerdem Luftmatratzen und Decken? Weiteren technisch-organisatorischen Kram wollen wir auch auf dem Jour Fix besprechen.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir noch auf ein anderes organisatorisches Problem hinweisen. Durch die Aktivitäten im letzten Semester (Springer, 1. Mai, Notstand) haben wir unsere Finanzen überzogen, Schulden in Höhe von 2000,-DM -- in Worten: zweitausend - warten auf ihre Tilgung, Außerdem lähmt dieser Berg unsere Bewegungsfreiheit, unser Zentrum steht ständig vor der Schließung, Wir bitten dringend um Beitragszahlung -für das zurückliegende, wie kommende Semester- und um Spenden auf unser Konto SDS Bank für Gemeinwirtschaft Kto Nr. 36668, bzw, Postscheckkonto Hamburg 244490. Für die Renovierung des Zentrums brauchen wir auch Sachspenden wie 1 gebrauchtes Radio und Lautsprecher, 1-2 Schreibmaschinen, Stühle, Holz (Bretter, Bohlen) für Bänke.

Zum nächsten Jour-Fix: Die gemeinsame theoretische Arbeit in der Gruppe soll wieder beginnen! Über die Form – gemeinsames Lesen oder Referate - wird noch diskutiert. Die Genossen werden gebeten sich auf die Diskussion über "Lohn, Preis, Profit" von Marx vorzubereiten (als Reklam für o,60 DM, in der Studienausgabe von Fischer Band II, in ausgewählte Schriften Marx-Engels Band I (Dietz-Verlag), in Marx-Engels-Werke (MEW) Band 26 Dietz-Verlag).

Protokolle des Jour-Fixe werden im Zentrum am Info-Brett ausgehängt.

Bis dann

Führungskollektiv

## auditorium

beginnend mit Heft 28, Mai 64, Uwe Johnson in HH

29, Juni 64, Dabrowski Greifswald

30, 31, 32

1965 33, Biermann, 34, 35 Biermann, Deutschland Wintermärchen, 36,

1966 39 Titel: Student und Demonstration, 41 Rolf Schübel, Das studentische Ost-West-Gespräch, 43 Notstand der Demokratie, 44 Jürgen Harrer, der vietnamesische Krieg II

1967 45 Anzeige Vietnam Demo, ASTA Albers und Behlmer, Harrer, Der vietnamesische Krieg III, 46 Peter Schütt, Sturz der Ordinarien, Obi Ifeobu und das Ausländergesetz, Eskalation an der FU, 47 WF Laudi Holland in Not, 49 Oktober 67 Springer, 50 Oberlercher Wencke

1968 52 KU im Kreuzfeuer, 53, 55, 57, 59